41. Jahrgang 1993 / 4. Heft / Oktober ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

HANS MAIER
40 Jahre Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KARL DIETRICH BRACHER
Hermann Graml zum 65. Geburtstag

HORST MÖLLER
Walter Bußmann zum Gedenken

WALTER BUSSMANN
„Unternehmen Zitadelle"

MARK WALKER
Die Farm Hall-Protokolle und die Entstehung neuer Legenden um die „deutsche Atombombe"

ANDREAS RÖDDER
Adenauer und Stresemanns Außenpolitik

KLAUS-DIETMAR HENKE
Zu Nutzung und Auswertung der Stasi-Akten

DOKUMENTATION
Honecker und Brežnev auf der Krim 1976
(Klaus Wiegrefe)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Theodor Eschenburg,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion:
Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Udo Wengst, Andreas Wirsching
Chefredakteur: Hermann Graml
Stellvertreter: Hans Woller
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

41. Jahrgang | Heft 4 | Oktober 1993

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Hans Maier	Pulsschläge der Gegenwart. 40 Jahre Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte	485
Karl Dietrich Bracher	Hermann Graml zum 65. Geburtstag	491
Horst Möller	Walter Bußmann zum Gedenken	495
Walter Bußmann	Kursk-Orel-Dnjepr. Erlebnisse und Erfahrungen im Stab des XXXXVI. Panzerkorps während des „Unternehmens Zitadelle“	503
Mark Walker	Selbstreflexionen deutscher Atomphysiker. Die Farm Hall-Protokolle und die Entstehung neuer Legenden um die „deutsche Atombombe“	519
Andreas Rödder	Der Mythos von der frühen Westbindung. Konrad Adenauer und Stresemanns Außenpolitik	543

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MISZELLE

Klaus-Dietmar Henke Zu Nutzung und Auswertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR . . . 575

DOKUMENTATION

Klaus Wiegrefe Honecker und Brežnev auf der Krim. Eine Aufzeichnung über das Treffen vom 19. August 1976 589

Götz Aly Erwiderung auf Dan Diner 621

ABSTRACTS 637

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 1993 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Annette Werner.
Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind in einer Adreßdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS MAIER

PULSSCHLÄGE DER GEGENWART
40 JAHRE VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

I.

Gute 40 Jahre sind es her, seitdem im Januar 1953 das erste Heft der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" erschien – vier Jahre nach dem Wiedererscheinen der „Historischen Zeitschrift" und des „Historischen Jahrbuchs" im Jahr 1949. Im Unterschied zu jenen Organen, die altbewährte Traditionen deutscher historischer Forschung verkörperten, war die neue Gründung ein Wagnis – ebenso wie das unter Schmerzen geborene und in den Anfängen heftig umstrittene „Institut für Zeitgeschichte", das schon 1950 ins Leben getreten war[1]. Hans Rothfels, mit Theodor Eschenburg der erste Herausgeber der neuen Zeitschrift, nannte in seinem Einleitungsaufsatz „Zeitgeschichte als Aufgabe" pragmatische Gründe für ein deutsches Organ der „Current History": die „Notwendigkeit des Nachholens auf einem Gebiet, auf dem die Forschung in vielen Ländern weit vorwärtsgetrieben worden ist", die Zusammenfassung vereinzelter und zersplitterter Aktivitäten auf dem Gebiet der Forschung und der Materialveröffentlichung (unter Einschluß der Befragung von Zeitzeugen), endlich die längst fällige Diskussion der Grundlagen wissenschaftlicher Behandlung der Zeitgeschichte angesichts der Besonderheiten totalitärer Regime und ihrer Aktenführung und angesichts der „erstickenden Masse des Stoffs"[2]. Aber er wies auch auf den Wandel der Epoche hin, der neue historiographische Anstrengungen nötig mache, auf die universalgeschichtliche Zäsur der Jahre 1917/18, mit der das Zeitalter nationalstaatlicher Konflikte von einer Zeit der Weltanschauungskämpfe zwischen Demokratie, Faschismus und Kommunismus abgelöst worden sei: „Das Gemeinsame und Neue in alledem ist doch wohl, daß ideologische und gesellschaftliche Bewegungen über Landesgrenzen hin in einem Maße sich auswirken, wie es dem nationalstaatlichen Zeitalter fremd geworden war. Statt der früheren vertikalen Frontbildungen haben horizontale sich eingelebt, die

[1] Zum zeitgeschichtlichen Hintergrund: Hellmuth Auerbach, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 18 (1970), S. 529–554; Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, besonders S. 81–109 (Wiederbeginn und Zeitschriftenmarkt) und S. 229–242 (Die Auseinandersetzungen um das Institut für Zeitgeschichte); Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament" B 29–30/93 vom 16. 7. 1993, S. 3–19 (dort weitere Literatur).

[2] Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VfZ 1 (1953), S. 1–8, hier: S. 3 f., S. 6.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihren Vorklang im Zeitalter der Französischen Revolution hatten, mehr noch aber an die konfessionelle Epoche der europäischen Geschichte erinnern."[3]

Rothfels verlangte, daß diese „globale Situation" im internationalen Rahmen, im Zusammenwirken deutscher und ausländischer Forscher, untersucht und dargestellt werde, unter Überwindung der „Sektorengrenzen" des Politischen, Wirtschaftlich-Sozialen und Geistigen. „Darin würde ein Gegengewicht mindestens gegen die vor sich gehende Spezialisierung liegen, (...). (...) die Zeitgeschichte könnte, indem sie dies Zusammensehen sich zum Ziele setzt, nicht nur der historischen Wissenschaft methodisch einen Dienst erweisen, sondern auch am ehesten in der Lage sein, das Strukturhafte und Wesenhafte einer in vielen Beziehungen auf das Totale angelegten Epoche einzufangen. Die Vierteljahrshefte möchten mit ihren bescheidenen Mitteln zu einer solchen ganzheitlichen Sicht beitragen."[4]

II.

Rothfels' Plädoyer für die Zeitgeschichte war eine Flucht nach vorn. Denn im Jahr 1953 dürfte die Mehrzahl der Historiker, zumindest in Europa, der zeitgeschichtlichen Forschung als zentraler Aufgabe der Historie noch überwiegend skeptisch, wenn nicht ablehnend gegenübergestanden haben[5]. Zeitgeschichte galt vielen als Betätigungsfeld für Publizisten, Journalisten, Verfasser von Memoiren und Zeitbildern – nicht unbedingt als Sache methodisch strenger Geschichtsforschung. Nach einem weitverbreiteten Urteil war sie noch nicht „geschichtsreif", weil ihr die Distanz zum Geschehen fehlte. Diese Einschätzung stand zwar im Widerspruch zur Bedeutung der Zeit- und Gegenwartsgeschichte in der älteren Historie: Viele große Historiker seit Thukydides haben bekanntermaßen immer auch die eigene Epoche dargestellt – einige schrieben sogar ausschließlich „Zeitgeschichte". Aber die Hinwendung zur Vergangenheit (und nur zu ihr) entsprach doch in hohem Maß dem Bild, das der Historismus vom Historiker und seiner Tätigkeit entworfen hatte. Demnach hatte der wahre historische Forscher nichts „im Getümmel", auf dem Marktplatz „geschehender" Geschichte zu suchen – er sollte sich zurückziehen in die Stille des Archivs, um beim Aktenstudium mit distanziertem Blick zu rekonstruieren, was sich ereignet hatte, und quellenkritisch zu prüfen, „wie es eigentlich gewesen" war. Die vergangene Geschichte, die abgeschlossenen Ereignisse waren sein Gegenstand – nicht die zuckende, lebendige, gefährliche, zur

[3] Ebenda, S. 7; breiter ist dieser Gedanke ausgeführt in Rothfels' Arbeit: Gesellschaftsform und Auswärtige Politik, Laupheim 1951.

[4] Rothfels, Aufgabe, S. 7 f.

[5] Noch in den sechziger Jahren hat sich ein so bedeutender Historiker wie Franz Schnabel dem Verfasser gegenüber überaus kritisch über die Zeitgeschichte geäußert. Schnabel blieb dem Institut für Zeitgeschichte immer fern – und trug dazu bei, es von der Münchner Universität fernzuhalten! Alan S. Milward schildert amüsant und lehrreich die Berührungsängste britischer Historiker noch in den siebziger Jahren: Now as available as pornography ..., in: 25 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Statt einer Festschrift, Stuttgart 1975, S. 92 ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Parteinahme zwingende Gegenwart. Kein Wunder also, daß mit der Verwissenschaftlichung des historischen Handwerks, mit dem Schwächerwerden pädagogischer und politischer Antriebe und dem Rückzug auf die facheigene, sich selbst genügende Methodik auch die *Geschichte der eigenen Zeit* immer mehr aus dem Blick des Historikers schwand[6]. Er wurde zum Meister objektivierender Klärung aus der Distanz, dem Nachhinein, ein Erforscher des Nicht-mehr-Lebendigen, Toten – und was die Gegenwart anging, so galt es für ihn vor allem, heftige Teilnahme zu vermeiden, seine Leidenschaften zu zügeln und dem Geschehen so neutral und distanziert gegenüberzutreten wie der Naturwissenschaftler seinem Objekt.

Niemand hat diesen der Gegenwart abgewandten, ja abholden, der Vergangenheit zugekehrten Historikertypus eindrucksvoller geschildert als Thomas Mann. In der Gestalt des Professors Cornelius aus der Erzählung „Unordnung und frühes Leid"[7] – Modell stand nach einer mündlichen Überlieferung der Bogenhauser Nachbar Marcks[8] – zeichnet er einen „frommen", gegenwartsscheuen „historischen Menschen"[9], der sich im Strudel von Nachkriegs- und Revolutionszeit, politischer Turbulenz und gesellschaftlichem Verfall aufs Vergangene, Abgelebte, aufs sichere Ufer von Fach und Methode zurückzieht. „Er weiß, daß Professoren der Geschichte die Geschichte nicht lieben, sofern sie geschieht, sondern sofern sie geschehen ist; daß sie die gegenwärtige Umwälzung hassen, weil sie sie als gesetzlos, unzusammenhängend und frech, mit einem Worte, als ‚unhistorisch' empfinden, und daß ihr Herz der zusammenhängenden, frommen und historischen Vergangenheit angehört. Denn über dem Vergangenen, so gesteht sich der Universitätsgelehrte, wenn er vor dem Abendessen am Flusse spazierengeht, liegt die Stimmung des Zeitlosen und Ewigen, und das ist eine Stimmung, die den Nerven eines Geschichtsprofessors weit mehr zusagt als die Frechheiten der Gegenwart. Das Vergangene ist verewigt, das heißt: es ist tot, und der Tod ist die Quelle aller Frömmigkeit und alles erhaltenden Sinnes."[10]

Man begreift einiges von den politischen – aber auch historischen – Leiden der Weimarer Republik, wenn man sich klarmacht, daß nicht wenige Historiker damals in der Tat die politische Umwälzung vom Kaiserreich zur Republik als „gesetzlos, unzusam-

---

[6] Man kann diesen Prozeß am Bedeutungswandel zentraler Begriffe der Geschichtswissenschaft verfolgen: hieß das Wort *historia* in seinen griechischen Ursprüngen Forschung, Erkundung, so bezeichnet es später immer mehr das Erforschte, Gewordene; ist Quelle ursprünglich der vom historischen Ereignis zur Gegenwart fließende Erinnerungsstrom, so wird er im modernen Historismus zu einem papierenen Aktenstück (und später zu einem Ton- oder Bilddokument).

[7] Thomas Mann, Unordnung und frühes Leid. Novelle, Berlin 1926 (im folgenden zit. nach Thomas Mann, Sämtliche Erzählungen, Frankfurt a. M. 1963, S. 491–522).

[8] Ich verdanke diese Mitteilung dem Historiker Clemens Bauer, der aus seiner Münchner Zeit mit Marcks und Mann bekannt war.

[9] So Thomas Mann selbst in einem Aufsatz für den Leipziger Bücherwurm; zitiert bei Hans Rudolf Vaget, Thomas Mann-Kommentar zu sämtlichen Erzählungen, München 1984, S. 213 f.; Wolfgang Frühwald, Eine Kindheit in München. Die Familie Mann und das Genre der Inflationsliteratur, in: Literarhistorische Begegnungen. Festschrift zum sechzigsten Geburtstag von Bernhard König, hrsg. von Andreas Kablitz und Ulrich Schulz-Buschhaus, Tübingen 1992, S. 43–56.

[10] Mann, Unordnung und frühes Leid, S. 498.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

menhängend und frech" empfanden und sich allenfalls als „Vernunftsrepublikaner" (Friedrich Meinecke) auf die neuen Zustände einlassen wollten; daß sie der Vergangenheit zugewandt blieben und von der Wiederkehr deutscher Macht und Größe träumten; daß sie wenig dazu taten, die schwierigen Wege der neuen Demokratie mit kritischem Verständnis zu begleiten. Und man begreift andererseits, um wieviel glücklicher in allem Unglück sich nach 1945 der Start der Zweiten Republik vollzog: ohne nostalgischen Rückblick (was hätte man in Trümmern Erbauliches finden können!), ohne die Hypothek einer alles vergiftenden Dolchstoßlegende, ohne historisierende und ästhetisierende Abkehr von der Gegenwart, vielmehr in aktiver Zuwendung zu ihr – wobei sich auch innerhalb des Faches alte Versteifungen lösten, die Historie nicht nur ein stärkendes Gegenwartsgewicht zurückerhielt[11], sondern auch neue Verbindungen mit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Geistes- und Mentalitätsgeschichte, Kommunikations- und Medienwissenschaften einging[12].

III.

Mustert man die 40 Jahrgänge der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (bis heute gleichgeblieben in Farbe, Format, Layout!) unter diesem Gesichtspunkt, so wird deutlich, wie sehr die „Current History" in Deutschland Terrain gewonnen und sich literarisch und akademisch stabilisiert hat. Sie darf heute – auch innerhalb der Zunft – als fest etabliert gelten[13]. Nicht nur ihr Forschungsfeld hat sich erweitert: von der Weimarer Republik zum Dritten Reich; vom Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus der Zwischenkriegszeit zur Weltpolitik nach 1945; von der Bundesrepublik Deutschland zur DDR und den sozialistischen Ländern; von den alten Weltreichen der europäischen Mächte, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den Sog der Entkolonisierung gerieten, zu den neuen Staaten der Dritten Welt. Auch die Methoden haben sich differenziert und verfeinert. Die Erforschung der Gegenwart ist eine anspruchsvolle Profession geworden. Wer Zeitgeschichte schreibt, muß sich nicht mehr, wie früher, als ein armer Verwandter des Neuzeithistorikers (und als ein ganz armer des Mediävisten und Althistorikers!) fühlen. Die Gesetze quellenkritischer Sorgfalt gelten in allen Bereichen der Geschichtswissenschaft – und selbstverständlich (man denke an das Menetekel der Fälschungen!) auch für den Zeithistoriker. Zeitgeschichte ist auch nicht, wie manche fürchteten, zu einem Tummelplatz experimentfreudiger Neuerer oder unbedachter Amateure geworden. Sie blieb, wie die deutsche Nachkriegshistorie im ganzen, von einem deutli-

[11] Auch Rothfels, Aufgabe, S. 3 f., spricht vorsichtig von einer „relative[n] Schwerpunktverlagerung" – bei gleichzeitiger Warnung vor einem kurzatmigen „Presentism" und mit prinzipieller Zustimmung zu der These, daß „Geschichte ein Ganzes sei, in jedem ihrer Teile den gleichen Voraussetzungen der Erkenntnis unterworfen, daß es deshalb auch nur *eine* historische Methode geben könne".

[12] Dazu ausführlich Hockerts, Zeitgeschichte, S. 7–12 (Zeitgeschichtliche Methodenfragen) und S. 12–17 (Bilanz der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung bis zur Wende von 1989/90).

[13] So auch Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz, Zur Einführung, in: VfZ 26 (1978), S. 1–8; Hockerts, Zeitgeschichte, S. 5.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen Methodenpluralismus geprägt. Die Zeitgeschichtsforschung hat viele Anregungen aufgenommen, sozialgeschichtliche, mentalitätsgeschichtliche, landes- und regionalgeschichtliche, Anregungen der Kulturwissenschaft, der Komparatistik, der historischen Demographie, sie hat jedoch keine Methode absolut gesetzt. Man kann in den Bänden der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Gegenteil studieren, wie neben neuen Formen auch alte, klassische bestehen blieben: neben der typisierenden die individualisierende Betrachtung, neben dem sozialgeschichtlichen Querschnitt das Nacheinander der Ereignisse, neben der seriellen Quelle das individuelle Lebenszeugnis.

In nicht wenigen Fällen sind von Aufsätzen und Dokumentationen der „Vierteljahrshefte" Anstöße für die Forschung ausgegangen, die bis heute weiterwirken. So hat der von Hans Rothfels veröffentlichte „Gerstein-Bericht" über die Massenvergasungen dem Publikum erstmals die Praxis der „Endlösung" in ihrer schauervollen Konsequenz enthüllt[14]. Die gleichfalls von Rothfels publizierten „Stieff-Briefe" boten Einblicke in die Motivationen des deutschen Widerstands[15]. Der „Generalplan Ost" (ediert von Helmut Heiber) gab Aufschluß über die Grundkonzeption des NS-Regimes bezüglich der Besatzungspolitik in Osteuropa (einschließlich der Unterdrückungs-, Versklavungs- und Ausrottungsprogramme für die dortige Bevölkerung!)[16]. Thilo Vogelsang zeigte aus den Protokollen der Ministerbesprechungen im Reichswehrministerium die Annäherung der Reichswehr an den Nationalsozialismus in den Jahren 1930–33[17]. Das sind nur einige wenige Beispiele aus der Frühzeit des Instituts für Zeitgeschichte und der mit ihm verbundenen Zeitschrift; man könnte sie bis zur Gegenwart fortsetzen, wie etwa die Dokumentation von Udo Wengst über den Aufstand des 17. Juni 1953 in der DDR anhand der Stimmungsberichte der Ost-CDU – zugleich ein Anfang der DDR-Forschung im Rahmen der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" – zeigt[18]. Besondere Bedeutung hatten auch die Arbeiten zur „Führer-Bindung" des Nationalsozialismus (Martin Broszat)[19], zum Verhältnis Sowjetrußlands zur deutschen Arbeiterbewegung 1918–1932 (Dietrich Geyer)[20], zu Demokratie und Ideologie (Karl Dietrich Bracher)[21], zum NATO-Doppelbeschluß von 1979 (Helga Haftendorn)[22], zu Adenauer und Europa (Hans-Peter Schwarz)[23], Adenauer und Brandt (Hanns Jürgen Küsters)[24] und vielen anderen Themen mehr.

---

[14] Vgl. Augenzeugenbericht zu den Massenvergasungen, in: VfZ 1 (1953), S. 177–194.
[15] Vgl. Ausgewählte Briefe von Generalmajor Helmuth Stieff, in: VfZ 2 (1954), S. 291–305.
[16] Vgl. Der Generalplan Ost, in: VfZ 6 (1958), S. 281–325.
[17] Vgl. Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in: VfZ 2 (1954), S. 397–436.
[18] Vgl. Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953, in: VfZ 41 (1993), S. 277–321.
[19] Vgl. Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: VfZ 18 (1970), S. 392–409.
[20] Vgl. Sowjetrußland und die deutsche Arbeiterbewegung 1918–1932, in: VfZ 24 (1976), S. 2–37.
[21] Vgl. Demokratie und Ideologie im Zeitalter der Machtergreifungen, in: VfZ 31 (1983), S. 1–24.
[22] Das doppelte Mißverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: VfZ 33 (1985), S. 244–287.
[23] Vgl. Adenauer und Europa, in: VfZ 27 (1979), S. 471–523.
[24] Vgl. Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Berlin-Krise 1958–1963, in: VfZ 40 (1992), S. 483–542.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es war die Hoffnung von Hans Rothfels, eine Spezialzeitschrift wie die „Vierteljahrshefte" werde mit der Zeit zu einem „technischen Vereinigungspunkt" der internationalen Diskussion auf dem Gebiet der Zeitgeschichte werden[25]. Diese Hoffnung hat nicht getrogen. Neben führenden deutschen Historikern[26] haben von Anfang an und bis heute ausländische Gelehrte das Bild der Zeitschrift mitgeprägt, so Jehuda Bauer, John S. Conway, Gordon Craig, Ennio Di Nolfo, Gerald D. Feldman, Luigi Vittorio Ferraris, Saul Friedländer, John Gimbel, Raymond Poidevin, Ger van Roon, Shulamit Volkov und Donald C. Watt. Das Interesse des Auslands spiegelt sich auch in der überregionalen Verbreitung der mit rund 4600 gedruckten Exemplaren auflagenstärksten deutschen geschichtswissenschaftlichen Zeitschrift: von den 3700 Abonnenten haben über 900 ihren Wohnsitz im Ausland[27].

Die „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" hatten in der Nachkriegszeit das Glück stetiger, ungestörter Entwicklung. In vierzig Jahren wechselten Herausgeber[28] und Redakteure[29] nur zweimal. Das schuf Stabilität im Wechsel der Erscheinungen, bot einen Widerpart zum Wandel der Themen und Methoden. Nun rüstet sich die Zeitschrift unter der Herausgeberschaft von Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz und Horst Möller und der Chefredaktion von Hermann Graml für ihr fünftes Lebensjahrzehnt. Als langjähriger Leser wünsche ich ihr dazu viel Glück. Möge sie weiter dazu beitragen, der Zeitgeschichte ihr Lebensrecht im Rahmen der Geschichtswissenschaft zu sichern – damit neben der Geschichte, „sofern sie geschehen ist", auch jene zu Wort komme, „sofern sie geschieht".

---

[25] Rothfels, Aufgabe, S. 3, 7.

[26] Genannt seien, ganz ohne Vollständigkeit, Karl Otmar von Aretin, Knut Borchardt, Hans Buchheim, Werner Conze, Theodor Eschenburg, Ernst Fraenkel, Hermann Heimpel, Hans Herzfeld, Hans Günter Hockerts, Klemens von Klemperer, Jürgen Kocka, Helmut Krausnick, Hermann Mau, Horst Möller, Hans Mommsen, Wolfgang J. Mommsen, Rudolf Morsey, Lutz Niethammer, Ernst Nolte, Konrad Repgen, Hans Rothfels, Wolfgang Schieder, Klaus Scholder, Gerhard Schulz, Kurt Sontheimer, Hansjakob Stehle, Hermann Weber, Karl Ferdinand Werner, Heinrich August Winkler.

[27] Freundliche Mitteilung von Hermann Graml vom 29. 7. 1993 an den Verfasser. Bemerkenswert sind auch die rund 1000 studentischen Abonnenten der Zeitschrift!

[28] Von 1953–1972 Hans Rothfels und Theodor Eschenburg, von 1972–1977 Hans Rothfels (verstorben 1976), Theodor Eschenburg und Helmut Krausnick, von 1978 bis heute Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz (seit April 1992 mit Horst Möller).

[29] 1953–1966 Helmut Krausnick, 1966–1972 Helmut Krausnick und Hellmuth Auerbach, 1973–1977 Hellmuth Auerbach, seit 1978 Hermann Graml.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KARL DIETRICH BRACHER

HERMANN GRAML ZUM 65. GEBURTSTAG

Er ist eine Säule des Instituts und der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, ja der deutschen und internationalen Zeitgeschichtsforschung überhaupt geworden, seit er im Gründungsjahr unserer Zeitschrift vor vier Jahrzehnten zuerst als studentische Hilfskraft in das damals noch junge Münchener Institut eintrat. Ihm hat Hermann Graml mit einer kurzen Unterbrechung – 1958/59 war er Redakteur bei der von Free Press Europe herausgegebenen Zeitschrift „Hinter dem Eisernen Vorhang" – als ein so anregender wie umsichtiger Forscher und verläßlicher Berater gedient. Die vielseitige, zunehmend produktive Geschichte des Instituts und seiner Zeitschrift schon seit den kleineren Anfängen der fünfziger Jahre ist ohne ihn, den unermüdlichen Mitarbeiter, Autor und schließlich Chefredakteur, nicht zu denken. Unter den wechselnden Direktoren und Herausgebern, denen er beizustehen hatte, bildete er, einst jüngster und nun letzter in der Reihe der Pioniere aus der Gründerzeit der fünfziger Jahre, bis heute einen ruhenden Pol ungebrochener Kontinuität inmitten der weitausgreifenden, oft auch angegriffenen und immer wieder umstrittenen zeitgeschichtlichen Forschung. Wer ihm in seinem mit Büchern und Manuskripten überladenen Arbeitszimmer begegnet, der fühlt sich angesichts der Fülle der Zeugnisse unablässiger Beschäftigung mit einem so hoffnungs- wie unheilvollen Jahrhundert schon wie zu Hause auch in der wechselhaften Geschichte des Instituts selbst, die der stattliche Jubilar, stets freundlich und doch prinzipienfest, wie kein anderer geradezu im Wortsinne lebendig verkörpert. Er war und ist „der gute Geist des Unternehmens" (Hans-Peter Schwarz).

Hermann Graml, am 10. November 1928 in Miltenberg am Main als Sohn eines Forstschuldirektors geboren und in Bayerisch-Schwaben aufgewachsen, gehört der arg gelichteten Generation jener jüngeren Zeitgenossen der deutschen Diktatur und ihrer Katastrophe an, die eine Brücke von der älteren zur neueren Zeitgeschichte geschlagen haben: von der Aufarbeitung der Zwischenkriegszeit, zumal der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur, zu der zweiten Nachkriegsgeschichte, dem erfahrungsgereiften Wiederaufbau Deutschlands im Kreis der Demokratien des Westens, nun im Zeichen des Ost-West-Konflikts, der erneuten, doch klareren Konfrontation von Demokratie und Diktatur im Unterschied zu den verhängnisvollen Fehlentwicklungen der zwanziger und dreißiger Jahre.

Der junge Oberschüler Graml hatte selbst noch als Luftwaffenhelfer und amerikanischer Kriegsgefangener diesen tiefsten Umbruch des Jahrhunderts am eigenen Leibe erlebt, bevor er 1947 das Abitur ablegen konnte. Er studierte dann in München unter anderem bei Franz Schnabel und in Tübingen bei Hans Rothfels und Theodor Eschen-

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

burg, den beiden stärksten Gründungsprotektoren der alt-neuen Zeitgeschichte gegenüber ihren Kritikern und Zweiflern. Vor allem aber wuchs Graml schon damals mit Leib und Seele in die Arbeit des noch so argwöhnisch beäugten Münchener Instituts der Ära Kluke-Krausnick hinein, um dann schließlich seit den siebziger Jahren an der großen Ausbauphase unter Martin Broszat und Horst Möller tragend mitzuwirken. Auch mir, der ich von Berlin und Bonn aus für meine Weimar- und NS-Studien früh auf Münchener Hilfe angewiesen war, bleibt diese Entwicklung, mit der aufregenden ersten internationalen Tagung des Instituts in Tutzing über „Das Dritte Reich und Europa" im Mai 1956, in lebhafter Erinnerung.

So charakteristisch wie bewunderswert war dabei, in welcher Weise Hermann Graml gleichzeitig jene drei Fähigkeiten entfaltete und miteinander verband, die ihn förderhin auszeichnen: den findigen, unermüdlichen Forscher und Autor, den kontaktfreudigen Mitarbeiter und Editor, den umsichtigen Redakteur. Schon im ersten Jahr seiner Institutstätigkeit veröffentlichte der kaum 25jährige Student eine bis heute wegweisende Schrift über den 9. November 1938, jenes als „Reichskristallnacht" eher bagatellisierte Partei- und Staatspogrom gegen die Juden in Deutschland: Die inzwischen in vielen Ausgaben verbreitete und erweiterte Pionierstudie schlug eine wichtige Schneise im Dienste der wissenschaftlichen Aufklärung wie der politischen Bildung. Frühen Aufsätzen über das Nationalkomitee Freies Deutschland (1952) sowie über die Wurzeln des Antisemitismus folgten die Arbeiten zur deutschen Militäropposition 1940–43 und zum Verhältnis zwischen dem deutschen Widerstand und den Alliierten (1958 und 1961), die dann in das größere Werk „Vollmacht des Gewissens" (1965) eingingen. Ähnliche Bedeutung für die Auseinandersetzung mit fatalen Legendenbildungen zur jüngsten deutschen und internationalen Geschichte hatten Gramls Studien zur revisionistischen Diskussion über das apologetische Buch von David Hoggan und die Schuld am Zweiten Weltkrieg (1963 und 1964).

Gramls Bemühungen um quellengerechte und zugleich politisch-pädagogisch wirksame Klärung wichtiger zeitgeschichtlicher Deutungsprobleme bleiben wegweisend in vielen weiteren Arbeiten zu Fragen des Widerstands und der Außenpolitik, zur nationalsozialistischen Kriegs- und Rassenpolitik, aber auch zur Vorgeschichte der Bundesrepublik wie zur berühmt-berüchtigten Stalin-Note von 1952, schließlich zur Deutschlandfrage und Entwicklung Europas. Ich möchte nicht verhehlen, wie sehr mich Gramls klares Wort zu der leidigen, aufgebauschten Kontroverse um „Polykratie und Monokratie im NS-Herrschaftssystem"[1] gefreut hat – jener Diskussion, in der die Bedeutung Hitlers und der totalitären Struktur seiner Diktatur fragwürdig unterschätzt zu werden drohte.

Zu rühmen sind aber vor allem auch die weiteren Bücher des Jubilars. Als Frucht seiner steten, intensiven Beschäftigung mit den zeitgeschichtlichen Quellenproblemen wie mit den historisch-politischen Kontroversfragen der Gegenwart erschienen die maßgeblichen Darstellungen über Europa zwischen den Kriegen (1969) sowie über

[1] In: Demokratie und Diktatur, hrsg. von M. Funke, H. A. Jacobsen, H. P. Schwarz, Düsseldorf 1987, S. 223 ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Europa im Rahmen der Reihe Weltmächte im 20. Jahrhundert (1972), über die Alliierten und die Teilung Deutschlands 1941–1948 (1985), endlich die wahrhaft souverän klärende Gesamtdarstellung von „Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939". Dieses Buch von 1990 faßt auch noch einmal aufs trefflichste jene Forschungen und Deutungen zusammen, die der Autor über nun vier Jahrzehnte dem Dritten Reich und Europa gewidmet hat.

Doch die Leistungen des Forschers und Autors Hermann Graml stehen immer in engem Zusammenhang mit seiner unermüdlichen Tätigkeit als Gutachter, Editor und Redakteur. Da ist die von Wolfgang Benz und ihm jahrelang betreute, inzwischen 66bändige Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, in der er die inhaltsreichen Sonderbände über „Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert" (Hans Rothfels zum Gedächtnis, 1976) und über den „Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg" (1979) herausgebracht hat; da sind die zwei Bände der Fischer Weltgeschichte über Weltprobleme zwischen den Machtblöcken (1981) und Europa nach dem Zweiten Weltkrieg (1983), das Taschenbuch zum Widerstand im Dritten Reich (1984), das nützliche Biographische Lexikon zur Weimarer Republik (1988) und endlich die handliche Reihe „Deutsche Geschichte der neuesten Zeit" (30 Bände), die Graml seit 1984 mit Martin Broszat und Wolfgang Benz im Deutschen Taschenbuch Verlag herausgibt.

Nicht zuletzt zeugt diese reiche Publikationstätigkeit von dem wachen Verantwortungssinn, den der Zeithistoriker auch einem weiteren Publikum im Interesse der Vermittlung und wirksamen Verbreitung wissenschaftlicher Wahrheit in einer Welt der Legenden und der Verzerrungen des Geschichtsbildes schuldet. Und diesem Verantwortungssinn verdanken wir schließlich auch das andauernde Engagement und die große Sorge für unsere Vierteljahrshefte, denen der Jubilar über viele Jahre hinweg in der Schriftleitung und als Chefredakteur Ideen und Wissen, Zeit und Kraft widmete. Seine stete Freundlichkeit, seine Ruhe und Hilfsbereitschaft kommen der erfreulichen Atmosphäre zugute, die bei unserem gemeinsamen Mühen um die oft so aufregenden Probleme der alten und neuen Zeitgeschichte waltet. Ihnen galt und gilt Hermann Gramls eindrucksvolles Lebenswerk. Es bleibt, wie alle Geschichte, nach vorne offen, auch nach einem so gewichtigen Einschnitt wie dem 65. Geburtstag. Wir danken ihm, dem bewährten Kollegen und Freund, von ganzem Herzen. Ad multos annos!

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HORST MÖLLER

WALTER BUSSMANN ZUM GEDENKEN

Walter Bußmanns wissenschaftliche Neigung galt dem 19. Jahrhundert, der Politik und Kultur dieser Zeit widmete er seine großen Werke; zum skeptischen Realisten unter den bedeutenden Historikern der Jahrzehnte nach 1945 ließ ihn aber die persönlich erlittene Geschichte des 20. Jahrhunderts reifen. Ihr galten dann und wann Studien, die ihren Impuls dem eigenen Erleben verdankten, es aber in vorbildlicher Objektivierung zum Gegenstand wissenschaftlicher Erforschung formten. Distanzierte Nüchternheit kennzeichnete sein unbestechliches wissenschaftliches Urteil und seinen schnörkellosen, unprätentiösen Stil, der durch klare, oft kurze Sätze Schwung gewinnt. Geschwätzigkeit und selbstgefälliger Selbstzweck der Darstellung waren ihm zuwider. Walter Bußmanns „Pathos der Nüchternheit" war zweifellos durch die fast sechsjährige Dienstzeit als Heeresoffizier im Zweiten Weltkrieg befördert worden, der ihn nicht allein in Stabsstellen führte, sondern auch an die Front. Diese Nüchternheit aber, die preußisches Erbe nicht verleugnete, war seinem Wesen gemäß und machte nicht einmal vor der eigenen Person halt.

Zugleich aber vermochte es Walter Bußmann, mit feiner Psychologie Individualität in Geschichte und Gegenwart zu erfassen. Er war den Menschen und dem Leben zugewandt, seine hohe Bildung erschöpfte sich nicht in bloßer Gelehrsamkeit, seine Lebensklugheit ließ ihn die Menschen kritisch, immer wieder aber auch mit Sympathie sehen. Er hatte die „Doppelbödigkeit des Daseins" (P. E. Hübinger) nicht allein während der Diktatur erfahren und neigte also nicht zu Illusionen. Selbst eine komplexe Natur – was nicht gleich offenbar wurde –, war er warmherzig, ein Genie der Freundschaft bis ins hohe Lebensalter. Alleinstehend und von ausgeprägter Persönlichkeit, war er dennoch nicht einsam, er liebte die Geselligkeit und blieb Mittelpunkt mehrerer, seinen verschiedenen Lebenssphären entstammender, oft Jahrzehnte währender Freundschaftskreise.

Ein zuverlässiger Freund über den Unterschied der Generationen hinweg, waren ihm hintergründige Ironie, boshaftes Aperçu, ja zuweilen Sarkasmus nicht fremd. Selbst ein Mann von klaren, unbeirrbaren Grundsätzen, die konservativ zu nennen ihn keineswegs gestört hätte, zählte Liberalität doch zu seinen selbstverständlichen Verhaltensweisen. Wenn er über seinen Lehrer Siegfried A. Kaehler bemerkte: „Vor einem Narziß-Schicksal ... blieb er ... durch seine Begabung zur Freundschaft geschützt. Er hörte nicht auf, die Leistungen der Freunde neidlos anzuerkennen", so galt dies in nicht geringerem Maße für ihn selbst. Solche Begabung machte, in Verbindung mit seiner Bescheidenheit, den Umgang mit Bußmann, dem jegliche Kleinlichkeit ein Greuel

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war, so angenehm. Großzügigkeit, Souveränität und Noblesse charakterisierten auch sein Verhalten in kniffligen, Taktgefühl verlangenden Situationen, und die Rolle des „Alterspräsidenten", dem es zukam, das letzte Wort zu sprechen, spielte er gut und gern; gelegentlich nahm er mit selbstironischem Schmunzeln eine gewisse Freiheit für das Alter in Anspruch, so diszipliniert er auch bis an sein Ende blieb.

Eine Persönlichkeit dieses Zuschnitts mußte gegenüber der auch durch die Differenz der Zeiten fremden Individualität natürliche Neugier empfinden, mußte bestrebt sein, das ewige Rätsel zu lösen, das in Goethes Wort an Lavater unübertrefflichen Ausdruck fand: „Individuum est ineffabile". Siegfried A. Kaehler mochte ihm dafür die Augen geöffnet haben, verfaßte er doch mit seinem biographischen Werk „Wilhelm von Humboldt und der Staat" (1927) eine die Problematik seines „Helden" radikal ins Zentrum rückende Deutung, die nicht allein den Lehrer Friedrich Meinecke schockierte. Das Buch machte in der Geistesgeschichte der Weimarer Republik Epoche – ein Werk, das ohne die Desillusionierungen durch die Fronterfahrung im Ersten Weltkrieg, aber auch ohne die Entzauberung der „idealen" Persönlichkeit durch Sigmund Freud nicht hätte geschrieben werden können: Der „ideale Humboldt" habe seinem „Kriegserlebnis" nicht standgehalten, so Kaehler. Und trotzdem zeichnete er einen Humboldt, der zugleich seiner Epoche wie der des Interpreten selbst angehörte. Kaehler entdeckte Tiefen – und Untiefen – einer Persönlichkeit, die noch der Generation Meineckes und Sprangers verschlossen blieben, die diese aber auch nicht wahrhaben wollten, als Kaehler sie darauf stieß. Wenn Bußmann betonte, das Buch gehöre zur „politischen Geistesgeschichte der Weimarer Republik ..., d. h. zur intellektuellen Opposition gegen den Parlamentarismus", dann legte er die politische Zeitgenossenschaft des Kaehlerschen Werkes bloß; Bußmann selbst repräsentierte freilich eine politische Zeitgenossenschaft anderer Art.

Der lebensprägenden Erfahrung des Ersten Weltkrieges für Kaehler entsprach die des Zweiten für Bußmann: Wie die Fragen seines Lehrers an Humboldt, so sind die Bußmanns an das 19. Jahrhundert ohne die tiefgreifende Ernüchterung durch das 20. nicht denkbar. Aber Walter Bußmann – vielleicht durch die Verstrickung Kaehlers in die politische Opposition gegen die Weimarer Demokratie begünstigt – zog die Grenze gegen jegliche Berührung konservativer Grundhaltung mit dem Extremismus noch unmißverständlicher und schärfer. Anders als sein Lehrer war er ein über jeden Zweifel erhabener Demokrat, der die überkommenen Wertmaßstäbe der Historiker mit Skepsis betrachtete, ohne jedoch das Kind gleich mit dem Bade auszuschütten.

Hatte schon der deutschnationale Kaehler den Nationalsozialismus und seine Vergottung von Volk und Rasse abgelehnt, so waren die von Bußmann als fundamentale Grundkategorien der neueren europäischen Geschichte angesehenen Begriffe Staat und Nation (über die er wichtige Aufsätze verfaßte) für ihn bar jeder ideologisierenden Überhöhung. Sicher hat er die Innere und Äußere Politik der Staaten zu den zentralen Themen des Historikers gezählt, er gehörte also einer Generation an, die Wesentliches vom Marginalen zu scheiden wußte, doch wirkte sein genuines Interesse an Kulturgeschichte, vor allem aber an der in verschiedenen Sphären geschichtlichen Lebens wirkenden Individualität, der Hybris des Kollektivismus wie einem totalen Anspruch des

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Staates gegenüber dem einzelnen entgegen. Von seinem ersten bis zu seinem letzten größeren Werk stand für Bußmann, der zeitweilig Hauptschriftleiter der „Neuen Deutschen Biographie" gewesen war, die historische Persönlichkeit im Zentrum des Interesses, ihre Rechte gegenüber dem Überindividuellen ebenso wie ihre Bindungen und Pflichten. Aufgrund dieser doppelten Perspektive erschöpften sich seine biographischen Studien nie im individuell Zufälligen, so ernst er es auch nahm, sondern griffen immer in die großen Probleme und Tendenzen der Zeit aus.

Walter Bußmann, am 14. Januar 1914 im bikonfessionellen Hildesheim geboren, protestantisch geprägt, studierte in Heidelberg und Göttingen Germanistik und Geschichte, wurde 1939 promoviert und bald darauf eingezogen, so daß er den Zweiten Weltkrieg vom ersten bis zum letzten Tag als Soldat erlebte, zeitweilig als Offizier im Generalstab des Heeres. Die als glücklich empfundenen Studienjahre an zwei altehrwürdigen, durch Gelehrte von hohem Rang anziehenden Universitäten, die Begegnung mit der damals schon zu einem Stück deutscher Literatur- und Geistesgeschichte gewordenen Lou Andreas-Salomé in Göttingen verschafften dem jungen Bußmann faszinierende Anschauung von Literatur und gelehrten Studien, die für sein künftiges Leben über die Erschütterung der Kriegsjahre hinweg ein unerschöpfliches geistiges Erbe bedeutete, wenngleich er so unsanft wie nur denkbar die Grenzen solcher, bloß geistigen Lebensform erfahren mußte.

Seine Habilitationsschrift von 1949 – 1952 unter dem bündigen Titel „Treitschke. Sein Welt- und Geschichtsbild" veröffentlicht – leitete er mit den ebenso knappen wie inhaltsschweren Worten ein: „Die Anfänge der vorliegenden Arbeit reichen zurück bis in das letzte Friedensjahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, als Heinrich von Treitschke die öffentliche Anerkennung eines nationalen Vorbildes großer politischer Geschichtsschreibung zuteil wurde. Nach sechsjähriger Kriegsunterbrechung wurde die Untersuchung ausgearbeitet und niedergeschrieben in einer Zeit, in welcher der Name Treitschkes als eins der Symbole für einen verhängnisvollen politischen Irrweg von neuem aktuell zu werden schien." Die doppelte zeitgeschichtliche Brechung des Themas mochte neue Fragen provozieren, zugleich aber stärkte sie Bußmanns Willen zu erfahren, „wie es eigentlich gewesen" ist: Die Renaissance des Historismus nach 1945 entsprang nicht allein, wie es verkürzende Kritik wahrhaben will, restaurativer historiographischer Tradition. Vielmehr resultierte sie aus der – eine Zeitlang – gegen neuerliche Versuche dieser Art immunisierenden Erfahrung der fatalen Indienstnahme der Wissenschaft für gesellschaftspolitische Zwecke. Hieraus entstand die Einsicht, wirkliche wissenschaftliche Aufklärung müsse dem Anspruch und den methodischen Prinzipien nach „zweckfrei" sein.

Folglich leistete Walter Bußmann mit seinem dem Lehrer und Freund gewidmeten „Treitschke", der 1981 unverändert in zweiter Auflage erscheinen konnte, einen bedeutenden „Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des deutschen akademischen Liberalismus in der Reichsgründungszeit". Er erschloß den geistigen, historiographischen und politischen Horizont der Zeit, zugleich bewies er feinstes Gespür für die Entwicklungsgeschichte Treitschkes, beispielsweise besonders für die Wirkung von Friedrich Theodor Vischers Ästhetik auf ihn.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Welch seltene Kenntnis der Geisteswelt des 19. Jahrhunderts Bußmann besaß, welche Fähigkeit, scheinbar disparate Sektoren der theologisch und künstlerisch geprägten Ideenwelt mit Politik und Staatsrecht zu verbinden, zeigte seine zweite große Biographie, zugleich ein Alterswerk – sein vermutlich ureigenstes Buch – von hohem Rang, mit dem es erstmals gelang, die rätselhafte Persönlichkeit des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. im Horizont der großen Tendenzen seiner Zeit, so weit es möglich ist, zu erschließen. 1990 veröffentlicht, schloß Walter Bußmanns Werk „Zwischen Preußen und Deutschland: Friedrich Wilhelm IV. Eine Biographie" eine überraschende Lücke, gab es doch bis dahin keine wissenschaftliche Biographie des „Romantikers auf dem Thron". Er zog die Summe jahrzehntelanger Beschäftigung mit dem König. Sein Buch beruhte auf ausgedehnten, bis in die letzten Jahre andauernden archivalischen Forschungen und einer intimen Kenntnis der politischen wie der Ideengeschichte: eine Meisterleistung, die im ganzen wie im einzelnen zahlreiche Probleme löst und die in der bisherigen Deutung der Politik des Königs vorherrschenden Klischees, Halbwahrheiten und Fehlurteile überwindet.

Immer wieder bewährte sich Walter Bußmanns biographische Kunst, sei es in den feinsinnigen Studien über das politische Denken Gustav Freytags oder Adalbert Stifters, die er – zu seinen wissenschaftlichen Anfängen zurückkehrend – 1992 in der Festschrift für Rudolf Morsey veröffentlichte. Sein wissenschaftlicher Lebenskreis schloß sich mit dem im Verein mit seinem Schüler und Freund Günther Grünthal sowie Joachim Stemmler herausgegebenen Briefwechsel Siegfried A. Kaehlers, den er selbst mit einer umfangreichen biographischen Darstellung seines Lehrers einleitete. Sie zählt zu den eindrucksvollsten Leistungen der biographischen Literatur zur Geschichte der Historiographie. In bewährtem klaren Stil, mit persönlicher Nähe zum Porträtierten, aber nüchternem Urteil über seine wissenschaftlichen Prämissen und die Befangenheiten seiner Generation, lieferte Bußmann in der Darstellung des Freiburger Kreises um Friedrich Meinecke vor 1914 und der Entwicklung der Historiker dieses Kreises nach 1918 ein in die politischen Zeitläufte verwobenes Stück Wissenschaftsgeschichte unseres Jahrhunderts, die zugleich eine Art Selbstvergewisserung der eigenen wissenschaftlichen Herkunft bedeutet. Hatte er mit seinem „Treitschke" einen Beitrag zur Geschichte des akademischen Liberalismus im 19. Jahrhundert geleistet, so mit seinem „Kaehler" zum akademischen Konservativismus des 20. Mit dieser Studie knüpfte er nicht nur an frühere historiographische Porträts wie das über Kaehler selbst (1964), über Friedrich Meinecke (1963), Hans Herzfeld (1967) und Heinrich von Sybel (1968) an, sondern auch an seine wichtige, 1960 in der Historischen Zeitschrift erschienene Arbeit „Politische Ideologien zwischen Monarchie und Weimarer Republik".

Wenn Walter Bußmann die Veröffentlichung seines Kaehler-Werks auch nicht mehr erlebt hat, so wird es doch sein historiographisches Vermächtnis werden. Dies gilt um so mehr, als es in einer Reihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften erscheinen wird, die er selbst als langjähriges ordentliches Mitglied und Abteilungsleiter der „Deutschen Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts" maßgeblich mitbeeinflußt hat. In dieser Reihe hatte er schon 1964 den als persönliches und diplomatiegeschichtliches Zeugnis gleichermaßen gewichtigen Band

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck. Aus seiner politischen Privatkorrespondenz" herausgegeben.

Trotz seines reichen, im weiteren Sinne biographischen Oeuvres, zu dem noch eine knappe Würdigung Otto von Bismarcks hinzutritt, wäre es nur die halbe Wahrheit, Walter Bußmann vor allem als Biographen zu sehen. Ganz im Gegenteil: Er gehörte zu denjenigen, die zudem die Kraft zur großen synthetischen Darstellung in Form wissenschaftlicher Handbücher besaßen. So zählt das zuerst 1956 veröffentlichte und 1968 in vierter, ergänzter Auflage publizierte Handbuch „Das Zeitalter Bismarcks (1852–1890)" zweifellos zu den Meisterleistungen dieses Genres und ist bis heute nicht durch eine vergleichbare Darstellung ersetzt oder gar übertroffen worden. In souveräner Kenntnis der Quellen und Literatur behandelte Bußmann ebenso gehaltvoll wie präzis die Innen- und Außenpolitik dieser vier Jahrzehnte unter voller Berücksichtigung der Verfassungs- und Parteiengeschichte, der föderativen Struktur Deutschlands wie dessen internationalen Beziehungsgeflechts. Die Leistungen Bismarcks werden gewürdigt, aber auch seine Grenzen im Lichte der historischen Erfahrung. Bußmann ist gleich weit entfernt von unkritischer Hagiographie wie von besserwisserischer Verurteilung des Reichsgründers. Hatte Bußmann schon 1951 eine Studie über „Friedrich den Großen im Wandel des europäischen Urteils" veröffentlicht, so schloß er „Das Zeitalter Bismarcks" mit dem rückschauenden Kapitel „Wandel und Kontinuität der Bismarck-Wertung" ab: Der Zeitgebundenheit des Heroenkults und der Relativität historischen Urteilens war er sich wohl bewußt, Angst vor der historischen Größe hatte er aber deswegen nicht. Generationen von Studenten haben seit den fünfziger Jahren aus Bußmanns ausgezeichnetem Handbuch die grundlegende Kenntnis des Bismarck-Reichs gewonnen.

Ein weiteres Werk dieser Art, das aufgrund des disparateren Sujets natürlich nicht eine vergleichbare Geschlossenheit erreichen konnte, stellt Band 5 des von Theodor Schieder herausgegebenen „Handbuchs der europäischen Geschichte" (1981) dar. Als Herausgeber dieses Werkes hatte Bußmann nicht nur die Mühsal, zahlreiche Autoren zu betreuen, sondern zugleich den bald zweihundert Seiten umfassenden Gesamtüberblick über die europäische Geschichte von 1789 bis 1870 zu schreiben, also alle wesentlichen Sektoren von der Kultur über die Innere und Äußere Politik bis zur Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen zu berücksichtigen – fürwahr eine Herkulesarbeit. Außerdem übernahm er den noch umfangreicheren Beitrag über die deutsche Geschichte, für den er durch viele vorhergehende Studien prädestiniert war; neben den bereits erwähnten ist hier unter anderem seine 1958 in der Historischen Zeitschrift erschienene Untersuchung „Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert" zu nennen.

Werke solchen Ranges hatten Walter Bußmann schon in den fünfziger Jahren zu einem der repräsentativen und der einflußreichsten deutschen Neuhistoriker werden lassen, was in einer glänzenden akademischen Karriere Ausdruck fand. 1955 wurde der Göttinger apl. Professor zum Professor und Abteilungsleiter für Neuere Geschichte an die damalige Deutsche Hochschule für Politik in Berlin berufen und gewann somit Anteil an deren glanzvollem Ausbau zum Otto-Suhr-Institut. Als er es 1960 verließ,

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

übernahm er als Nachfolger von Hans Herzfeld am Friedrich-Meinecke-Institut einen der renommiertesten Lehrstühle für Neuere Geschichte. 1966 folgte Bußmann einer weiteren ehrenvollen Berufung als einer der beiden Nachfolger Franz Schnabels an die Ludwig-Maximilians-Universität München. Die Unruhe der großen Universitäten in den sechziger Jahren schreckte ihn nicht, Lehrerfolg und persönliche Resonanz waren ihm hier wie dort beschieden, zur Modernisierung des Instituts für Geschichte an der Münchner Universität hat er mit seinen damaligen Mitarbeitern, vor allem Werner Pöls und Günther Grünthal, erheblich beigetragen. Trotzdem folgte er, dem Urbanität des Lebensstils gemäß war, 1970 dem Ruf an eine (in bezug auf die Geisteswissenschaften) kleine Universität nach Karlsruhe – auf den alten Schnabel-Lehrstuhl, um sich wieder in stärkerem Maße der Forschung widmen zu können. Auch in diesem kleineren Rahmen wurde er heimisch, wie nicht allein die feierliche Würdigung seiner Universität zum 75. Geburtstag bewies, gewann er bald einen neuen Kollegen- und Freundeskreis, der sich ebenso auf seinen idyllischen Wohnort Bad Herrenalb erstreckte; auch im nichtakademischen Milieu besaß der Charme seiner Persönlichkeit starke Anziehungskraft.

Ein gesuchter Gesprächspartner blieb Bußmann, Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes, in all den Kommissionen und Wissenschaftlichen Beiräten, denen er angehörte. Seit 1969 ordentliches, ab 1970 korrespondierendes Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, war er nicht allein – wie erwähnt – Mitglied ihrer Historischen Kommission, sondern überdies der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien in Bonn, der Historischen Kommission zu Berlin, zeitweilig auch des Wissenschaftlichen Beirats des Goethe-Instituts. Bald zwei Jahrzehnte engagierte sich Walter Bußmann für das Institut für Zeitgeschichte, so als Mitglied seines Wissenschaftlichen Beirats und als einer der Mitherausgeber der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Als Ehrenmitglied des Wissenschaftlichen Beirats blieb er dem Institut eng verbunden und nahm regelmäßig an den Sitzungen teil, wie er überhaupt bis zum Herbst 1992, als er für die letzten Monate seines Lebens fast ohne Unterbrechung ans Krankenbett gefesselt war, ein aktiver Mitgestalter der Arbeit all dieser Gremien blieb. Hatte Walter Bußmann schon in den sechziger Jahren die historische Attachéausbildung des Auswärtigen Amtes geleitet, so wurde er 1977 als Nachfolger von Hans Rothfels Hauptherausgeber der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik" (1919–1945), einer der zentralen Quellenpublikationen zur deutschen Zeitgeschichte, die unter seiner Ägide fast abgeschlossen werden konnte.

Die Zeitgeschichte fesselte ihn bis zu seinem Tod. Schon früh hatte er zeitgeschichtliche Studien veröffentlicht, zum Beispiel 1953 über den deutsch-französischen Verständigungsversuch vom 6. Dezember 1938, über Papst Pius XII. und die NS-Diktatur (1963), mit der er in die Auseinandersetzung um Rolf Hochhuths „Stellvertreter" eingriff, über die innere Entwicklung des deutschen Widerstands (1964) und die „Weiße Rose" (1968). In seinen Aufsätzen zum Widerstand forderte er zeitig eine differenziertere Analyse und betonte, auch der militärische Widerstand gegen Hitler dürfe nicht in erster Linie aus der Perspektive des 20. Juli 1944 beurteilt werden. Wie schon sein zur Klärung einer bedeutsamen zeitgeschichtlichen Streitfrage beitragender quellenkriti-

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scher Artikel „Zur Entstehung und Überlieferung der Hoßbach-Niederschrift", der 1968 in dieser Zeitschrift erschien, demonstrierte, besaß Bußmann – aufgrund eigener Erfahrung und Freundschaften zu Offizieren dem Militärischen durchaus verbunden – alles andere als ein unkritisches Bild des Offizierskorps im allgemeinen und der Generalität im besonderen – auch hierin unterschied er sich von Kaehler.

Mit seiner akribischen Argumentation, die die inhaltliche Richtigkeit der Hoßbach-Niederschrift vom 10. November 1937 darlegte, beabsichtigte Bußmann, der Hoßbach persönlich nahestand, zunächst die Bedeutung dieses Dokuments als Beleg für Hitlers im November 1937 intern zutage tretender Kriegszielplanung – zur revolutionären Lösung der sog. „Raumfrage" – zu bekräftigen und so die zentrale zeitgeschichtliche Frage nach Wesen und Entwicklung des Hitlerschen Expansionismus und seines Einflusses auf die militärische Führung zu beantworten. Zugleich wollte er „politisch wirken ... wobei ich mir der begrenzten Wirkung historischer Forschung auf die Öffentlichkeit durchaus bewußt bin". Sein Angriffspunkt war historische Legendenbildung, gegen die – am Beispiel der Dolchstoß-Legende – bereits Kaehler vorgegangen war. 1968 bemerkte Bußmann: „Man könnte das, soweit es sich um die Geschichtsbilder eines Rechtsextremismus handelt, auf sich beruhen lassen, wenn man eben nicht wüßte, daß sie mit der zähen Kraft der historischen Legende politisch zu wirken vermögen." Außer diesem aufklärerischen Ziel und der quellenkritischen Absicht stand für Bußmann, der diese Thematik schon für das 19. Jahrhundert behandelt hatte, aber das Problem des „verfassungsrechtlichen und organisatorischen Verhältnisses der obersten politischen und militärischen Gewalten für den Staat und die bewaffnete Macht" im Mittelpunkt. Sie hatte schon im Ersten Weltkrieg eine entscheidende Rolle gespielt. Anders als nach 1914, als sich die militärische auf Kosten der politischen Gewalt ausdehnte, vollzog sich dieser Prozeß 1937/38 in umgekehrter Richtung, doch nun mit dem ausschlaggebenden Unterschied, daß es sich aufgrund der Führerdiktatur nicht mehr um ein klassisches Monopol staatlicher Macht handelte. Und natürlich interessierte Bußmann an der Hoßbach-Niederschrift der Wandel der deutschen Außenpolitik, aus deren geschichtlichen Bedingungen Hitler sich gelöst hatte, indem er die ebenso vollständige wie gewaltsame Umgestaltung Europas anstrebte.

Wie sehr Walter Bußmanns Lebensschicksal bis in sein letztes Jahr von solchen Fragen geleitet war, zeigt die letzte Studie aus seiner Feder, die im folgenden publiziert wird. Walter Bußmann selbst konnte sie nicht mehr zu Ende führen, doch war die redaktionelle Arbeit, die Christian Hartmann leistete, mit ihm abgesprochen: „Kursk-Orel-Dnjepr. Erlebnisse und Erfahrungen im Stab des XXXXVI. Panzerkorps während des ‚Unternehmens Zitadelle'". Walter Bußmann, der während des Krieges schnell zum Reserveoffizier avanciert war, hatte im Oberkommando des Heeres Dienst getan und dort das Kriegstagebuch des Generalquartiermeisters geführt – für den promovierten Historiker eine naheliegende Aufgabe. Im Frühjahr 1943 wurde er an die Ostfront versetzt, wo es zu seinen Pflichten gehörte, im Stab des XXXXVI. Panzerkorps das Kriegstagebuch zu führen, das dieser Studie zugrundeliegt. Die persönliche Kenntnis zahlreicher Generalstabsoffiziere vertiefte sich an der Front, so daß der Oberleutnant der Reserve, über die Differenz der Dienstgrade hinweg, engen Kontakt

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum damaligen Generalleutnant Hoßbach sowie zu Oberst i. G. Fritz Berendsen gewann. Dadurch war es ihm möglich, Motive der Entscheidungsbildung und unterschiedliche Stile militärischer Führung aus unmittelbarer Anschauung kennenzulernen. Es handelt sich bei dem vorliegenden Text gleichermaßen um ein persönliches Zeugnis wie um seine historische Auswertung, also die für Walter Bußmanns zeithistorisches Interesse charakteristische – und in bezug auf den Zweiten Weltkrieg generationsspezifische – Form.

Bußmann folgt konsequent dieser Voraussetzung, wenn er die militärischen Ereignisse der von Hitler im April 1943 angeordneten Operation „Zitadelle" nicht vom „Feldherrnhügel", sondern „aus der Sicht eines Truppenkommandos im mittleren Führungsbereich" nachzeichnet, um so die genaue Kenntnis der Frontlage mit den Überlegungen der „höheren und höchsten Führung" zu konfrontieren. Bußmann gewährt Einsichten in das Offizierskorps, insbesondere aber über den Kommandierenden General Hoßbach – wiederum geht es Bußmann um eine kritisch-differenzierende Sicht, die aber die zeitgenössischen Konstellationen hinreichend berücksichtigt. Die Studie zeigt anschaulich, wie weit der operative Dissens innerhalb der militärischen Führung, aber auch von Teilen des Generalstabs gegenüber Hitler ging. Trotz großer Hochachtung für Hoßbach macht Bußmann deutlich, daß seine Klarsicht und sein Mut nicht die politische Konsequenz hatten, sich den Offizieren des 20. Juli anzuschließen, wobei es dem General – wie er oft bewiesen hatte – keineswegs an Risikobereitschaft fehlte. Bußmann selbst spricht von Hoßbachs Grenzen und fragt: „Glaubte er wirklich, lediglich durch seinen ungewöhnlichen militärischen Einsatz den Bestand des Reiches sichern zu können?"

Es bedeutete für Walter Bußmann ein existentielles Anliegen, im Alter neben der großen Biographie Friedrich Wilhelms IV. seine beiden letzten Studien, die über Siegfried A. Kaehler und die über die persönlich erlebte Tragödie von Kursk-Orel-Dnjepr, zu schreiben. Monatelanges Leiden und mehrere Operationen, die er ohne jegliche Larmoyanz ertrug, haben ihn körperlich, aber nicht geistig erschöpft. Bis in die letzten Tage seines Lebens hinein hat er geschrieben, rezensiert, gelesen – zuletzt ebenfalls ein zeitgeschichtliches Zeugnis, wenngleich ein literarisch stilisiertes: Ernst Jüngers Pariser Tagebuch „Strahlungen". Sinn für derartige Literarisierung bewies er immer wieder, sein eigener, forschend-verstehender Umgang mit Geschichte war indes nüchterner, prosaischer, in der Zeitgenossenschaft zumal. Seine Stimme wird fehlen. Doch war es ihm vergönnt, sein Lebenswerk und sein Leben auf eigentümliche, auf Bußmannsche Weise zu runden, ja im vorbildhaften Sinn zu vollenden. Wir haben allen Grund, dem Herrn alter Schule, dem Historiker von hohem Rang, der gewinnenden Persönlichkeit, dem großartigen Freund zu danken.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WALTER BUSSMANN

KURSK–OREL–DNJEPR

Erlebnisse und Erfahrungen im Stab des XXXXVI. Panzerkorps während des „Unternehmens Zitadelle"

Spätestens mit dem Auslaufen der Operation „Zitadelle" im Juli 1943 – der Deckname steht für die letzte Großoffensive der Wehrmacht an der Ostfront – hatte die deutsche Seite die Initiative endgültig an die Rote Armee abgegeben. Nachdem diese Operation aus der Perspektive der höchsten militärischen Führung erschöpfend dargestellt und analysiert worden ist[1], soll hier versucht werden, jene „Panzerschlacht von Kursk" in ihrem Verlauf wie in ihren Wirkungen aus der Sicht eines beteiligten Panzerkorps nachzuvollziehen. Es handelt sich um das XXXXVI. Panzerkorps[2], dessen Tagebuch der Verfasser in jenen Tagen geführt

[1] Als kriegsgeschichtliche Darstellung aus deutscher Sicht immer noch grundlegend die Arbeit von: Klink, Ernst: Das Gesetz des Handelns. Die Operation „Zitadelle" 1943, Stuttgart 1966; dort auch eine Zusammenfassung der älteren Literatur. Außerdem: Rendulić, Lothar: Die Schlacht von Orel 1943. Wahl und Bildung des Schwerpunktes, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 1 (1963), H. 3, S. 130–138; Jukes, Geoffrey: Kursk, the Clash of Armour, New York 1969 (dt. Übersetzung: Die Schlacht der 6000 Panzer. Kursk und Orel 1943, Rastatt 1982); Wünsche, Wolfgang: Kursk 1943. Die Entschlußfassung der faschistischen deutschen Führung für „Zitadelle", in: Militärgeschichte 12 (1973), H. 3, S. 272–283; Engelmann, Joachim: Zitadelle. Die größte Panzerschlacht im Osten 1943, Friedberg 1980; Piekalkiewicz, Janusz: Unternehmen Zitadelle. Kursk und Orel: Die größte Panzerschlacht des 2. Weltkriegs, Bergisch-Gladbach 1983; Zins, Alfred: Die Operation Zitadelle. Die militärgeschichtliche Diskussion und ihr Niederschlag im öffentlichen Bewußtsein als didaktisches Problem, Frankfurt a. M./Bern/New York 1986. Aus sowjetischer Sicht: Markin, Ilja Ivanovic: Kurskaja Bitva (1943), Moskau 1958 (dt. Übersetzung: Die Kursker Schlacht, Berlin (Ost) 1960); Telpuchowski, Boris Semjonowitsch: Die sowjetische Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945, hrsg. und kritisch erläutert von Andreas Hillgruber und Hans-Adolf Jacobsen, Frankfurt a. M. 1961, S. 233 ff.; Schukow, Georgi K.: Erinnerungen und Gedanken, Stuttgart 1969, S. 418 ff.; Kozlov, L./A. Orlov: La bataille de Koursk et son influence sur la seconde guerre mondiale, in: Revue Historique de l'Armée 1 (1974), Nr. 2, S. 144–164; Groehler, Olaf: Luftschlachten des zweiten Weltkrieges. Von Stalingrad nach Kursk, in: Flieger-Jahrbuch 17, Berlin (Ost) 1974, S. 102–109; Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939–1945, hrsg. vom Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR u. a., Bd. VII: Die Vollendung des grundlegenden Umschwungs im Kriege, Berlin (Ost) 1976, S. 162 ff.; Erickson, John: The road to Berlin: Stalin's War with Germany, Bd. 2, London 1983, S. 87 ff.

[2] Das XXXXVI. Panzerkorps war am 30. 6. 1943 zusammen mit dem XX. Armeekorps (Kommandierender General: General Rudolf Frhr. von Roman), dem XXXXVII. Panzerkorps (Kommandieren-

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hat[3]. Damit sollen die militärischen Ereignisse aus der Sicht eines Truppenkommandos im mittleren Führungsbereich nachgezeichnet werden – also von einer Führungsebene, die sich nahe genug an der Front befand, um genaue Vorstellungen von deren Situation zu besitzen, die jedoch auch die Überlegungen der höheren und höchsten Führung einigermaßen gut kannte[4].

Grundlage dieser Darstellung bildet das bereits erwähnte Kriegstagebuch des Panzerkorps. Es gibt wenige Dokumente, in denen der Verlauf einer militärischen Operation – und damit auch der Verlauf dieser Schlacht und ihrer Folgen – so unmittelbar und detailliert erfahrbar wird wie in den amtlichen Kriegstagebüchern[5]. Zweifellos sind Kriegstagebücher in erster Linie Quellen für die Ereignisgeschichte; ihre Nüchternheit und Abstraktion reduzieren das Geschehen auf Teilaspekte, der „Blick vom Feldherrnhügel" zeichnet von vornherein eine bestimmte Perspektive vor. Andererseits sind es gerade diese Charakteristika, welche – zusammen mit einer weitgehenden Authentizität und Präzision – die Gewähr dafür bieten, daß diese Quelle der „histori-

---

der General: General Joachim Lemelsen), dem XXXXI. Panzerkorps (Kommandierender General: General Josef Harpe), dem XXIII. Armeekorps (Kommandierender General: General Johannes Friessner) sowie der Gruppe von Esebeck (Befehlshaber: Generalleutnant Hans-Karl Frhr. von Esebeck) der 9. Armee (Oberbefehlshaber: Generaloberst Walter Model) unterstellt.

Das XXXXVI. Panzerkorps verfügte zu diesem Zeitpunkt über vier Infanteriedivisionen, die 102., 258., 7. und 31. Infanteriedivision. An Korpstruppen gehörten damals folgende Einheiten dem XXXXVI. Panzerkorps an: Artilleriekommandeur 101, Artillerieregimentsstab z. b. V. 609, Sturmgeschützabteilung 909, leichte Artillerieabteilung 430 und 611, II./Artillerieregiment 47, 3./schwere Artillerieabteilung 637, 3./Artillerieabteilung 620, leichte Beobachtungsabteilung 6, Leichtgeschützabteilung mit den Batterien 423, 433, 443, Pionierbataillon 752, Brückenkolonne B 12, Brückenkolonne 29, Brückenstaffelstab 930, Straßenbaubataillon 584, Gruppe von Manteuffel (Jägerbataillon 9, 10 und 11), schweres Granatwerferbataillon 18.

Bis zum 14. 8. 1943 hatte sich die Zusammensetzung der im Befehlsbereich des XXXXVI. Panzerkorps stehenden Verbände stark geändert; nun verfügte das Korps über die 4. und 12. Panzerdivision, die 20. Panzergrenadierdivision, die 6. und 383. Infanteriedivision sowie die sog. „Kampfgruppen" 7, 31 und 258.

Kommandierender General des XXXXVI. Panzerkorps war General Hans Zorn für die Zeit vom 1. 10. 1942 bis 2. 8. 1943, danach Generalleutnant Friedrich Hoßbach, ab 10. 8. 1943 Generalleutnant Hans Gollnick. Als Chef des Generalstabs fungierten für den uns interessierenden Zeitraum Oberst i. G. Wolf-Dietrich Frhr. von Schleinitz, ab 7. 7. 1943 Oberst i. G. Fritz Berendsen.

[3] Soweit nicht gesondert erwähnt, entstammen die datierten Zitate zum Geschehen im Bereich des XXXXVI. Panzerkorps den offiziellen Kriegstagebüchern des Korps, bzw. deren Anlagen. Im Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i. Br., besitzen sie folgende Signaturen: BA-MA 37551/22 Generalkommando XXXXVI. Panzerkorps Kriegstagebuch Nr. 7 (1. 6.–15. 8. 1943); BA-MA 41165/1 dgl. Nr. 8 (16. 8.–30. 9. 1943); BA-MA 37551/29 dgl. Anlagen (1. 6.–15. 8. 1943).

[4] Wie fruchtbar derartige Quellen sein können, zeigt die folgende Edition: „Fahrtberichte" aus der Zeit des deutsch-sowjetischen Krieges 1941. Protokolle des Begleitoffiziers des Kommandierenden Generals LIII. Armeekorps. Eingel. und hrsg. von Walther Lammers, Boppard a. Rh. 1988.

[5] Vgl. Hubatsch, Walther: Das Kriegstagebuch als Geschichtsquelle, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 15 (1965), S. 615–623. Einen ganz anderen Erfahrungshorizont betont dagegen der folgende Sammelband: Wette, Wolfram (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München 1992.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Wirklichkeit", zumindest ihrem äußeren Verlauf sehr nahe kommt. Wenn der Verfasser einer solchen Quelle diese rückschauend mit Beobachtungen und Erkenntnissen ergänzen kann, die zum Zeitpunkt ihrer Entstehung – aus welchen Gründen auch immer – nicht aktenkundig werden konnten, so erscheint dies historiographisch besonders reizvoll. Sicherlich neigt die Erinnerung zur Selektion, sie bildet ihre eigenen Schwerpunkte. Doch ist mit einer solchen nachträglichen Bewertung immer auch die Möglichkeit verbunden, die dürren und häufig unvollkommenen Angaben eines „amtlichen Berichts" adäquat einzuschätzen und diesem seine frühere Bedeutung wiederzugeben. So besitzt es nicht nur persönliche Gründe, wenn die Person des damaligen Generalleutnants und späteren Generals Friedrich Hoßbach immer wieder in den Mittelpunkt der folgenden Darstellung rückt[6]. Welch zentrale Bedeutung er für das damalige Schicksal des Panzerkorps bekommen sollte, ergibt sich gewissermaßen zwangsläufig aus dem Geschehen.

Nachdem sich die Ostfront im Bereich der Heeresgruppen Mitte und Süd bis Ende März 1943 stabilisiert hatte, rückte für die deutsche Führung die Überlegung in den Vordergrund, auf welche Weise die Handlungsfreiheit wiederzugewinnen sei. Die zwischen Charkow und Orel entstandene Front bot sich vom militär-geographischen Standpunkt zu einer Umfassungsoperation durch deutsche Panzerverbände geradezu an. Hoßbach hat im Rückblick auf die Kämpfe die Ausgangslage wie folgt beschrieben[7]: „Die deutsch-russischen Stellungen zwischen Belgorod und Kirow verliefen im Sommer 1943 in Form eines Fragezeichens; in der unteren Hälfte standen die Russen auf der inneren Linie und in einem tief in die deutschen Linien vorspringenden Bogen um Kursk; in der oberen Hälfte war das Verhältnis umgekehrt. Hier ragte die deutsche Aufstellung im Bogen von Orel weit nach Osten vor."

Auch der Entschluß der deutschen Führung zur Operation „Zitadelle" ist inzwischen minutiös rekonstruiert worden[8]. Schon die Tatsache, daß sich Hitler ungeachtet der katastrophalen militärischen Entwicklung überhaupt zu einer Offensive entschloß, bleibt bemerkenswert; und dies zu einem Zeitpunkt, als das erdrückende Potential der westlichen Alliierten auf dem europäischen Kriegsschauplatz erst in Ansätzen zum

---

[6] Eine Lebensbeschreibung über diesen – in mancherlei Hinsicht bedeutenden – Offizier liegt nicht vor. Hoßbach ist vor allem als Verfasser der sog. „Hoßbach-Niederschrift" bekannt geworden sowie durch seine Tätigkeit als Chefadjutant der Wehrmacht bei Hitler, hier insbesondere aufgrund seiner Rolle während der Ablösung des Oberbefehlshabers des Heeres, Generaloberst Werner Frhr. von Fritsch. Seine teilweise autobiographischen Erinnerungen (Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934–1938, Göttingen [2]1965) nehmen hierzu detailliert Stellung. Hoßbachs Leistungen als Truppenführer sind dagegen weitgehend unbekannt geblieben. Vgl. jedoch Hoßbach, Friedrich: Infanterie im Ostfeldzug 1941/42, Osterrode 1951; ders.: Die Schlacht um Ostpreußen. Aus den Kämpfen der 4. deutschen Armee um Ostpreußen in der Zeit vom 11.7. 1944–30.1. 1945, Überlingen 1951 sowie die folgende Anmerkung.

[7] Ders.: Streiflichter aus den Operationen des Südflügels der Heeresgruppe Mitte vom Juli 1943 bis April 1944, in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift 117 (1951), H. 4, S. 251–269, hier S. 251.

[8] Klink, Gesetz des Handels, S. 51 ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tragen gekommen war. Die angloamerikanische Invasion mußte nur noch als eine Frage der Zeit erscheinen und überschattete demzufolge alle Planungen und Vorbereitungen des Frühjahrs 1943. Gleichwohl charakterisiert es die damalige Struktur der Wehrmachtführung, wenn sich Hitler mit einem operativen Entschluß durchsetzen konnte, der ebenso verlustreich wie riskant zu werden versprach, ohne daß er selbst bei einem Gelingen die strategische Gesamtlage entscheidend verändert hätte. Nach den schweren Abwehrkämpfen des Winters 1942/43 war das Ziel dieser Offensive nicht zuletzt propagandistischer Natur. Sie sollte *auch* das erschütterte Vertrauen der deutschen Verbündeten festigen und die schwankende Zuversicht der „Heimat" stärken.

Die für „Zitadelle" entscheidenden Operationsbefehle bringen derartige Motive deutlich zum Ausdruck. In Hitlers Operationsbefehl Nr. 6 vom 15. April 1943 hieß es etwa im charakteristischen „Führerstil"[9]: „Ich habe mich entschlossen, sobald die Wetterlage es zuläßt, als ersten der diesjährigen Angriffsschläge den Angriff ‚Zitadelle' zu führen. Diesem Angriff kommt daher ausschlaggebende Bedeutung zu. Er muß schnell und durchschlagend gelingen. Er muß uns die Initiative für dieses Frühjahr und Sommer in die Hand geben. Deshalb sind alle Vorbereitungen mit größter Umsicht und Tatkraft durchzuführen. Die besten Verbände, die besten Waffen, die besten Führer, große Munitionsmengen sind an den Schwerpunkten einzusetzen. Jeder Führer, jeder Mann muß von der entscheidenden Bedeutung dieses Angriffs durchdrungen sein. Der Sieg von Kursk muß für die Welt wie ein Fanal wirken." Als operatives Angriffsziel wurde bezeichnet: „Ziel des Angriffs ist, durch scharf zusammengefaßten, rücksichtslos und schnell durchgeführten Vorstoß je einer Angriffsarmee aus dem Gebiet Belgorod und südlich Orel die im Gebiet Kursk befindlichen Feindkräfte einzukesseln und durch konzentrischen Angriff zu vernichten." Mit dieser begrenzten operativen Zielsetzung hatte es freilich schon sein Bewenden; von jeder weiterreichenden Überlegung war noch nicht einmal in Ansätzen die Rede. Statt dessen hielt man es auf deutscher Seite für ausreichend, eine Vernichtungsschlacht auf begrenztem Raum zu planen.

Wenn auch Vorbereitung und Durchführung des Unternehmens von Hitler bis in die Details hinein bestimmt wurden, so blieb der Angriffstermin unter seinen militärischen Beratern lange Zeit umstritten. Er wurde seit Mitte April immer wieder hinausgeschoben. Zu den wichtigsten Besprechungen, die dem Unternehmen „Zitadelle" vorausgingen, gehörte jene, zu der Hitler zusammen mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen Mitte, Generalfeldmarschall Günther von Kluge, und Süd, Generalfeldmarschall Erich von Manstein, den Chef des Generalstabs der Luftwaffe, Generaloberst Hans Jeschonnek, und den Generalinspekteur der Panzertruppen, Generaloberst Heinz Guderian, am 4. Mai nach München einlud[10]. Generaloberst Walter

[9] In: Ebenda, S. 292–299, hier S. 292.

[10] Ebenda, S. 140 ff. Mansteins Überlieferung dieser Besprechung ist glaubhaft – auch dann, wenn er den ihm wesensmäßig konträren Model kritisch charakterisiert. Manstein, Erich von: Verlorene Siege, Koblenz [12]1991, S. 488 ff.: „Model war zweifellos ein besonders befähigter Generalstabsoffizier, klug, von klarem Urteil und schneller Auffassungsgabe." Man wird kaum Mansteins Urteil in Frage stellen,

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Model, Oberbefehlshaber der 9. Armee, war nicht anwesend, doch bildeten seine Bedenken gegen die Offensive, die er Hitler zuvor vorgetragen hatte, gewissermaßen Ausgangspunkt und Grundlage der Besprechung. Die Argumente eines Generals wie Model mußten auf Hitler besondere Wirkung haben. Dieser hatte auf „die Schwierigkeiten hingewiesen, denen sein Angriff infolge des starken Ausbaus des feindlichen Stellungssystems begegnen werde“[11]. Hitler wollte solche Bedenken mit der Zusicherung entkräften, beide Angriffsarmeen mit Panzerverbänden zu verstärken, vor allem mit den neu entwickelten Typen „Panther“, „Tiger“ und „überschwerer Sturmartillerie“ wie „Ferdinand“, einer bis zu 200 mm gepanzerten Porsche-Konstruktion, deren Mängel sich rasch herausstellen sollten[12]. Klink weist an der Planung von „Zitadelle“ überzeugend nach, wie der Panzer in den Mittelpunkt von Hitlers Überlegungen rückte. „Der Panzer sollte den Infanteristen nicht mehr allein entlasten, Panzerverbände sollten Infanterieverbände ersetzen. Auf dieser Rechnung basierte die Entscheidung Hitlers zur Durchführung der Operation.“[13] Auch Kluge und Manstein versuchten, Models Argumentation zu widerlegen. So wurden Models Angaben über ein angeblich 20 Kilometer tiefes Verteidigungssystem des Gegners für übertrieben erklärt. Manstein nimmt für sich allerdings in Anspruch, auf die Gesamtlage hingewiesen zu haben. Bei einer Verschiebung von „Zitadelle“ und etwaigem Verlust von Tunis bestünde die Gefahr, „daß der Beginn von ‚Zitadelle‘ mit einer feindlichen Landung auf dem Festland zusammenfalle und wir dann auf zwei Fronten entscheidend zu kämpfen haben würden“[14].

Tatsächlich hatte sich die Lage im Mittelmeerraum für die Achsenmächte gefährlich zugespitzt: Mit der Kapitulation des Deutschen Afrikakorps bis zum 13. Mai 1943 waren nicht nur 250 000 deutsche und italienische Soldaten in Gefangenschaft geraten – der nordafrikanische Raum war endgültig verloren, das Mittelmeer und damit die gesamte südliche Flanke Europas war dem alliierten Zugriff weitgehend schutzlos ausgeliefert. Wenn die strategischen Planungen der Alliierten bislang relativ beziehungslos

---

der über Model schreibt, daß dieser „aus Überzeugung an Hitlers bzw. die nationalsozialistische Idee geglaubt“ habe. Andererseits habe er „seine militärischen Ansichten auch Hitler gegenüber rückhaltlos vertreten. In jedem Fall war Model ein tapferer Soldat, der seine Person rücksichtslos einsetzte und das gleiche von seinen Untergebenen, oft in brüsker Form, verlangte. Stets war er an den kritischen Stellen der von ihm befehligten Front zu finden. So war Model so recht ein Soldat nach Hitlers Sinn.“ Ohne dieser Beurteilung Models grundsätzlich zu widersprechen, bleibt es dem beobachtenden Kriegstagebuchführer unvergeßlich, wie dieser hochbegabte Improvisator während vieler Besuche auf dem Gefechtsstand des Korps im Verlauf der unaufhaltsamen Rückzüge die Siegeszuversicht unter anderem mit dem Hinweis auf den angeblich hervorragenden Mannschaftsersatz begründete. Die einberufenen jungen Jahrgänge seien von der Hitlerjugend geprägt. Darin liege der entscheidende Unterschied zu dem defätistisch eingestellten Mannschafts- und Offiziersersatz des Jahres 1918. Es sei dahingestellt, ob er selbst an seine Worte geglaubt hat.

11 Manstein, Verlorene Siege, S. 490.

12 Zu den technischen Details: Spielberger, Walter J.: Der Panzerkampfwagen Tiger und seine Abarten, Stuttgart 1977; ders.: Der Panzerkampfwagen Panther und seine Abarten, Stuttgart 1978.

13 Klink, Gesetz des Handelns, S. 143.

14 Manstein, Verlorene Siege, S. 491.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und unkoordiniert nebeneinander hergelaufen waren, so sollten sie jetzt erstmals beginnen, systematisch ineinanderzugreifen.

Zu den überzeugenden Argumenten, welche die Teilnehmer an der Besprechung gegen eine Verschiebung des Angriffstermins anführten, gehörte schließlich die Sorge um die Geheimhaltung. General Kurt Zeitzler hat als Chef des Generalstabs des Heeres besonders entschieden den Standpunkt vertreten, den Angriff so schnell wie möglich, „spätestens Anfang Juni", durchzuführen[15], da die Angriffsvorbereitungen nicht länger geheim gehalten werden könnten und mit einer großen sowjetischen Sommeroffensive zu rechnen sei. Die Sorge um die Geheimhaltung war nur zu berechtigt, wie sich schon bald herausstellte[16]. Sie wurde gerade von den mittleren Kommandobehörden geteilt, die der Front am nächsten standen. Ob Zeitzler „die Aufgabe des ganzen Unternehmens" vorgeschlagen hat, bleibt ungeklärt, erscheint aber wenig wahrscheinlich. Hitler entschied schließlich, „daß der Angriff Ende Juni stattzufinden habe"[17]. Doch wurde auch dieser Termin noch mehrere Male verschoben. Die Gründe lagen primär in den logistischen Schwierigkeiten, verursacht durch die Wetterumschwünge des Frühjahrs sowie die wachsende Dominanz der sowjetischen Partisanen.

Dem Angriff ging noch einmal eine Besprechung voraus, zu der Hitler am 1. Juli alle beteiligten militärischen Führer bis hinunter zu denen der Angriffskorps ins Führerhauptquartier befohlen hatte[18]. Aus den Aufzeichnungen eines der Teilnehmer, General Johannes Friessner, kennen wir Hitlers Argumentation. Seinen Entschluß für eine neue Offensive suchte er nicht nur militärisch, sondern auch politisch zu begründen, indem er auf die Verbündeten, die Heimat und die Interdependenz der alliierten Strategie verwies. Schon deshalb sei ein spektakulärer deutscher Sieg unverzichtbar. Die Schuld für die zurückliegenden Rückschläge schob er den Verbündeten, besonders den Italienern, zu. Im Mittelpunkt seiner strategischen Vorstellungswelt stand jedoch der Gedanke, keinen Raum aufzugeben: „Dem Soldaten müsse klar sein, daß er da stehenbleiben muß, wo er stehe, sonst würde er sein Opfer als vergebens ansehen." Diese starre Konzeption des „Raumes" schloß operative Alternativen von vornherein aus. Hoßbach hat nach dem Kriege Gedanken ausgesprochen, deren Substanz dem Ordonnanzoffizier von 1943 nicht neu gewesen ist[19]: „Mit hoher Wahrscheinlichkeit hätte sich jedoch die Absicht, nach der Schlacht günstiger und stärker als zuvor dazustehen, bei geringerem Risiko und weniger Opfern verwirklichen lassen, wenn man einen frei-

[15] Klink, Gesetz des Handelns, S. 141.

[16] Aufgrund der erheblich erweiterten Quellenbasis sind wir inzwischen sehr viel präziser über den Kenntnisstand der Alliierten informiert. Vgl. hierzu: Mulligan, Timothy P.: Spies, ciphers and „Zitadelle". Intelligence and the battle of Kursk, 1943, in: Journal of Contemporary History 22 (1987), Nr. 2, S. 236–260; Glantz, David M: Soviet operational intelligence in the Kursk operation, July 1943, in: Die operative Idee und ihre Grundlagen. Ausgewählte Operationen des Zweiten Weltkrieges, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford/Bonn 1989, S. 53–77.

[17] Dies entgegen der Darstellung Klinks, Gesetz des Handelns, S. 141 f.

[18] Ebenda, S. 197 f. Auszüge aus Hitlers Ansprache vom 1. 7. 1943 auch in: Krausnick, Helmut: Zu Hitlers Ostpolitik im Sommer 1943, in: VfZ 2 (1954), S. 305–312.

[19] Hoßbach, Streiflichter, S. 252.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

willigen Rückzug aus dem nördlichen [von der Wehrmacht besetzten] Frontbogen (Orel) dem Angriff auf den südlichen (Kursk) vorgezogen hätte. Durch einen selbstgewählten Verzicht auf den Raum um Orel und Zurücknahme der eigenen Kräfte auf die Sehne beiderseits Brjansk hätte der eine Teil des Ziels, die Front zu begradigen und Kräfte als Reserven der höchsten Führung aus der Kampflinie auszusparen, sich voraussichtlich leichter ermöglichen lassen."

Das Kriegstagebuch des XXXXVI. Panzerkorps notiert den Beginn des planmäßigen Angriffs am 5. Juli um 6.30 Uhr[20]. Um 7.45 Uhr traf Generalfeldmarschall von Kluge auf dem vorgeschobenen Gefechtsstand des von General Hans Zorn geführten Korps ein. „Er [Kluge] meint, daß die Überraschung des Feindes gelungen ist und daß der Feind den Kampf annimmt." Eine der für den Verlauf der gesamten Operation wohl wichtigsten Einsichten findet sich bereits am folgenden Tag in einer knappen wie lakonischen Eintragung: „Dem Gegner ist der Zeitpunkt des Angriffs bekannt gewesen; dadurch ist eine operative Überraschung nicht erreicht." Dessenungeachtet gelang es dem Korps, seine Angriffsziele des ersten Tages zu nehmen. Die 31. Infanteriedivision unter dem Befehl von Generalleutnant Hoßbach, auf den sich die Aufmerksamkeit nunmehr richten soll, erreichte den Nordostrand und die Höhen nördlich von Gnilez. Die letzte Eintragung des 5. Juli lautet: „Die eigenen Verluste dieses ersten Angriffstages sind beträchtlich." Um 6 Uhr des nächsten Tages setzten die Angriffsdivisionen ihre Offensive fort. Es seien „noch dieselben Feindverbände, die uns gegenüberstehen", wobei nun zahlreiche feindliche Panzer dafür sorgten, daß das Korps „vorübergehend zur Abwehr übergehen muß". Um 8.40 Uhr meldete Hoßbach, „daß sich starke Feindkräfte im Gniliza-Wald befinden. Mitgehörte Funksprüche besagen, daß Feind entschlossen ist, sich dort zu halten. Mitgehörte Funksprüche lauten sinngemäß, ‚Igelt Euch ein und macht es wie in Stalingrad. Feind hat keine Reserven mehr.'" Bereits jetzt versteifte sich der feindliche Widerstand. „11 Uhr. Ab dieser Zeit werden die Meldungen über feindliche Panzer zahlreicher." Um 15.20 Uhr des 6. Juli meldete Hoßbach: „Die Division liegt fest vor den beiden Höhen 236,7 und 234,1 südlich von Gnilez. Starker Feindwiderstand mit Panzern. Ebenfalls erheblicher Feindwiderstand am Westrand des Gniliza-Waldes. General Hoßbach rät, in dieser Situation zunächst zur Abwehr überzugehen. (...) Der Vorschlag des Generals Hoßbach, zur Abwehr überzugehen, wird vom Armeechef [Oberst i. G. Harald-Gustav Frhr. v. Elverfeldt] abgelehnt", lautete die Antwort. Schon jetzt begann der Widerspruch zwischen Leistungsfähigkeit der Truppe und operativen Forderungen deutlich zu werden. Die extrem hohen Verluste der deutschen Angriffsverbände taten das Ihre, um dieses Mißverhältnis immer deutlicher zu Tage treten zu lassen[21]. Auch im Bereich

[20] Die folgenden Zitate nach den Kriegstagebüchern des XXXXVI. Panzerkorps; vgl. Anm. 3.

[21] Am 10. 7. ist im Kriegstagebuch des XXXXVI. Panzerkorps u. a. zu lesen: „Nach den bisherigen verlustreichen 5 Angriffstagen wird die Frage der Ersatzzuführungen immer dringender. Die Gefechtsstärken der B[a]t[ail]l[on]e der 7. Inf[anterie]Div[ision] schwanken zwischen 100 und 200 Mann. Es wird erwogen, wie die abgesunkenen Gefechtsstärken wieder einigermaßen aufgefüllt werden können."

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des XXXXVI. Panzerkorps sollte der Ruf nach personellem Ersatz nicht mehr verstummen; ein ständiges Tauziehen zwischen Truppenkommando und höherer Führung war die Folge. „Das langsame Vordringen der Angriffsdivisionen und ihre dabei zum Teil schweren Verluste sind nicht auf den infanteristischen Widerstand, den der Feind leistet, zurückzuführen, sondern auf den ungewöhnlichen hohen Einsatz der feindlichen Artillerie und Granatwerfer sowie auf den Einsatz der feindlichen Panzer", lautet die Einsicht vom 10. Juli. Am selben Tag um 9.10 Uhr „gibt die Heeresgruppe für den Generalfeldmarschall [von Kluge], der auf dem Korpsgefechtsstand [Wald westl. Woronez] erwartet wird, die Nachricht durch, daß die Alliierten auf Sizilien gelandet" sind. Damit hatte sich die strategische Gesamtlage entscheidend verändert. Das Mißverhältnis von operativem Ziel und Stärkeverhältnis ließ sich nicht mehr übersehen. Das Kriegstagebuch fährt wenig später fort: „Der Feldmarschall [von Kluge] gibt zu, daß er sich das Erreichen von Fatesh ursprünglich rascher gedacht habe, sogar in 3–4 Tagen. Er versichert, daß er rechtzeitig den notwendigen Ersatz, der vorhanden sei, dem Korps zuführen lassen werde. Der an verschiedenen Stellen auftretende Pessimismus müsse schärfstens abgelehnt und bekämpft werden, da hierzu keinerlei Gründe vorhanden seien[22]. Der Feldmarschall wendet die Bezeichnung ‚Mießmacher' an. Es sei eine gewaltige Abnutzungsschlacht im Gange, die sich nochmals steigern würde und in deren Verlauf die von uns vorgesehenen Absichten erreicht werden würden." Als sich Kluge nach der Führung bei den Angriffsdivisionen erkundigte, „hoben K[ommandierender]G[eneral] und Chef besonders die überlegene Führung der 31. Inf[anterie] div[ision] hervor".

Schon am 11. Juli wurden, bis auf geringe Ausnahmen, alle Angriffe im Korpsbereich eingestellt, die für den 12. Juli vorgesehenen Angriffe mußten ebenfalls abgesagt werden. Noch am selben Tag „entstand die Frage, ob die Vorbereitungen zum Angriff fortgesetzt werden oder ob sich das Korps zur Abwehr einrichten sollte".

Derartige Überlegungen wurden überflüssig, als am frühen Morgen des 12. Juli der sowjetische Großangriff gegen die Front der 2. Panzerarmee im Bereich der Heeresgruppe Mitte begann. Eigene Verbände mußten schleunigst zugunsten der bedrängten Panzerarmee im Norden umgruppiert werden. Es handelte sich deshalb nur um eine theoretische Erwägung, wenn am Abend des 12. Juli vom Armeeoberkommando 9 ein „Befehl für die Fortsetzung des Angriffs in Teilangriffen erlassen" wurde, der den Angriffsschwerpunkt in den Bereich des XXXXVI. Panzerkorps legte. Daß „Zitadelle" gescheitert war, hatte sich schon in den ersten Angriffstagen in aller Deutlichkeit gezeigt. Die Überlegenheit des sowjetischen Gegners war unbestritten.

Am 13. Juli befahl Hitler die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen Mitte und Süd zu sich, um „über das Weiterführen oder den Abbruch von ‚Zitadelle' "[23] zu entschei-

---

[22] Interessant ist in diesem Zusammenhang auch folgender Eintrag im Kriegstagebuch des XXXXVI. Panzerkorps: Die 7. Infanteriedivision habe am 10.7. gemeldet, „daß über den aus Elsässern und Lothringern bestehenden, in Zuführung begriffenen Ersatz bereits außerordentlich ungünstige Nachrichten eingetroffen seien".

[23] Klink, Gesetz des Handelns, S. 266 ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den. Unter den Berichten über diese Besprechung im Führerhauptquartier sind die Erinnerungen Mansteins wiederum besonders interessant[24]. Sie sollen deshalb berücksichtigt werden, bevor wieder der begrenzte Schauplatz des Panzerkorps in den Mittelpunkt der Darstellung rückt. Folgt man Mansteins Schilderung, so begann die Besprechung mit der Erklärung Hitlers, „daß die Lage auf Sizilien, wo die Westmächte am 10. Juli gelandet waren, ernst geworden sei". Der Verlust der Insel sei wahrscheinlich. Eine Landung auf dem Balkan oder in Unteritalien könnten die nächsten Schritte des Gegners sein. Es sei nötig, neue Armeen in Italien und auf dem Westbalkan zu bilden. „Die Ostfront müsse Kräfte abgeben, daher könne ‚Zitadelle' nicht fortgeführt werden." Hatte Hitler noch im Frühsommer die Gefahr einer Invasion der Westalliierten bagatellisiert, so war seine Aufmerksamkeit nun ganz auf die Entwicklung im Süden gerichtet. Der Einbruch der angloamerikanischen Truppen in die „Festung Europa" – vorerst eher ein Signal als eine entscheidende operative Positionsveränderung – genügte, um einen bemerkenswert raschen, ja geradezu überstürzten Zusammenbruch des faschistischen Regimes in Italien einzuleiten. Zweifellos hat diese Entwicklung das weitere Geschehen an der Ostfront maßgeblich beeinflußt; dies sollte allerdings nicht dazu führen, die Bedeutung der operativen Schwierigkeiten *vor Ort* herunterzuspielen. Ausschlaggebend für die Operation „Zitadelle" blieben vielmehr zwei Faktoren – die Tatsache, daß von einer Überraschung auch nicht ansatzweise die Rede sein konnte, und der Umstand, daß der deutsche Angriff bereits in seiner Anfangsphase nur schwer Raum gewann, von den entsetzlichen Verlusten der deutschen Angriffsverbände einmal ganz abgesehen. Selbst bei einem Gelingen des kostspieligen wie riskanten Durchbruchs wäre der strategische, ja bereits der operative Sinn des gesamten Unternehmens – wenn es denn überhaupt je einen besessen hat - mehr als fraglich gewesen.

Angesichts der schweren sowjetischen Einbrüche im Bereich der 2. Panzerarmee mußte der mit dem Gesamtkommando über den Orelbogen betraute Model zwei Panzerdivisionen dorthin entsenden, d. h. in einen Frontabschnitt, der an den nördlichen Schwerpunkt der Operation „Zitadelle" anknüpfte. Kluge wies in jener Besprechung vom 13. Juli darauf hin, daß Models Armee bereits 20 000 Mann verloren habe, ihr Angriff „könne schon aus diesem Grunde nicht mehr fortgesetzt und auch nicht später mehr aufgenommen werden"[25]. Mansteins Lagebeurteilung fiel indes noch optimistisch aus. In seinem Bereich der Heeresgruppe Süd „sei die Schlacht jetzt auf dem entscheidenden Punkt angekommen". Nach den Abwehrerfolgen der letzten Tage „läge

[24] Manstein, Verlorene Siege, S. 501 ff. Dort auch die folgenden Zitate über diese Besprechung. Wenn man sich auf Manstein als sogenannten „Kronzeugen" beruft, so ist auch auf die moralische Schuld hinzuweisen, in die sich dieser bedeutende Stratege verstrickt hat, selbst wenn er Hitlers Führung tief verachtete, wie sogar einem Oberleutnant der Reserve nicht verborgen blieb. Als das Generalkommando des XXXXVI. Panzerkorps zu Beginn des Jahres 1944 seinem Befehl unterstellt wurde, ergaben sich einige Gelegenheiten zu kurzen persönlichen Gesprächen. Während eines Besuches auf dem Korpsgefechtsstand bemerkte er das Hitler-Bild an der Wand. Der Feldmarschall schaute uns an und stellte die ironische Frage, ob wir ihn dort „aufgehängt" hatten.

[25] Ebenda, S. 502. Auch zum Folgenden.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Sieg in greifbarer Nähe". „Jetzt den Kampf abzubrechen, würde voraussichtlich bedeuten, daß man den Sieg verschenkte!" Seine Heeresgruppe stünde kurz vor dem Durchbruch auf Kursk. Model solle seine Stellungen halten und zu einem späteren Zeitpunkt den Angriff fortsetzen, um ihm, Manstein, die Möglichkeit zu geben, die vor ihm stehenden, „bereits erheblich mitgenommenen Feindgruppen endgültig zu schlagen". Während der Angriff der Heeresgruppe Süd mit Billigung Hitlers noch einige Tage fortgesetzt wurde, zog sich die 9. Armee – und mit ihr das XXXXVI. Panzerkorps – in schweren Kämpfen aus dem Kursker Bogen zurück. Am 17. Juli wurde das Unternehmen „Zitadelle" endgültig eingestellt. Am 1. August begann der Rückzug der Heeresgruppe Mitte, während die Rote Armee an der gesamten Ostfront zum Großangriff antrat und im Verlauf der kommenden Wochen weite Teile sowjetischen Gebiets zurückeroberte.

Diese Ereignisse bilden den Hintergrund für das dramatische Geschehen im Bereich des XXXXVI. Panzerkorps[26]. So wurden noch am 11. Juli in Gegenwart des Generalfeldmarschalls von Kluge auf dem Korpsbefehlsstand Überlegungen über eine Fortführung des Angriffs angestellt. „Den Stop in unserem Angriff führt der Feldmarschall lediglich auf die Wirkung des feindlichen Artillerie-Salvengeschütz- und Granatwerferfeuers zurück." Seit dem 12. Juli hatten alle Angriffsoperationen ihr Ende gefunden, alles stand unter dem Eindruck „der Entwicklung bei der 2. Panzerarmee, wo der Feind nach starker Artillerievorbereitung zu Teilangriffen angetreten ist". Die Lage spitzte sich stündlich zu. Am 14. Juli „überlegt die Führung des Korps, wie aus der Gliederung zum Angriff am zweckmäßigsten eine Gliederung für die Verteidigung herzustellen" sei. Nachdem tagelang über die weitere operative Planung Unklarheit geherrscht hatte, traf gegen 17 Uhr des 14. Juli der Befehl der 9. Armee ein, daß das Korps endgültig zur Verteidigung überzugehen habe. Diese Entscheidung kam keineswegs verfrüht, bereits in den frühen Morgenstunden des nächsten Tages begann ein schwerer Feindangriff; dieser konnte bis zum Abend abgeschlagen werden, doch wurde jetzt von der Armee „die grundsätzliche Entscheidung" übermittelt, „daß die Front in die Linie der ehemaligen H[aupt]k[ampf]l[inie] (vor 5. Juli) zurückzunehmen" sei. „Danach geht das Korps unter Aufrechterhaltung des Flankenschutzes für XXXXVII. P[an]z[er]Korps am 16.7. abends beginnend aus der derzeit gehaltenen auf die ursprüngliche vor 5.7. gehaltene HKL so zurück, daß unter Belassung von starken Nachtruppen am Feind die volle Abwehrbereitschaft in der 2. Stellung bis 17.7., früh, in der endgültigen HKL ab 18.7., früh, sichergestellt ist." Bereits nach zwei Wochen war das unter so großen Verlusten erkämpfte Gebiet wieder verloren! Nunmehr setzte ein Rückzug ein, der nur noch vorübergehend zum Stillstand kam. Die Ereignisse überschlugen sich. Der Gegner folgte den „Absetzbewegungen", wie der Rückzug offiziell genannt wurde, schob sich teilweise gefährlich nahe an die eigenen Stellungen heran. Immerhin gelang es bis Mitte August 1943, „das feindliche Vordringen in der allgemeinen Linie Ssewsk–Brjansk–Kirow vorläufig

[26] Vgl. Anm. 3.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum Stehen zu bringen". Das Gegenteil der operativen Zielsetzung war eingetreten: Der Bogen um Kursk war nicht erobert, eine „Vernichtungsschlacht" hatte nicht stattgefunden – vielmehr war der nördlich davon liegende Frontbogen um Brjansk verloren, „und die Begradigung der Front auf dem Umwege über Offensive und Rückzug zu spät, unter starker Einbuße an Menschen und Material und in einer anderen als der erstrebten Linie vollzogen worden". Der erschöpfte Gegner stellte zunächst vor Brjansk Mitte August seinen Angriff ein. „Am 25. August trat er bei Ssewsk und südlich davon aus dem Frontbogen bei Kursk zu einer Durchbruchsoffensive großen Stils nach Westen an." Das XXXXVI. Panzerkorps mußte jetzt das Gebiet ostwärts des Dnjepr räumen, „nachdem der Versuch, die Dessna endgültig zu halten, nach vierzehntägiger Schlacht Mitte September gescheitert war". Es handelte sich inzwischen um einen Rückzug „über ein Gebiet von mehreren hundert Kilometern Tiefe"; das Beispiel dieses begrenzten Schlachtausschnitts verdeutlicht, daß die Rote Armee nun endgültig dazu überging, das Schlachtfeld zu beherrschen – nicht nur im Winter, sondern auch während der Sommermonate.

Im Strudel der sich an die Operation „Zitadelle" anschließenden äußerst schwierigen Rückzugsgefechte verdient die bereits erwähnte überlegene Führung der 31. Infanteriedivision durch den Generalleutnant Hoßbach besondere Beachtung[27]. Er hatte ja schon bei Beginn der Operation „Zitadelle" geraten, zur Abwehr überzugehen. Am 17. Juli „10.15 [Uhr] teilt General Hoßbach (...) Chef [des Generalstabs, Oberst i. G. Fritz Berendsen] mündlich mit, daß die Gr[enadier]r[e]g[imen]ter der 31. I[nfanterie]d[ivision] physisch und psychisch an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt seien ...". Er meldete „hohen Ausfall an Offizieren und Unteroffizieren" und bat „um einige Tage Ruhe und Zuführung von Off[i]z[ieren] und U[nter]off[i]z[ieren] und 1000 Mann Ersatz"; bei der angespannten Lage im Orelbogen konnte weder der Wunsch nach Ruhe noch nach Ersatz erfüllt werden. Charakteristisch ist Hoßbachs Erklärung: „17.50 [Uhr] erläutert General Hoßbach dem

[27] Der Name Hoßbach war mir seit meinen Vorkriegssemestern vertraut. Er war damals Kommandeur des Infanterieregiments 82 und Standortältester in Göttingen. Wohl waren die Einzelheiten seiner Rolle als Chefadjutant der Wehrmacht bei Hitler im Zusammenhang mit dem „Rücktritt" des Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Werner Frhr. von Fritsch, unbekannt, aber Nachrichten über sein mutiges Verhalten in jener Krise waren an die Öffentlichkeit gedrungen. Hoßbachs Persönlichkeit ist nur mit seiner Bindung an das Gewissen – wie immer er dies auch verstanden haben mag – zu begreifen. Er handelte stets in Übereinstimmung mit seinem Gewissen. Dabei war er furchtlos gegenüber Vorgesetzten; eindrucksvoll blieb für mich der offene Widerspruch gegenüber Männern wie Model und Kluge, auch gegenüber Hitler, der ihn 1944, freilich vor dem 20. Juli, erstmals seit 1938 wieder empfing. Hoßbach berichtete später, er habe ihm schonungslos die Lage an der Ostfront geschildert, und als Hitler seinen Vortrag empört unterbrach, die Frage gestellt: „Wollen Sie, mein Führer, die Wahrheit hören oder nicht?" Hitler habe erwidert: „Von Ihnen, Hoßbach, will ich sie hören." Die Begegnung fand unter vier Augen statt, so daß sie von dritter Seite weder bestätigt noch dementiert werden kann. Für den, der damals im Banne Stauffenbergs stand, waren die auch Hoßbach gezogenen Grenzen spürbar, wenn auch nicht sichtbar. Ungeachtet seiner dezidiert kritischen Einstellung zum Nationalsozialismus hätte er sich wohl kaum zum Anschluß an jene Offiziere durchringen können, die sich zum Sturz Hitlers entschlossen hatten.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kommandierenden General die Gründe, die ihn zu seiner Meldung veranlaßt haben. Er bringt zum Ausdruck, daß er diese Meldung vor seinem Gewissen habe abgeben müssen ..." – eine Haltung, die er auch in den nächsten Tagen immer wieder unter Beweis stellen sollte. Am selben Tag trat eine neue Befehlsgliederung in Kraft: Aus dem XXXXVI. Panzerkorps und XXIII. Armeekorps wurde unter Führung des Generals Joachim Lemelsen „ein neuer Abschnitt ‚Orel-Süd' gebildet", der vom Stab des XXXXVII. Panzerkorps geführt wurde. Währenddessen hielt der sowjetische Druck unvermindert an. Die Einbruchsstellen mußten jetzt mit Hilfe von Alarmeinheiten und örtlichen Reserven abgeriegelt werden, wobei im Kriegstagebuch die harten Methoden nur angedeutet sind, mit denen diese Krise aufgefangen wurde. Als am 18. Juli etwa ein „Befehl für den Ausbau einer rückwärtigen Stellung" herausgegeben wurde, war dieser Befehl innerhalb weniger Stunden durch die Angriffe des Gegners gegen die zurückweichende Hauptkampflinie überholt, ganz davon abgesehen, daß von ausgebauten Stellungen – wie etwa im Ersten Weltkrieg – auch nicht entfernt die Rede sein konnte. Der erwartete Großangriff des Gegners erfolgte dann am 25. Juli „nach besonders starker Artillerievorbereitung mit Unterstützung von mindestens 80–100 Panzern aus dem Raum von Tschern (...) mit dem Ziel, den Durchbruch in Richtung Kromy–Orel nun zum 3. Male zu erzwingen". Nach zwei Stunden war „der feindliche Durchbruch bis Krassn. Ugolok–Neshiwka – 260.1 (wo 50 Panzer im Kampf mit den Tigern gemeldet werden) durchgedrungen"; die Einbruchsstelle erweiterte sich zusehends. Im Verlauf der dreitägigen Abwehrschlacht im Raum Trossna–Tschern wurden „die infanteristischen Kräfte so geschwächt", daß – so die Meldung an die 9. Armee in der Nacht vom 25. auf 26. Juli – „das Korps ohne Zuführung infanteristischer Kräfte einen weiteren feindlichen Angriff in der bisherigen Stärke nicht aushalten werde"[28]. Zwar verlangsamten sich die hin- und herflutenden Angriffe während der nächsten Tage, doch konnte am 28. Juli Oberst i. G. Berendsen von einer Besprechung bei der Gruppe Orel-Süd endlich den „grundsätzlichen Befehl über das Ausweichen des Korps in die [sog.] Hagenstellung mit[bringen]". Unter dem 30. Juli ist im Kriegstagebuch des Panzerkorps zu lesen: „23.07 [Uhr] wird durch Gruppe Orel-Süd das Stichwort für die Hagenbewegung ‚Herbstreise' durchgegeben. Damit ist der 31. 7. ‚d – Tag'. Das Generalkommando gibt das Stichwort an die unterstellten Einheiten weiter (...). 00.50 [Uhr] werden in einem weiteren Fernschreiben die einzelnen Zeiten für das Absetzen befohlen."

Bereits am 1. August setzte ein neuer feindlicher „Großangriff mit zahlreichen Panzern" ein. Der Befehl der Heeresgruppe zur Rücknahme ihrer Front auf die dicht ostwärts verlaufende kürzere Sehne des Orelbogens, eben jene Hagenbewegung, war keine Stunde zu früh gekommen. An diesem Tage „litt das Korps ganz besonders unter den mehrfachen Unterbrechungen der Drahtverbindungen sowohl nach vorn zu den Divisionen als auch zur Armee". Tags darauf setzten die sowjetischen Verbände ihre

[28] Das Kriegstagebuch vom 25. 7. 1943 verzeichnet ferner: „Die am heutigen Tag nochmal gelungene Abwehr des feindlichen Durchbruchs ist wesentlich auf das Konto der Sturmgeschütze, Tiger und Panther zu setzen." Vgl. Anm. 3.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Offensive fort: „Der Schwerpunkt des feindlichen Angriffs liegt in der gestrigen Einbruchsstelle, wo auch die Masse der feindlichen Panzer (mindestens 150 Stück) auftritt, sowie im Rollbahnabschnitt; (...) nur unter Aufbietung letzter Reserven gelingt es, den Einbruch bis zum Abend (...) notdürftig abzuriegeln." Doch damit waren die dramatischen Ereignisse dieses Tages noch nicht zu Ende; nüchtern vermerkt das Kriegstagebuch: „Um 8.30 [Uhr] fällt der Kommandierende General, General der Infanterie Zorn, auf der Fahrt zur Truppe durch Bombenvolltreffer. Generalleutnant Hoßbach, Kommandeur 31. Inf. Div., wird mit der Führung des Korps beauftragt und trifft 10.45 Uhr auf dem Korps-Gefechtsstand ein."

An dieser Stelle ist die offizielle „Kriegsgeschichtsschreibung" durch die persönliche Erinnerung des damaligen Kriegstagebuchführers zu ergänzen. Es handelt sich nicht um eine Widerlegung des „dienstlichen Tagebuchs", aber erst das „Nichtaufgeschriebene", das „Nichtaktenkundige" stellt die Dramatik des Tages und die handelnden Personen in das rechte Licht. Nachdem Lemelsen dem neuen Kommandierenden General erklärt hatte, daß die Führung der 9. Armee „ihm freigegeben habe, heute abend die ‚rote Linie' zu beziehen", wurde bis Mittag der Korpsbefehl über diese Absetzbewegung an die Divisionen weitergeleitet. Hoßbach selbst hielt diese Zurücknahme unbedingt für notwendig und ließ es sich nicht nehmen, diesen Befehl selbst auszuarbeiten – sehr zur Verwunderung seines Chefs des Stabes, Oberst i. G. Berendsen, der einen anderen Führungsstil gewöhnt war. Das Kriegstagebuch fährt für den 2. August folgendermaßen fort: „Gefechtsstand Dolshenki. Um 16.00 [Uhr] verlegt die Masse der Führungsabteilung nach Dolgoj Bugor. Auf dem alten Gefechtsstand bleiben stellvertr[etender] K[ommandierender]G[eneral][Hoßbach] und Chef [Oberst i. G. Berendsen] zurück. Kurz vor Aufbruch K. G. und Chef zum neuen Gefechtsstand erscheint 18.40 Uhr General Lemelsen und übermittelt den Befehl des Generalfeldmarschalls [von Kluge], nicht ganz in die vorgesehene ‚rote' Linie auszuweichen, sondern einen Brückenkopf über die Kroma unter Beibehalt der Höhen auf dem ostwärtigen Kroma-Ufer zu bilden. Stellvertr. K. G. erklärt, daß alle Bewegungen bereits angelaufen sind, die Stäbe abgebaut haben und ein Eingreifen in diesem Augenblick sehr schwierig sei. Während der Auseinandersetzung über die Ausführung des Heeresgruppenbefehls wird der Raum um den bisherigen Korps-Gefechtsstand von feindlichen Schlachtfliegern angegriffen, und sämtliche Verbindungen nach vorn reißen ab, so daß eine Änderung des Befehls in diesem Augenblick nicht mehr möglich ist (auch Funkverbindung nicht mehr vorhanden, die Funkstellen bereits abgebaut). Nachdem schließlich eine Fernsprechverbindung zum P[an]z[er]A[rmee]O[ber]K[ommando] 2 hergestellt ist, teilt General Lemelsen dem dort weilenden Armeechef [Oberst i. G. Frhr. v. Elverfeldt] mit, daß der Befehl nicht mehr ausführbar sei." Diese Eintragung gibt den äußeren Hergang wider, doch eben nur in Ausschnitten. In der Tat war Lemelsen mit Kurierflugzeug zu unserem Gefechtsstand geflogen, um Kluges modifizierten Befehl zu übermitteln. Hoßbach erläuterte daraufhin, warum dieser Befehl nicht mehr durchführbar sei, überdies sei er schon übermittelt. Bis er die vorderen Linien erreicht habe, sei es dunkel geworden. Ein „heilloses Durcheinander" werde die Folge sein, ganz abgesehen davon, daß die bisherige Front überhaupt nicht zu halten wäre. Die

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Auseinandersetzung" wurde erregt. Lemelsen bestand auf Einhaltung des Befehls – Hoßbach widersprach. Während für Lemelsen noch eine Fernsprechverbindung, wahrscheinlich mit der Armee, zustandekam, flüsterte mir Hoßbach zu: „Bußmann, unterbrechen Sie die Leitung, damit der Mann nicht mehr telefonieren kann." Letzteres war nicht nötig, da just in diesem Moment ein sowjetischer Luftangriff alle Verbindungen zerstörte. Lemelsen erhob sich, in seinem Anzug ziemlich derangiert, und schrie mit hochrotem Kopf Hoßbach an: „Wenn Sie diesen Befehl nicht durchführen, kostet es mich meinen Kopf!" Hoßbach erwiderte ruhig: „Das, Herr General, wäre weniger schlimm, als wenn 1000 Soldaten in dieser Nacht ihr Leben verlieren." Lemelsen, der im Heer durchaus nicht im Ruf eines Scharfmachers stand, blieb stumm. Ich hob seine im Zorn hingeworfene Mütze auf und machte eine knappe Verbeugung. Wortlos verließ uns Lemelsen mit dem abseits wartenden Storch, der unbeschädigt geblieben war. Inzwischen war es fast dunkel geworden. Hoßbach verließ mit mir im Kübelwagen den alten Gefechtsstand. Der anhaltende Geschützdonner der nahen Front begleitete uns und verlieh der soeben erlebten Szene etwas Gespenstisches. Ich saß im Wagen auf dem Rücksitz hinter dem General. Das Gespräch, das er begann, blieb unvergeßlich: „Sie wollen Historiker werden. Merken Sie sich, das sind die Generäle dieses Weltkrieges. Sie haben Angst um ihren Kopf!" Und dann fügte er hinzu: „Können Sie sich so Hindenburg und Ludendorff vorstellen?" Die Fahrt in dem zum Teil bewaldeten Gebiet, in dem wir stets auf einen Partisanenüberfall gefaßt sein mußten, war zu gespannt, als daß noch eine längere Unterhaltung möglich gewesen wäre[29]. Wenige Tage später trafen wir erneut den General Lemelsen, und Hoßbach machte mich flüsternd aufmerksam, daß „er noch seinen Kopf habe".

Während die Absetzbewegung in die „rote Linie" relativ planmäßig lief, bestand Hoßbach gegenüber Armee und Heeresgruppe mit Erfolg darauf, „daß die jeweiligen Armeebefehle über Ausweichen in die befohlenen Linien rechtzeitig bis zum Mittag beim Korps eingehen müssen, um die Durchgabe an die Divisionen zeitgerecht zu gewährleisten". Dennoch wurden im Verlauf der sogenannten „Hagen-Bewegung" die Divisionen „stark angeschlagen", die „Grabenstärken" sanken „erneut bedenklich" ab. Wieder blieb Hoßbachs festes Auftreten erfolgreich, insbesondere gegenüber einem so schwierigen Vorgesetzten wie Model, der als Oberbefehlshaber der 9. Armee geradezu allgegenwärtig war. So bestand Hoßbach während einer Besprechung am 6. August darauf, Model „unter vier Augen" zu sprechen. Das Kriegstagebuch berichtet, daß Model daraufhin Hoßbach „die Freiheit [gab], die gelbe Linie zu befehlen, wenn die Lage dazu zwingt." „Anschließend läßt sich K. G. [Hoßbach] vom Armeechef [Elverfeldt] nochmal die vom O. B. [Model] zugestandene Vollmacht bestätigen, in die gelbe Linie auszuweichen." So konnte in der kommenden Nacht vom 6. auf 7. August das Korps planmäßig in die vorgesehene Linie ausweichen. Das Kriegstagebuch fährt fort:

[29] Eine Erinnerung an jenen Abend oder an einen der nächsten Tage stellt sich ein. Als ich Hoßbach nach einer Vergleichsmöglichkeit mit dem Ersten Weltkrieg fragte, meinte er, wir befinden uns in einer Situation, die ähnlich derjenigen nach der gescheiterten Frühjahrsoffensive von 1918 sei. Er brachte auf diese Weise seine Überzeugung von der bevorstehenden deutschen Niederlage zum Ausdruck.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Den abgekämpften Divisionen wird somit eine gewisse Ruhepause gegeben, die als ein Ergebnis der Absetzbewegung betrachtet werden kann."

Mit Hoßbachs Ausscheiden am 10. August trat der Chef des Generalstabs, Oberst i. G. Berendsen, wieder in den Mittelpunkt der Führung des XXXXVI. Panzerkorps. Er war es, der unter dem neuen Kommandierenden General, Generalleutnant Hans Gollnick, dieses Korps wirklich geführt hat. Überhaupt haben die Generalstabsoffiziere viel von den eigentlichen Führungsaufgaben übernommen, vor allem dann, wenn ihre vorgesetzten Befehlshaber nicht selbst aus dem Generalstab hervorgegangen waren. Häufig beschränkten sich diese darauf, täglich zur Truppe nach vorn zu fahren, mit den unterstellten Kommandeuren persönlichen Kontakt zu halten und der Truppe Mut zuzusprechen. Daß es hervorragende Ausnahmen gegeben hat, versteht sich von selbst. Der Kriegstagebuchschreiber bleibt auch hier an seinen Erfahrungsbereich gebunden. Auf jeden Fall gelang es Berendsen, das Korps, das zuweilen auseinanderzuklaffen und in panische Flucht zu geraten drohte, bis zum 25. September über den Dnjepr zu bringen. Dabei übernahm das Generalkommando immer wieder die Führung anderer Divisionen aus dem Bereich der 2. Armee. Wenn auch laut Tagebuch der Rückzug über den Dnjepr in der Nacht zum 25. September im allgemeinen „planmäßig" verlief, wozu auch die Tatsache zu rechnen ist, daß die deutschen Truppen „verbrannte Erde" hinter sich zurückließen, „folgte der Feind schnell und griff an verschiedenen Stellen die Korpsfront an". Deutsche und sowjetische Truppen erreichten schließlich gleichzeitig den Fluß. „Um 4.00 [Uhr des 25. 9. 1943] marschiert das Generalkommando ab Grabow und überschreitet 06.00 Uhr die Dnjepr-Brücke bei Lojew. (...) Die Masse des Korpsstabes marschiert weiter nach Borschahnkowka." Am 26. September schilderte Berendsen den Zustand der Truppe, „die nach den Rückzugskämpfen und Gewaltmärschen der letzten 14 Tage nunmehr am Ende ihrer Kraft sei"[30]: „Ohne die Zuführung wirklich ausreichenden Ersatzes sehe er nur 2 Möglichkeiten: 1) Die Armee bleibt stehen und würde durchbrechen, 2) die Armee setzt sich weiter ab und löst sich damit auf."

Es ist aufschlußreich, sich abschließend Hoßbachs Kritik an der Führung dieser Operationen zu vergegenwärtigen. Von der Führung des XXXXVI. Panzerkorps abberufen, hatte er am 12. August den Befehl über das LVI. Panzerkorps übernommen. Beide Korps waren benachbart, so daß sich eine persönliche Verbindung zwischen uns gelegentlich ergab. Die Kritik, die der Kommandierende General damals übte, kehrt im Kern wieder in seinem Vortrag, den er wenige Jahre nach dem Krieg vor der Schweizerischen Offiziersgesellschaft hielt[31]: „Die deutsche höchste Führung hatte aber keinerlei vorsorgliche Maßnahmen für einen defensiven Entscheidungskampf am Dnjepr getroffen. Weder war die Barriere des Stromes zu Verteidigungszwecken von

[30] Eine Zusammenstellung vom 26. 10. 1943, die dem Kriegstagebuch des XXXXVI. Panzerkorps als Anlage beiliegt, verzeichnet für die Zeit vom 15. 8. bis 30. 9. 1943 folgende Verluste: Offiziere: 32 gefallen, 100 verwundet, 12 vermißt; Unteroffiziere und Mannschaften: 714 gefallen, 2685 verwundet, 368 vermißt; in: BA-MA 41165/1, KTB XXXXVI. Pz.Korps vom 16. 8.–30. 9. 1943.

[31] Hoßbach, Streiflichter, S. 255 ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

langer Hand ausgebaut, noch standen frische, unverbrauchte Kräfte zur Aufnahme der auf den Dnjepr zurückgehenden Divisionen zur Verfügung." Er stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob Flüsse überhaupt, „wie Rhein, Elbe und alle anderen Flüsse auf dem europäischen Festland", ein „unüberwindliches Naturhindernis" bilden können. „Das Naturhindernis bildet nur dann für den Verteidiger einen Kraftzuwachs, wenn es selbst und das feindliche Vorgelände in voller Breite und großer Tiefe unter lückenlosem Feuer der Erd- und Luftwaffen gehalten werden kann, zahlreiche taktische Reserven zu sofortigem Gegenstoß zur Schlachtentscheidung verfügbar sind. Die moderne Verteidigung ist häufig mehr ein beweglicher Kampf um tiefe Flächen als um die Hauptkampflinie (...)." Derartige Voraussetzungen waren am Dnjepr nicht gegeben, vielmehr handelte es sich um das exakte Gegenteil, als die erschöpften deutschen Verbände den Dnjepr überschritten. Hoßbach nennt generell die Voraussetzungen, deren Erfüllung zu einer neuen Gesamtsituation hätten führen können. Er spricht von „einem grundsätzlichen Wandel in der bisherigen Ostkriegsführung", der hätte stattfinden müssen, und meint, dies wäre für die deutsche Kriegführung die letzte Chance gewesen, „den Übergang aus der hinhaltenden Defensive zur entscheidungssuchenden zu finden (...). Ob diese Umkehr in der strategischen Auffassung ohne einen bis zur Liquidation gehenden Verzicht auf die Fortsetzung des Krieges im Westen und Süden Europas und ohne tiefgreifende Änderungen im Innern des Landes möglich war, kann hier unerörtert bleiben."

Wenn Hoßbach von „tiefgreifenden Änderungen" spricht, so konnte damit nur der Sturz des NS-Regimes, allen voran Hitler gemeint sein. Daß spätestens hier Hoßbachs Grenzen sichtbar wurden, ist bereits gesagt worden. Hoßbach war ein Meister der Verteidigung, was auch politisch verstanden werden kann: Der Erhalt des Reiches blieb sein wichtigstes Anliegen. Schon deshalb bemühte er sich, die Verluste in Grenzen zu halten. Wie hier gezeigt wurde, war er durchaus bereit, den verhältnismäßig eng gesteckten Spielraum, wie ihn die militärischen Konventionen und die traditionelle politische Loyalität der Offiziere diktierten, voll und ganz auszuschöpfen. Doch stellt sich auch in seinem Fall die Frage, welch langfristige Zielsetzung er damit eigentlich verfolgte – militärisch, aber auch politisch. Glaubte er wirklich, lediglich durch seinen ungewöhnlichen militärischen Einsatz den Bestand des Reiches sichern zu können? Allein die Vertreter des Widerstands waren bereit, aus diesem Dilemma wirklich tiefgreifende politische Konsequenzen zu ziehen. In dieser Minderheit gab es nicht wenige Offiziere. Dennoch ließen sich die Gegensätze zwischen ihnen und einer Persönlichkeit wie Hoßbach nicht überbrücken. Beide Seiten glaubten, dasselbe Ziel zu verfolgen, für beide war das hohe individuelle Risiko selbstverständlich.

Solche Einsichten, scheinbar leicht und naheliegend, bieten sich oft erst in der Rückschau an. Im Sommer 1943, als Not und Dramatik der militärischen Lage die täglichen Entscheidungen prägten, erschien ein derartiger Widerspruch kaum auflösbar. Das Beispiel dieses Korps wie auch das Beispiel seines Kommandierenden Generals verweisen auf einen generellen Zwiespalt, den man tragisch nennen mag. Damals war dieser Widerspruch für das Deutsche Reich und erst recht für seine Ostfront konstitutiv.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MARK WALKER

SELBSTREFLEXIONEN DEUTSCHER ATOMPHYSIKER

Die Farm Hall-Protokolle und die Entstehung neuer Legenden um die „deutsche Atombombe"

Das deutsche Bemühen um die Nutzung der Kernspaltung bleibt eine der meistdiskutierten Episoden in der jüngeren Wissenschaftsgeschichte[1]. Ein besonders umstrittener Aspekt in der Geschichte der „deutschen Atombombe" ist dabei die Debatte über die mysteriösen und schwer zu erfassenden „Farm Hall-Aufnahmen", die nach dem Krieg ohne Wissen der zehn im englischen Farm Hall festgehaltenen deutschen Naturwissenschaftler erstellt wurden. Die „Gäste" waren Erich Bagge, Kurt Diebner, Walther Gerlach, Otto Hahn, Paul Harteck, Werner Heisenberg, Horst Korsching, Max von Laue, Carl Friedrich von Weizsäcker und Karl Wirtz.

In einem Schreiben an den Britischen Lordkanzler vom November 1991 forderten rund zwanzig renommierte Naturwissenschaftler und Historiker, angeführt von Nicholas Kurti, Rudolf Peierls und Margaret Gowing, darunter auch die Präsidenten der Royal Society sowie der British Academy, die Freigabe der Farm Hall-Aufnahmen[2]. Wenige Monate später gab das Public Record Office in London ein 212 Seiten starkes Transkript jener „Operation Epsilon" frei, wie der Deckname der Lauschaktion gelautet hatte[3]. Kurz darauf stellte auch das amerikanische Nationalarchiv in

[1] Vgl. Mark Walker, Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe, Berlin 1990; ders., Legenden um die deutsche Atombombe, in: VfZ 38 (1990), S. 45–74; ders., Physics and Propaganda: Werner Heisenberg's Foreign Lectures under National Socialism, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 22 (1992), S. 339–389. Ich möchte Paul Forman, Barbara Sullivan und Andreas Wirsching für ihre Hilfe danken.

[2] The Farm Hall Transcripts (siehe Anm. 4), S. 14 f.

[3] Die Freigabe hat eine Flut von Veröffentlichungen hervorgerufen: Jeremy Bernstein, The Farm Hall Transcripts: The German Scientists and the Bomb, in: The New York Review of Books 39 (1992), Nr. 14, S. 47–53; Konrad Adam, Die siegreichen Verlierer. Was die Aufzeichnungen von Farm Hall über die Mentalität der deutschen Kernforscher verraten, in: FAZ vom 13. 8. 1992; Stanley Goldberg/Thomas Powers, Declassified Files Reopen „Nazi Bomb" Debate, in: The Bulletin of the Atomic Scientists 48 (1992), Nr. 7, S. 32–40; Armin Hermann, Die Atomprotokolle. Abhör-Mitschrift jetzt freigegeben: Was die deutschen Physiker wirklich wollten, in: Bild der Wissenschaft 29 (1992), S. 30–36; Interview mit Carl Friedrich von Weizsäcker, „Wir wussten: Es geht jetzt nicht", in: Ebenda, S. 37 ff.; siehe auch das Interview mit von Weizsäcker in: Die Farm-Hall-Protokolle (siehe Anm. 4); Mark Walker, Myths of the German Atom Bomb, in: Nature vom 8. 10. 1992, S. 473 f.; Dieter Hoffmann, Operation Epsilon. Die Geheimdienstakten über die Internierung der deutschen Atomphysi-

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Washington der Forschung sein Exemplar zur Verfügung, das im übrigen einige Dutzend Seiten enthielt, die in den britischen Akten nicht zu finden waren. Bedauerlicherweise sind weder die Aufnahmen selbst noch die deutsche Originalfassung der abgehörten Gespräche verfügbar. Bei den Zitaten der vorliegenden Abhandlung handelt es sich also um Rückübersetzungen aus der englischen Abschrift. Die wörtlichen Zitate dienen der Unterscheidung zwischen Primärquelle und Analyse, auch wenn dies eine Authentizität suggeriert, die den ungeschliffenen Übersetzungen ins Englische faktisch kaum zukommt[4].

Die unbescheidenen Memoiren („Jetzt darf ich sprechen") des Generals Leslie Groves, des früheren Chefs des amerikanischen Atombombenprojekts, offenbarten im Jahre 1962, daß die deutschen Naturwissenschaftler abgehört, ihre Gespräche aufgenommen worden waren und daß Abschriften dieser Gespräche existierten[5]. Rückblickend ist auch klar, daß der Emigrant und Physiker Samuel Goudsmit die Unterlagen der Operation Epsilon benutzte, als er 1947 sein Buch „Alsos" schrieb[6]. Dabei muß beachtet werden, daß beide Autoren die Abhörprotokolle von Farm Hall für eine ganz bestimmte Argumentation nutzten: Der Grund, weshalb die deutschen Naturwissenschaftler die Atombombe nicht bauten, lag demzufolge nicht in moralischen Skrupeln, sondern vielmehr in wissenschaftlicher Unzulänglichkeit. Mit anderen Worten: Wenn gezeigt werden konnte, daß die deutschen Forscher gravierende wissenschaftliche Irrtümer begangen hatten, würde auch deren nach dem Krieg vorgetragene Rechtfertigung um so leichter zurückzuweisen sein. Demnach hätten nämlich bestimmte deutsche Physiker ihre Arbeit absichtlich verlangsamt und von militärischer Anwendung abgelenkt, *weil* sie es für unmoralisch hielten, Hitler Atombomben an die Hand zu geben.

Sowohl Goudsmit als auch Groves beschreiben richtig, wie die Deutschen in Farm Hall auf die Nachrichten von Hiroshima zunächst ungläubig reagierten und wie insbesondere Werner Heisenberg anfangs behauptete, es handle sich bei dem Pressebericht offensichtlich um Propaganda: Heisenberg zufolge habe die Bombe höchstwahrscheinlich aus chemischem Sprengstoff bestanden und mit Uran nichts zu tun gehabt. Jedoch wußte Heisenberg, wie seine Unterlagen und Vorträge aus der Zeit des Krieges deutlich zeigen, daß reines Uran 235 und das „Element 94" (Plutonium) nukleare

---

ker im englischen Farm Hall sind geöffnet, in: Die Physikalischen Blätter 48 (1992), Nr. 12, S. 989–993; Thomas Powers, Heisenberg's War. The Secret History of the German Bomb, New York 1993, S. 434–453; David Cassidy, Germany and the Bomb: New Evidence, in: Scientific American (Februar 1993), S. 120; Jeremy Bernstein, Revelations from Farm Hall, in: Science, Bd. 259 (März 1993), S. 1923 ff.

[4] Inzwischen sind die englischen Transkripte veröffentlicht worden, einschließlich der zwei vorhandenen originalen deutschen Passagen: Charles Frank (Hrsg.), Operation Epsilon: The Farm Hall Transcripts, Bristol 1993; die im Erscheinen begriffene deutsche Rückübersetzung der englischen Originaltranskripte lag bei Abfassung des Artikels noch nicht vor: Dieter Hoffmann (Hrsg.), Operation Epsilon. Die Farm-Hall- Protokolle oder die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe, Berlin 1993.

[5] Leslie Groves, Now It Can Be Told, New York ²1983, S. 333–340.

[6] Samuel Goudsmit, Alsos, New York ²1983, S. 134–139.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sprengstoffe waren; und tatsächlich wird diese Kenntnis in den Abhörprotokollen der „Operation Epsilon" durchweg bestätigt[7]. Zwar berichtet Groves zutreffend, daß Heisenberg an einer Stelle davon sprach, für eine Bombe benötige man Tonnen von Uran 235. Diese überraschende Äußerung wird weiter unten zu untersuchen sein. Aber das bemerkenswerteste und umstrittenste Zitat, das Groves exzerpierte, stammt von Carl Friedrich von Weizsäcker: Demzufolge hatten die deutschen Physiker wegen ihrer moralischen Prinzipien keine Atombombe gebaut; hätten sie einen Sieg Deutschlands im Weltkrieg gewünscht, so hätten sie auch erfolgreich sein können. Indem Groves diese Äußerung im Anschluß an seinen vermeintlichen Nachweis der Unzulänglichkeit Heisenbergs zitiert, stellt er Weizsäckers Motive in Frage[8].

Die Farm Hall-Aufnahmen haben trotz aller Anstrengungen der Historiker ihre Faszination behalten, weil sie an ein Tabu der Naturwissenschaft rühren: die Möglichkeit nämlich, daß *kompetente* und sogar *talentierte* Naturwissenschaftler *bereitwillig* und *in voller Absicht* zugunsten der Nationalsozialisten an Massenvernichtungswaffen arbeiteten; oder, allgemeiner formuliert, die Möglichkeit, daß Naturwissenschaftler für ihr Land oder für ihre wissenschaftliche Karriere arbeiteten ohne Rücksicht darauf, welcher Natur diese Arbeit war und welche Ziele ihr Land verfolgte. Ein Großteil der Kontroverse um die deutsche Atombombe ebenso wie die sie immer noch umgebenden Mythen haben ihre Ursache in diesem Tabu.

Zwar waren die Fragen, welche die Tonaufnahmen beantworten sollten, in gewisser Hinsicht durchaus *konkret:* Begriffen Heisenberg und seine Kollegen, wie eine Atombombe funktionierte? Hatten sie den Nazis erfolgreich widerstanden, indem sie ihre Forschungen kontrollierten, verlangsamten und ablenkten, um Hitler die Atombombe vorzuenthalten, etc.? Trotzdem treffen diese Fragen nicht den Kern der Sache, und sie sind bereits beantwortet worden, ohne daß damit die Kontroverse beendet worden wäre[9]. Warum suchen wir in den Farm Hall-Protokollen immer noch das „Geheimnis" der deutschen Atombombe – ein Geheimnis, das nicht existiert? Vielleicht wegen unseres Widerwillens, uns mit diesem Tabu der Naturwissenschaft auseinanderzusetzen.

Die zehn deutschen Naturwissenschaftler wurden von Goudsmit im Rahmen der „Alsos Mission" festgenommen, deren Ziel es war, zunächst die von deutschen Kernwaffen ausgehende Bedrohung abzuschätzen und sodann zu neutralisieren. Nach kurzen Zwischenstationen in Frankreich und Belgien wurden die Wissenschaftler auf einen englischen Landsitz namens Farm Hall gebracht. Da sie alle, mit einer Ausnahme, aktiv mit dem deutschen „Uranprojekt" zu tun gehabt hatten, vermuteten sie richtig, daß sie wegen ihrer Forschungen festgenommen worden waren. Unzutreffend war dagegen ihre Annahme, daß sie den Alliierten in Sachen angewandter Kernspaltung voraus waren. Vor allem aber hatten sie zwei Hauptsorgen: zum einen war ihr Kontakt zu ihren zwangsweise zurückgelassenen Familien äußerst spärlich; und zum anderen hatten sie keinerlei Vorstellung darüber, ob und wann sie zurückkehren könnten.

---

[7] The Farm Hall Transcripts, S. 72, 109, 118–121.

[8] Groves, Now It Can Be Told, S. 335.

[9] Walker, Uranmaschine; ders., Propaganda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit der Zeit wurden die in Farm Hall festgehaltenen Naturwissenschaftler auch mit fünf fundamentalen Fragen konfrontiert:

(1) War ich ein Nazi?
(2) Wußten wir, wie Atombomben hergestellt werden?
(3) Hätte Deutschland unter dem Nationalsozialismus Nuklearwaffen produzieren können?
(4) Wollten wir Atombomben bauen?
(5) Wie ist es um unsere Zukunft bestellt?

War ich ein Nazi?

Die erste Frage, die die in Farm Hall internierten Wissenschaftler beunruhigte, betraf ihre persönliche Teilverantwortung für den Nationalsozialismus. Anders gefragt, wer waren die Nazis unter ihnen? Einerseits hatten zwar nur Erich Bagge und Kurt Diebner der NSDAP angehört; andererseits aber waren lediglich Otto Hahn, Werner Heisenberg und Max von Laue keiner der nationalsozialistischen Parteiorganisationen beigetreten[10]. Diebner, ein Beamter im Heereswaffenamt, hatte weitaus mehr Verantwortung getragen als sein jüngerer Kollege Bagge. Es war daher keine Überraschung, daß er in Farm Hall eher defensiv agierte. Zunächst sagte Diebner, er sei nur deshalb in der Partei geblieben, weil im Falle eines deutschen Sieges ausschließlich NSDAP-Mitglieder „gute Positionen erhalten haben würden". Danach behauptete er, er habe unter dem Nationalsozialismus „gelitten"; während der Weimarer Republik habe er „niemals Hitler gewählt", und 1933 sei er „gegenüber dem Nationalsozialismus ein oppositioneller Freimaurer" geworden. Nachdem dies bekannt geworden war, so berichtete Diebner, habe er Schwierigkeiten bekommen, zunächst an dem Universitätsinstitut, an dem er arbeitete, und später im Heereswaffenamt, wo seine Beförderung zum Beamten aufgrund seiner Freimaurerei aufgeschoben wurde. Des weiteren behauptete Diebner, er habe während des Krieges die Plünderung des physikalischen Instituts in Kopenhagen ebenso verhindert wie die Verhaftung norwegischer Kollegen, womit er stillschweigend seinen Einfluß als Parteigenosse im Heereswaffenamt dazu genutzt habe, etwas gegen die Exzesse der Nazis zu tun[11].

Diebners Kollegen in Farm Hall waren nicht so verständnisvoll. Otto Hahn bemerkte spitz, daß die Mitgliedschaft in der NSDAP „Ihnen nicht geschadet hat". Später, als die Wissenschaftler daran dachten, als Teil ihrer Reaktion auf Hiroshima und auf das Gespenst nationalsozialistischer Kernwaffen eine schriftliche Erklärung über die generell anti-nationalsozialistische Haltung ihrer Gruppe zu verfassen, meinten sowohl Walther Gerlach – einer von Diebners wenigen Verteidigern – als auch Werner Heisenberg, daß sie eine solche Erklärung nicht „guten Gewissens" mit Diebner zu-

[10] Informationen über die Mitgliedschaft in der NSDAP und anderen nationalsozialistischen Organisationen werden im Berlin Document Center verwahrt.
[11] The Farm Hall Transcripts, S. 39, 42, 54.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sammen unterzeichnen könnten. Diebner selbst machte sich über seine Zukunft keine Illusionen. Er befürchtete, jedermann werde ihn nach seiner Rückkehr nach Deutschland als „Parteimann" betrachten[12].

Erich Bagge legte dar, daß er ebenso wie die anderen jungen Assistenten zum Beitritt in die Universitäts-SA genötigt worden und in die NSDAP eingetreten sei, ohne davon zu wissen. Im Herbst 1936 habe jemand seine Mutter gefragt, ob er, Bagge, einen Beitritt wünsche; seine Mutter habe dies für eine „gute Sache" gehalten und seinen Namen eingereicht. Einige Monate später bekam Bagge sein Parteibuch, das den unzutreffenden Eintrag enthielt, er sei „seit dem 1. Mai 1935" in der Partei und habe „einen Eid auf Adolf Hitler geschworen"[13].

Bagge wurden im allgemeinen weitaus mehr Sympathien entgegengebracht als Diebner. Heisenberg erklärte gegenüber einem englischen Freund und Kollegen, der zu Besuch kam, Bagge stamme aus einer „Arbeiterfamilie". Wenn er insbesondere auch deshalb in die NSDAP eingetreten sei, so sei Bagge doch niemals ein „fanatischer Nazi" gewesen. Gerlach allerdings wies die Vermutung zurück, daß irgendjemand der Partei habe beitreten „müssen", womit er beträchtliche Feindseligkeiten provozierte. Als Gerlach einmal den Raum verlassen hatte, bemerkte Bagge, Gerlach sei vor politischen Angriffen sicher gewesen, weil er „Göring persönlich kannte" und Gerlachs „Bruder in der SS war". Tatsächlich schien Gerlach besonders bestrebt zu sein, jegliche Verbindung zum Nationalsozialismus von sich zu weisen, was seine Bewacher zu der Frage veranlaßte, ob er möglicherweise ein „schlechtes Gewissen" habe[14].

Aber ein Nazi zu sein, bedeutete mehr als bloße Parteimitgliedschaft. Die britischen Aufseher der in Farm Hall Internierten stellten die fortdauernde Wirkung der nationalsozialistischen Ideologie fest. So gab insbesondere Bagge seiner tiefen Beunruhigung darüber Ausdruck, daß aus Marokko stammende französische Soldaten in seinem Haus einquartiert worden waren. Allerdings stand Bagge kaum allein. Als Hahn und seine Kollegen das geliehene Exemplar eines „Life"-Magazins mit Artikeln über die Atombombe und Fotografien von Naturwissenschaftlern in die Hand bekamen, bemerkte von Weizsäcker, daß „die meisten von ihnen natürlich Deutsche sind". Daß diese Bemerkung über die Fotos nicht zutraf, bestätigte für die Briten den „Hochmut" der Deutschen, die – „möglicherweise mit Ausnahme von Laues" – nach wie vor an das „Herrenvolk" glaubten[15].

Schließlich äußerten die Wissenschaftler sehr unterschiedliche Meinungen über die schlimmsten Schandtaten der Nationalsozialisten. Sollten die Deutschen während des Krieges Menschen in Konzentrationslager eingesperrt haben, so erklärte Bagge, „habe ich es nicht getan. Ich wußte nichts davon, und ich habe es immer verurteilt, wenn ich davon hörte." Und wenn „Hitler während der letzten Kriegsjahre in den Konzentrationslagern einige Greueltaten anordnete", so geschahen diese Exzesse „unter dem

[12] Ebenda, S. 54, 215.
[13] Ebenda, S. 51 ff.
[14] Ebenda, S. 52 f., 64 f., 189 f.
[15] Ebenda, S. 50, 168, 171.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Druck des Krieges". Im Gegensatz dazu stellte Karl Wirtz offen fest, daß „wir Dinge getan haben, die in der Welt einzigartig dastehen. Wir gingen nach Polen und ermordeten nicht nur die Juden. (...) Die SS fuhr zu einer Mädchenschule, holte die Klassenbesten heraus und erschoß sie, einfach weil (...) die [polnische] Intelligenz vernichtet werden sollte." „Man stelle sich vor", sagte er, die Alliierten wären „nach Hechingen gekommen [in die schwäbische Kleinstadt war Wirtz' Institut während der letzten Kriegsjahre evakuiert worden], zu einer Mädchenschule gefahren und hätten alle Mädchen erschossen! Das ist es, was wir getan haben."[16]

Interessanterweise aber hörte das ganze Problem, wer von ihnen ein Nazi gewesen sei, in dem Augenblick auf, die Wissenschaftler zu beschäftigen, als sie von dem Abwurf der amerikanischen Atombombe auf Hiroshima erfuhren. Andere Fragen wurden nun wichtiger.

Wußten wir, wie Atombomben hergestellt werden?

Als Goudsmit (und diejenigen, die später seiner Argumentation gefolgt sind) nach dem Krieg behauptete, Heisenberg habe nicht gewußt, wie eine Atombombe funktionierte[17], suchte er dies in dreifacher Hinsicht zu belegen: Heisenberg habe nicht realisiert, daß (1) Plutonium (= das Element „94") spaltbares Material war und sich für nuklearen Sprengstoff eignete; daß (2) Kernwaffen mit Kettenreaktionen mittels schneller Neutronen arbeiteten; und daß (3) nur relativ kleine Mengen, nicht Tonnen, spaltbaren Materials benötigt wurden. Nimmt man diese drei Punkte zusammen, so ergibt sich Goudsmits Behauptung, die Deutschen im allgemeinen und Heisenberg im besonderen hätten einen Kernreaktor mit einer Atombombe verwechselt.

Indes spricht vieles dafür, daß Heisenberg durchaus wußte, daß das Uranisotop 235 ebenso wie das Element 94 spaltbare Materialien sowie zur Herstellung nuklearer Sprengstoffe geeignet waren und daß Kernwaffen mit Kettenreaktionen mittels schneller Neutronen arbeiteten[18]. Auch die Transkripte der Operation Epsilon bestätigen Heisenbergs durchgehende Kenntnis dieser beiden Bereiche[19]. Was blieb, war das Problem der für eine Bombe benötigten kritischen Masse, aber hier hat der Historiker ein Problem: Denn vor der Freigabe der Abhörprotokolle gab es keinerlei Primärquellen, aus denen man hätte entnehmen können, wie die entsprechenden deutschen Kalkulationen gelautet hatten.

Sowohl Groves (aufgrund eines Exzerptes aus den Farm Hall-Protokollen) als auch Goudsmit hatten behauptet, Heisenberg habe geglaubt, Tonnen seien nötig. Aber diese beiden Bücher sind undokumentiert und mithin problematische Sekundärquellen. Diejenigen Belege, die darauf schließen ließen, daß die Deutschen mit einer weniger

[16] Ebenda, S. 50, 55.
[17] Walker, Uranmaschine, S. 243–262; ders., Legenden, S. 58–61, 71 ff.
[18] Ebenda, Uranmaschine, S. 34, 74 ff.
[19] The Farm Hall Transcripts, S. 72, 109, 117–121.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

umfangreichen kritischen Masse kalkulierten, waren ebenso schlecht. Berühmt ist Heisenbergs „Ananas"-Schätzung. Auf einer Berliner Konferenz im Jahr 1942 soll der Physiker eine entsprechende Frage dahingehend beantwortet haben, daß eine kritische Masse in Größe einer Ananas ausreichen würde, um eine ganze Stadt in die Luft zu sprengen[20]. Allerdings wurde diese Episode lediglich durch ein problematisches Interview Heisenbergs aus dem Jahre 1966 bekannt[21].

Glücklicherweise existiert ein umfassender Bericht über das deutsche Uranprogramm, den das Heereswaffenamt im Februar 1942 erstellte. Die kritische Masse einer Nuklearwaffe wurde hier mit 10 bis 100 kg entweder des Uranisotops 235 oder des Elements 94 angegeben[22]. Weder geht aus dem Dokument hervor, wer die Schätzung gemacht hatte, noch gab es einen Hinweis auf einen wissenschaftlichen Bericht, der ihr als rechnerische Grundlage gedient haben mag. Aber im Grunde spielte es keine Rolle, durch wen und auf welche Weise die Schätzung zustande gekommen war. Die wirklich wichtige Frage lautete vielmehr, ob das Heereswaffenamt im Januar oder Februar vernünftig handelte, als es eine weitreichende Entscheidung traf: daß nämlich das Uranprojekt nicht im industriellen Maßstab betrieben werden sollte, da Kernwaffen anscheinend für den Ausgang des Krieges keine Rolle spielen würden. Beruhte diese Entscheidung auf akkuraten Informationen, vergleichbar mit denjenigen, die die Alliierten zur gleichen Zeit dazu veranlaßten, die industrielle Herstellung von Kernwaffen zu versuchen?

Unabhängig von den näheren Umständen ihrer Entstehung entsprach die deutsche Schätzung der kritischen Masse der gleichzeitigen alliierten Kalkulation von 2 bis 100 kg. Die Entscheidung des Heereswaffenamtes kann daher durchaus als vernünftig angesehen werden; sie resultierte weder aus moralischen Skrupeln noch aus einem groben wissenschaftlichen Fehler eines der deutschen Forscher. Statt dessen dürfte sie auf die zwischen Deutschland und den Alliierten differierenden Rahmenbedingungen zurückzuführen sein. Hierbei gaben beispielsweise Faktoren den Ausschlag wie die beiderseits angestellten Überlegungen bezüglich der möglichen Kriegsdauer, die Verfügbarkeit von Rohstoffen sowie der Effekt des Krieges auf die Wirtschaft[23].

Was erfahren wir aus den Protokollen der „Operation Epsilon" über die tatsächlichen Kenntnisse der Wissenschaftler? Am 6. August 1945 hörten die Internierten von der Detonation einer amerikanischen Atombombe[24]. Zunächst glaubten sie ihren englischen Aufsehern nicht, und erst als sie später am Abend die offizielle Ankündigung hörten, realisierten sie, daß es sich um eine wahre Nachricht handelte. Hahn erklärte sofort, daß den Alliierten eine „Uranisotopentrennung" gelungen sein müsse; aber sein

[20] David Irving, The German Atomic Bomb: The History of Nuclear Research in Nazi Germany, New York ²1983, S. 120.

[21] Irvings Interview mit Werner Heisenberg am 23. 10. 1965, in: Irving Microfilm Sammlung 31, 526–567, Sondersammlung des Deutschen Museums, München.

[22] Walker, Uranmaschine, S. 65f.

[23] Ebenda, S. 63–68, 201–215.

[24] The Farm Hall Transcripts, S. 70.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kollege Paul Harteck, der die Möglichkeiten der Uranisotopentrennung mit Hilfe von Zentrifugen erforscht hatte, erinnerte Hahn daran, daß das transuranische „Element 93" in einer "Uranmaschine", d.h. in einem Kernreaktor hergestellt werden konnte[25]. Dieser kurze Meinungsaustausch läßt auch einen Grund dafür deutlich werden, warum die verfügbaren knappen Exzerpte aus den Farm Hall-Protokollen falsch interpretiert worden sind: Obwohl alle Beteiligten schon ihre Kenntnis davon unter Beweis gestellt hatten, daß „93" innerhalb von zwei bis drei Tagen zu einem stabilen „94" verfällt, benutzten sie in ihren internen Gesprächen gewöhnlich die Bezeichnung „93". Die Erklärung für diese scheinbare terminologische Nachlässigkeit kann auf die Arbeit Kurt Starkes zurückgeführt werden, eines jungen Wissenschaftlers, der während des Krieges in Hahns Labor forschte. Starke nämlich war es gelungen, „93" zu isolieren und zu analysieren, aber weder er noch seine älteren Kollegen vermochten das Element „94" herzustellen[26].

Heisenberg war mit Blick auf die alliierte Atombombe einer der Skeptischsten. Zunächst glaubte er „nicht ein Wort" von dem Bericht, beeilte sich jedoch hinzuzufügen, er könne sich irren. Dann machte er eine sonderbare Bemerkung: Es sei sehr gut möglich, daß die Amerikaner „zehn Tonnen angereicherten Urans" besäßen, aber nicht „zehn Tonnen reinen Urans 235"[27]. Diese Äußerung war merkwürdig, denn spätestens seit Februar 1942 ging das deutsche Uranprojekt bezüglich der für eine Atombombe benötigten kritischen Masse von einer Grobschätzung von 10 bis 100 kg aus[28]. Auch wenn unklar ist, von welchem Physiker diese Berechnung stammte, so ist es doch unwahrscheinlich, daß irgendjemand anders als Heisenberg damit beauftragt worden wäre.

In Farm Hall stellte Hahn Heisenbergs Feststellung sofort in Frage: Während des Krieges habe Heisenberg ihm, Hahn, gegenüber geäußert, daß nur eine relativ geringe Menge an Uran 235 – „50 Kilogramm" – notwendig sei. Warum meinte Heisenberg nun, „Tonnen" würden benötigt? Heisenberg antwortete, „für den Augenblick" wolle er sich lieber nicht „festlegen". Sei die amerikanische Bombe aus Uran 235 hergestellt worden, so meinte er, dann müßten die Deutschen zu einer genauen Berechnung des Verfahrens in der Lage sein. Es hinge allein vom Umfang der Bombe ab, ob sie mit „50, 500 oder 5000 Kilogramm" hergestellt worden sei. Die Deutschen könnten zumindest „vermuten", so fuhr Heisenberg fort, daß die Amerikaner „eine Methode zur Isotopentrennung" besaßen, auch wenn die Wissenschaftler in Farm Hall sie nicht kannten[29].

Carl Friedrich von Weizsäcker und Karl Wirtz diskutierten die Frage, ob die Amerikaner möglicherweise „94" als nuklearen Sprengstoff benutzt hatten[30]. Tatsächlich

[25] Ebenda, S. 70 f.
[26] Walker, Uranmaschine, S. 36.
[27] The Farm Hall Transcripts, S. 71 f.
[28] Walker, Uranmaschine, S. 65.
[29] The Farm Hall Transcripts, S. 72 ff.
[30] Ebenda, S. 74.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte Weizsäcker 1940 die mögliche Nutzung von transuranischen Elementen als nukleare Sprengstoffe dem Heereswaffenamt zur Kenntnis gebracht[31]. Wirtz war skeptisch, allerdings nicht, weil er nicht wußte, was zur Herstellung von Plutonium notwendig war. Weizsäcker stimmte zu, nicht zuletzt weil die alliierten Wissenschaftler, die sie in Deutschland gefangengenommen hatten, ein besonderes Interesse an der Trennung von Isotopen gezeigt hatten[32].

Die offizielle Bestätigung des Bombenabwurfes um 21.00 Uhr brachte die Deutschen vollständig aus der Fassung, da sie nun erkannten, daß die Nachricht tatsächlich zutraf. Harteck meinte, die Alliierten hätten die Bombe entweder durch Verwendung von „Massenspektrographen in großem Stil" – zusammen mit anderen Methoden nutzten die Amerikaner natürlich tatsächlich die elektromagnetische Isotopentrennung – oder durch eine „photomechanische" Isotopentrennung hergestellt[33]. Diese Bemerkung weist auf einen anderen Grund dafür hin, warum die Farm Hall-Protokolle falsch interpretiert worden sind: Obwohl die Wissenschaftler wußten, daß transuranisches spaltbares Material in einem Nuklearreaktor produziert werden konnte, glaubten die meisten von ihnen, daß die Amerikaner bei der Herstellung des nuklearen Sprengstoffes eher mit der Trennung von Isotopen und nicht mit transuranischen Elementen gearbeitet hatten.

So bemerkte Hahn, die Alliierten hätten offensichtlich einen Nuklearsprengstoff hergestellt, ohne zuvor die „Uranmaschine" zu perfektionieren[34]. Diese Vermutung wurde von vielen seiner Kollegen geteilt, wahrscheinlich weil sie ihnen erlaubte, (zumindest ein bißchen länger) an der Hoffnung festzuhalten, sie hätten wenigstens in einem Bereich ihre britischen und amerikanischen Konkurrenten übertroffen. Die Zeitungsberichte über den enormen Umfang und die hohen Kosten der alliierten Anstrengungen verleiteten Harteck zu der Annahme, die Alliierten müßten eine große Anzahl von Massenspektrographen benutzt haben; denn falls sie eine bessere Methode zur Verfügung gehabt hätten, würde das ganze Unternehmen nicht soviel gekostet haben. Obwohl Horst Korsching und Wirtz, beides jüngere Physiker mit Forschungserfahrungen in der Isotopentrennung, Zweifel äußerten, akzeptierten Heisenberg und andere ältere Wissenschaftler Hartecks Theorie. Sein Vorschlag war plausibel, weil die Deutschen wußten, daß diese Technik sowohl anwendbar war, als auch reines Uran 235 produzieren konnte[35].

Unter vier Augen fragte Hahn Heisenberg wenig später noch einmal nach der tatsächlichen Größe der Atombombe. Wenn die Alliierten „100000 Massenspektrographen" eingesetzt hatten, so meinte Heisenberg, dann konnten sie im Jahr 30 kg Uran 235 produzieren. Hahn fragte, ob die Amerikaner tatsächlich soviel für eine Bombe benötigten. Heisenbergs Antwort ist erhellend. „Ja", er denke, daß die Ameri-

[31] Walker, Uranmaschine, S. 37.
[32] The Farm Hall Transcripts, S. 74.
[33] Ebenda, S. 75.
[34] Ebenda, S. 76.
[35] Ebenda, S. 75 ff., 83.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kaner sicher eine solche Menge an spaltbarem Material benötigten, aber „ganz ehrlich", wie er zu Hahn bemerkte, „ich habe es nie ausgerechnet"[36].

Auf Hahns weitere Frage nach dem Explosionsmechanismus der Bombe antwortete Heisenberg zunächst mit einer groben Schätzung. Ausgehend von der mittleren freien Weglänge eines schnellen Neutrons im Uran 235, gelangte er zu einem unwahrscheinlich hohen Umfang der kritischen Masse, nämlich 54 Zentimeter, womit eine Tonne des 235 benötigt würde. Aber die Alliierten könnten, so fuhr Heisenberg sogleich fort, mit weniger ausgekommen sein, vielleicht mittels eines Neutronenreflektors rings um die kritische Masse. Hahn fragte Heisenberg auch, wie die Amerikaner eine so große Bombe in ein Flugzeug hätten laden und dabei sicher sein können, daß sie im richtigen Augenblick explodieren würde. Sein Kollege antwortete, daß die Bombe möglicherweise in zwei Hälften hergestellt worden sei, die jeweils kleiner als die kritische Masse sein würden. Die beiden Hälften würden dann zusammengefügt werden, um die Kettenreaktion zu zünden[37].

Auf eine weitere Frage von Gerlach überlegte Heisenberg, daß der nukleare Sprengstoff vielleicht nur angereichertes Uran gewesen sei, irgendeine Mischung aus den Isotopen 235 und 238[38]. Heisenberg wußte zweifellos, daß reines 235 besser als jede Mischung sein würde. 1939 hatte er dem Heereswaffenamt mitgeteilt, daß reines 235 für einen entsprechenden Sprengstoff notwendig sei[39]. Offensichtlich zweifelte er in Farm Hall so stark daran, daß den Alliierten eine totale Isotopentrennung habe gelingen können, daß er die Möglichkeit einer Nutzung angereicherten Urans für die Atombombe nicht ausschließen wollte.

Am 8. August lasen die Internierten in den Zeitungen, daß die Amerikaner in einer Bombe „Pluto" benutzt hatten, was sofortige Spekulationen darüber auslöste, ob es sich dabei um das neue Element 94 handelte. Dabei fiel eine weitere aufschlußreiche Bemerkung Heisenbergs: Die Deutschen hatten die Forschung über schnelle Neutronenreaktionen im Element 94 kaum versucht, weil „wir dieses Element nicht hatten, und wir keine Aussicht besaßen, es zu bekommen"[40].

Als tags darauf die Zeitungen berichteten, daß die Atombombe 200 kg wog, löste dies eine Unterhaltung zwischen Harteck und Heisenberg aus. Für Harteck war es naheliegend zu fragen, ob diese Zahl tatsächlich zutraf oder ob die Amerikaner lediglich versuchten, „die Russen zu bluffen". Heisenberg, den diese neueste Information in Unruhe versetzt hatte, hatte sich erneut mit dem Problem beschäftigt. In seinen bisherigen Berechnungen in Farm Hall hatte er mit einem eher konservativen Multiplikationsfaktor gearbeitet. Für die durch Kernspaltung freigesetzte Zahl der Neutronen ging er von einem Faktor 1,1 aus, jener Zahl, auf die die deutschen Forscher im Zuge ihrer Uranmaschinenexperimente gestoßen waren. Als Heisenberg einen Multi-

[36] Ebenda, S. 83.
[37] Ebenda, S. 83f.
[38] Ebenda, S. 88.
[39] Walker, Uranmaschine, S. 34.
[40] The Farm Hall Transcripts, S. 116f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

plikationsfaktor von 3 einsetzte, fand er heraus, daß der Radius der kritischen Masse mit der mittleren freien Weglänge vergleichbar war, d.h. rund vier Zentimeter betrug[41].

Die beiden Wissenschaftler widmeten sich daraufhin erneut dem Element 94 als möglichem nuklearen Sprengstoff. Heisenberg wies darauf hin, die Verwendung von 94 würde eine amerikanische Uranmaschine erfordert haben, die mindestens seit 1943 funktionierte. Darüber hinaus würde die chemische Trennung des 94 von Uran „fantastisch schwierig" sein. Harteck, ein ausgebildeter Kenner der physikalischen Chemie, stimmte Heisenberg zu, daß ein entsprechender Erfolg der Alliierten mit 94 „höchst unwahrscheinlich" war.

Die festgehaltenen Wissenschaftler setzten ihre Diskussion darüber fort, wie die Amerikaner es geschafft hatten, eine Atombombe herzustellen. Schließlich wurde Heisenberg gebeten, einen Vortrag über das Problem zu halten. Dieser Vortrag, unterbrochen von Fragen und lebhaften Diskussionen, fand am 14. August 1945 statt. Zu diesem Zeitpunkt behauptete Heisenberg, daß sie (d.h. er) sehr gut begriffen, wie die Atombombe funktionierte[42]. Heisenberg nahm nun an, daß bei einer Kernspaltung 2 bis 2,5 Neutronen freigesetzt wurden. Für die Neutronendichte verwendete er eine Diffusionsgleichung, nahm an, daß das spaltbare Material von einem Reflektor umgeben war, und berechnete für die Bombe einen kritischen Radius zwischen 6,8 und 13,7 Zentimetern. Heisenberg war allerdings noch nicht zufrieden, wog doch das ganze explosive Material laut Zeitungsbericht nur 4 kg. Die Kugel mit einem Radius von 6,8 Zentimeter würde dagegen 16 kg wiegen.

In seinem Vortrag widmete sich Heisenberg sodann dem möglichen Detonationsmechanismus der Bombe: Demzufolge würden zwei Halbkugeln, jeweils etwas kleiner als die kritische Masse in einen Eisenzylinder, eigentlich ein Kanonenrohr, gesetzt, so daß eine Halbkugel auf die andere geschossen würde. Und tatsächlich arbeitete die Hiroshima-Bombe mit einem solchen Mechanismus. Schließlich sann Heisenberg über die Wirkung der nuklearen Explosion nach. Die ersten zehn Meter der die Bombe umgebenden Luft würden demnach zur Weißglut gebracht werden. Die Oberfläche der Urankugel würde rund 2000 Mal heller strahlen als die Sonne. Es wäre „interessant", so fügte Heisenberg hinzu, zu wissen, ob der Druck dieser sichtbaren Strahlung ausreiche, auf der Erde stehende Objekte niederzustrecken.

Vier Tage später zeigte einer der englischen Bediensteten den internierten Wissenschaftlern das britische Weißbuch über die Atombombe, was alle weiteren Spekulationen über die technischen Aspekte der alliierten Nuklearwaffen sofort beendete[43]. Heisenberg stellte nun fest, daß deren Physik eigentlich „sehr einfach" sei. Es handle sich um ein „industrielles Problem", und Deutschland „wäre es niemals möglich gewesen, in diesem Umfang etwas Vergleichbares zu erreichen"[44]. Von jetzt an verbrachten die

[41] Ebenda, S. 117 f.
[42] Ebenda, S. 118–140; der originale deutsche Vortrag: S. 147–164.
[43] Ebenda, S. 143 f.
[44] Ebenda, S. 175.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschen ihre Zeit damit, sich Sorgen um ihre Zukunft zu machen, und strebten ihre Rückkehr an.

Die Protokolle der Operation Epsilon liefern auch zusätzliches Beweismaterial dafür, daß die Behauptungen Heisenbergs und anderer nach dem Krieg unzutreffend waren, wonach Walther Bothes „Fehler" die deutschen Anstrengungen verlangsamt habe. Bothe hatte die Diffusionslänge thermischer Neutronen in Graphit gemessen, was ihm später den Vorwurf eintrug, von Graphit als Neutronenmoderator abgelenkt und statt dessen der Verwendung von schwerem Wasser Vorschub geleistet zu haben[45]. Es gibt aber in den Farm Hall-Protokollen überhaupt keine Erwähnung von Graphit als Moderator. Erst nach der Lektüre des amerikanischen Smyth-Report[46] wußten Heisenberg und andere, daß die Amerikaner Graphit benutzt hatten. Und jetzt erst wurde Bothe in ihren Augen zum Sündenbock, dessen Irrtum ihre eigenen Bemühungen beeinträchtigt habe.

Die oben erwähnten Darstellungen von Groves und Goudsmit sind stellenweise unfair. Gewöhnlich werden Äußerungen der Beteiligten aus dem Zusammenhang gerissen, und andere Bemerkungen, die klar machen würden, was die deutschen Wissenschaftler wußten und was nicht, werden mit Stillschweigen übergangen. Goudsmit beschreibt, wie die Internierten darüber diskutierten, was in den Zeitungsberichten mit „Plutonium" gemeint sein könnte, sagt aber nicht, daß die Deutschen während der ganzen Zeit ihrer Gefangenschaft über die transuranischen Elemente 93 und 94 und ihre Eigenschaften sprachen. Im Verlauf dieser Diskussion stimmten nämlich Heisenberg, Hahn, Harteck und die anderen darin überein, daß das alliierte „Plutonium" identisch war mit dem, was sie als „94" kannten. Des weiteren berichtet Goudsmit, Heisenberg und seine Kollegen hätten darüber spekuliert, ob die Alliierten vielleicht Protactinium als Sprengstoff benutzt hatten. Dabei unterschlägt er aber, daß dies im Kontext der Frage geschah, ob *entweder* Uran 235 oder Plutonium oder Protactinium als Sprengstoff verwendet worden war[47].

Groves ist extrem unfair, wenn er wortgetreu wiedergibt, wie Heisenberg zugab, nicht zu wissen, wie den Alliierten die Herstellung der Atombombe gelungen sei, und zugleich das Gefühl der Schande äußerte, die er bei dem Gedanken empfand, daß die Deutschen die Vorgehensweise ihrer britischen und amerikanischen Kollegen nicht ergründen konnten. Denn Groves unterschlägt den Teil der Gesprächsprotokolle, der dieser Äußerung unmittelbar vorausgeht. Hier hatte Heisenberg in ausführlicher und überraschend akkurater Weise über die Funktionsweise der alliierten Atombombe spekuliert[48]. Schließlich macht Goudsmit mehrere Behauptungen über vermeintliche deutsche Inkompetenz, die schlicht falsch sind und für die es in den Farm Hall-Protokollen keinerlei Hinweise gibt: 1. Die Deutschen hätten geglaubt, daß die Amerikaner einen ganzen Kernreaktor auf Hiroshima abgeworfen hätten; 2. die Deutschen hätten

[45] Walker, Uranmaschine, S. 40f., 203f., 247, 250.
[46] Henry Smyth, Atomic Energy for Military Purposes, Princeton 1945.
[47] The Farm Hall Transcripts, S. 116, 119f.
[48] Ebenda, S. 117f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zunächst nicht begriffen, daß als Sprengstoff verwendetes Plutonium in einem Reaktor produziert wird; 3. schließlich hätten die Deutschen den Unterschied zwischen einem Kernreaktor und einer Atombombe nicht realisiert.

Aber der umstrittenste technische Aspekt der geheimnisvollen Farm Hall-Aufnahmen ist seit jeher die anscheinend konfuse Vorstellung gewesen, die sich Werner Heisenberg von der Atombombe machte. Heisenbergs Kenntnis davon, daß eine Kettenreaktion mittels schneller Neutronen in reinem Uran 235 ebenso wie in Plutonium nukleare Sprengstoffe bildete, war während des Krieges deutlich geworden. Die Operation Epsilon-Protokolle haben es bestätigt. Der einzige unklare Punkt betrifft die kritische Masse der Waffe: wieviel wurde für eine funktionierende Bombe gebraucht?

Im Gegensatz zu Groves und Goudsmit waren die beiden Berichte, die R. V. Jones und Charles Frank aus der Erinnerung über die Farm Hall-Aufnahmen gaben, recht zutreffend. Der britische Naturwissenschaftler Jones erinnerte sich an die erste Berechnung der kritischen Masse, die Heisenberg „auf dem Rücken eines Briefumschlags" machte. Sein Landsmann Frank erinnerte sich dagegen an Heisenbergs nachfolgende komplizierte Rechnung, bei der er eine „ziemlich elegante Version der Diffusions-und-Multiplikationstheorie" anwandte[49].

Höchstwahrscheinlich machte Heisenberg im Winter 1941/42 eine grobe Schätzung von 10 bis 100 kg, eine Schätzung, die ungefähr den gleichzeitigen alliierten Berechnungen entsprach. Wichtiger aber war, daß diese Schätzung das deutsche Heereswaffenamt zu der Entscheidung veranlaßte, keinen Versuch zu unternehmen, Atomwaffen im industriellen Maßstab herzustellen[50]. Heisenberg selbst gab in Farm Hall zu, daß er niemals eine präzisere Berechnung unternommen hatte, nicht weil er dazu nicht in der Lage gewesen wäre, wie Goudsmit und andere unterstellt haben, sondern weil es keine Veranlassung dazu gab. Jones, der vermutete, daß Heisenberg im Jahre 1942 eine akkurate Berechnung gemacht, sie bis zum Sommer 1945 jedoch wieder vergessen hatte, mag ebenfalls recht haben[51]. Groves und Goudsmit waren offensichtlich durch den Wunsch befangen, die Inkompetenz der Deutschen zu „beweisen", und sahen daher in den Gesprächsprotokollen das, was sie sehen wollten.

Am wichtigsten an der Operation Epsilon ist jedoch, daß Groves und Goudsmit Heisenbergs wissenschaftliche Fähigkeiten aus einem bestimmten Grund in Frage stellen wollten: um nämlich damit zu erklären, warum die Deutschen keine Atombomben bauten. Wenn dagegen die Farm Hall-Protokolle irgendetwas klar machen, so dies, daß Heisenbergs zeitweilige Konfusion in bezug auf die kritische Masse nichts zu tun hatte mit dem Ausmaß, dem Tempo oder dem Erfolg, mit denen sich die Deutschen um die militärische Nutzbarmachung der Kernspaltung bemühten. Jeder, der wissen will, warum die Welt niemals nationalsozialistische Kernwaffen sah, wird weit über Farm Hall hinaus blicken müssen.

[49] Reginald V. Jones, Introduction, in: Goudsmit, Alsos, S. xv–xvi; siehe auch Franks Einleitung in: The Farm Hall Transcripts, S. 1–13, vor allem S. 5 ff.

[50] Walker, Uranmaschine, S. 66 ff.

[51] Goudsmit, Alsos, S. xvi.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hätte Deutschland unter dem Nationalsozialismus Nuklearwaffen produzieren können?

Das Problem, ob die deutschen Wissenschaftler wußten, wie man eine Atombombe herstellte, muß von zwei anderen Fragen getrennt werden: 1. Hätte das Dritte Reich vor dem Ende des Krieges Nuklearwaffen produzieren *können;* und 2. *Wollten* die Wissenschaftler Atombomben für die Nationalsozialisten konstruieren? Die Presseberichte über den Angriff auf Hiroshima und Nagasaki lösten unter den Wissenschaftlern eine uneinheitliche Reaktion aus, die sich darüber hinaus mit der Zeit änderte und entwickelte.

Karl Wirtz war einer der wenigen Internierten, der einfach und klar sagte, er sei „glücklich", daß sie die Atombombe nicht gehabt hätten[52]. Otto Hahns Reaktion war ähnlich eindeutig: Er würde die Kriegsanstrengung „sabotiert" haben, sofern er in einer entsprechenden Stellung gewesen wäre. Als ihm die Nachricht von Hiroshima privat mitgeteilt wurde, brachte ihn dies vollständig aus der Fassung. Seinem Aufseher erklärte er, er habe „zuerst an Selbstmord gedacht", als er das Zerstörungspotential seiner Kernspaltungsentdeckung erkannte, und er fühle sich nun „persönlich verantwortlich" für die Toten von Hiroshima. „Beträchtlicher Alkoholgenuß" war notwendig, um Hahn soweit zu beruhigen, daß er zu seinen Kollegen zurückkehren konnte[53].

Die Reaktion Walther Gerlachs, der das deutsche Uranprojekt während der letzten 18 Kriegsmonate geleitet hatte, war ganz anders. Er ging in sein Schlafzimmer und begann zu weinen trotz der Bemühungen Paul Hartecks und Max von der Laues, ihn zu „trösten". In den Augen seiner britischen Aufseher verhielt sich Gerlach wie ein „besiegter General", der an Selbstmord dachte. Hahn fragte ihn in der Folge, warum er so außer Fassung geraten sei: weil Deutschland keine Atombombe hergestellt habe, oder weil die Amerikaner „es besser konnten" als die Deutschen[54]?

Gerlach war nicht für unmenschliche Waffen wie die Atombombe. Tatsächlich hatte er „Angst" davor und hatte nicht daran geglaubt, daß die Bombe so schnell würde hergestellt werden können. Aber er war deprimiert darüber, daß die Amerikaner ihre wissenschaftliche Überlegenheit unter Beweis gestellt hatten. Während der letzten Kriegsjahre hatte er erkannt, daß die Entwicklung der Bombe nicht verhindert werden konnte, und war der festen Überzeugung, daß das Uranpotential für Deutschlands Zukunft ausgenutzt werden müsse. So hatte er sowohl Oberst Geist, der rechten Hand von Rüstungsminister Albert Speer, als auch dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, erklärt, daß derjenige, der „mit dem Einsatz der Bombe drohen konnte", „alles" würde erreichen können[55].

Werner Heisenberg meinte später gegenüber Hahn, Gerlach habe die Nachricht von Hiroshima deshalb so tragisch genommen, weil er der „einzige" unter den in Farm

[52] The Farm Hall Transcripts, S. 72.
[53] Ebenda, S. 70, 82.
[54] Ebenda, S. 79f.
[55] Ebenda, S. 80.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hall anwesenden Wissenschaftlern gewesen sei, der „wirklich einen deutschen Sieg wollte". Obwohl Gerlach die Nazi-Verbrechen gekannt und „mißbilligt" habe, sei er doch der Auffassung gewesen, daß er „für Deutschland arbeitete". Hahn antwortete, daß er ebenfalls „sein Land liebte" und daß dies der – wie befremdlich auch immer erscheinende – Grund dafür gewesen sei, daß er „seine Niederlage erhoffte"[56]. Gerlach selbst ging daraufhin weiter: Er argumentierte zum einen, daß, „wenn Deutschland eine kriegsgewinnende Waffe gehabt hätte", es dann „im Recht gewesen wäre und die anderen im Unrecht". Ferner meinte er, daß die Zustände in Deutschland nun nicht besser waren, „als sie nach einem Sieg Hitlers gewesen wären"[57].

Gerlach war nicht der einzige, der die Alliierten kritisierte. Carl Friedrich von Weizsäcker nannte den amerikanischen Atombombeneinsatz gegen Japan einen „Irrsinn". Heisenberg wandte ein, man könne ebenso sagen, daß der Nuklearwaffeneinsatz die „schnellste Art und Weise war, den Krieg zu beenden", woraufhin Hahn hinzufügte, dies sei etwas, was „mich tröstet"[58]. Wirtz war von Hiroshima entsetzt und meinte, es sei „charakteristisch", daß die Deutschen die Kernspaltung entdeckt, sie aber nicht angewandt hätten, die Amerikaner es jedoch täten[59].

Als die Nachricht von Hiroshima in Farm Hall eintraf, vertraten mehrere Forscher die Auffassung, daß sie Atombomben *nicht* hätten herstellen *können*. Weizsäcker wies darauf hin, daß sie bei der von ihnen vorgelegten Geschwindigkeit während des Krieges niemals hätten erfolgreich sein können. Selbst die Wissenschaftler hätten gesagt, vor dem Ende des Konfliktes „könne es nicht getan werden"[60]. Obwohl Bagge Weizsäcker zunächst widersprach, gab er später doch zu, daß kein Wissenschaftler das Projekt wirklich kraftvoll vorangetrieben habe[61].

Heisenberg stellte diese Frage in den wissenschaftspolitischen Zusammenhang des Dritten Reiches. Im Frühjahr 1942, als das Schicksal der Uranforschung entschieden wurde, habe er, Heisenberg, nicht den „moralischen Mut" besessen, die Produktion im industriellen Maßstab zu empfehlen. Denn in diesem Fall hätten, wie in Amerika, 120000 Männer beschäftigt werden müssen. Die „Beziehung zwischen den Wissenschaftlern und dem Staat" stimmte im Nationalsozialismus nicht. Obwohl er und seine Kollegen, so meinte Heisenberg, nicht „hundertprozentig" darauf erpicht gewesen seien, Atombomben zu bauen, sei ihnen vom Staat „so wenig vertraut worden", daß es schwierig gewesen wäre, ans Ziel zu kommen, „selbst wenn wir es gewollt hätten"[62].

Kurt Diebner, der großenteils für die Verwaltung des Uranprojekts verantwortlich gewesen war, stimmte zu und stellte fest, daß die Beamten lediglich an „sofortigen Ergebnissen" interessiert waren und nicht, wie es offensichtlich die Amerikaner getan

[56] Ebenda, S. 82.
[57] Ebenda, S. 87.
[58] Ebenda, S. 72.
[59] Ebenda, S. 79.
[60] Ebenda, S. 73, 78, 85.
[61] Ebenda, S. 85f., 90.
[62] Ebenda, S. 76f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatten, „eine langfristige Politik" verfolgen wollten[63]. Harteck meinte zunächst, daß sie möglicherweise erfolgreich hätten sein können, wenn die Behörden bereit gewesen wären, diesem Ziel alles unterzuordnen. Aber nach weiterem Nachdenken sagte er, die Deutschen hätten niemals eine Bombe bauen können, doch mit Sicherheit einen Kernreaktor. Und er war sehr „traurig", daß sie letzteres nicht erreicht hatten[64].

Weizsäcker vermutete zuerst ebenfalls, daß die Deutschen, einen besseren Start vorausgesetzt, bis zum Winter 1944/45 Atomwaffen hätten besitzen können. Wirtz reagierte scharf. In diesem Fall, so meinte er, „würde Deutschland London ausradiert, aber noch nicht die Welt erobert haben". Der Abwurf alliierter Bomben auf Deutschland würde die Folge gewesen sein. Weizsäcker stimmte zu, daß es für die Welt eine „weit größere Tragödie" gewesen wäre, wenn Deutschland die Atombombe besessen hätte[65].

Wollten wir Atombomben bauen?

Die Kontroverse um die Farm Hall-Protokolle hat sich weniger um die Frage gedreht, ob die zehn deutschen Wissenschaftler Atombomben hätten bauen *können*, als vielmehr um das Problem, ob sie es *wollten*. Wie aus den Transkripten hervorgeht, vertrat von Weizsäcker schließlich tatsächlich die These, sie hätten keine Nuklearwaffen produzieren wollen. Aber die entsprechende Argumentation bildete nicht, wie man häufig gemeint hat, eine einfache Schutzbehauptung; vielmehr handelte es sich um einen kollektiven Versuch, sich und seine Kollegen zur Änderung des eigenen Gedächtnisses zu veranlassen, um einer zunehmend problematischen Vergangenheit ein besseres Aussehen zu geben.

Weizsäcker begann seine Neuinterpretation mit der Feststellung, daß sie seiner Meinung nach deshalb keine Atombombe gebaut hätten, „weil alle Physiker es aus Prinzip nicht tun wollten". Wenn sie alle einen deutschen Sieg gewünscht hätten, so würden sie auch Erfolg gehabt haben. Hahn wies diese Sicht der Dinge unmittelbar zurück[66]. Und Bagge meinte später im privaten Kreis, Weizsäckers Auffassung, man habe den Erfolg nicht gewollt, sei „absurd". Dies möge für Weizsäcker selbst zugetroffen haben, gab Bagge zu, „aber nicht für uns alle"[67].

Selbst wenn die deutschen Wissenschaftler alle gewünschte Unterstützung erhalten hätten, so fuhr Weizsäcker fort, wäre es „keineswegs sicher" gewesen, daß sie soweit wie die Amerikaner und Briten gekommen wären. Letzten Endes waren die deutschen Physiker „alle davon überzeugt, daß die Sache nicht während dieses Krieges beendet werden konnte". Heisenberg warf dazwischen, von Weizsäckers Interpretation sei „nicht ganz richtig". Heisenberg war von der Möglichkeit, einen Kernreaktor zu

[63] Ebenda, S. 78.
[64] Ebenda, S. 80, 85 f.
[65] Ebenda, S. 78.
[66] Ebenda, S. 76 f.
[67] Ebenda, S. 90.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bauen, „absolut überzeugt" gewesen, hatte aber „niemals geglaubt", daß die Deutschen in der Lage sein würden, „eine Bombe zu bauen". Darüber hinaus gab er zu, „im Grunde seines Herzens" sei er glücklich gewesen, daß nur der Reaktor, nicht aber die Bombe möglich erschien[68].

Sein jüngerer Kollege insistierte weiter und meinte, wenn Heisenberg „die Bombe hätte bauen wollen", dann würde er sich mehr auf Isotopentrennung und weniger auf einen Kernreaktor konzentriert haben. Otto Hahn verließ in diesem Augenblick den Raum, vielleicht weil er nicht mehr hören wollte. Weizsäcker forderte, sie sollten zugeben, „daß sie den Erfolg nicht anstrebten", und fügte hinzu, selbst wenn sie die „gleiche Mühe wie die Amerikaner eingesetzt" und die Bombe ebenso nachhaltig wie diese gewollt hätten, so wären ihre Anstrengungen infolge der alliierten Luftangriffe auf die deutschen Fabriken zum Scheitern verurteilt gewesen[69].

Die Frage danach, ob die Wissenschaftler den Erfolg gewollt hatten, wurde mehr und mehr vom Standpunkt moralischer Prinzipien aus betrachtet. Heisenberg argumentierte, die Deutschen „hätten Erfolg haben können", wenn sie in der „gleichen moralischen Position" wie die Amerikaner gewesen wären, die fühlten, daß Hitler, koste es was es wolle, besiegt werden mußte. Aber Heisenberg und seine Kollegen „hatten Hitler als einen Verbrecher betrachtet"[70]. Tatsächlich hatte Heisenberg zuvor, als er erstmals vom Potsdamer Abkommen und dem wahrscheinlichen Verlust deutschen Territoriums an Polen erfuhr, bemerkt, „es wäre unendlich schlimmer gekommen, wenn wir den Krieg gewonnen hätten"[71].

Aber Heisenberg war eindeutig im Begriff, seine Auffassung darüber zu ändern, was seine eigenen Intentionen gewesen waren. In einer späteren Unterhaltung stimmte er nunmehr mit Hahn überein, daß sie „niemals an einer Bombe arbeiten wollten" und zufrieden waren, als beschlossen wurde, alle Anstrengungen auf einen Kernreaktor zu konzentrieren[72]. Tatsächlich war ein solcher Beschluß nie gefaßt worden. Das Heereswaffenamt hatte den Forschern nicht vorgeschrieben, daß sie künftig an einem Reaktor und nicht an einer Bombe arbeiten sollten; vielmehr hatte es lediglich entschieden, die Forschung nicht auf die industrielle Ebene zu heben. Diese leicht verzerrte Darstellung der Vergangenheit ist wichtig, denn sie bildet einen grundlegenden Teil der Nachkriegsmythen über die deutsche Atombombe[73]. Noch später, als Heisenberg das britische Weißbuch über die Atombombe gesehen hatte und mithin über ihre Entstehungsgeschichte Beträchtliches wußte, stellte er in einer Unterredung mit seinem alten Freund und Kollegen Blackett, der Farm Hall besuchte, kategorisch fest, daß die Deutschen an „einer Art Maschine, nicht aber an einer Bombe interessiert waren"[74].

---

[68] Ebenda, S. 78.
[69] Ebenda.
[70] Ebenda, S. 83.
[71] Ebenda, S. 67.
[72] Ebenda, S. 82f.
[73] Walker, Uranmaschine, S. 63–68.
[74] The Farm Hall Transcripts, S. 175.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aber der bemerkenswerteste Kommentar, der in Farm Hall gemacht wurde, kam von Weizsäcker: „Die Geschichte wird berichten, daß die Amerikaner und Engländer eine Bombe bauten und daß zur gleichen Zeit die Deutschen unter dem Hitler-Regime einen funktionsfähigen Kernreaktor herstellten. Mit anderen Worten: die friedliche Entwicklung der Uranmaschine erfolgte in Deutschland unter dem Hitler-Regime, während die Amerikaner und Engländer diese entsetzliche Kriegswaffe entwickelten."[75] Der Historiker wird sich an die folgende Passage aus Robert Jungks Buch „Heller als tausend Sonnen" erinnern: „Es erscheint paradox, daß die in einer säbelrasselnden Diktatur lebenden deutschen Kernphysiker, der Stimme ihres Gewissens folgend, den Bau von Atombomben verhindern wollten, während ihre Berufskollegen in den Demokratien, die keinen Zwang zu befürchten hatten, mit ganz wenigen Ausnahmen sich mit aller Energie für die neue Waffe einsetzten."[76]

Wie ist es um unsere Zukunft bestellt?

Die größte Sorge der Wissenschaftler von Farm Hall galt nicht den Fragen, wer von ihnen Nazi gewesen war, ob sie gewußt hatten, wie man eine Atombombe baut, bzw. ob sie es gekonnt oder überhaupt gewollt hätten. Was sie statt dessen weitaus am meisten bewegte, war ihre berufliche Zukunft unter den spezifischen Nachkriegsbedingungen, die sie voraussahen: Spannung, wenn nicht sogar Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion; strikte Kontrolle der Wissenschaft in Deutschland im allgemeinen und der Uranforschung im besonderen.

Einige befürchteten, bei ihrer Rückkehr nach Deutschland als Verräter betrachtet zu werden, da sie Deutschland nicht die zum Sieg benötigten Atomwaffen zur Verfügung gestellt hatten. Gerlach sprach offen davon, daß sie „dort nicht lange am Leben bleiben würden"[77]. Von Weizsäcker stimmte zu, daß es eine „lange Zeit" dauern würde, bevor er und seine Kollegen sich „in den Augen ihrer eigenen Landsleute würden entlasten" können[78]. Aber als Harteck später in ähnlicher Weise davon sprach, daß die deutschen „Massen" sie als „Verräter" einschätzen würden, wandte Heisenberg ein, daß die unvermeidliche alliierte Nachkriegskontrolle der deutschen Wissenschaft es so erscheinen lassen werde, als ob die Deutschen zur Fortführung ihrer Arbeit unter „böser alliierter Kontrolle" gezwungen sein würden. Dies, so fügte er hinzu, würden sie „mit Wut und Zähneknirschen" akzeptieren müssen[79].

[75] Ebenda, S. 92.

[76] Robert Jungk, Heller als tausend Sonnen. Das Schicksal der Atomforscher, Bern 1956, S. 112; nach Abschluß dieses Aufsatzes bestätigte Robert Jungk diese Interpretation, in: Robert Jungk, Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft, München 1993, S. 297–300.

[77] The Farm Hall Transcripts, S. 79 f.

[78] Ebenda, S. 92.

[79] Ebenda, S. 171.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jegliche Furcht, die die in Farm Hall Internierten in bezug auf ihre Landsleute gehegt haben mögen, wurde durch ihr tiefes Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion in den Schatten gestellt. Zu Beginn ihrer Gefangenschaft wurde Kurt Diebner „rasend beim Gedanken daran, daß seine Frau und sein Sohn in russische Hände fallen könnten". Als er schließlich erfuhr, daß sie von den Westalliierten gerettet worden waren, bat er darum, „in die Kirche zu gehen", für Diebner offensichtlich ein seltener Schritt[80]. Otto Hahn bekräftigte wiederholt ihr grundsätzliches Mißtrauen gegenüber Stalin und ihre Furcht vor der Sowjetunion[81]. Weizsäcker meinte, wenn die Amerikaner und Briten „gute Imperialisten" wären, so würden sie die Sowjetunion sofort angreifen, bevor Stalin über Atomwaffen verfügte. Statt dessen würden die Westalliierten die Atombombe wahrscheinlich als „politische Waffe" nutzen. Weizsäcker hielt dieses Vorgehen für richtig, obwohl es den Frieden nur solange sichern würde, wie die Sowjetunion nicht ebenfalls über Atomwaffen verfügte. Danach würde es „ganz bestimmt" Krieg geben[82].

Für Heisenberg bedeutete die sowjetische Bedrohung, daß die deutsche Wissenschaft enger denn je an die Amerikaner und Briten gebunden sein würde; hingegen gebe es keine reale Möglichkeit, zu den Sowjets überzugehen, selbst wenn man es gewollt hätte[83]. Gegenüber Korsching bemerkte Heisenberg, „Vereinigte Staaten von Europa" seien einem Deutschland, das Teil eines „Russischen Reiches" sei, weitaus vorzuziehen[84].

Die Furcht vor ihren Landsleuten sowie der Sowjetunion wurde teilweise durch die Hoffnung aufgewogen, daß sie aufgrund ihrer geleisteten Uranforschung in den Augen der Westmächte begehrte Partner sein würden. Die in Farm Hall Internierten gingen zunächst von der sehr optimistischen Vorstellung aus, daß man ihre Dienste stark umwerben werde. Aber dies geschah zu einer Zeit, als sie von dem Ausmaß der alliierten Erfolge auf dem Gebiet der Kernenergie noch kaum etwas wußten. Je mehr sie von der klaren Überlegenheit der Amerikaner und Briten erfuhren, desto deprimierter und bescheidener wurden sie.

Aus Gerlachs Perspektive hätten die Verhandlungen in bezug auf die deutsche Kernenergie sogar vor Ende des Krieges beginnen können. Wenn man bis Sommer 1944 über einen Kernreaktor verfügt hätte, so führte er gegenüber Heisenberg aus, und es „zu einer geschickten Propaganda gekommen wäre (...)." Aber sein Kollege unterbrach ihn: Für jede andere deutsche Regierung hätte dies eine Verhandlungsbasis bilden mögen, meinte Heisenberg, „aber nicht für Hitler"[85]. Heisenberg gab Hitler die Schuld dafür, daß die Entdeckung der Kernspaltung den Deutschen „weggenommen" worden sei[86].

[80] Ebenda, S. 27.
[81] Ebenda, S. 143.
[82] Ebenda, S. 89.
[83] Ebenda.
[84] Ebenda, S. 145.
[85] Ebenda, S. 87.
[86] Ebenda, S. 87 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gerlach hingegen beeilte sich festzustellen, während des Dritten Reiches sei es sein Hauptziel gewesen, „die deutsche Physik und die deutschen Physiker zu retten". Heisenberg versuchte Gerlach sofort mit der Vorstellung zu ermutigen, daß die deutsche Physik in der Lage sei, „als Teil einer größeren Westgruppe zusammenzuarbeiten"[87]. Tatsächlich diente Gerlachs Argument nach dem Krieg in besonderer Weise dazu, die Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Regime zu rechtfertigen[88]. Aber der von Gerlach in Farm Hall an den Tag gelegte Nationalismus wirft auf das edle Ziel einen Schatten. Dies wurde zum Beispiel deutlich, als Sir Charles Darwin die Internierten besuchte und sie fragte, was sie angesichts der Atombombe zu tun gedächten. Gerlach gab zur Antwort, er bezweifle, daß es von nun an noch eine „freie Wissenschaft" geben würde[89]. Offensichtlich bemerkte er dabei die Ironie seiner Worte nicht, die darin lag, daß sie von einem Mann kamen, der die physikalische Forschung während der letzten schrecklichen Jahre der Hitler-Diktatur und des mörderischen SS-Regimes kontrollierte.

Heisenberg äußerte in Farm Hall wieder und wieder die inbrünstige Hoffnung, es möge bei dem Uranproblem einen Bereich geben, in dem die Deutschen die Alliierten übertrumpft und etwas anzubieten hätten. Das „Urangeschäft" gäbe den Amerikanern und Briten solch „gewaltige Macht" in die Hand, daß aus Europa ein „Block unter angelsächsischer Dominanz" werden würde; der Umstand, daß die Deutschen sich auf Uran konzentriert hatten, könnte ihnen „die Chance zur Zusammenarbeit" eröffnen[90]. Für den Fall, daß die Amerikaner in Sachen Kernreaktor nicht soweit gekommen waren wie die Deutschen – eine Hoffnung, die sich später als falsch herausstellte –, hoffte Heisenberg auf eine „Möglichkeit, Geld zu verdienen"[91]. Heisenberg war mit diesen Wunschträumen keineswegs allein. Von Weizsäcker z. B. interpretierte eine Zeitungsnotiz über die mangelnde Fähigkeit der Alliierten, die Energie der Atombombe zu kontrollieren, dahingehend, daß die Amerikaner möglicherweise noch keinen Kernreaktor besaßen. In diesem Fall würde die deutsche Forschungsleistung noch von beträchtlichem Wert sein[92]. Tatsächlich hat wohl ein Großteil der in den Farm Hall-Protokollen anzutreffenden „Konfusion" mehr mit dem verzweifelten Wunschglauben der Deutschen zu tun, nicht vollständig überspielt worden zu sein, als mit irgendeinem Kompetenzmangel ihrerseits.

Paul Harteck ging am weitesten in bezug auf eine mögliche Kooperation mit dem Westen, und tatsächlich emigrierte er später als einziger der in Farm Hall versammelten Wissenschaftler in die USA[93]. Da es nunmehr wahrscheinlich war, daß die Amerikaner und Briten „Europa beherrschen" würden, so gab Heisenberg zu bedenken, könnten

[87] Ebenda.
[88] Walker, Uranmaschine, S. 231–262.
[89] The Farm Hall Transcripts, S. 143.
[90] Ebenda, S. 92f.
[91] Ebenda, S. 92.
[92] Ebenda, S. 211.
[93] Walker, Uranmaschine, S. 213.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die deutschen Wissenschaftler mit ihnen „besseren Gewissens" zusammenarbeiten. Tatsächlich sei dies das „Vernünftigste", was man tun könne[94].

Die Hoffnung auf Zusammenarbeit verleitete die Internierten zu Spekulationen über eine neue internationale Technokratie unter der Führung von Physikern – mit anderen Worten unter der Führung von ihnen selbst. In der Tat ist es erstaunlich, wie schnell sie fast alle dazu gelangten, ihren eigenen potentiellen politischen Einfluß in der Nachkriegswelt zu überschätzen. Als Heisenberg und von Weizsäcker in Farm Hall über die Möglichkeiten künftiger internationaler Wissenschaftskooperation diskutierten, betrachteten sie internationale Physik als „beinahe synonym mit Arbeit unter der Führung von Niels Bohr", ihrem älteren dänischen Kollegen. Heisenberg meinte, gegenwärtig seien alle Wissenschaftler von ihren Regierungen „zu abhängig". Statt dessen gelte es, „politischen Einfluß zu gewinnen"[95]. Allerdings scheint diese Äußerung eher durch Hiroshima und das Nachkriegsklima verursacht worden zu sein als durch das Erbe des Dritten Reichs. Hieraus erklärt sich im übrigen viel von Werner Heisenbergs späteren, wenig glücklichen wissenschaftspolitischen Bemühungen in der Bundesrepublik Deutschland[96].

Für Weizsäcker gab es auf eine entsprechende Frage Darwins nur zwei Alternativen: entweder sollte „jeder Physiker in jedem Land" es ablehnen, „das Geheimnis der Atomenergie irgendeiner Regierung" auszuhändigen – dies aber wurde von allen Anwesenden für unmöglich gehalten; oder „Wissenschaftler mußten selbst die Regierung führen"[97]. Ähnlich äußerte sich Heisenberg, als Gerlach ihn später fragte, ob er kooperieren würde, um die Bombe „für die Menschheit nützlich" zu machen. Heisenberg hielt eine solche Entwicklung für unwahrscheinlich: „Für die Menschheit nützlich" könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur heißen, daß die Sowjets nicht in den Besitz der Atombombe kämen, aber dies sei nicht zu verhindern. Heisenberg glaubte, daß die Alliierten versuchen würden, mit den Sowjets zusammenzuarbeiten, um eine internationale Kontrolle über die Herstellung und den Nutzen spaltbaren Materials zu errichten. In einer solchen Organisation mitzuwirken, war Heisenberg bereit, um Deutschland einen Anteil an dieser Kontrolle zu sichern[98].

Heisenberg stellte sich vor, daß die Atomkontrolle von einer technokratischen Organisation ausgeübt werden sollte, die die Kernphysiker aus aller Welt umfaßte[99]. Diese Vision näherte sich sehr stark jenen Nachkriegsmythen an, die sich um Heisenbergs umstrittenen Besuch bei Niels Bohr während des Weltkrieges rankten[100]. Denn nach dem Krieg behaupteten Heisenberg, von Weizsäcker und andere, der Zweck ihrer Kopenhagenreise vom Jahre 1941 habe darin bestanden, eine von den Physikern ausgeübte, internationale Nuklearkontrolle zu errichten. Tatsächlich aber legen die Farm

[94] The Farm Hall Transcripts, S. 88.
[95] Ebenda, S. 110, 143.
[96] Vgl. Michael Eckert, Primacy doomed to failure: Heisenberg's role as scientific advisor for nuclear policy in the FRG, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 21 (1990), S. 29–58.
[97] The Farm Hall Transcripts, S. 143.
[98] Ebenda, S. 108 f.
[99] Ebenda, S. 109; vgl. Hoffmanns Einleitung in: Die Farm-Hall-Protokolle.
[100] The Farm Hall Transcripts, S. 109; vgl. Walker, Propaganda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hall-Protokolle nahe, daß diese Zielvorstellung einer internationalen Wissenschaftskontrolle vielmehr das Ergebnis der Nachricht von Hiroshima und der Drohung des sich abzeichnenden Kalten Krieges war als des in der Vergangenheit liegenden Gespenstes nationalsozialistischer Atomwaffen.

So großen Eifer die in Farm Hall Festgehaltenen an den Tag legten, mit den Westmächten zusammenzuarbeiten, so unvollständig wäre dieses Bild ohne eine Diskussion des tiefen Zwiespaltes und vor allem der bitteren persönlichen Verstimmung aufgrund ihrer Gefangenhaltung, die sie gegenüber den Amerikanern und Briten empfanden. Auch wenn er sich nach ihrer Rückkehr nach Deutschland recht schnell verflüchtigte, so hatte dieser Groll doch bestanden.

Die britischen Aufseher stellten bei ihren deutschen „Gästen" einen „vollständigen Mangel" an Verständnis dafür fest, daß sie „Angehörige einer unterworfenen Nation" waren[101]. Nach der von den Internierten vertretenen „allgemeinen Auffassung" war der Zweite Weltkrieg ein „Unglück", das den Deutschen durch die „Böswilligkeit" der Westmächte aufgezwungen worden war, und das nunmehr vergessen werden sollte. Die deutschen Wissenschaftler zumindest scheinen sich daran gehalten zu haben.

Darüber hinaus neigten die Internierten zu gedankenlosen und beunruhigenden Äußerungen. Zum Beispiel behaupteten sowohl Karl Wirtz als auch Carl Friedrich von Weizsäcker, daß der alliierte Krieg mit Japan „von Präsident Roosevelt eingefädelt wurde, der den Angriff auf Pearl Harbour ganz bewußt ohne eine rechtzeitige Warnung zugelassen hat". Die deutschen Wissenschaftler waren davon überzeugt, daß eine solche Warnung möglich gewesen wäre[102]. Selbst wenn sie Anzeichen irgendeiner Kenntnis davon geäußert hätten, daß sie abgehört wurden – was nicht der Fall war –, sind solche Bemerkungen weder zu rechtfertigen noch zu verstehen.

Trotz seines Eifers, mit den Amerikanern und Briten zusammenzuarbeiten, ließ auch Heisenberg einige peinliche und wenig schmeichelhafte Bemerkungen fallen. Mit Blick auf ihre fortgesetzte Internierung, dem für sie sensibelsten Punkt, meinte Heisenberg, daß es zwar einige Amerikaner gebe, die den Deutschen gegenüber günstig eingestellt seien; aber es gebe auch „diese halsstarrigen Leute, diese amerikanischen Heydrichs und Kaltenbrunners", die glaubten, das Beste, was deutsche Wissenschaftler von ihnen erwarten könnten, sei es, „eingeschlossen zu bleiben"[103]. Solch ein Vergleich zwischen amerikanischen Beamten und den beiden Spitzen des berüchtigten Sicherheitsdienstes der SS erscheint mehr als unangemessen.

Am interessantesten jedoch ist vielleicht Heisenbergs Überlegung, was passieren würde, wenn sie ihre Freilassung irgendwie zu erzwingen suchten. Ihre (ungenannte) „Opposition" würde dann die Gelegenheit nutzen, „allen ihren Haß gegen die Deutschen vorzubringen", und behaupten, die deutschen Wissenschaftler hätten versucht, „den Nazis zu helfen": obwohl Heisenberg und seine Kollegen nicht danach gestrebt hätten, würden sie die Atombombe im Falle eines tatsächlichen Erfolges „natürlich

[101] The Farm Hall Transcripts, S. 168.
[102] Ebenda, S. 230.
[103] Ebenda, S. 236.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitler ausgehändigt haben"[104]. Heisenberg antizipierte damit den Inhalt der einflußreichsten und ruinierendsten Attacken, unter denen er und seine Kollegen in der Nachkriegszeit litten und die von dem naturalisierten amerikanischen Physiker Samuel Goudsmit angeführt wurden[105].

Schließlich aber, als es klar wurde, daß ihre Entlassung unmittelbar bevorstand, hellte sich die Stimmung der Internierten beträchtlich auf. Heisenberg diktierte nachgerade, wohin er zurückkehren wollte, nämlich an die Universität Göttingen, eine der wenigen „intakten" Universitäten in der amerikanischen und britischen Zone[106]. Die Amerikaner untersagten jede Rückkehr in die französische Besatzungszone[107], während die britischen Besatzungsbehörden im folgenden große Anstrengungen unternahmen, um Heisenberg und seinen Kollegen im Nachkriegsdeutschland eine komfortable Situation zu ermöglichen[108]. Am 7. Dezember 1945 wurde der offizielle Befehl für die Rückkehr der Internierten nach Deutschland ausgegeben[109]. Die britischen Aufseher hatten sich über das Verhalten der ihnen anvertrauten Personen oft genug amüsiert oder geärgert, daß sie mit beträchtlichem Humor berichten konnten, wie Karl Wirtz „klein beigibt". Man könne über den aufsichtführenden Kommandeur nichts wirklich Schlechtes sagen, meinte Wirtz nunmehr, ungeachtet dessen, wie sehr ihn die Deutschen „verflucht" hätten. In jedem Fall sei es „klug", sich mit ihm gut zu stellen, denn immerhin wisse man ja nicht, wann man „für ihn eine andere Verwendung haben könnte"[110].

Zusammenfassung

Vorliegender Aufsatz begann mit der Beschreibung eines Wissenschaftstabus: daß nämlich kompetente und sogar talentierte Wissenschaftler möglicherweise *willentlich* und *bewußt* zugunsten des Nationalsozialismus an Massenvernichtungswaffen arbeiteten. Die Farm Hall-Protokolle zeigen, wie nützlich dieses Tabu zur Erforschung der Wissenschaft ist. Zuerst fragten die Wissenschaftler sich selbst, ob sie Nazis waren, und entschieden, daß die Antwort nein lautete. Die einzig möglich Ausnahme, Kurt Diebner, wurde jetzt mehr als „Verwaltungsmann" denn als Wissenschaftler bezeichnet[111].

Die zweite Frage nach der Kompetenz der deutschen Wissenschaftler wurde mit einem klaren Ja beantwortet. Jegliche Behauptungen, wonach die Deutschen nicht in der Lage gewesen seien, Kernwaffen herzustellen, gründeten in den begrenzten Möglichkeiten der Kriegswirtschaft oder den Versäumnissen der nationalsozialistischen

[104] Ebenda, S. 241.
[105] Walker, Uranmaschine, S. 243–262; ders., Legenden, S. 58–61, 71 ff.
[106] The Farm Hall Transcripts, S. 179 f.
[107] Ebenda, S. 221.
[108] Walker, Uranmaschine, S. 217–231.
[109] The Farm Hall Transcripts, S. 266.
[110] Ebenda, S. 275.
[111] Ebenda, S. 190.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Führung, nicht jedoch in der individuellen Expertise der internierten Wissenschaftler. Tatsächlich waren nur wenige der in Farm Hall anwesenden Wissenschaftler bereit, Horst Korschings Auffassung zu folgen, daß ihre amerikanischen Kollegen einfach überlegen waren[112].

Die dritte Frage – würden die deutschen Wissenschaftler Hitler Atomwaffen zur Verfügung gestellt haben – erfuhr zunächst keine klare Antwort. Statt dessen wurde vor allem von Carl Friedrich von Weizsäcker allmählich ein Konsens formuliert, daß der Zwiespalt, den sie alle angesichts dieser Frage empfanden, der Grund für ihren Mißerfolg in der Produktion einer Atombombe war. Aber in dieser Beziehung allzu großen Nachdruck auf von Weizsäcker zu legen, wäre fehl am Platze, denn niemand seiner Kollegen wurde gezwungen, seine Argumente zu akzeptieren, ebensowenig wie irgendjemand gezwungen worden ist, die Nachkriegsmythen über die deutsche Atombombe zu glauben.

Das letzte Problem der Wissenschaftler bestand in der Sicherung einer vielversprechenden beruflichen Zukunft. In dieser Beziehung haben die Farm Hall-Protokolle ihren wirklichen Wert gezeigt. Denn die Transkripte der belauschten Gespräche machen deutlich, daß die deutschen Wissenschaftler vor allem Mythen benötigten, die es ihnen erlaubten, ihrem beruflichen Tabu die Ehre zu erweisen. Es ist nunmehr offenbar, daß entscheidende Bestandteile der Nachkriegsapologie in der psychologischen Feuerprobe von Farm Hall geschmiedet wurden: Dazu gehört der Mythos, Gerlach und andere hätten an Kernwaffen lediglich gearbeitet, um die deutsche Physik und die „freie Wissenschaft" zu retten; dazu gehört auch der Mythos, daß es Heisenbergs Erfahrung im Dritten Reich war, die ihn erkennen ließ, daß Naturwissenschaftler eine aktive politische Rolle zu spielen hätten; und schließlich – am bemerkenswertesten – gehört dazu der Mythos, Heisenberg und von Weizsäcker hätten im Jahre 1941 nach einer internationalen Kooperation (wenn nicht Technokratie) der Physiker zur Kontrolle der Kernenergie gestrebt.

[112] Ebenda, S. 77.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ANDREAS RÖDDER

DER MYTHOS VON DER FRÜHEN WESTBINDUNG

Konrad Adenauer und Stresemanns Außenpolitik

In der Porträtgalerie deutscher Außenpolitiker des 20. Jahrhunderts hängen Gustav Stresemann und Konrad Adenauer an hervorgehobenen Plätzen. Im Abstand von einem Vierteljahrhundert haben beide an Frankreich orientierte Verständigungspolitik nach einem verlorenen Weltkrieg betrieben. Als sie aber gleichzeitig Politik zu machen hatten, gerieten sie in scharfen Konflikt. Nach den Gründen dafür ist häufig gefragt worden. Daran anknüpfend hat sich die Forschung immer wieder dafür interessiert, ob und wieviel der Kölner Oberbürgermeister Adenauer politisch mit dem späteren Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu tun hatte. Karl Dietrich Erdmann hat 1966 die These formuliert, Adenauer habe in einer Verbindung „von unbekümmerter Einfachheit der Zielsetzung mit listen- und einfallsreicher Vielfalt der Methodik" in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg in scharfem Gegensatz zu Stresemann zu den außenpolitischen Konzeptionen gefunden, derer er sich dann auch als Bundeskanzler bedient habe. Hans-Peter Schwarz hebt in seiner Adenauer-Biographie von 1986 vor allem auf Adenauers Pragmatismus ab, in den er auch „das totgeborene Projekt einer ‚Westdeutschen Republik'" von 1923 einordnet. Henning Köhler hingegen hat Adenauer als einen opportunistischen Lügner und Politiker der „abrupte[n] Schwenks" festzulegen versucht, der nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg vorrangig „die faktische Unabhängigkeit des Rheinstaates" angestrebt habe[1].

Obwohl man meinen sollte, das Thema sei erschöpfend behandelt, eröffnen folgende Fragen neue Perspektiven: Läßt sich anhand von Stresemanns und Adenauers Reden und Handeln eine politische „Grundmotivation" feststellen? Und welche Faktoren bestimmten ihr Verhältnis zueinander? Um Antworten zu finden, wird die Rhein-Ruhr-Krise von 1923/24 – denn hier kreuzten sich die Wege der beiden Politiker wie nie sonst – nach einer kurzen Einführung zunächst aus der Perspektive Stresemanns, dann aus der Adenauers geschildert. Wenn ein und derselbe Ablauf in zwei „Kameraeinstellungen" zwei verschiedene Filme ergibt, dann deutet dies bereits auf die These hin, daß Adenauer und Stresemann vor allem anderen aus ihrer unterschied-

[1] Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 9 und 92; Hans-Peter Schwarz, Konrad Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart ²1986, S. 229; Henning Köhler, Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918–1924, Opladen 1986, S. 277 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichen institutionellen Perspektive heraus in Konflikte gerieten. Adenauer war nicht Separatist oder praefigurierter Außenpolitiker, noch erschöpfte sich seine Politik in Pragmatismus. „Kommunale Wohlfahrt" war sein einheitlicher politischer Urgrund, Stresemanns Perspektive hingegen die des Reichspolitikers und „Reichswohlfahrt" sein Antrieb.

I. Der Ruhrkampf

Als am 11. Januar 1923 sechs Divisionen französischer und belgischer Soldaten ins Ruhrgebiet einmarschierten, proklamierte die Regierung des Reichskanzlers Wilhelm Cuno den aus einem ganzen Bündel von Maßnahmen bestehenden „passiven Widerstand". Die Regierung unterstützte die Bevölkerung an der Ruhr unterdessen mit Geld und Lebensmitteln. Das Konzept der Reichsregierung zielte darauf ab, „den passiven Widerstand so lange durchstehen zu können, bis das Ausland, von der Unsinnigkeit des französischen Vorgehens überzeugt und in seinen wirtschaftlichen Interessen getroffen, eingriff"[2] und Frankreich einer internationalen Lösung der Reparationsfrage zustimmte. England hielt sich indes zurück. Auch wenn man die französische Invasion mißbilligte, lag ein militärisches Eingreifen außerhalb jeden Vorstellungsbereiches[3]. Im britischen Kabinett glaubte man, die französische Politik „might not only alienate public opinion here, which at present was pro-French, but create a world opinion unfavourable to France"[4]. Auch die Vereinigten Staaten verlegten sich darauf, die französische Aktion zwar keineswegs gutzuheißen, jedoch erst einmal abzuwarten[5].

Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln, Vorsitzender der Vereinigung der Städte im besetzten Gebiet und Präsident des preußischen Staatsrates, war von all diesen Ereignissen zunächst nur am Rande betroffen, denn Köln lag in der britisch besetzten Zone. Seine Bestrebungen gingen zunächst dahin, die Briten in Köln zu halten[6]. Es galt, die elementarsten sozialen Auswirkungen des Ruhrkampfes auch auf die Kölner Zone zu bekämpfen. Er ließ trotz aller Finanzengpässe an den großen Kölner Bauprojekten weiterarbeiten[7]. Das stabilisierte die soziale Situation vorerst, und so sah es in Köln auch insgesamt wesentlich besser aus als im umliegenden französisch besetzten Gebiet.

---

[2] Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 201.

[3] Vgl. Hermann J. Rupieper, The Cuno Government and Reparations 1922–1923, Den Haag 1979, S. 118.

[4] Der britische Premierminister Bonar Law gegenüber dem französischen Botschafter in London am 12. 4. 1923, in: Documents on British Foreign Policy 1919–1939, First Series (zit.: DBFP, 1) XXI, London 1978, S. 207.

[5] Vgl. Werner Link, Die Vereinigten Staaten und der Ruhrkonflikt, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923, Paderborn 1985, S. 39–51, hier S. 46 und 48.

[6] Vgl. Marie-Luise Recker, Adenauer und die englische Besatzungsmacht (1918–1926), in: Hugo Stehkämper (Hrsg.), Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln, Köln 1976, S. 99–121, hier S. 114 und 116 f. sowie Schwarz, Aufstieg, S. 260.

[7] Vgl. Schwarz, ebenda, S. 260 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Regierung Cuno gelang es nicht, außenpolitische Fortschritte zur Lösung des Konflikts zu erzielen. So „spielte sich der passive Widerstand im Ruhrgebiet ein, aus der Protestbewegung mit staatlicher Unterstützung wurde Alltag“[8]. Gustav Stresemann, Reichstagsabgeordneter der DVP und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Reichstag, hatte zwar zunächst entschlossen die Position der Regierung unterstützt[9]. Im April betonte er aber vor dem Reichstag den Charakter des Ruhrkampfes nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel für einen zukünftigen Wiederaufbau und forderte eine flexiblere Ruhrpolitik[10]. „Stresemanns neuer Kurs“[11] beinhaltete unterdessen zwei unverzichtbare Bedingungen deutscher Außenpolitik, an denen er auch während seiner Kanzlerschaft festhielt: Er beharrte auf dem Verbleiben von Rheinland und Ruhrgebiet im Reichsverband und lehnte eine Einstellung des passiven Widerstandes ohne gleichzeitige Räumung des Ruhrgebietes von den Besatzungstruppen strikt ab[12].

Währenddessen verschärfte sich die Situation im Inneren täglich. Mit der Währung verfiel auch die Stabilität der Versorgung, es kam zu Hungerkrawallen, Plünderungen von Lebensmittelläden, Streiks, allgemeiner Unruhe, kommunistischen und rechtsradikalen Agitationen[13]. Am 12. August demissionierte der amtsmüde Cuno, und einen Tag später ernannte Ebert Stresemann zum Reichskanzler einer Koalition aus DVP, Zentrum, DDP und SPD; zugleich übernahm Stresemann das Außenministerium.

II. Stresemann: Die Lösung der Krise über die Außenpolitik

Stresemann erklärte für seine Regierung vor dem Reichstag, die „beste außenpolitische Aktivität, die wir entfalten können, ist die Ordnung der deutschen Verhältnisse im Lande“[14], und dazu sei der Währungsverfall zu bekämpfen. In dieser auf den ersten Blick so unscheinbaren Äußerung steckt der Kern von Stresemanns Vorstellungen. Die Formel von der „Ordnung der inneren Verhältnisse“ knüpfte an die alte britische Forderung an, als Voraussetzung für Reparationsmodifikationen Währung und Finanzen

[8] Marianne Denk-Helmold, Die Reaktion der Reichsregierung Cuno auf die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen 1923 im Spiegel der Presse, Diss. Köln 1988, S. 15.

[9] Vgl. Alfred E. Cornebise, Gustav Stresemann und die Ruhrbesetzung. Die Entwicklung eines Staatsmannes, in: Wolfgang Michalka/Marshall M. Lee (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982, S. 177–208, hier S. 181 und 184.

[10] Vgl. Stenographische Berichte der Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode 1920, Band 359, Berlin 1923, S. 10572–10580 und Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hrsg. von Henry Bernhard, Berlin 1932/33, I, S. 45–55.

[11] Cornebise, Stresemann, S. 185.

[12] Vgl. die Rede Stresemanns in Berlin vom 22. 4. 1923, in: Vermächtnis I, S. 56 f.

[13] Zur Inflation vgl. Daten in: Wolfgang Michalka/Gottfried Niedhart (Hrsg.), Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918–1933, München [4]1986, S. 117 ff.

[14] Vgl. Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode 1920, Band 361, Berlin 1924, S. 11839 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu sanieren. In Stresemanns Vorstellungen spielte England eine Schlüsselrolle[15], und er setzte seine Hoffnungen in der Krise auf eine britische Aktion zu Deutschlands Gunsten. Allerdings machte er sich zu rosige Vorstellungen von der britischen Bereitschaft zur Kooperation mit Deutschland und zum Konflikt mit Frankreich.

Stresemann äußerte am 2. September vor Pressevertretern zwei Gedanken, die einen Vorschlag Cunos aus dem Vorjahr weiterentwickelten. Zum einen sei Deutschland bereit, sich einem Staatenbündnis anzuschließen, das den gegenwärtigen Gebietsstand am Rhein auf eine zu bestimmende Zeit gegenseitig sichere. Dieser Vorschlag zielte auf das unbefriedigte französische Sicherheitsbedürfnis und sollte Dialogbereitschaft gegenüber Frankreich signalisieren – und in der Tat trug er ja auch die Ansätze von Locarno in sich. Zum anderen werde ein „wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland [...] für die Durchführung einer solchen Friedensidee die denkbar größte Friedenssicherheit bieten"[16]. Stresemann sandte immer wieder Signale an die französische Regierung aus, die diese jedoch nicht zu empfangen bereit war[17].

Die Lösung des Ruhrkonfliktes stellte die vorrangige Aufgabe der Kanzlerschaft Stresemanns dar. Er hatte sich zwei Ziele gesetzt: die Erhaltung der Reichseinheit und die Räumung des Ruhrgebietes bei der Einstellung des passiven Widerstandes. Dabei verfolgte er zwei Methoden: er suchte den Kontakt zu England und signalisierte Frankreich gegenüber Gesprächs- und Kompromißbereitschaft. Praktisch baute er auf Flexibilität.

Der sich immer weiter beschleunigende Währungsverfall war Grundlage und greifbarstes Indiz der sich verschlimmernden Krise[18]. Sie konnte nur an der Wurzel gelöst werden, indem die Solidität der Währung und somit die Möglichkeit eines geregelten Warenverkehrs wiederhergestellt wurde. Stresemann war sich darüber im klaren, daß „die Politik vielfach zu einem Objekt der Währungsentwicklung geworden [ist]. Wer will denn daran zweifeln, daß nicht nur große soziale und wirtschaftliche, sondern auch politische Folgerungen einfach davon abhängig sind, ob es uns gelingt, irgendwie zu stabilen Währungsverhältnissen zu kommen."[19] Die Währung war aber nicht zu re-

[15] Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt, von Schubert, vom 29. 8. 1923, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie A: 1918–1925 (zit.: ADAP, A) VIII, Göttingen 1990, S. 311 und Krüger, Außenpolitik, S. 220.

[16] Stresemann, Vermächtnis I, S. 100; Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung in der Gegenwart, hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler, V, Berlin o. J., S. 191. Vgl. die Aufzeichnungen des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, von Maltzan, und Stresemanns vom 3. 9. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 317–322. Eine ähnliche Idee hatte der Großindustrielle Hugo Stinnes bereits 1922 geäußert, war aber an angelsächsischem Widerstand gescheitert; vgl. Link, Ruhrkonflikt, S. 47 und Klaus Schwabe, Großbritannien und die Ruhrkrise, in: Ders. (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923, Paderborn 1985, S. 53–87, hier S. 72.

[17] Vgl. die Rede Stresemanns vor dem Industrie- und Handelstag vom 24. 8. 1923, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Bonn (PA/AA), Nachlaß Gustav Stresemann 1, H 153984 f. und H 153987 f.; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge 39 (1923), S. 158 ff.

[18] Vgl. Daten dazu in: Michalka/Niedhart, Die ungeliebte Republik, S. 118 f. und in: Akten der Reichskanzlei (zit.: AdR). Die Kabinette Stresemann I und II, bearb. von Karl Dietrich Erdmann und Martin Vogt, 2 Bde., Boppard 1978, S. 1218–1223.

[19] Stresemann am 22. 11. 1923 vor dem Reichstag, in: Stenographische Berichte, Band 361, S. 12185.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

formieren, wenn das Ruhrgebiet nach wie vor, statt Produktionsgüter zu liefern, nur Reichsgelder verschlang. Der passive Widerstand war nur noch auf absehbare Zeit finanzierbar und mußte so rasch als möglich ein Ende finden. Die Zeit saß Stresemann im Nacken, als er die bestmöglichen Konditionen für seine Einstellung herauszuholen versuchte.

Die französische Regierung wußte darum und war keineswegs gewillt, dem deutschen Reichskanzler seine Aufgabe zu erleichtern. Der mußte vielmehr Anfang September feststellen, daß Frankreich mit „einer Verquickung des Rhein- und Ruhrproblems [...] die wirtschaftlichen Grundlagen eines westlichen Staatsgebildes" schaffen wolle[20]. Stresemann hoffte noch, die Einstellung des passiven Widerstandes wenn schon nicht an die Räumung, so doch an konkrete Zusagen der Franzosen binden zu können[21]. Der französische Ministerpräsident Poincaré aber blieb hart und gab seinem Botschafter in Berlin, Pierre Jacquin de Margerie, Anweisung, „sich auf die Diskussion von Details nicht einzulassen, solange der passive Widerstand nicht eingestellt sei"[22].

Stresemann blieb die Hoffnung auf die britische Intervention. In England und in den USA setzte in der Tat im Spätsommer 1923 ein deutlicher Meinungsumschwung ein. Hatten sich einige Wirtschaftszweige zunächst am Ausfall von Konkurrenz erfreut, so überwogen zunehmend die wirtschaftlichen Nachteile des französischen Ruhrunternehmens, denn auf deutschen Märkten war immer weniger abzusetzen. Ein Interessenbündnis aus Industrie, Landwirtschaft und Hochfinanz zur Stabilisierung der europäischen Verhältnisse drängte die republikanische Administration im Sommer 1923 zu Vermittlungsbemühungen[23]. Aus England schienen ermutigende Signale zu kommen: Lord d'Abernon, der britische Botschafter in Berlin, stellte Deutschland „gentleman agreements" für den Fall der Einstellung des Widerstandes in Aussicht[24]. Stresemann schien jedoch über solchen positiven Anzeichen die negativen schnell zu übersehen. Vom Auswärtigen Amt beklagte sich Schubert am 11. September bei d'Abernon, daß er „doch außerordentlich enttäuscht darüber sei, aus London so rein gar nichts zu hören [...,] wir wären eben völlig außer Kontakt mit England geraten"[25].

Stresemann wie die Reichsregierung hatten die Wahl zwischen Scylla und Charybdis. Entweder war der passive Widerstand zu opfern (und das zeichnete sich als

[20] „Richtlinien" Stresemanns vom 7. 9. 1923, in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 113.

[21] Vgl. das Gespräch Stresemanns mit dem belgischen Gesandten am 16. 9. 1923, in: AdR Stresemann, S. 290–294 und ADAP, A VIII, S. 383–386; vgl. auch die Aufzeichnung von Maltzans vom 17. 9. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 386–389.

[22] Gespräch Stresemanns mit de Margerie am 17. 9. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 392 und AdR Stresemann, S. 294 f.; vgl. auch Stresemanns Aufzeichnung über ein Gespräch mit de Margerie am 3. 9. 1923, in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 102.

[23] Vgl. für England Schwabe, Großbritannien, S. 80; zur deutschen Einschätzung der britischen Haltung vgl. die Memoranden des deutschen Botschafters in London, Sthamer, an das Auswärtige Amt vom 5. 7., in: ADAP, A VIII, S. 127 ff., und vom 16. 8. 1923, in: Ebenda, S. 268–273; für die USA vgl. Link, Ruhrkonflikt, S. 46.

[24] Vgl. die Aufzeichnung von Schuberts vom 29. 8. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 312 f. und die Ausführungen zu Stresemanns Gespräch mit d'Abernon am 3. 9. 1923, in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 105.

[25] Aufzeichnung von Schuberts vom 11. 9. 1923, in: PA/AA, NL Stresemann 1, H 154053.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bedingungslose Kapitulation ab) oder aber die Aussicht auf eine Reform der Währung. Stresemann versuchte zunächst, die endgültige Entscheidung um ein paar Tage hinauszuschieben. Doch nachdem sich Poincaré und der britische Premier Stanley Baldwin am 19. September in Paris öffentlich einträchtig gegeben hatten[26], begrub Stresemann seine Hoffnungen auf eine britische Intervention. Am 27. September wurden die Vertreter der alliierten Mächte offiziell über den Abbruch des passiven Widerstandes in Kenntnis gesetzt[27].

Mißt man Stresemann an seinen Vorgaben, so hatte er auf der ganzen Linie verloren. Von seinen beiden Essentials hatte er die Räumung des Ruhrgebietes preisgeben müssen, und die Erhaltung der Reichseinheit wurde zusehends ungewisser, so daß die feierliche Bekundung im Aufruf an die Bevölkerung vom 26. September, kein Stück deutschen Bodens preiszugeben[28], etwas vom Pfeifen im dunklen Keller hatte. Von seinen Methoden, der Gesprächsbereitschaft mit Frankreich und der Hoffnung auf das britische Eingreifen, hatte keine zum Erfolg geführt.

Raymond Poincaré beging in den vier Wochen zwischen dem 27. September und dem 25. Oktober indes entscheidende Fehler[29] – die deutsche Kapitulation vom 27. September wurde ihm zum Pyrrhussieg. Auch nach dem Abbruch des passiven Widerstandes sah Poincaré noch keinen Anlaß, auf deutsche Verhandlungsvorschläge einzugehen[30]. Er verweigerte jegliche Verhandlungen mit der Reichsregierung und bestand auf unmittelbaren Verhandlungen mit der Industrie[31]. Diese begann am 5. Oktober mit der Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines (MICUM) über die Bedingungen zur Wiederaufnahme der Produktion zu verhandeln[32]. Poincaré wähnte sich um den 20. Oktober kurz vor dem Ziel. Nachdem rheinische Separatisten am 21. Oktober in Aachen und in weiteren Orten geputscht hatten, glaubte er, nun breche in Deutschland das erwartete Chaos aus. Er hielt die Bildung eines rheinischen Staates für möglich,

[26] Vgl. das Telegramm des deutschen Geschäftsträgers und späteren Botschafters in Paris, von Hoesch, an das Auswärtige Amt vom 21. 9. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 404 f.; vgl. auch Stresemann, Vermächtnis I, S. 128.

[27] Vgl. die Aufzeichnung Stresemanns über ein Gespräch mit d'Abernon am 27. 9. 1923 und den Runderlaß von Maltzans vom selben Tag, in: ADAP, A VIII, S. 417 f. und 422.

[28] Vgl. Michalka/Niedhart, Die ungeliebte Republik, S. 117.

[29] Vgl. zum folgenden Jacques Bariéty, Die französische Politik in der Ruhrkrise, in: Schwabe (Hrsg.), Ruhrkrise, S. 11–27, hier S. 21 ff.

[30] Vgl. die Aufzeichnung von Maltzans vom 29. 9., Stresemanns Instruktion an Paris und Brüssel vom 7. 10. und das Telegramm von Hoeschs vom 17. 10. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 432 ff., 456 ff. und 499–502.

[31] Vgl. z. B. die undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift, in: Historisches Archiv der Stadt Köln (HAStK), Bestand 902: Oberbürgermeister Konrad Adenauer, 253/3, 713–718, das Telegramm von Hoeschs an das Auswärtige Amt vom 10. 10. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 471 ff. sowie die Aufzeichnung der Unterredung Professor Fritz Wittes mit Vertretern der Rheinlandkommission in Koblenz am 5. und 9. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 518 f.

[32] Vgl. von Maltzan an die Botschaften London und Paris am 8. 10. und Stresemann an die Botschaft Paris am 14. 10. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 459 f. und 485–489; vgl. auch Karl Dietrich Erdmann, Alternativen der deutschen Politik im Ruhrkampf, in: Schwabe (Hrsg.), Ruhrkrise, S. 29–38, hier S. 32.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenn dort nicht nur die Separatisten dafür eintraten, sondern auch legitimierte und reputierte Persönlichkeiten. Daneben stellte sich Poincaré im Glauben an den Rückhalt Englands und der USA eine große Verhandlungsrunde über alle ungelösten internationalen Probleme vor, in der Frankreich aus der Position des Stärkeren heraus auftreten und den Friedensvertrag von 1919 endlich zu seinen Gunsten revidieren könne. So traf Poincaré um den 25. Oktober zwei grundlegende Entscheidungen: die Separatismusbewegung zu unterstützen und den Vorschlag anzunehmen, ein Gutachten über die deutsche Zahlungsfähigkeit erstellen zu lassen[33]. Damit aber, so zeigte sich in den nächsten Wochen und Monaten, hatte er die Kontrolle über die Ereignisse nicht mehr in der Hand. Die Dinge liefen in eine ganz andere Richtung, als er sich vorgestellt hatte.

Denn unterdessen hatte der 27. September den entscheidenden Wendepunkt der britischen Auffassung markiert. Deutschland hatte mit dem Abbruch des passiven Widerstandes seine Bringschuld erfüllt, und nun war es an Frankreich, an einer verträglichen Lösung des Ruhrkampfes mitzuarbeiten[34]. Als die über die Reparationsfrage hinausgehenden französischen Ziele der Ruhrinvasion erkennbar wurden, ließ England seine Rücksichten fallen[35]. Die britische Regierung fragte in Washington an, ob Amerika zur Teilnahme an einer internationalen Expertenkonferenz bereit sei, und die amerikanische Antwort fiel positiv aus[36]. Die USA kehrten im Herbst 1923 nach Europa zurück, um das Versailler System „nach den Regeln des liberalen Modells der Friedenssicherung zu durchdringen und zu gestalten"[37]. Und sie hatten dabei keinerlei Interesse, sich mit einer traditionellen französischen Kontinentalhegemonie herumzuschlagen. Am 20. Oktober unterbreitete die britische Regierung einen Vorschlag zur Bildung einer Enquete-Kommission[38], und vier Tage später stellte die Reichsregierung bei der Reparationskommission gemäß Artikel 234 VV einen Antrag auf Untersuchung der wirtschaftlichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands[39].

Erst diese Neujustierung der europäischen Mächtekonstellation, erst dieser vielleicht wichtigste außenpolitische Einschnitt der zwanziger Jahre eröffnete die Mög-

---

[33] Vgl. DBFP, 1 XXI, S. 574 ff., 580 ff. und 594 ff.; vgl. auch das Telegramm des deutschen Geschäftsträgers und späteren Botschafters in Paris, von Hoesch, an das Auswärtige Amt vom 25. 10. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 528 f.

[34] Vgl. das Telegramm Sthamers über ein Gespräch mit dem britischen Außenminister Lord Curzon vom 27. 9. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 423 f.

[35] Vgl. die Aufzeichnung von Maltzans vom 1. 11. 1923, in: Ebenda, S. 575 f.; Schwabe, Großbritannien, S. 76 f. Vgl. neben anderen die Rede Stanley Baldwins am 25. 10. 1923 in Plymouth: „we cannot contemplate with any satisfaction the disintegration or the disruption of that country, which must put back for years her powers of reparation. Nor can we contemplate the breaking-off of any part of Germany into a separate state which would at once break the Treaty of Versailles", in: The Times vom 26. 10. 1923; vgl. auch Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, S. 285 f.

[36] Vgl. Curzon an den britischen Botschafter in Washington, 12. 10. 1923, in: DBFP, 1 XXI, S. 563 f.; vgl. auch Recker, Besatzungsmacht, S. 120 und 682 Anm. 129 (dort weitere Literaturhinweise) und Schwabe, Großbritannien, S. 69.

[37] Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917–1947, Paderborn/München u. a. 1989, S. 57.

[38] Vgl. Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 125.

[39] Text in: ADAP, A VIII, S. 506 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichkeiten einer anderen deutschen Außenpolitik als der in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Nur unter diesem Vorzeichenwandel konnte Stresemann seine Außenpolitik von Locarno, Genf und Thoiry entfalten. Stresemann war sich, und mit ihm die Reichsregierung, wohl bewußt, daß eine Bewegung in die europäische Konstellation gekommen war, die sich für Deutschland sehr günstig auswirken konnte[40]. Stresemanns Rechnung ging von nun an auf.

Zwischen Mitte Oktober und Mitte November erreichte die innenpolitische Krise ihren Höhepunkt. Die französische Besatzungsherrschaft bestand unvermindert fort, und die Verhandlungen der Ruhrindustrie mit der MICUM mußten erst einmal anlaufen. Daraus wurde ein Wettlauf mit der Zeit, denn die Wiederingangsetzung der Wirtschaft war eine Lebensnotwendigkeit für das besetzte Gebiet. Soziale Zustände und Inflation verschlimmerten sich immer weiter: hatte man für einen Dollar noch im September Millionen Mark bezahlt, so im Oktober Milliarden und im November Billionen. Die Arbeitslosigkeit stieg von 19% im Oktober auf 23% im November, der Winter stand bevor, und die Bevölkerung litt elementare Not[41]. Die Franzosen verschärften die Kontrollen an der Zollgrenze zum unbesetzten Gebiet und beschlagnahmten zunehmend Hilfsgelder des Reiches. Es gärte an Ruhr und Rhein, und dann brachen am 21. Oktober die Putsche der Separatisten aus[42]. Stresemann war sich der Gefahr eines endgültigen wirtschaftlichen und sozialen Kollapses im besetzten Gebiet, der dort nicht Halt machen würde, sehr wohl bewußt. Trotz aller gescheiterter Initiativen war er noch immer zu jedem Gespräch mit Poincaré bereit, und mittlerweile stellte er außer der Ablehnung eines selbständigen Rheinstaates nicht einmal mehr Vorbedingungen[43]. Deshalb lehnte er auch die von Reichsfinanzminister Hans Luther vehement geforderte Konkurserklärung des Reiches solange als möglich ab, um Frankreich nicht durch eine Einstellung der Besatzungskosten zu provozieren[44].

Mitte Oktober forcierte die Reichsregierung die Planungen für die Währungsreform. Solange aber im Ruhrgebiet alles stillstand, war die Währung nicht zu decken. Nicht zuletzt aus dieser Überlegung heraus hatte die Reichsregierung den passiven Widerstand abgebrochen, aber die Hoffnungen auf eine Wiederingangsetzung der Ruhrindustrie hatten getrogen. Und nun steckte die Regierung noch tiefer im Dilemma:

---

[40] Vgl. die Äußerung Stresemanns vom 1. 11. 1923, in: PA/AA, NL Stresemann 263, H 146157: „Die aus London und Washington eingetroffenen Nachrichten gäben zu erkennen, daß eine starke Aktion zur Herbeiführung einer Lösung der Reparationsfrage im Gange sei". Vgl. auch die Aufzeichnung von Maltzans vom selben Tag, in: ADAP, A VIII, S. 575 f. und Kenneth Paul Jones, Stresemann, the Ruhr Crisis, and Rhenish Separatism: A Case Study of Westpolitik, in: European Studies Review 7 (1977), S. 311–340, hier S. 330 f. und 333.

[41] Vgl. Wolfram Fischer, Wirtschaftliche Rahmenbedingungen des Ruhrkonflikts, in: Schwabe (Hrsg.), Ruhrkrise, S. 89–101, hier S. 95; vgl. auch AdR Stresemann, S. 580 f., 707 Anm. 2 und S. 1218–1223.

[42] Vgl. Stresemann, Vermächtnis I, S. 180; vgl. auch die Erklärung der Vorläufigen Regierung der „Rheinischen Republik" zu deren Proklamation vom 29. 10. 1923, in: Michalka/Niedhart, Die ungeliebte Republik, S. 90.

[43] Vgl. die Instruktion Stresemanns an von Hoesch vom 14. 10. 1923, in: ADAP, A VIII, S. 485–489.

[44] Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung vom 20. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 668 und 672 sowie Stresemann, Vermächtnis I, S. 164 und 179.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht Währungsreform oder Aufrechterhaltung des Widerstandes hießen die Alternativen, sondern Währungsreform oder Fortsetzung der Unterstützungszahlungen für die besetzten Gebiete. Die möglichen politischen Folgen einer solchen finanziellen Abtrennung des besetzten vom unbesetzten Deutschland lagen auf der Hand. Schon während des passiven Widerstandes war immer wieder festgestellt worden, daß finanzielle Zuwendungen des Reiches an das besetzte Gebiet nur noch für sehr kurze Zeit aufrechterhalten werden könnten[45]. Am 24. Oktober nun gab Stresemann dem Kabinett bekannt, das Reich könne „den Kampf nicht mehr finanzieren. Das Ziel müsse sein, in Liebe zu scheiden, nicht in Haß."[46] Stresemann schien resigniert zu haben und war allem Anschein nach kurz davor, auch sein Ziel der Bewahrung der Reichseinheit vor der Macht der Verhältnisse aufzugeben. Es brannte an allen Ecken und Enden des Reiches. In Sachsen und Thüringen weckten Koalitionsregierungen aus Sozialdemokraten und Kommunisten auf der einen Seite Hoffnungen auf einen deutschen „Roten Oktober", auf der anderen Sorgen um die Reichsverfassung. Die sächsische Regierung wurde am 29. Oktober per Reichsexekution ihres Amtes enthoben[47]. Als die Reichsregierung nicht mit derselben Entschiedenheit gegen die fortschreitenden separatistischen Bestrebungen in Bayern vorging, beschloß die SPD am 2. November, die Koalition zu verlassen. Der nun einsetzende „Kampf um die Kabinettsneubildung" stürzte das verbleibende Minderheitskabinett in eine Kabinettskrise. Vor seiner Fraktion äußerte Stresemann, er sei „das Hundeleben satt"[48]. Am 8. November trieb der Putsch Hitlers und Ludendorffs die Krise endgültig auf die Spitze.

Unterdessen wurden die ersten Auswirkungen der internationalen Wende zu Deutschlands Gunsten im Auswärtigen Amt bereits greifbar[49]. In der französischen Regierung machte sich seit Anfang November spürbar Unruhe breit. Die außenpolitische Isolation, die verstärkt einsetzende Abwertung des Franc (das Ruhrunternehmen kostete auch Frankreich zu viel) und zunehmende Unzufriedenheit der französischen Öffentlichkeit bewogen Poincaré, den Eindruck kompromißloser Starrheit abzuschwächen[50]. Unter dem zunehmenden internationalen Druck ließ er seinerseits von dem Druck auf die besetzten Gebiete ab. Ministerialdirektor von Schubert sprach gegenüber Lord d'Abernon am 8. November von der merkwürdigen Eile, mit der die Franzosen auf einen Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen drängten[51]. Die Ver-

[45] Vgl. ebenda, S. 106 f.

[46] Protokoll der Ministerbesprechung vom 24. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 711.

[47] Vgl. den Briefwechsel zwischen Stresemann und dem sächsischen Ministerpräsidenten vom 27./28. 10., die Ministerbesprechung vom 29. 10., in: AdR Stresemann, S. 860 f., 868 f. und 879–882 und Stresemanns Aufzeichnungen vom 29.–31. 10. 1923, in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 189 ff.

[48] Vgl. ebenda, S. 191–197 (Zitate: S. 194 und 196).

[49] Vgl. von Maltzan an die deutsche Botschaft in London am 2. 11., in: ADAP, A VIII, S. 581 ff., die Telegramme von Hoeschs vom 5. und vom 7. 11., in: Ebenda, S. 589 ff. und 606 f. und das Telegramm Sthamers vom 9. 11. 1923, in: PA/AA, NL Stresemann 263, H 146224.

[50] Vgl. Schwabe, Großbritannien, S. 69.

[51] Vgl. AdR Stresemann, S. 1004 Anm. 11, die Aufzeichnungen von Maltzans vom 5. 11. und von Schuberts vom 8. 11. 1923 über ein Gespräch mit d'Abernon, in: ADAP, A VIII, S. 592 f. und 613.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handlungen der Ruhrindustrie mit der MICUM zur Wiederaufnahme der Produktion strebten Mitte November ihrem Abschluß zu. Zur selben Zeit mühte sich ausgerechnet Poincaré, die nach dem 25. Oktober bald ins Stocken geratenen Vorgespräche zur Einsetzung der Sachverständigenkonferenz wieder in Gang zu bringen, was ihm auch Mitte November gelang[52].

Die Reichsregierung setzte nun auf die Währungsreform und hoffte, auf diese Weise den gordischen Knoten der Reichskrise durchschlagen zu können. Der 15. November war als Stichtag für die Einführung der Rentenmark vorgesehen, die durch eine Hypothek auf den gesamten deutschen Grundbesitz gedeckt werden sollte. Und in der Tat erwies sich die Währungsreform nach kurzer Anlaufschwierigkeit als das entscheidende Instrument zur Überwindung der Krise.

Die Reichsregierung amtierte unterdessen seit dem Austritt der SPD als Minderheitskabinett auf Abruf. Dieser war seit dem 19. November abzusehen, und Stresemann entschloß sich, die Vertrauensfrage zu stellen. Der Reichstag entzog ihm das Vertrauen, und am 23. November demissionierte er. Einen Tag zuvor hielt Stresemann seine letzte Rede als Reichskanzler, in der er ein Resümee seiner Amtszeit zog. Er zeichnete ein dunkles Bild der Situation und appellierte an die Einsicht des besetzten Gebietes: „Ich glaube, das ist doch das wesentliche, was man hier auch vor dem Rheinlande einmal sagen sollte, daß dasselbe Deutschland, das nicht mehr in der Lage ist, irgendwelche anderen Reparationsleistungen zu machen, sich hier bereit erklärt hat, mit dem Rest seiner Leistungskraft einzutreten, um das Wirtschaftsleben dort in Gang zu bringen"[53].

103 Tage hatte Stresemanns Kanzlerschaft gedauert, und auf den ersten Blick sieht die Bilanz mager aus: vor Frankreich hatte man kapitulieren müssen, das Ruhrgebiet blieb besetzt, und die Not der Bevölkerung war nicht beseitigt. Dem Kabinett Stresemann fehlten sichtbare Erfolge. Auf den zweiten Blick aber läßt sich Stresemanns Amtszeit ganz anders bilanzieren. Als die Räder des Ruhrgebiets sich im November wieder zu drehen begannen und das neue Geld ausgeteilt wurde, waren erste Symptome der Besserung zu greifen. Anfang Dezember traf die Reichsbahn ein Übereinkommen mit der französisch-belgischen Eisenbahnregie[54] und machte damit den Weg zu einem geregelten Eisenbahnverkehr frei. Die Reparationskommission faßte am 30. November den folgenreichen Beschluß, zwei Sachverständigenausschüsse einzusetzen, deren zweiter unter dem Vorsitz des amerikanischen Finanzmannes Charles Dawes 1924 den neuen Reparationsplan entwickelte. Bereits am 8. Dezember stellte auch die Reichstagsfraktion des Zentrums fest, „daß es bei der etwas günstigeren Entwicklung der Dinge in der letzten Zeit nicht notwendig sei, Änderungen verwaltungsrechtlicher oder gar staatsrechtlicher Art für das besetzte Gebiet vorzunehmen", vielmehr sei abwartende Zurückhaltung angebracht[55]. Und Lord d'Abernon

[52] Vgl. DBFP, 1 XXI, S. 612, 627 f. und 640 ff.; Schwabe, Großbritannien, S. 69.

[53] Stenographische Berichte, Band 361, S. 12183, vgl. auch S. 12180.

[54] Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, S. 230 f.

[55] Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925, bearb. von Rudolf Morsey und Karsten Ruppert, Mainz 1981, S. 506 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sprach Ende Dezember von der „erstaunliche[n] Ruhe und Besserung, die unter der Berührung des Zauberstabes der Währungsstabilität eingetreten ist"[56]. Binnen weniger Wochen entspannte sich nun die über Monate hinweg angewachsene Krise. Sie hatte der Regierung Stresemann den Takt diktiert. Immer noch waren dem Kabinett aber auch politische Spielräume geblieben. Und indem er Entgegenkommen sowohl Frankreich als auch England und den USA gegenüber signalisierte, indem er die diplomatischen Kontakte in der Hoffnung auf die für Deutschland günstige Wendung intensivierte, sich bemühte, bis zum Eintritt dieser Wende ohne Verluste der Reichssouveränität im Innern durchzuhalten, und die Währungsreform forcierte, hatte Stresemann seine Spielräume genutzt. Sein Ziel der Bewahrung der Reichseinheit entsprang dabei vielleicht auch einer Rückschau auf das Kaiserreich, viel mehr aber wohl reichspolitischer und administrativer Notwendigkeit. Daß die Krise schließlich so rasch überwunden wurde, war zu einem guten Teil Stresemanns Verdienst.

Nach Stresemanns Rücktritt gelang es innerhalb einer Woche, ein neues Kabinett zu bilden. Es blieb auf den wichtigsten Posten unverändert, die Regierung stützte sich wie ihre Vorgängerin nach dem Bruch der Koalition mit der SPD auf DVP, Zentrum und DDP, dazu auf die BVP, und wurde von der SPD toleriert. Zum neuen Reichskanzler wurde am 30. November Wilhelm Marx ernannt, der bisherige Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstag. Marx, selbst ein Rheinländer, war an den Entscheidungsprozessen der vergangenen Wochen nicht unmittelbar beteiligt gewesen, hatte jedoch jede Preisgabe des Rheinlandes durch das Reich strikt abgelehnt. Marx verband ein gutes Verhältnis mit Stresemann, und er bat ihn, weiterhin Außenminister zu bleiben[57].

Auch auf internationaler Ebene setzte sich die Entspannung fort. Die konservative Regierung in England verlor die Unterhauswahl vom 6. Dezember und wurde von einem Labour-Kabinett unter Ramsay MacDonald abgelöst. Stresemann versprach sich von einer Regierung aus Labour und Liberalen eine noch deutlichere britische Haltung gegenüber Frankreich zu Deutschlands Gunsten[58]. Am 8. Dezember schlossen Deutschland und die USA einen Handelsvertrag mit „Modellcharakter"[59]. Die Reichsregierung gewann ihre Handlungs- und Verhandlungsfreiheit zurück, und Stresemann war zu keiner Einschränkung bereit.

---

[56] Zitiert nach Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1982, S. 271.

[57] Vgl. den Brief Marx' an Stresemann vom 24. 11., in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 247 und den Brief Stresemanns an Marx vom 28. 11. 1923, in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 247 f. und PA/AA, NL Stresemann 5, H 154824 f.

[58] Vgl. Stresemanns Aufsatz vom 9. 12. 1923, in: Stresemann, Vermächtnis I, S. 259 und PA/AA, NL Stresemann 5, H 154900: „Ohne in leichtfertigen Optimismus zu verfallen, wird man deshalb doch dieses Ergebnis der englischen Wahlen als eine gewisse Entspannung auch in der internationalen Lage Deutschlands bezeichnen können. Wer daran zweifelt, dem geben die Kommentare der französischen Presse genügenden Aufschluß darüber, wie dieses Ergebnis gewirkt hat."

[59] Niedhart, Internationale Beziehungen, S. 58; vgl. den Aufsatz Stresemanns zum Handelsvertrag vom 8. 12. 1923, in: PA/AA, NL Stresemann 5, H 154907.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trotz der Anzeichen einer Besserung der Lage blieb aber über die retrospektiv so deutlich erkennbare Peripetie in der ersten Novemberhälfte hinaus vor allem in den betroffenen Gebieten die Wahrnehmung der Krise unter dem Trauma der Hyperinflation und der existenziellen Not vorherrschend. Die augenscheinlich geradlinig auf das Chaos zusteuernde Krise des Rheinlandes, nicht die Chancen einer außenpolitischen Wende bildeten Adenauers Erfahrungshintergrund[60]. Die außenpolitischen Anstrengungen, über die Stresemann die Krise vorrangig zu lösen versuchte, mußten aus Kölner Perspektive völlig inadäquat erscheinen. Viel energischer und konkreter mußte am sozialen Problem gehandelt werden. Und ebenfalls aus dieser Perspektive mußte Adenauers Vertrauen in Stresemanns Möglichkeiten und Chancen der Krisenbewältigung nicht zuletzt schmälern, daß Stresemann genau auf die Methoden setzte, mit denen Adenauer im September gescheitert war.

III. Adenauer: Krisenmanagement im Rheinland

Als der Strudel der Krise im Spätsommer selbst die sogenannte „Kölner Insel" erfaßte, war auch sie keine „Insel der Seligen" mehr, obwohl es den Kölnern noch immer verhältnismäßig gut ging. Adenauer hatte zunächst keine genauen Vorstellungen, wie die Krise zu lösen sei. Auch bestand bis Anfang September keine Koordination zwischen Reichsregierung und Vertretern des Rheinlandes. Diese waren daher „maßlos überrascht", als Stresemann ihnen am 6. September die Finanzlage des Reiches und die Notwendigkeit der Einstellung des passiven Widerstandes darlegte[61]. Nachdem Adenauer zunächst Kontakt mit Vertretern Englands aufgenommen hatte, von dieser Seite aber keine konkrete Hilfe mehr erwartete[62], konzentrierte er sich auf Verhandlungen mit Frankreich und ging somit den umgekehrten Weg als Stresemann. Am 14. September suchte Adenauer zum ersten Mal Paul Tirard auf, den Präsidenten der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission (HIK) in Koblenz, um mit ihm über ein einheitliches Notgeld[63] im Rheinland zu sprechen. Dort erfuhr er, daß er in Frankreich als „Frankophobe" gelte. „Frankreich wolle nicht eine Änderung der bestehenden Verhältnisse herbeiführen [...]. Aber wenn die rheinische Bevölkerung aus sich heraus hier eine andere staatsrechtliche Regelung treffe, dann würde man das in Frankreich als eine Bürgschaft für den Frieden begrüßen."[64] Nachdem dieses Gespräch keine konkreten Ergebnisse erbrachte, kam Adenauer Ende September auf die Idee, als Vertreter der Reichsregierung mit der HIK über die Wiederingangset-

[60] Vgl. Recker, Besatzungsmacht, S. 120 und 682 Anm. 127–131.
[61] Vgl. die Lebenserinnerungen des Kölner Justizrates Bernhard Falk, in: AdR Stresemann, S. 197 Anm. 2.
[62] Vgl. Recker, Besatzungsmacht, S. 119.
[63] Vgl. dazu AdR Stresemann, S. 189 Anm. 27.
[64] Gesprächsprotokoll Adenauers vom 17. 9. 1923, in: HAStK, 902/253/7, 5f. und AdR Stresemann, S. 271 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zung der Wirtschaft in Rheinland und Ruhrgebiet zu verhandeln. Die Franzosen blieben jedoch bei ihrer Ablehnung Adenauers[65], und damit war die Initiative gescheitert.

Angesichts der zugespitzten Krise baten führende Vertreter aus Rheinland und Ruhrgebiet dringend um eine Unterredung mit Stresemann, dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und Johannes Fuchs (dem Minister für die besetzten Gebiete) am 25. Oktober in Hagen[66]. Ministerialdirektor Franz Bracht gab eine Direktive für die Hagener Besprechung aus: „Das Reich ist entschlossen[,] dem Rheinland Treue bis zum letzten zu halten. Es wird ihm helfen, solange seine Kraft irgend reicht, diese Kraft geht jedoch zu Ende. Wenn das Rheinland glaubt, daß die schwere Hand des Feindes leichter auf ihm lasten werde, wenn es sich vom Reich trennt, so ist das Reich bereit, ihm auch hierfür nach seinen Kräften behilflich zu sein."[67]

Im Rheinland fürchtete man derweil mögliche französische Vorhaben und die Proklamation einer autonomen Rheinischen Republik[68]; daß die Separatisten keinen Rückhalt in der Bevölkerung finden und bald wieder von der Krisenbühne abtreten würden, konnte man in diesem Augenblick nicht wissen. Dazu kam die Angst, vom Reich im Stich gelassen zu werden, und angesichts der zweideutigen Haltung der Reichsregierung war dieser Verdacht auch nicht unbegründet. Die Kommunen mußten befürchten, für den Ausfall des Reiches geradestehen zu müssen. Angesichts „des lähmenden Gefühles der Ungewißheit" – so der Duisburger Oberbürgermeister und Vorsitzende des rheinischen Provinziallandtages Karl Jarres, ein Parteifreund Stresemanns – griff zunehmend, „auch in rechtsstehenden Kreisen und auch in der Sozialdemokratie die Überzeugung Raum, daß 'etwas geschehen müsse', daß man das Geschick 'in die eigene Hand nehmen müsse'. Das heißt in Deutsch: man glaubt auf dem Wege rheinischer Initiative die unvermeidliche Loslösung von Preußen oder gar dem Reiche durch Verhandlungen mit dem Feinde in erträgliche Bahnen leiten zu müssen."[69]

Vor diesem Hintergrund kamen die Vertreter von Rhein und Ruhr am Vortag der Hagener Konferenz zur Vorbereitung in Elberfeld-Barmen zusammen; auch Adenauer

---

[65] Vgl. den Erinnerungsbericht Fritz Wittes über seine Unterredung mit Vertretern der Rheinlandkommission in Koblenz am 5. und 9.10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 518 f. und HAStK, 902/253/7, 7 ff.; auf französischer Seite mußte sich der Eindruck der angeblich frankophoben Haltung Adenauers festgesetzt haben.

[66] Vgl. den Bericht Stresemanns vor dem Reichskabinett am 23.10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 698.

[67] Vermerk über eine telefonische Mitteilung des Ministerialdirektors im Preußischen Volkswohlfahrtsministerium, Bracht, an Ministerialrat Weigert (Reichsarbeitsministerium) vom 22.10. 1923, in: Ebenda, S. 694.

[68] Vgl. ebenda, S. 694 f. Anm. 7–10, die Ausführungen des Duisburger Oberbürgermeisters Jarres auf der Hagener Konferenz am 25.10. 1923, in: Ebenda, S. 762 ff. (vgl. auch Anm. 5 f.) und den Brief Jarres' an Stresemann vom 31.10. 1923, in: Bundesarchiv Koblenz (BA), Nachlaß Karl Jarres (NL 99) 48, fol. 030 und AdR Stresemann, S. 921.

[69] Brief an Stresemann vom 31.10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 921 und 924; vgl. auch das Protokoll der Hagener Konferenz vom 25.10. 1923, in: Ebenda, S. 817 f.; zu Jarres vgl. Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 89–92.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nahm teil[70]. Dort wurden im wesentlichen zwei Standpunkte vorgetragen[71]. Jarres betonte aber, es handele sich nicht um ausgereifte Konzepte, sondern um Vorschläge „tastender Natur" im Sinne einer „Fühlungnahme untereinander, welcher Weg zu wählen sei". Der DVP-Reichstagsabgeordnete Paul Moldenhauer lehnte eine Loslösung des besetzten Gebietes von Preußen oder dem Reich de jure strikt ab, plädierte aber für die Erteilung von Vollmachten an das besetzte Gebiet, konkret eigenes Budget und Steuerrecht. Jarres ergänzte den Vorschlag, dieser unvermeidbaren faktischen Loslösung vom Reich eine „große außenpolitische Handlung" beizugeben, die in der Suspendierung des Versailler Vertrages bestehen solle. Adenauer vertrat eine etwas andere Position. Im Gegensatz zu den faktischen Regelungen Moldenhauers und Jarres' schlug er juristische vor: ein wie auch immer geartetes Rechtsgebilde müsse in „Verhandlungen mit dem Feinde" geschaffen werden. Dazu komme eine Abtrennung von Preußen, wahrscheinlicher aber als äußerster Fall „eine Loslösung vom Reiche im Wege der Verständigung". So könne das Reich vom Versailler Vertrag entlastet und das besetzte Gebiet von der Besatzung und dem Druck der HIK befreit werden. Ferner seien dem besetzten Gebiet Vollmachten zu erteilen, um mit Frankreich zu verhandeln, dazu müsse im besetzten Gebiet aber auch alles „zusammenhalten". Eine solche Lösung habe auch das Reichsinteresse an einer Befreiung von den Reparationslasten im Visier. Solche Verhandlungen seien nur mit Billigung von Reichs- und preußischer Staatsregierung führbar. Desweiteren hob er hervor, daß er keineswegs die Abtrennung des besetzten Gebietes vom Reich anstrebe (vielmehr eine Lösung, die die Wiedervereinigung möglichst erleichtere), sondern nur „Linien" abgesteckt habe, „zwischen denen auch alle möglichen Zwischenlösungen möglich" seien. Man müsse sich aber, wenn man solche Verhandlungen beginne, „darüber klar sein, was dabei herauskommen kann". Der Kölner Justizrat Bernhard Falk (DDP), der Adenauers Standpunkt teilte, wies darauf hin, daß diese Lösung „die Bildung eines neuen Staates" bedeute.

Wie sind alle diese Äußerungen zu werten? Läßt sich aus ihnen eine separatistische Haltung Adenauers folgern, wie es immer wieder geschieht[72]? Wichtiger als die Bereitschaft Adenauers, das Rheinland im äußersten Falle vom Reich zu lösen, sind drei Tatbestände: erstens hat sich Adenauer stets deutlich gegen die Separatisten ausgesprochen; die These der Sympathie Adenauers für den Separatismus würde voraussetzen,

[70] Von dieser Besprechung existiert kein Protokoll, der Hergang ist nur aus vereinzelten Äußerungen rekonstruierbar. Wir kennen eine stichwortartige Niederschrift von Jarres, in: BA, NL Jarres 48, fol. 013 und 49, fol. 178–181. In den Oberbürgermeisterakten Adenauers findet sich nur eine kurze Notiz, in: HAStK, 902/253/4, 3 f. Eine richtigstellende Ausführung Adenauers zu Jarres' Referat über die Barmener Konferenz am darauffolgenden Tag in Hagen enthalten die Akten der Reichskanzlei und (auszugsweise) der Nachlaß Jarres', in: AdR Stresemann, S. 785 f. und 788; BA, NL Jarres 48, fol. 100 f. Vgl. Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 89 und 92 ff.; Jones, Stresemann, S. 321 f.; Rudolf Morsey, Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 533 f. sowie Schwarz, Aufstieg, S. 268.

[71] Vgl. das Protokoll der Hagener Konferenz, in: AdR Stresemann, S. 765–769 (Zitate: S. 765, 768 und 767 f.).

[72] Vgl. Köhler, Republik, S. 261 und 277.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß die Archive sämtliche Äußerungen dieser Art hätten verschwinden lassen oder bewußt zurückhielten. Zweitens bildet den Hintergrund der Haltung Adenauers die schier übermächtige und allumfassende Krise des Oktober, die jede Hoffnung auf baldige Besserung schwinden ließ. In weiten Kreisen der Bevölkerung machte sich zunehmend der Gedanke breit, selbst initiativ werden zu müssen, um einen endgültigen Zusammenbruch und das drohende Chaos zu verhindern. Das unmittelbare Krisenmanagement der Verantwortungsträger mündete leicht in einen geradezu verzweifelt anmutenden Aktionismus, der nach jedem Strohhalm griff. Und von den Franzosen war ja ein wenn auch vages Verständigungssignal für den Fall einer staatsrechtlichen Regelung durch die rheinische Bevölkerung ausgegangen, wie Adenauer bei Tirard erfahren hatte. An diesen Gesprächsfaden knüpfte Adenauer an. Ein Drittes kommt hinzu: die auf der Barmener Konferenz vorgetragenen Standpunkte sind sämtlich in sich nicht schlüssig. Sie sind keine Konzepte, aber verständlich, wenn man sie als eine Art Brainstorming auf dem „Tiefpunkt der damaligen verzweifelten Stimmung und Depression"[73] auffaßt.

Auf der Barmener Konferenz wurden Voraussetzungen und Kontext von Adenauers Position anschaulich greifbar, während man in Hagen „geflissentlich aneinander vorbeiredete und die Kernfrage wie die Katze den heißen Brei vermied"[74]. Die Inhalte der Barmener Besprechung wurden am darauffolgenden Tag in Hagen lange referiert. In dieser vertraulichen Besprechung[75] von 52 Teilnehmern trug dann Stresemann seine Position vor: Er lehnte jede staatsrechtliche Veränderung im besetzten Gebiet strikt ab[76], stellte den Rheinlandvertretern aber „angesichts der Unfähigkeit [...], in die die Regierung durch das Verhalten Frankreichs hineingesetzt ist", die Bildung eigener Gremien zu Verhandlungen mit Belgien und Frankreich frei[77]. Stresemann sagte dem besetzten Gebiet die Reichsleistungen zu, solange die Mittel reichten, zeichnete aber ein düsteres Bild der Finanzlage des Reiches. Dann kam er auf die außenpolitische Situation zu sprechen: er halte den „Bruch mit Frankreich [für] unabweislich", dieser dürfe jedoch nicht überstürzt und auch der Versailler Vertrag nicht voreilig suspendiert werden. Vielmehr müßten „alle offiziellen Formen erfüllt werden, ehe dieser Bruch nach außen von uns verkündet wird", wobei Stresemann die Bedeutung dieser dehnbaren Formel im Nebel ließ. Er verwies auf den deutschen Antrag auf Überprüfung der Zahlungsfähigkeit bei der Reparationskommission vom Vortag und eröffnete die Ziel-

[73] Undatierte Aufzeichnung Jarres', in: AdR Stresemann, S. 762 Anm. 4.

[74] Brief Jarres' an Stresemann vom 31.10.1923, in: Ebenda, S. 920.

[75] Die Akten der Reichskanzlei (Ebenda, S. 761–836) enthalten ein umfangreiches Besprechungsprotokoll. In Stresemanns Nachlaß (PA/AA, NL Stresemann 3, H 154478) und im Vermächtnis (Stresemann, Vermächtnis I, S. 181 ff.) befinden sich nur kurze Notizen. Adenauers stichwortartige Mitschrift der Konferenz (HAStK, 902/253/4, 9–11 und 15) stimmt mit den AdR überein. Handschriftliche Notizen enthält auch der Nachlaß von Jarres, in: BA, NL Jarres 48, fol. 010. Vgl. auch die Darstellungen bei Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 94–103 (trotz genauer Dokumentation sind die Redebeiträge dort jedoch geglättet) und bei Jones, Stresemann, S. 323.

[76] Vgl. das Protokoll der Hagener Konferenz, in: AdR Stresemann, S. 769 f. und Anm. 17.

[77] Vgl. ebenda, S. 782.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richtung dieses diplomatischen Vorgehens: England. Ein markiges deutsches Auftreten hätte sich zwar im Innern großer Popularität erfreuen können. Stresemann befürchtete aber, die öffentliche und die offizielle britische Meinung zu verprellen und damit die Chancen eines britischen Eingreifens zu verspielen[78].

Stresemann bestand seit dem 25. Oktober im großen und ganzen wieder deutlicher als am Vortag im Kabinett auf der Erhaltung der Reichseinheit. Die Vorstellung eines Rheinstaates oder Rheinbundesstaates nannte er „seltsamlich und utopisch"[79]. Er gab zwar eine seiner beiden Methoden auf, die Signalisierung von Gesprächsbereitschaft gegenüber Frankreich[80], zugleich aber sprach er wieder deutlicher von der anderen, auf das britische Eingreifen zu warten. Und in der Tat waren ja in der Zwischenzeit die ermutigenden außenpolitischen Signale eingegangen. Wie bewußt sich Stresemann dieser außenpolitischen Wende zu Deutschlands Gunsten auch immer gewesen sein mag, er segelte von nun an hart am Wind. Und von daher sollte er auch in den nächsten Tagen seine alte Taktik vom September wieder anwenden: in der Hoffnung auf England die endgültigen Entscheidungen um ein paar Tage hinauszuschieben, „zu finassieren und den großen Entscheidungen auszuweichen"[81]. Adenauer sprach gleich nach Stresemann und betonte, daß angesichts der übermächtigen Krise Verhandlungen ermächtigter Gremien mit Frankreich eine Dynamik entfalten würden, die auf eine Trennung des besetzten Gebietes von Preußen oder dem Reich hinausliefe. Dieser Gefahr müsse man sich bewußt sein, wenn man solche Verhandlungen beginne. Zur Frage von Reichseinheit oder Trennung vom Reich blieben seine Ausführungen jedoch gewunden, wenig greifbar und nebulös.

Als Adenauer Stresemann nach seiner Einschätzung der weiteren Entwicklung an Rhein und Ruhr wie des Ernährungs- und Währungsproblems fragte, antwortete dieser gereizt, das wertbeständige Notgeld könne solange nicht in das besetzte Gebiet geschickt werden, als die Gefahr bestehe, daß es von den Besatzungsmächten beschlagnahmt werde. Denn dann sei auch die neue Währung von vornherein gefährdet. Daraufhin erläuterte der Kölner Bankier Louis Hagen, das besetzte Gebiet sei dann gezwungen, eine eigene Währung zu schaffen. Adenauer schlug daraufhin die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes durch die Städte vor, denn „wenn keine Zahlungsmittel mehr da sind [...], dann schlagen sich die Leute gegenseitig tot [...;] die Sache ist so, daß sie jede Stunde explodieren kann". Stresemann gab sein Placet[82].

Nach quälend langer Debatte wurde ein fünfzehnköpfiger Ausschuß zu Verhandlungen mit Frankreich und zur Koordination mit der Reichsregierung konstituiert, in den SPD, DDP, Zentrum, DVP und DNVP je drei Vertreter entsandten. Adenauer gehörte

[78] Vgl. ebenda, S. 774–778; das Zitat S. 776.

[79] Ebenda, S. 781.

[80] Vgl. ebenda, S. 779. Der französischen Regierung gegenüber wandte die deutsche Regierung eine neue Taktik an: jene sollte sich durch immer neue Forderungen selbst und mit deutscher Nachhilfe vor der Weltöffentlichkeit – nicht zuletzt England – bloßstellen; vgl. ebenda, S. 780.

[81] So drückte Stresemann es zwei Jahre später in seinem bekannt gewordenen Brief an den ehemaligen Kronprinzen aus; in: Stresemann, Vermächtnis II, S. 555.

[82] Vgl. das Protokoll der Hagener Konferenz, in: AdR Stresemann, S. 789ff., 794f. (Zitat) und 812.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Ausschuß nicht an, leitete aber den am 22. Oktober gegründeten dreißigköpfigen Verhandlungsausschuß des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete[83].

Auch wenn man sich vor Augen hält, daß in Hagen Krisenmanagement und keine politischen Grundsatzdebatten auf der Tagesordnung standen, so ergibt sich doch ein merkwürdiges Verhältnis der Positionen Adenauers und Stresemanns zueinander, das man überspitzt einen „argumentativen Chiasmus" nennen könnte. Adenauer wehrte sich strikt gegen die Einstellung der Reichszahlungen an das besetzte Gebiet, also gegen die finanzielle Abtrennung des Rheinlandes; die staatsrechtliche hingegen war er in Kauf zu nehmen bereit. Andersherum Stresemann: er lehnte jede staatsrechtliche Separation strikt ab, kalkulierte jedoch die finanzielle ein. Aus Stresemanns Sicht mußte Adenauer zwar Reichsgelder kassieren wollen, die Reichseinheit – Stresemanns zweites politisches Hauptziel – jedoch vernachlässigen. Aus Adenauers Sicht mußte Stresemann schöne und aus Berlin leicht gesagte Worte um die Reichseinheit machen, sich jedoch finanziell und konkret aus der Verantwortung für das Rheinland stehlen. Glaubwürdig konnten beide Herren aufeinander nicht wirken, eher schon suspekt und „doppelzüngig"[84]. Und es spricht manches dafür, daß sie sich von nun an skeptischer begegneten und somit die institutionell motivierte Spannung[85] um eine persönliche anreicherten.

Führende Rheinlandvertreter suchten in den folgenden Tagen und Wochen immer wieder das Gespräch mit der HIK und Tirard[86], um die Absichten der französischen Regierung im einzelnen zu erkunden, um Überzeugungsarbeit gegen eine staatsrechtliche Umgestaltung im besetzten Gebiet zu leisten[87] und um mit der Besatzungsmacht über eine Wiederingangsetzung der Wirtschaft an Rhein und Ruhr zu verhandeln. Tirard, und das heißt die französische Regierung, hielt unterdessen an den bekannten Rheinstaatsplänen unter der Prämisse von Sicherheit und Reparationen fest. Ein Staat könne „gebildet werden, ähnlich wie Irland oder wie in der Schweiz", dessen Verhältnis zum Reich durchaus „wie das einer Dominion zum englischen Mutterlande" gestaltet werden könne. Dafür wurde der baldige Abzug etlicher Besatzungstruppen in Aussicht gestellt[88]. Alle rheinischen Vertreter lehnten diese Vorschläge ab, deuteten aber ihrerseits die Möglichkeit der Bildung eines Staates innerhalb des deutschen Reiches oder eines faktisch selbständigen Gebietes mit eigener Währung, eigenem Budget und Steuerrecht an. Sie stellten aber auch klar, daß die Mehrheit der Bevölkerung ein

[83] Vgl. zum gesamten Abschnitt ebenda, S. 800, 811, 813 f., 816 und 829.

[84] Schwarz, Aufstieg, S. 272; vgl. auch Michael-Olaf Maxelon, Stresemann und Frankreich 1924–1929. Deutsche Politik der Ost-West-Balance, Düsseldorf 1972, S. 146.

[85] Vgl. Schwarz, Aufstieg, S. 273: „der Rollenkonflikt zwischen einem Kanzler [...] und einem rheinischen Repräsentanten".

[86] Vgl. die Aufzeichnung über Unterredungen mit Tirard am 29. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 889–893 und die Aufzeichnung Hagens über eine Unterredung mit Tirard am 3. 11. 1923, in: Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 305–308.

[87] Vgl. dazu den Bericht Falks, in: AdR Stresemann, S. 836 Anm. 82.

[88] Vgl. den Bericht zweier Bonner Beigeordneter über ihre Verhandlungen mit der HIK am 27. 10., in: HAStK, 902/253/4, 23 f. und die Aufzeichnung über Unterredungen mit Tirard am 29. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 891.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verbleiben bei Preußen bevorzuge. Diese Vorschläge waren mehr oder weniger verzweifelte Versuche, Gespräche in Gang zu bringen[89], und dementsprechend waren sie heterogen und auch inkonsistent.

Als die Reichsregierung Anfang November die Währungsreform für den 15. November in Angriff nahm, war die Wahrscheinlichkeit gering, daß die französische Besatzung die Belastung des Grundbesitzes im besetzten Gebiet gestatten würde, und somit wäre die Einführung der neuen Währung im besetzten Gebiet nicht möglich gewesen. Daher trieben die Rheinländer – und man kann Adenauer nur im Zusammenhang und als Mitglied der halboffiziellen, halb informellen Gruppe führender Rheinlandvertreter verstehen[90] – die Planung einer rheinischen Goldnotenbank vorwärts[91]. Dort sollte eine Goldanleihe hinterlegt werden, denn nur mit einer solchen Deckung, so stellte Luther klar, könne und dürfe wertbeständiges Notgeld ausgegeben werden, das die Reichsbank akzeptieren würde[92]. Trotz der Versuche der Reichsregierung, die geplante reformierte Währung auch auf das Rheinland auszudehnen, wurde auf dem vom 6.–8. November in Barmen tagenden Provinziallandtag (dem auch Adenauer angehörte) wohl die Einrichtung einer rheinischen Goldnotenbank beschlossen, die zwecks Devisenbeschaffung mit 45 %iger ausländischer und davon wiederum 30 %iger französischer Beteiligung ausgestattet werden sollte[93]. Alle Beteiligten waren sich der politischen Gefahren einer solchen Währungsseparation bewußt, und auch Stresemann warnte[94], „Verhandlungen über staatsrechtliche Verhältnisse können nur unter Beachtung verfassungsmäßiger Grundlagen geführt werden". Dabei erstaunt, daß er überhaupt von „Verhandlungen über staatsrechtliche Verhältnisse" sprach. Allerdings existieren einige Äußerungen Stresemanns, die seiner augenscheinlich so festen Haltung, jegliche territoriale Änderung auch innerhalb des Deutschen Reiches strikt abzulehnen, zu widersprechen scheinen[95]. Es ist wohl nicht festzustellen, ob es sich hierbei um Fehlüberlieferungen handelt. Vielleicht

[89] Vgl. AdR Stresemann, S. 891 ff. und den Bericht über die Sitzung des Fünfzehnerausschusses in Köln am 9. 11. 1923, in: Ebenda, S. 1007–1011.

[90] Vgl. auch Schwarz, Aufstieg, S. 287: „Bei den Gesprächen ist Adenauer für den deutschen Westen eine Schlüsselfigur, doch nicht die einzige. [...] Er dreht zwar kräftig an den Rädchen, doch ist er nicht der Chefmaschinist und jeweils nur unter dem Druck der Not tätig geworden."

[91] Zur Geschichte der Goldnotenbank vgl. Köhler, Republik, S. 236–256.

[92] Luther in der Kabinettssitzung vom 26. 10. 1923, in: AdR Stresemann, S. 845 f.

[93] Vgl. Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 120, allerdings ohne Beleg; in Adenauers Oberbürgermeisterakten fehlt der Provinziallandtag bis auf eine kurze handschriftliche Gesprächsnotiz (HAStK, 902/253/4, 139) fast völlig; vgl. die Provinziallandtagsakten in HAStK, 902/67/2.

[94] Vgl. eine von Stresemann gezeichnete Mitteilung des Staatssekretärs der Reichskanzlei, Kempkes, vom 3. 11. 1923 an Hagen, Jarres, Adenauer, Moldenhauer und Bankdirektor von Waldthausen, in: AdR Stresemann, S. 960 ff., auch Anm. 5 (das folgende Zitat: S. 962).

[95] Vgl. u. a. ein Gespräch Stresemanns mit de Margerie vom 9. 11. 1923, in: PA/AA, NL Stresemann 4, H 154569 (nicht in ADAP, A VIII, S. 617 ff.). Vgl. auch das Protokoll eines Gesprächs Stresemanns mit dem französischen Industriellen und Finanzmann Ernest Weyl am 10. 1. 1924, in dem Stresemann geäußert haben soll, „über die Frage eines Rheinstaates werde eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich schon möglich sein", in: Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 358 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeugen diese Aussagen aber schlicht davon, daß auch Stresemanns Haltung in seiner beschränkten politischen Handlungsfähigkeit nicht so konsistent war, wie er die meiste Zeit hindurch vorgab.

Der Barmener Provinziallandtag beschloß auch die Bildung eines eigenen 21er-Ausschusses, der lediglich Berichte über Verhandlungen von Parteien und Wirtschaft entgegennehmen, nicht aber selbst verhandeln sollte[96]. Diese Maßnahme, die das organisatorische Durcheinander von Gremien ohne klar abgegrenzte Kompetenzen weiter vergrößerte, wirft wie die Gremienbildung im Umfeld der Hagener Konferenz ein bezeichnendes Licht auf den Aktionismus und die Orientierungslosigkeit im besetzten Gebiet und bei dessen Vertretern.

Verhängnisvoller noch als die Frage der Währungseinheit war die simple wirtschaftliche Feststellung, daß die nach wie vor unabsehbar hohen Summen, die das Reich in das besetzte Gebiet steckte, nur bei laufender Druckerpresse aufzubringen waren. Damit wäre aber die mit Mühe und Not gedeckte reformierte Währung nicht zu halten gewesen. Am 9. November faßte das Kabinett drastische Beschlüsse: einer rheinischen Goldnotenbank sollten unter bestimmten Voraussetzungen eine Konzession bis zum 15. April 1924 erteilt und mit der Einführung der Rentenmark die Erwerbslosenunterstützungen für das besetzte Gebiet gestoppt werden[97]. Für die Rheinländer konnte dies aus Überlebensgründen nicht akzeptabel sein: für sie würde der Stichtag der Währungsreform zum ater dies.

Am 10. November wurde Karl Jarres als Nachfolger von Wilhelm Sollmann zum Reichsinnenminister ernannt. Er wehrte sich sogleich gegen den Kabinettsbeschluß vom Vortag, und Stresemann beschloß, die Entscheidung über die Einstellung der Reichszahlungen am nächsten Tag im Kabinett erneut zur Disposition zu stellen[98]. Das geschah dann auch, und statt des Schnittes am 15. November sollten „nur noch für eine ganz kurze Übergangszeit" Zahlungen in das besetzte Gebiet ergehen. Luther nannte den 25. November als terminus ad quem[99]. Erneut schälte sich Stresemanns Taktik heraus: in der Hoffnung auf eine Besserung der Lage endgültige Entscheidungen um ein paar Tage hinauszuschieben. Und für das Rheinland waren zunächst einmal zehn wichtige Tage gewonnen. Doch die Einstellung der Reichszahlungen, man nannte das gerne die „Versackung", schwebte als Damoklesschwert über dem besetzten Gebiet.

Am Sitzungsmarathon in der Reichskanzlei am 13. November nahm auch Adenauer teil[100]. Stresemann versprach, die Reichsleistungen bis zum 25. November fortzusetzen, „dann aber müssen die Erwerbslosenzahlungen für das besetzte Gebiet sei-

[96] Vgl. den Bericht über die Sitzung des Fünfzehnerausschusses am 9. 11. 1923 in Köln, in: AdR Stresemann, S. 1008.

[97] Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung vom 9. 11. 1923, in: Ebenda, S. 1005.

[98] Vgl. Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 128.

[99] Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung vom 12. 11. 1923, in: AdR Stresemann, S. 1033 (Zitat) und 1037.

[100] Vgl. die Besprechungsprotokolle in: Ebenda, S. 1042–1055 und 1057–1060.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tens des Reiches aufhören"[101]. Zugleich äußerte er aber die Hoffnung – die Wirtschaftsverhandlungen der Ruhrindustriellen mit der MICUM steuerten auf ihren Abschluß zu –, ein großer Teil der Schwierigkeiten könne behoben werden, wenn für die Bevölkerung des besetzten Gebietes wieder Arbeit geschaffen sei. Stresemanns Auftreten legt den Schluß nahe, daß er mittlerweile Vertrauen in die sich abzeichnende Entspannung gefaßt hatte. Denn auch in Bayern war mit dem Zusammenbruch des Hitler-Ludendorff-Putsches der gesamte Separatismus diskreditiert und zum Erliegen gekommen.

Doch unter den Sitzungsteilnehmern herrschte trotz der zaghaften Frühlingsboten weiterhin alarmierte Krisenstimmung. Eine radikale Haltung nahm Otto Braun ein, als preußischer Ministerpräsident immerhin auch für das Rheinland zuständig. Er hielt jede Hilfe für das Rheinland für aussichtslos, lehnte Verhandlungsermächtigungen ab und verfocht „Versackungspolitik in ihrer reinsten Form"[102].

Dann kam es zum Krach. Adenauer, der sich überhaupt gegen die Einstellung der Reichszahlungen wehrte, eröffnete „eine ziemlich scharfe Auseinandersetzung" mit Luther: „Der Reichsminister der Finanzen behauptet, immer, [sic] daß das Reich gewisse Zahlungen an das besetzte Gebiet nicht mehr leisten könne. Ich bestreite, daß das Reich in einer so schwierigen finanziellen Lage ist. Mag selbst die Rentenmark dadurch ebenso wie die Papiermark in einen Abgrund getrieben werden, daß das Reich umfangreiche Zahlungen an das besetzte Gebiet leistet, *das Rheinland muß mehr wert sein als ein* [sic] *oder zwei oder selbst drei neue Währungen.* Ohne Lösung des Reparationsproblems wird es überhaupt nicht möglich sein, eine wertbeständige Währung zu schaffen. Wenn der Reichsminister der Finanzen aber die neue Währung retten will, dann hat er dabei den Hintergedanken, das Rheinland preiszugeben, um dadurch von Reparationen freizukommen."[103]

Für das Überleben der Reichseinheit und die Aufrechterhaltung der Stabilität im Innern – elementare Aufgaben einer Reichsregierung – war eine geglückte Währungsreform dringend notwendig. Was aber für das Reich eine conditio sine qua non bedeutete, barg für das Rheinland die Gefahr eines rien ne va plus in sich: auf sich allein gestellt zu kollabieren. Deshalb mußten die Vertreter des besetzten Gebietes der Unterstützung durch das Reich unbedingten Vorrang vor einer sauberen Währungsreform einräumen. Im Dilemma befanden sich beide Positionen. Die Rhein-Ruhr-Krise mit ihrem unabsehbaren Ausgang blieb Nummer eins auf Adenauers Tagesordnung. Schwierig ist abzuschätzen, inwieweit Adenauer in der zugespitzten Situation die An-

---

[101] Protokoll der Sitzung von Reichskabinett, beteiligten Ländern und Fünfzehnerausschuß am 13.11. 1923 um 11 Uhr, in: Ebenda, S. 1044, vgl. auch S. 1044 f. und 1048 sowie das Protokoll der Ministerbesprechung vom 15.11. 1923, in: Ebenda, S. 1088 f.

[102] Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1977, S. 442; vgl. auch Brauns Ausführungen in der Sitzung von Reichskabinett und beteiligten Ländern am 13.11. um 15 Uhr, in: AdR Stresemann, S. 1052.

[103] Protokoll der Sitzung von Reichskabinett, beteiligten Ländern und Fünfzehnerausschuß am 13.11. 1923 um 20.30 Uhr, in: AdR Stresemann, S. 1059 [Kursiva vom Verf.]; vgl. auch S. 1058 Anm. 2 und zum folgenden S. 1059 Anm. 8.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeichen dafür wahrnahm, daß die Krise dabei war, ihren Höhepunkt zu überschreiten, und inwiefern er die seit Mitte November auch im Innern erkennbaren Anzeichen der Besserung realisierte. Soviel aber wird man sagen können, daß er die sich anbahnende Lösung der Krise über die außenpolitische Konstellationswende und den interalliierten Druck auf Frankreich – Stresemanns Lösungsvorstellung – nicht erkannte[104].

Die Rentenmark entwickelte sich nach einer anfänglichen Druckverzögerung schnell zu einem durchschlagenden Erfolg[105], doch ihre Einführung im Rheinland war noch immer nicht in Sicht. Dazu stagnierte das Vorhaben der rheinischen Goldnotenbank. Und dann stellte auch noch die Reichsbank in Aussicht, kein Notgeld der Städte mehr anzunehmen, da sie mit dem Notgeld zugrunde gehe. Den Rheinländern gelang es zwar bei einer Verhandlung mit Vertretern der Reichsbank am 25. November in Köln, einen dahingehenden Beschluß zu verhindern[106]. Doch die Zeichen standen auf Sturm. Louis Hagen äußerte, was „aus dem besetzten Gebiet werden sollte, sei ihm unerfindlich"[107].

Der Abbau der Krise auf Reichsebene verband sich im Rheinland mit alten und neuen Unsicherheiten über die eigene Zukunft und führte zu einer Symbiose ganz gegenläufiger Wahrnehmungen der Situation. Zunächst knüpfte man im Rheinland große Hoffnungen an die Regierungsbildung des Rheinländers Marx[108]. Im Dezember aber führten die beiden rheinischen Folgefragen der Währungsreform (die Währung im Rheinland und die Fortzahlung der Reichsleistungen, vor allem der Erwerbslosenfürsorge) zu verwirrenden Verhandlungen in Berlin.

Trotz der Bedenken des Reichswährungskommissars und Reichsbankpräsidenten Schacht, der insbesondere die hemmungslose Notgeldpolitik der Stadt Köln kritisierte, sollten die rheinischen Städte ein fundiertes und kontrolliertes einheitliches wertbeständiges Notgeld schaffen können, das allerdings erst nach einer gewissen Übergangszeit in Umlauf kommen könne[109]. Wochenlang wurden nun wechselvolle Verhandlungen um die rheinische Goldnotenbank geführt[110].

In zähen Verhandlungen um die Weiterführung der Erwerbslosenfürsorge über den 25. November hinaus zeigte sich die Reichsregierung unterdessen durchaus konzessionsbereit. Stresemann brachte eine Kompromißlösung vor, „normale", nicht aber

---

[104] Vgl. u. a. Adenauer noch am 9. 1. 1924 in der Besprechung von Vertretern des besetzten Gebiets mit Vertretern des Reichskabinetts: „Nach unserer Auffassung habe Deutschland weder von Amerika noch von England eine nennenswerte Hilfe zu erwarten; uns stehe vielmehr Frankreich allein gegenüber". Niederschrift in: AdR Marx I und II, bearb. von Günther Abramowski, 2 Bde., Boppard 1973, S. 211; vgl. Recker, Besatzungsmacht, S. 120.

[105] Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Die Weimarer Republik, München [7]1986, S. 168.

[106] Vgl. Niederschrift in: HAStK, 902/253/4, 247 ff.; vgl. auch AdR Marx I und II, S. 52–55, 65–69, 71 und 82–85.

[107] Protokoll der Sitzung des Verhandlungsausschusses des besetzten Gebietes am 24. 11. 1923 in Köln, in: HAStK, 902/253/4, 219 und Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 315.

[108] Vgl. Ulrich von Hehl, Wilhelm Marx 1863–1946, Mainz 1987, S. 267 und Schwarz, Aufstieg, S. 277.

[109] Vgl. die Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit d'Abernon vom 13. 12. 1923, in: ADAP, A IX, Göttingen 1991, S. 130.

[110] Vgl. AdR Marx I und II, S. 11 Anm. 5, S. 14, 31, 39 f., 52–55, 79, 83 ff., 101 ff., 106 f., 117–124, 139–142, 151–154 und 206 ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„künstliche" Erwerbslosigkeit aus Reichsmitteln zu finanzieren[111]. Da jedoch niemand „normale" Erwerbslosigkeit von „künstlicher" zu trennen vermochte, zahlte das Reich vorerst weiter. Otto Braun, der im November eine so rigide Haltung gegenüber dem besetzten Gebiet vertreten hatte, sprach sich Anfang Dezember vor dem preußischen Landtag ausdrücklich gegen eine territoriale oder staatsrechtliche Änderung und zugleich für eine wirtschaftliche und finanzielle Gleichbehandlung von besetztem und unbesetztem Gebiet aus[112]. Stresemann votierte gegenüber dem wie üblich skeptischen Luther gegen eine voreilige Zahlungseinstellung und spielte wieder einmal auf Zeit. Schließlich bewilligte das Kabinett am 5. Dezember die Zahlung der Erwerbslosenfürsorge mindestens bis zum 31. März 1924 und verschaffte dem besetzten Gebiet damit viel Luft. Zugleich wurde auch die von Luther immer wieder geforderte Einstellung der Besatzungskosten im Laufe endloser Debatten ad calendas graecas vertagt[113].

Häufig tagte in diesem Dezember das Reichskabinett zusammen mit Vertretern des besetzten Gebietes, und häufig nahm auch Adenauer daran teil. Währung, Erwerbslosenfürsorge, Besatzungskosten, Beamtenlohn, Eisenbahn und Post waren die Probleme, die Adenauer bei der Reichsregierung vorbrachte[114], und oft geriet er mit ihr darüber in Konflikt. Kommunale Probleme waren es, die Adenauer zum Jahresende 1923 umtrieben, als er die Besserung der Krise noch immer nicht absah. „Kommunale Wohlfahrt" war es, wofür er sich einsetzte, wofür er mit der Reichsregierung stritt. Denn was für das Reich notwendig war, mußte für Köln noch lange nicht gut sein. Als Oberbürgermeister nahm er die eigenartige Stellung ein, auf der einen Seite zu einer Funktionselite des Reiches zu gehören, andererseits nahe an der Bevölkerung konkrete und elementare Politik betreiben zu müssen, die obendrein erfahrungsgemäß Schwächen und Versäumnisse der Reichszentrale auszubaden hatte[115].

Neben diesen Vorstößen bei der Reichsregierung führte Adenauer seit Ende November verstärkt Verhandlungen mit französischen Stellen, wie verschiedene Rheinländer es seit der Hagener Konferenz getan hatten. Der Beginn dieser Initiativen Adenauers hängt mit Stresemanns Demission zusammen, denn zwischen Adenauer und Marx bestand ein vertrauensvolles Verhältnis. Viel mehr als Stresemann zuvor ließ Marx Adenauer gewähren[116].

Als der Verhandlungsausschuß des Wirtschaftsausschusses des besetzten Gebietes am 24. November in der Kölner Handelskammer tagte, brachte Adenauer zum ersten

[111] Vgl. die Protokolle der Kabinettssitzungen vom 19. und vom 22.11. 1923, in: AdR Stresemann, S. 1129f. und Anm. 24f. und S. 1161 (Zitat).

[112] Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 444ff.

[113] Vgl. AdR Marx I und II, S. 15f., 29f., 41, 44, 143f., 165–171 und 210; Brief Luthers an das Reichsministerium für die besetzten Gebiete vom 14. 12. 1923, in: HAStK, 902/253/4, 389; Brief Adenauers an Luther vom 23. 1. 1924, in: HAStK, Bestand 1070: Nachlaß Wilhelm Marx 95, 66.

[114] Vgl. u. a. AdR Marx I und II, S. 4 Anm. 11, S. 51, 53f., 56ff., 61f. und 145.

[115] Vgl. dazu Wolfgang Hofmann, Oberbürgermeister als politische Elite im Wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Oberbürgermeister, Boppard 1981, S. 17–38, hier S. 19, 31ff. und 35–38; vgl. auch Schwarz, Aufstieg, S. 250.

[116] Vgl. ebenda, S. 278.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mal nachweislich seinen Plan eines Rheinbundesstaates und der wirtschaftlichen Kooperation mit Frankreich vor[117]. Adenauer sprach aber auch von einer möglicherweise sehr geringen Chance zur Verwirklichung dieses Planes, der allerdings ein „Opfer [...] im Interesse des Deutschtums" und einen „Verzweiflungsschritt in größter Not"[118] darstelle. Waren dies noch möglicherweise unverbindliche, vor rheinischen Vertretern ausgesprochene Gedanken, so wurden sie bald konkret einsatzfähig. Fünf Tage nach dieser Sitzung suchte Adenauer erneut Tirard auf, der ihm eine Denkschrift mit dem Titel „Principes sur lesquels pourrait être basée la constitution d'un état rhénan"[119] überreichte. Tirard entwickelte darin die Vorstellung einer Konföderation mehrerer kleiner Staaten im Rheinland mit einem gemeinsamen Parlament unter deutscher Nationalität. Die Staaten der Konföderation sollten im Reichsrat, nicht aber im Reichstag vertreten sein und mit dem Deutschen Reich Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen als gemeinsame Angelegenheiten beibehalten. Die Konföderation selbst sollte eigene diplomatische Vertretungen im Ausland eröffnen, während die Besatzungsmächte diplomatisch durch die Hohen Kommissare vertreten werden sollten. Die Konföderation sollte über einen eigenen Etat und eine eigene Währung verfügen, die Eisenbahnen sollten alliierter Regie unterstellt werden. Das Entgegenkommen der Besatzungsmächte erschöpfte sich hingegen in unverbindlichen Absichtserklärungen und marginalen Zugeständnissen. Adenauer hielt diesen Plan für „unmöglich", ließ sich aber nicht entmutigen, sondern entschloß sich, einen Gegenvorschlag zu überreichen – und da kamen seine kürzlich ausgeprägten Vorstellungen zum Zuge. Er arbeitete sie weiter aus und überreichte Tirard bei einer neuerlichen Begegnung am 12. Dezember in Bonn einen offiziellen „Gegenvorschlag"[120] zu dessen „Principes".

Adenauer erkannte das französische Sicherheitsverlangen an, verwarf aber die Idee eines rheinischen Pufferstaates. Statt dessen plädierte er für einen vollwertigen westdeutschen Bundesstaat innerhalb des Reiches mit eigener Landesverfassung und Administration. Aufgrund seiner Größe und wirtschaftlichen Bedeutung würde er starken Einfluß auf die deutsche Politik gewinnen und allein aus dem Bestreben heraus friedenssichernd wirken, einen erneuten deutsch-französischen Krieg vom eigenen Territorium fernzuhalten. Darüber hinaus sollten durch die gegenseitige Verflechtung

---

[117] Vgl. das Protokoll der Sitzung des Verhandlungsausschusses des besetzten Gebietes am 24.11.1923 in Köln, in: HAStK, 902/253/4, 227–233 und Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 317–320, sowie Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 148f. Vgl. auch das Schreiben des Ministerialrats im Reichsministerium für die besetzten Gebiete, Graf Adelmann, an den Reichsminister für die besetzten Gebiete vom 26.11.1923 sowie die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats im Auswärtigen Amt, von Friedberg, vom 30.11.1923, in: ADAP, A IX, S. 51 und 67ff. Schwarz, Aufstieg, S. 261 und 265f. nimmt (allerdings ohne Beleg) an, Adenauer habe seine Vorstellungen bereits im Frühsommer und im Herbst 1923 ausgeprägt; bisher ist mir aber keine darauf hindeutende zuverlässige Äußerung vor dem 24.11.1923 bekannt.

[118] Protokoll der Sitzung des Verhandlungsausschusses des besetzten Gebietes am 24.11.1923 in Köln, in: Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 318 und 320.

[119] Ebenda, S. 322f.

[120] Vgl. HAStK, 902/253/4, 317–325 und 902/253/7, 69–79; veröffentlicht in: Ebenda, S. 327–331.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der rheinisch-westfälischen, luxemburgischen und lothringischen Schwerindustrien gemeinsame wirtschaftliche Interessen geschaffen bzw. reaktiviert werden. Adenauer hoffte, das Reparations-, Besatzungs- und Rheinlandkommissionsproblem lösend, das gesamte deutsch-französische Verhältnis dauerhaft neuordnen und den Friedensprozeß einleiten zu können.

Geht man der Frage nach, ob hier nun eine eigenständige und nunmehr im Dezember ausgeprägte außenpolitische Konzeption Adenauers aufscheine, so sind verschiedene Zusammenhänge zu berücksichtigen. Zuerst war die rheinische Bundesstaatsidee nicht neu. Nicht nur im unmittelbaren Anschluß an den Ersten Weltkrieg waren verschiedene Vorstellungen einer staatsrechtlichen Umgestaltung im Rheinland aufgekommen. Bereits in den Verfassungsberatungen des Jahres 1919 war die Aufteilung des übermächtigen Bundesstaates Preußen erwogen worden[121]. Auch die Verflechtung der rheinisch-westfälischen mit der luxemburgischen und lothringischen Schwerindustrie war nichts Neues, sondern unter allerdings anderer Grenzziehung bis 1914 Realität[122]. Stinnes hatte die Verflechtung schon 1922 angeregt und Stresemann am 2. September 1923 in Stuttgart und weiterhin davon gesprochen. Adenauers Vorschlag war auch keine neuartige und über die Weimarer Republik hinausweisende Konzeption internationaler Beziehungen. Er vertrat vielmehr allgemeine Meinungen Weimarer Außenpolitik, wenn er zwar deutsche Ansprüche auf Elsaß-Lothringen aufzugeben bereit war, wie es ja in Locarno geschah (und bereits im September von Stresemann angedeutet worden war), nicht aber auf Westpreußen und Oberschlesien[123]. Neben diesem Kontext politischer Ideen ist der biographische zu berücksichtigen: die Bundesstaatsvorstellungen lassen sich nur zwischen Ende November 1923 und dem 23. Januar 1924 nachweisen. Allein quantitativ, aber auch intellektuell nehmen die rheinischen und Kölner Überlebensprobleme viel breiteren Raum ein. Inkubierte außenpolitische Konzeptionen hatten da keinen Platz. Schließlich hob Adenauer häufig hervor, und das war wohl nicht nur taktisch gemeint, diese Rheinbundesstaatspläne seien ein Opfer, wenn nicht gar ein „Verzweiflungsschritt in höchster Not". Sie knüpften unter deutscher Maßgabe an Tirards Gesprächsbedingungen an und reihten sich in die verzweifelten Initiativen ein, mittels Selbsthilfe einen Gesprächsfaden mit Frankreich zu knüpfen, um die Besatzungsmacht für Entgegenkommen und Mithilfe bei der Bekämpfung der übermächtigen Krise zu gewinnen, während Stresemann im sich ver-

[121] Vgl. HAStK, 902/13/1 (3 Bde.): „Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches", der auch Adenauer angehörte.

[122] Von daher ist der Bezugspunkt dieser Ideen die Vorkriegszeit und nicht vorausdeutend die Montanunion, wie z. B. Rudolf Morsey nahelegt: Der Staatsmann im Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, in: Rheinische Vierteljahresblätter 40 (1976), S. 199–211, hier S. 210 und ders., Vom Kommunalpolitiker zum Kanzler. Die politische Rolle Konrad Adenauers in der Zeit der Weimarer Republik und in der Ära der Besatzungsherrschaft 1918–1949, in: Konrad Adenauer. Ziele und Wege, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1972, S. 13–81, hier S. 20.

[123] Vgl. Aufzeichnung Adenauers über ein Gespräch mit dem französischen Ingenieur und früheren Attaché an der französischen Botschaft in Berlin, Vincent Arnaud, vom 4. 12. 1923, in: Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 337.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dichtenden Vertrauen auf britischen Rückhalt Verhandlungen mit Frankreich vorerst zurückstellte. Die Rheinbundesstaatspläne stellen eine Beigabe zum permanenten Versuch Adenauers dar, jede sich bietende Chance zur Bewältigung der Krise zu nutzen, und sei sie noch so vage. Diskussionen um die außenpolitische Konzeption wie um den Separatismus gehen am Thema vorbei und verkennen die Dimension der Probleme, die sich Adenauer stellten und ihn bis zum letzten forderten.

Bereits Anfang Dezember bemühte sich Adenauer um Rückversicherung für seine Aktivitäten gegenüber der HIK bei der Reichsregierung, um nicht unerlaubt in deren Hoheitsgewässern zu segeln. Marx äußerte sich zwar skeptisch, stimmte aber zu, private Verhandlungen einzuleiten und „in einem gewissen Stadium" der Reichsregierung zu übergeben[124]. Beide vereinbarten am 14. Dezember, sich gegenseitig über die jeweiligen Verhandlungen auf dem laufenden zu halten, Stresemann aber vorerst nicht zu informieren[125]. Soweit Stresemann Kenntnis von Adenauers Aktivitäten besaß, sprach er sich strikt dagegen aus. Als seine Politik nach monatelangem Warten endlich aufging, konnte Adenauers Engagement ihn nur noch stören. Daher erließ das Reichsaußenministerium Mitte Dezember 1923 die Weisung an die Rheinlandvertreter, „Besprechungen an Ort und Stelle, wie z. B. mit Herrn Tirard einzustellen"[126]. Doch Adenauer verfolgte seinen einmal eingeschlagenen Weg weiter.

Um die Weihnachtstage herum vollzog sich eine Positionsänderung bei Tirard und der HIK, die wohl mit dem generell in Frankreich zunehmenden Bestreben zusammenhing, zu einem direkten Einvernehmen mit Deutschland zu gelangen[127]. Als Adenauer am 27. Dezember erneut bei Tirard vorsprach, nahm dieser plötzlich eine ganz andere Haltung zu den Rheinbundesstaatsideen ein: er machte erhebliche Konzessionen, erhob seine früheren Bedenken nicht mehr, stellte nur noch verhältnismäßig marginale Bedingungen und erklärte weitere Organisationsfragen zu deutschen und rheinischen inneren Angelegenheiten[128].

Adenauer glaubte jetzt an die Chance für seine Pläne und fragte um ein Gespräch mit dem Kabinett nach. Marx bat für den 9. Januar in die Reichskanzlei[129].

Aber alle Hoffnungen Adenauers erhielten am 9. Januar einen jähen Dämpfer, als er, Hagen, Stinnes, Vögler, Mönnig und Silverberg in der Berliner Reichskanzlei mit

---

[124] Aufzeichnung Adenauers vom 6. 12. 1923, in: HAStK, 902/253/4, 309ff. und Erdmann, ebenda, S. 327.

[125] Vgl. Adenauers Aufzeichnung vom 14. 12. 1923 über ein Gespräch mit Marx, in: HAStK, 902/253/4, 365ff.; Hugo Stehkämper, Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx, 4 Bde., Köln 1968, II, S. 95 und Erdmann, ebenda, S. 335f.

[126] So von Schubert am 13. 12. 1923 gegenüber Lord d'Abernon, in: ADAP, A IX, S. 130; vgl. Stresemann, Vermächtnis I, S. 264, 271f. und 276f.; vgl. auch das Rundschreiben des Auswärtigen Amts an die Reichsminister vom 26. 12. 1923, in: AdR Marx I und II, S. 155–161.

[127] Vgl. den Lagebericht von Hoeschs vom 29. 12. 1923, in: ADAP, A IX, S. 194ff.

[128] Vgl. den Brief Adenauers an Arnaud vom 28. 12. 1923, in: HAStK, 902/253/7, 103–109 und Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 339–342, und den Brief Adenauers an Hamspohn vom selben Tag, in: HAStK, 902/253/7, 97–102 und Erdmann, ebenda, S. 343–346; vgl. auch die Darstellung bei Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 165ff.

[129] Vgl. Adenauer an Marx und Marx an Adenauer am 2./3. 1. 1924, in: HAStK, 902/253/4, 449–452.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Marx, Stresemann, Luther, Jarres, dem Minister für die besetzten Gebiete Höfle, Brauns und Reichswirtschaftsminister Hamm zusammenkamen[130]. Adenauer zeichnete in seinen Ausführungen ein unzeitgemäß drastisches Bild der Lage Deutschlands[131]. Von England und den USA sei keine konkrete Hilfe zu erwarten, „ein weiteres Zuwarten [sei] unerträglich" und führe zum Auseinanderbrechen des Deutschen Reiches. Unter dem Vorbehalt, daß die Regierung keine Aussicht auf eine anderweitige tragbare Regelung habe, bestehe die letzte und einzige Möglichkeit im Versuch direkter Verständigung mit Frankreich, dessen Forderungen nach Sicherheit und Reparationen ernst zu nehmen seien. Für diese Verständigung sei auch ein teurer Preis gerechtfertigt: der westdeutsche Bundesstaat. Er löse die Reparations- und Besatzungsfrage, und von ihm sei „schwerer Schaden für Deutschland kaum" zu erwarten. Dann schilderte er ausführlich seine Verhandlungen, von denen Stresemann erstmals erfuhr. Adenauers Einschätzung und Argumentation sind nicht immer stringent[132], und neben der mittlerweile gänzlich veränderten Auffassung der Reichsregierung wird wohl auch das zur sehr skeptischen Reaktion des Kabinetts beigetragen haben. Stresemann verlangte Aufschub aller Initiativen in dieser Richtung bis nach den französischen Wahlen im Mai. Die Reichsregierung gestattete zwar weitere private Gespräche, beharrte aber auf ungestörter Fortführung der französisch-deutschen Regierungsverhandlungen und engster Fühlungnahme zwischen den privaten Unterhändlern und der Reichsregierung[133].

Die herbsten Rückschläge brachten Adenauer schließlich Stresemann und Tirard bei. Stresemann verweigerte seine Unterschrift unter das Kabinettsprotokoll vom 9. Januar. Dafür erhob er in einem langen und ungewöhnlich deutlichen Brief an Marx[134] „gerade vom Standpunkt des Außenministeriums [...] entschieden Einspruch" gegen Adenauers Vorstellungen, und neben allen sachlichen Differenzen spricht aus diesem Brief auch eine „herzhafte Abneigung"[135] Stresemanns gegen Adenauer. Er wies dessen Prophezeiung vom baldigen Zusammenbruch Deutschlands zurück und kritisierte den geringen Informationsgrad der Rheinlandvertreter. Er lehnte die Berechtigung

[130] Über diese Besprechung existieren drei Aufzeichnungen: ein Stichwortprotokoll vermutlich von Jarres (Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 351 ff.), eine Niederschrift mit handschriftlichen Notizen aus dem Nachlaß von Marx (HAStK, 1070/95, 50–57, HAStK, 902/352/4, 459–473 und PA/AA, NL Stresemann 263, H 146619–625; veröffentlicht in: Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 353–358 und AdR Marx I und II, S. 211–215) und eine stichwortartige Aufzeichnung Adenauers (HAStK, 902/253/4, 489 und 491; veröffentlicht in: Erdmann, ebenda, S. 358 f.); vgl. Erdmann, Rheinlandpolitik, S. 172 Anm. 38.

[131] Vgl. zu den folgenden Ausführungen Adenauers und den Zitaten Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 351 f. und 354 und AdR Marx I und II, S. 212.

[132] Einerseits bezeichnete er z. B. den westdeutschen Bundesstaat als „durchaus unerwünscht" (AdR Marx I und II, S. 212 und Erdmann, ebenda, S. 355), andererseits sprach er mit einer gewissen Sympathie darüber.

[133] Vgl. AdR Marx I und II, S. 211 und 215 sowie Erdmann, ebenda, S. 353 und 357.

[134] Brief Stresemanns an Marx vom 16. 1. 1924, in: HAStK, 1070/95, 59–63; ADAP, A IX, S. 252–257 (Zitate: S. 253 und 255) und Erdmann, ebenda, S. 361–365 (Zitate: S. 362, 363 und 364).

[135] Schwarz, Aufstieg, S. 288.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eines weitergehenden französischen Sicherheitsinteresses, das Adenauer anerkannt hatte, strikt ab. Den rheinischen Unterhändlern räumte er nur abschätzig einen untergeordneten Status als „fünf Herren in Deutschland" im Vergleich zu den Verhandlungen des Reiches mit der gesamten Entente ein. Von einer Autorisierung der Rheinlandvertreter befürchtete er untragbare, aber irreversible Ergebnisse und „de facto [die] Ausschaltung des Auswärtigen Amtes". Schließlich forderte er, das Kabinett möge auch nur den Anschein einer Begünstigung solcher Verhandlungen der Rheinländer vermeiden.

Stresemann war fest entschlossen, die gerade wieder ergriffenen Zügel der deutschen Außenpolitik in der Hand zu behalten und sich den Kutschbock nicht mit eigeninitiativen Außenpolitikern zu teilen. Von seiten der deutschen Reichsregierung waren die Chancen für Adenauers Pläne auf den Nullpunkt gesunken. Den nächsten Schlag versetzte ihnen nun Tirard, mit dem Adenauer am 19. Januar in Koblenz erneut zusammentraf[136]. Für weitere Verhandlungen forderte er die Einführung der deutschen Vertreter „als offizielle Verhandler" durch von Hoesch. Nach Lage der deutschen Dinge war dies eine vollkommen unerfüllbare Forderung, und so gerieten Adenauers Pläne nach diesem letzten „Todesstoß"[137] von französischer Seite innerhalb von zehn Tagen endgültig ins Abseits.

Am 21. Januar reiste Adenauer nach Berlin. Am Nachmittag sprachen sich Hagen, Vögler, Silverberg und Adenauer aus und kamen zu der Überzeugung, „daß, solange Herr Stresemann etwaige Verhandlungen unsererseits durchkreuze, zweckmäßig überhaupt keine Verhandlungen stattfänden"[138]. Daraufhin schrieb Adenauer am 23. Januar einen Brief an Marx[139], in dem er mitteilte, sich zusammen mit den genannten rheinischen Vertretern „jeder weiteren Betätigung in der in den Verhandlungen am 8. und 9. Januar gekennzeichneten Richtung [zu] enthalten". Für das Rheinland waren die Probleme Anfang 1924 noch keineswegs behoben, und die Lage blieb auch einige Zeit ernst, doch die Entspannung griff nun auch in den am stärksten betroffenen Gebieten spürbar. Adenauer beschäftigte sich wie ehedem mit konkreten kommunalen Problemen, auch im Kontakt mit der Reichsregierung[140]. Die von der Reichsregierung immer wieder dilatorisch behandelten Pläne zur Errichtung der rheinischen Goldnotenbank wurden schließlich von rheinischer Seite fallengelassen[141]. Von seinen Rheinbundesstaatsplänen sprach Adenauer nun gar nicht mehr.

Gerade Karl Dietrich Erdmann hat diesen Plänen Adenauers erhebliches Gewicht beigemessen: hier, so glaubte er, manifestiere sich der Kern der Adenauerschen Politik, die er

---

[136] Vgl. Adenauers Aufzeichnung über diese Unterredung, in: HAStK, 902/253/7, 131 ff. und Erdmann, ebenda, S. 367 f. (Zitat: S. 368).

[137] Schwarz, Aufstieg, S. 268.

[138] Aufzeichnung Adenauers über seine Besprechungen in Berlin, in: HAStK, 902/253/4, 525 und Erdmann, Rheinlandpolitik/Dokumente, S. 371.

[139] Vgl. HAStK, 1070/95, 65a–d; HAStK, 902/253/4, 517 ff. und Erdmann, ebenda, S. 369 f. (Zitat: S. 369).

[140] Vgl. die Besprechungsprotokolle, in: AdR Marx I und II, S. 312, 329–333, 335 Anm. 13 und S. 424 f.

[141] Vgl. ebenda, S. 216 ff., 278 Anm. 14 und S. 312.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in die Bundesrepublik hinübergetragen habe[142]. Betrachtet man die Dokumente nur für sich, ist diese Interpretation durchaus schlüssig, zieht man jedoch den Kontext hinzu, verliert sie an Konsistenz. Plausibler als die in den frühen Jahren der Weimarer Republik ausgeprägte außenpolitische Konzeption Adenauers ist die These, daß Adenauer erstens bis in den Januar 1924 hinein eine ununterbrochene und aussichtslose Notlage wahrnahm, die verwirrende Haltung der Reichsregierung ihn zweitens in seiner Skepsis über die Zuverlässigkeit der Berliner Zentrale bestärkte und er drittens seit November französische Gesprächsbereitschaft erkannte. Diese drei Faktoren bewogen ihn, den französischen Gesprächsfaden aufzunehmen und als „Verzweiflungsschritt in größter Not" unter Kompromissen daran anzuknüpfen. Möglicherweise entfaltete dieser Verhandlungsprozeß dann seine eigene Dynamik, in die sich Adenauer hineinsteigerte, während er die Tragweite der auch im Rheinland einsetzenden Krisenentspannung zum Jahresende nicht erkannte, bis er am 9. Januar bei der Reichsregierung ein böses Erwachen erlebte.

IV. Ergebnis

Als Gustav Stresemann mitten im Ruhrkampf das Ruder der deutschen Politik übernahm, da konnte es nicht um Konzeptionen gehen, sondern nur um die Liquidierung der Krise. Unter dieser Maßgabe verfolgte er zwei grundlegende Zielvorgaben: erstens sollte die Erhaltung von Reichseinheit und Staat gewährleistet, zweitens das Ruhrgebiet von der Besatzung geräumt werden. Dieses zweite Ziel wurde später zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung herabgestuft. Im Verfolg dieser Vorgaben setzte Stresemann auf zwei Methoden: zum einen signalisierte er Frankreich gegenüber Gesprächsbereitschaft, zum anderen wartete er auf eine angelsächsische Intervention gegen Frankreichs Hegemonialpolitik zu Deutschlands Gunsten. Und deshalb setzte er in den zugespitzten und nach Entscheidungen verlangenden Wochen im September und November immer wieder auf Zeitgewinn. Nach der Überwindung von Ruhrkampf und Rhein-Ruhr-Krise wurde wieder Raum für eigene Initiativen frei. Stresemann entfaltete seine Außenpolitik von Locarno, Genf und Thoiry. Seine Grundmotivation bestand nach allem, was wir wissen, darin, „Deutschland eine vollgültige Großmachtstellung zu sichern", möglicherweise auch im Sinne einer „Vorherrschaft Deutschlands in Europa"[143]. Dabei gewann die „Politik vernünftiger Verständigung"[144] immer mehr an Wert. Im Ruhrkampf hatte es Stresemann nur darum gehen können, die Potentiale in der Hand zu behalten.

[142] Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Der „entmythologisierte" Adenauer, in: HZ 243 (1986), S. 627–637, hier S. 627 f. und 633; ders., Stresemann und Adenauer. Zwei Wege deutscher Politik, in: Aus Reichsgeschichte und Nordischer Geschichte. Festschrift für Karl Jordan, Stuttgart 1972, S. 397–410, hier S. 398 und 405 ff. sowie ders., Rheinlandpolitik, S. 70.

[143] Krüger, Außenpolitik, S. 215 (vgl. auch S. 217) und Eberhard Kolb, Probleme einer modernen Stresemann-Biographie, in: Otmar Franz (Hrsg.), Am Wendepunkt der europäischen Geschichte, Göttingen 1981, S. 107–134, hier S. 127 (vgl. auch S. 128 f.).

[144] Stresemann vor dem DVP-Parteitag am 2. 9. 1926 in Köln, in: PA/AA, NL Stresemann 44, H 162597.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als die Krise im Spätsommer und Herbst 1923 die „britische Insel" Köln erfaßte, wurde Adenauer initiativ. Sein Handeln läßt sich aus den Quellen heraus und heuristisch gesichert vor allem darauf zurückführen, daß er die soziale Krise und den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung von Köln und dem Rheinland abzuwenden suchte. Adenauer hatte nach der Rhein-Ruhr-Krise wenig mit der Reichspolitik zu tun und auf diesem Gebiet auch kaum Ambitionen[145]. Aus seinen umfangreichen Tätigkeiten und Initiativen in Köln und Umgebung läßt sich die Richtlinie seines politischen Handelns als „kommunale Wohlfahrt" mit rheinischem Horizont interpretieren.

In den politischen Auseinandersetzungen der Rhein-Ruhr-Krise nahm das persönliche Verhältnis zwischen Stresemann und Adenauer nachhaltig Schaden. Im Verlauf der nächsten Jahre pflegten sie ein unter Politikern nicht unübliches Verhältnis gegenseitiger Abneigung, deren Bedeutung man aber auch nicht überstrapazieren sollte. Einmal wurde sie politisch relevant: als Stresemann im Mai 1926 die Berufung Adenauers zum Reichskanzler und somit zu seinem Regierungschef verhinderte[146].

Die zweifellos vorhandenen „tief eingewurzelten antipreußischen Animositäten im Rheinland und in Westfalen"[147] verleiten immer wieder zu kollektiven Vorurteilen. Auch Adenauer gilt stets als eingefleischter Antipreuße[148]. Abgesehen davon, daß ein gewisses Maß an regionalen Vorlieben und Antipathien auch ganz menschlich ist, ohne politisch relevant zu sein, läßt Adenauers Politik in der Weimarer Republik auf antipreußische Ressentiments aber nicht schließen. „Rheinländer" war er auf der politischen Bühne als Vertreter einer Kommune und einer Region, nicht als landsmannschaftlicher Folklorist.

Die entscheidenden Bedingungen für Stresemanns und Adenauers Verhältnis waren die institutionellen. Ihre Konflikte waren vor allem die eines Reichskanzlers und Reichsaußenministers, der die Belange des Reiches im Blick hat, und eines Oberbürgermeisters und Vertreters des besetzten Gebietes, der vor allem kommunale Interessen und die der zugehörigen Region verfolgt. Wenn beider Interessen kollidierten, was mitunter zwangsläufig geschah, gerieten auch Stresemann und Adenauer in Konflikt. Dazu mischte sich bei eben diesen beiden eine deutliche persönliche Komponente.

---

[145] Bezeichnenderweise füllt die Akte zum „Schriftwechsel mit dem Reichsministerium des Äußeren 1928" eine Beratung darüber, ob der Kölner Gesangverein „Polihymnia" in London konzertieren solle oder nicht, in: HAStK, 902/3.

[146] Vgl. dazu Adenauers Aufzeichnungen in: Paul Weymar, Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie, München 1955, S. 129–143 und Stresemanns Unterlagen zur Regierungskrise im Mai 1926, in: PA/AA, NL Stresemann 37 und 38, H 161461–483; vgl. Hugo Stehkämper, Adenauer und das Reichskanzleramt während der Weimarer Zeit, in: Ders. (Hrsg.), Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln, Köln 1976, S. 405–431, hier S. 412–420 sowie Felix Hirsch, Stresemann and Adenauer. Two Great Leaders of German Democracy in Times of Crisis, in: Studies in Diplomatic History and Historiography. Festschrift für George P. Gooch, London 1961, S. 266–280, hier S. 268 ff.

[147] Manfred Botzenhart, Reform, Restauration, Krise. Deutschland 1789–1847, Frankfurt a. M. 1985, S. 132.

[148] Auch Willy Brandt (in: Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 37) berichtet die vielzitierte Legende, Adenauer habe auf dem Weg nach Berlin ab Magdeburg die Vorhänge seines Eisenbahnabteils zugezogen. Belegbar ist das allerdings kaum.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwei Episoden aus den Jahren 1925 und 1927 mögen diese These noch einmal bekräftigen. Adenauer äußerte sich immer wieder kritisch über die Locarno-Verträge von 1925. Wie „dieses Unstete und Schaukelnde an der deutschen Außenpolitik, die Art, wie diese Politik gemacht werde"[149], lehnte er Stresemanns Außenpolitik dauerhaft ab. Dabei lag Stresemanns Verständigungspolitik mit Frankreich substantiell nicht weit weg von der Politik, die Adenauer 1923 gefordert hatte, und auch nicht weit weg von Adenauers eigener Frankreichpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Seine Haltung erklärt sich aber recht einfach, wenn man bedenkt, daß Stresemanns Verständigungspolitik keine greifbaren Erfolge für die Stadt des Kölner Oberbürgermeisters erbrachte.

1927 übte der Reparationsagent Parker Gilbert „heftigste Kritik an der deutschen Finanzgebarung"[150]. Auch Stresemann kritisierte die kommunale Prachtentfaltung der deutschen Städte. Gerade Adenauer hatte in Köln durch Anleihen auf dem ausländischen Kapitalmarkt erhebliche öffentliche Investitionen getätigt. Die Folgen waren ein Januskopf: auf kommunaler Ebene wirkten sich all diese Maßnahmen stabilisierend aus, führten aber zu einer hohen Verschuldung der Stadt Köln und erweckten im Ausland den Eindruck deutschen Überflusses. Das mußte, so fürchtete Stresemann, die Argumentation der Reichsregierung unglaubwürdig machen, bei prinzipieller Zahlungswilligkeit auf Dauer nicht zahlungsfähig zu sein, und somit die offizielle deutsche Reparationspolitik unterminieren[151]. Für den Kölner Oberbürgermeister indes war die Regelung der Reparationen von untergeordneter Bedeutung gegenüber dem Aufblühen der Stadt Köln.

Die Ebene der außenpolitischen Konzeption, die Stresemann und Adenauer entzweit haben könnte, trägt wenig bei zum Verständnis ihres Verhältnisses. Stresemann wird 1923 zwar auch über den Tag hinausgehende außenpolitische Vorstellungen gehabt haben, diese standen angesichts dringend erforderlichen Krisenmanagements allerdings nicht auf der Tagesordnung. Adenauer besaß normale und unverbindliche Grundvorstellungen von Außenpolitik, wie sie jeder (Oberbürgermeister) hat.

Karl Dietrich Erdmanns These, er habe eine ausgeprägte außenpolitische Konzeption oder gar „eine in die Zukunft weisende Vision" entwickelt, für die „damals die Zeit noch nicht reif" gewesen sei[152], ist zu hoch gegriffen. Sechs Gründe sprechen gegen die Annahme dieser außenpolitischen Konzeption: 1) Adenauers Rheinbundesstaatspläne traten erst in dem Moment auf, als Köln direkt von der Krise erfaßt war, und dieser Zusammenhang ist nicht nur chronologisch, sondern kausal. Die Rheinbundesstaatspläne waren und blieben an die Krise gebunden, waren Krisenreflex. 2) Sie waren in sich

[149] Weymar, Adenauer, S. 132; vgl. das Protokoll über die Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Locarno-Konferenz am 21. 10. 1925, in: AdR Luther I und II, bearb. von Karl-Heinz Minuth, 2 Bde., Boppard 1977, S. 789–792; vgl. auch Schwarz, Aufstieg, S. 307.

[150] Stresemann, Vermächtnis III, S. 262; vgl. dazu William C. McNeil, American Money and the Weimar Republic. Economics and Politics on the Eve of the Great Depression, New York 1986, S. 183 ff. und 278 ff.

[151] Vgl. den Brief Jarres' an Stresemann vom 11. 11. 1927, in: PA/AA, NL Stresemann 61, H 166672 und den Brief Stresemanns an Jarres vom 24. 11. 1927, in: Stresemann, Vermächtnis III, S. 263 f.

[152] Erdmann, Der „entmythologisierte" Adenauer, S. 628.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht schlüssig, sondern wie alle übrigen Krisenbekämpfungsstrategien aporetisch. 3) Nach dem 23. Januar verschwanden die Rheinbundesstaatspläne unvermittelt wieder für die gesamte Dauer der Weimarer Republik. 4) Adenauer lehnte Stresemanns Westverständigungspolitik dauerhaft ab. Was mit der These einer Konzeption Adenauers nicht vereinbar ist, läßt sich in zweiter Linie aus persönlichen Vorbehalten Adenauers gegenüber Stresemann, in erster Linie aber aus institutionell-kommunalen Motiven schlüssig erklären. 5) Der relativ geringe außenpolitische Informationsgrad Adenauers[153] läßt auf eine wenig ausgiebige Beschäftigung mit Außenpolitik schließen und spricht wiederum gegen eine ausgereifte Konzeption. 6) Adenauer selbst erinnerte sich gute vierzig Jahre später[154] nicht an Konzeptionen, vielmehr hatte sich bei ihm die Erinnerung an die Rettung des Rheinlandes verfestigt, was sicher seiner eigenen Wahrnehmung von 1923 entspricht.

Auch eine separatistische Motivation Adenauers (Henning Köhler) läßt sich nur mit einseitig vorurteilenden Hypothesen belegen und ist nicht haltbar. Wenn Hans-Peter Schwarz Adenauers Pragmatismus in seinen Auseinandersetzungen mit Stresemann in den Mittelpunkt rückt, dann hat er zwar recht, doch der kommunalpolitische Antrieb seiner Politik war mehr als das. Man sollte den Mitt- und Endvierziger Adenauer als denjenigen ernst nehmen und begreifen, der er nicht zuletzt qua Selbstverständnis so augenscheinlich war[155]: Kölner Oberbürgermeister – und somit engagierter Kommunalpolitiker wie auch Mitglied einer gesellschaftlich-politischen Funktionselite. Begreift man seine Politik in der Weimarer Republik von dieser Grundmotivation aus, dann erklärt sie sich durchgehend schlüssig. Und dann erübrigen sich die logischen Zwangslagen, die sich stellen, will man ihn als praefigurierten Außenpolitiker oder als opportunistischen Separatisten begreifen. „Kommunale Wohlfahrt", wie er sie verstand, war Adenauers Antrieb in seinem Amt als Oberbürgermeister der größten Stadt im Rheinland. Und kaum jemand hat das genauer auf den Punkt gebracht als Gustav Stresemann, sein alter Widersacher von 1923: „Persönlich ist Adenauer für Köln unzweifelhaft glänzend, ob immer im Reichsinteresse handelnd, wohl zu bezweifeln. Wundervoll war das Frühstück im Rathaus und die prunkvolle Art der Tafel. Die Oberbürgermeister des heutigen Deutschlands sind in Wirklichkeit neben den Großindustriellen die Könige der Gegenwart."[156]

---

[153] Adenauer sprach im Zusammenhang des Dawes-Plans und der Locarno-Verträge selbst davon, „ohne Kenntnis der inneren Vorgänge" zu sein, in: Weymar, Adenauer, S. 132 f.

[154] Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Unterredung mit Konrad Adenauer, Dienstag 9. 3. 1965, Bundeshaus, 10.30–12.00 Uhr, in: Klett Cotta. Die ersten zehn Jahre 1977–1987, Stuttgart 1987, S. 188.

[155] Vgl. zum methodischen Ansatz der Interpretation von Politikerkonzeptionen Otto Pflanze, Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, in: HZ 234 (1982), S. 561–599, der darauf hinweist, daß die vom Historiker festgestellte Programmatik auch mit der betreffenden Person übereinstimmen soll.

[156] Tagebuchnotiz Stresemanns vom 16. Mai 1925, in: Stresemann, Vermächtnis II, S. 300.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

KLAUS-DIETMAR HENKE

ZU NUTZUNG UND AUSWERTUNG DER UNTERLAGEN DES STAATSSICHERHEITSDIENSTES DER EHEMALIGEN DDR

Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist zunächst und vor allem Gegenwartsbewältigung. Die Menschen sind gezwungen, ihren Weg in und aus den Trümmern eines alten Regimes zu finden, manchmal weitgehend auf sich gestellt, wie nach 1989 in den ehemaligen Ostblockländern, manchmal unter der positiven Kontrolle des Feindes von gestern, wie in Westdeutschland, Italien und Japan nach 1945.

Gegenwartsbewältigung durch Auseinandersetzung mit dem Vergangenen bedeutete nach dem Umbruch im Europa der achtziger Jahre in vielem nichts prinzipiell anderes als nach dem Zweiten Weltkrieg: Auflösung des alten Herrschaftsapparates, Entfernung der regimenahen Eliten aus politischen und gesellschaftlichen Schlüsselpositionen des neuen Staatswesens, Strafverfolgung von Tätern, die gegen Recht und Menschenrechte verstoßen hatten, Rehabilitierung und Entschädigung der Verfolgten, Ehrung der Opfer und der Märtyrer des Widerstandes, zugleich die demonstrative Konfrontation von Ideologie und zur Schau getragenem Selbstverständnis des Regimes mit der Lebenswirklichkeit von Bevölkerung und Führungsclique. Nach aller historischer Erfahrung ist dieser Gang hinter die Potemkinschen Fassaden und – falls sie gerettet werden konnten – in die geöffneten Geheimarchive ein wesentliches Element nachhaltiger Delegitimierung des überwundenen Systems.

Deutschland, wo dem Staatssozialismus mit dem Sozialismus auch der Staat abhanden kam, befand und befindet sich nach 1989/90 in einer einfacheren Lage als die übrigen Länder des einstigen „Nomenklatura-Sozialismus“[1] und in einer sehr viel einfacheren als nach der Vernichtung des menschheitsfeindlichen Hitler-Regimes, das lange viel Zustimmung von seinen „Volksgenossen“ erfahren hatte. Die Bundesrepublik, die neben ihrer Erfolgsgeschichte West seit dem 3. Oktober 1990 auch eine 40jährige kommunistische Epoche zu ihrer Geschichte zu rechnen hat, konnte als insgesamt prosperierende offene Gesellschaft die Auseinandersetzung mit der DDR-Hinterlassenschaft vergleichsweise selbstsicher aufnehmen. Anders als in Polen oder Rumänien, der ehemaligen Tschechoslowakei oder der früheren Sowjetunion, würden aus einer ernsthaften, ja radikalen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit hier, soviel schien immer garantiert, keine legitimations- oder konsensgefährdenden Verwerfungen entstehen

[1] Ralf Dahrendorf, Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart 1990, S. 119.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

können. Die deutsche Sondersituation, die Entschlossenheit der Bürgerbewegung, der politische Wille der einzigen frei gewählten Volkskammer und dann des Deutschen Bundestages sowie – nicht zu unterschätzen – die alles in allem zwiespältige Erfahrung im Umgang mit der „ersten Vergangenheit" nach 1945 schufen Bedingungen für die politische und historische Aufarbeitung, die in anderen postkommunistischen Ländern nicht gegeben sind.

Es bedürfte nicht der Feststellung, daß der ostdeutsche Staatssicherheitsdienst nicht Herr der DDR-Geschichte, sondern als „Schild und Schwert der Partei" lediglich das freilich wohl wichtigste Herrschaftsinstrument der SED gewesen ist[2], stünde diese geheimpolizeiliche Schattenarmee in der öffentlichen Debatte derzeit nicht im Mittelpunkt der deutschen Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Erbe. Diese Fokussierung, darauf ist wiederholt hingewiesen worden, birgt die Gefahr einer Verkehrung der historisch-politischen Verantwortlichkeit und letztlich einer Verharmlosung der SED-Politbürokratie, sie ergab sich aber gewissermaßen von selbst aus dem besonderen deutschen Weg im Umbruch 1989/90 und danach. Die Protagonisten der ostdeutschen Demokratiebewegung und aufgebrachte Bürger haben eben nicht – gewissermaßen in Sorge um die Austarierung kommender Geschichtsbetrachtung – die Kreis- und Bezirksleitungen der SED, sondern sie haben ab Anfang Dezember 1989 die Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen des MfS und am 15. Januar 1990 dann das Ministerium für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg selbst besetzt. Voraussetzung für Selbstbefreiung und Neuanfang waren für sie die Abschaltung des Repressionsapparates und der Zutritt zur eigenen Geschichte über die millionenfach angelegten Überwachungs-, Verrats- und Verfolgungsdossiers. Spätestens das heftige Tauziehen um die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in den beiden Jahren zwischen dem Sturz der Honecker-Regierung Ende 1989 und der Verabschiedung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes Ende 1991 machte deutlich, daß der Kampf für einen adäquaten Umgang mit der Hinterlassenschaft des MfS „Kern der Revolution von 1989"[3] war.

*

In den seit 1990 getroffenen rechtlichen Regelungen ist dieser Kern bewahrt. Bereits das nahezu einstimmig verabschiedete Volkskammergesetz vom 24. August 1990 verhinderte die von führenden Exponenten der de Maizière-Regierung und anderen favorisierte Sperrung bzw. Vernichtung der Akten und nannte in seinem § 1 als Gesetzeszweck auch schon „die politische, historische und juristische Aufarbeitung" der

[2] Instruktiv nach wie vor die Arbeiten Karl Wilhelm Frickes, zuletzt komprimiert in dem Aufsatz „Das Ministerium für Staatssicherheit als Herrschaftsinstrument der SED", in: Klaus Schönhoven, Dietrich Staritz (Hrsg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 399ff.

[3] So der sächsische Justizminister Steffen Heitmann in seinem Geleitwort zu dem Kommentar von Hansjörg Geiger und Heinz Klinghardt, Stasi-Unterlagen-Gesetz mit Erläuterungen für die Praxis, Köln 1993, S. V.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MfS-Tätigkeit[4]. Der Einigungsvertrag stellte dann eine Regelung durch den Bundestag in Aussicht, die die Grundsätze des Volkskammergesetzes umfassend berücksichtigen sollte. Bis dahin wurden die Unterlagen in die Obhut des „Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes" gegeben. Der von der Volkskammer hierfür nominierte Abgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS, Joachim Gauck, trat mit dem Tag der Vereinigung am 3. Oktober 1990 sein Amt an. Aktenzugang war danach ein gutes Jahr lang nur in eng definierten Ausnahmefällen möglich[5].

Während beim Sonderbeauftragten erste behördliche Erfahrungen beim Umgang mit dieser Hinterlassenschaft gesammelt wurden, entspann sich 1991 eine intensive politische und fachliche Debatte darüber, wie die „Grundsätze, die bei der Herstellung der Demokratie im Osten konstitutiv waren"[6], am besten in Rechtsform zu gießen wären. Als Herzstück des neuen Gesetzes galt immer das Recht der von Ausspähung, Gängelung und Terrorisierung Betroffenen auf Zugang zu dem über sie angehäuften Herrschaftswissen. Daneben sollten die Unterlagen zu Zwecken der Rehabilitierung, der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung sowie zur Identifizierung von hauptamtlich oder inoffiziell für den Sicherheitsdienst tätigen Personen dienen; eine *Entscheidungskompetenz* bei den bald einsetzenden Überprüfungsverfahren war für den Bundesbeauftragten niemals vorgesehen. Gesetzesziel war es immer auch, durch Zusammenführung aller Geheimdienstakten in staatliche Hand und die gleichzeitige Schaffung einer verläßlichen Auskunftsregelung politischem oder privatem Mißbrauch der Dossiers, falschen Beschuldigungen und Verleumdungskampagnen (wie sie in den ehemaligen Ostblockländern von Zeit zu Zeit das Klima vergiften) einen Riegel vorzuschieben. Schließlich mußte dem bereits im Volkskammergesetz niedergelegten Willen zur „Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes" – so die stehende Formulierung in den Texten und Debatten 1990/91 – Genüge getan werden. Dabei hatte das neue Gesetz die Balance zu halten zwischen dem Aufklärungsinteresse des einzelnen sowie der Gesellschaft einerseits und den aus den allgemeinen Persönlichkeitsrechten abgeleiteten schutzwürdigen Interessen derjenigen, die Opfer oder auch Täter gewesen sind.

Am 29. Dezember 1991 trat das neun Tage zuvor vom Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedete „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz: StUG)" in Kraft[7]. Mit dieser präzedenzlosen Rechtsschöpfung wurde völliges

[4] Zit. nach Klaus Stoltenberg, Stasi-Unterlagen-Gesetz. Kommentar, Baden-Baden 1992, S. 479, der die Genese der rechtlichen Regelungen umfassend dokumentiert.

[5] Über Entstehung, Auftrag und Arbeitsergebnisse der Behörde informiert der „Erste Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik" vom 1.7. 1993, o. O. (Berlin).

[6] So Joachim Gauck in der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen im Innenausschuß des Bundestages am 27. 8. 1991; zit. nach Stoltenberg, Kommentar, S. 439.

[7] Bundesgesetzblatt, Jg. 1991, Teil II, S. 2272ff. Als Kommentare sind des weiteren zu nennen: Schmidt/Dörr, Stasi-Unterlagen-Gesetz. Kommentar für Betroffene, Wirtschaft und Verwaltung, Köln 1993; Johannes Weberling, Stasi-Unterlagen-Gesetz. Kommentar, Köln 1993.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Neuland betreten und zugleich die Grundlage für Aufbau und Tätigkeit der Behörde des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik" mit ihren 14 Außenstellen gelegt. In seinem ersten Tätigkeitsbericht an den Bundestag vom 1. Juli 1993 erklärt der Bundesbeauftragte, das StUG habe sich bewährt und seine Anwendung funktioniere. Vor allem aber sei es von den öffentlichen und anderen nutzungsberechtigten Institutionen, von der Forschung, von den Medien und gerade auch vom einzelnen Bürger „angenommen" worden. Die Akzeptanz der neuen Regelung zeigte sich nicht zuletzt darin, daß bis Mitte 1993 insgesamt knapp 1,8 Millionen Anträge und Ersuchen gestellt wurden (über 600 000 Anträge auf persönliche Akteneinsicht, knapp ein Drittel davon erledigt; über 1,1 Millionen Anträge auf Überprüfung, mehr als ein Drittel davon erledigt).

Dessenungeachtet bleibt diese Form der Annäherung an die eigene Geschichte selbstverständlich umstritten und prominentes Thema der öffentlichen Debatte: „Private und öffentliche Kontroversen waren vorhersehbar und sind tatsächlich eingetreten", heißt es im Tätigkeitsbericht[8], „gelegentlich mit Einschüben von Hysterie einerseits und Wahrnehmungsverweigerung andererseits. Die von manchen prognostizierte Selbstjustiz der Betroffenen hat es nicht gegeben. Einige Kritiker nehmen die öffentlichen Auseinandersetzungen zum Anlaß, Schluß der Debatte zu fordern und damit eine Veränderung der gesetzlichen Grundlagen. Sie übersehen dabei jedoch den politischen Wert einer kontroversen Diskussion über Haltungen und Tatbestände, die zu Zeiten der Diktatur das gesellschaftliche und private Leben geprägt haben. Die manifesten Entfremdungserscheinungen der Vergangenheit bedürfen wie die persönlichen Verstrickungen der Erinnerung und erörternder Bearbeitung, gelegentlich auch strafrechtlicher Würdigung. Das Verlassen einer derartigen Option käme einer Mißachtung der Freiheits- und Persönlichkeitsrechte gleich, die unser Grundgesetz als maßgeblich ansieht und an die zahllose Bürger der ehemaligen DDR geglaubt und für die viele gekämpft haben. Es würde bedeuten, die Opfer zu vergessen. Wie soll die Mehrheit der Unterdrückten mit der Minderheit der Unterdrücker anders als kontrovers über eine derartige Vergangenheit diskutieren?" Weiter heißt es im Tätigkeitsbericht der Behörde: „So wird der gegenwärtige Dissens als Normalfall der Begegnung mit der Vergangenheit zu werten sein. Er schließt eine Suche nach dem inneren Frieden nicht aus, sondern ausdrücklich als angestrebtes Ziel ein. Eine Konsensbildung ohne Auseinandersetzung ist gegenwärtig also weder denkbar noch wünschenswert. Wünschenswert ist die dem Thema angemessene Streitkultur und die Bereitschaft, komplizierte Aufgaben nicht deshalb zu unterlassen, weil entweder der Neuigkeitswert nachgelassen hat oder aktuelle Widerspruchslagen dieses Thema in der öffentlichen Aufmerksamkeit überdecken." Soweit das Fazit des Bundesbeauftragten Mitte 1993.

*

[8] Erster Tätigkeitsbericht, S. 10.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Grundlage der individuellen, politischen und historischen Auseinandersetzung mit den Methoden und der Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes, der unter massenhaftem Bruch auch von DDR-Recht zugleich als politische Geheimpolizei, als Untersuchungsorgan bei Straftaten und als geheimer Nachrichtendienst fungierte (Ende 1988 hatte er über 100 000 der inzwischen berühmten inoffiziellen und an die 100 000 hauptamtliche Mitarbeiter), ist die vom Bundesbeauftragten verwahrte archivalische Hinterlassenschaft des MfS.

Sie umfaßt 178 km Schriftgut, 9 km davon allein Karteien; über 1 Million Fotopositive und -negative, Dias; 4000 Videokassetten und Filmspulen; über 180 000 Tonbänder und Schallplatten. Teile dieser Materialien sind noch in dem ungeordneten Zustand der Umbruchsmonate und damit selbst für die Mitarbeiter der Behörde nicht zugriffsfähig. Orientierung in den Aktenbergen boten dem MfS vor allem seine Karteien und die im Februar/März 1990 im Einvernehmen von Demokratiebewegung und DDR-Regierung leider vernichteten Datenträger der Zentralen Personendatenbank. Das komplette Universum sämtlicher Informationen war aus Gründen der internen Konspiration aber auch zu Zeiten des MfS nie von einem einzigen Punkt aus abrufbar[9]. Es gab eine zentrale Personenkartei, die „F 16" (so benannt nach dem entsprechenden Formblatt), mit Angaben zu Personen, für die das MfS sich aus irgendwelchen Gründen interessierte. Sie umfaßt 6 Millionen Karteikarten. Dennoch enthält sie nicht annähernd alle Personen, zu denen das MfS Informationen besaß. Ein Eintrag in dieser Kartei besagt noch nicht einmal, ob die verzeichnete Person *Opfer* oder *Mitarbeiter* der Staatssicherheit war. Die „F 16" verweist auf andere Karteien, z. B. auf die Vorgangskartei „F 22", in denen Personen nur mit Decknamen und als Registriernummern mit Verweis auf bestimmte Diensteinheiten des MfS geführt werden. Oft bleibt auch nur der Weg über die „dezentralen Karteien": Das sind Karteien, die die einzelnen Diensteinheiten des MfS für ihren jeweiligen Arbeitsbereich angelegt hatten. 82 davon sind allein im Zentralarchiv inzwischen erschlossen (z. B. Firmenkarteien, spezielle Personenkarteien, Deckadressenkarteien u. ä.), andere befinden sich noch in ungeordnetem Zustand; viele Akten und Vorgänge müssen durch von der Behörde neu erarbeitete Findhilfsmittel inhaltlich erschlossen werden. Dies mag verdeutlichen, daß es sich bei den „Archiven" des Bundesbeauftragten nicht um Archive im herkömmlichen Verständnis handelt – es sind Geheimdienstspeicher – und daß es nicht nur aus rechtlichen und politischen, sondern auch aus praktischen Gründen ausgeschlossen ist, den unterschiedlichen Nutzern den direkten Zugang zu den „Findhilfsmitteln" (oder gar den Akten selbst) so unkompliziert zu ermöglichen, wie sie es sich – zumal die Zeithistoriker! – wünschen würden.

In den Beständen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes finden sich neben den häufig überaus ergiebigen Täterakten („IM-Vorgänge") und Opferakten („Operative Vorgänge") im engeren Sinne natürlich in großer Zahl auch Befehle, Protokolle, „Informationen", „Maßnahmepläne", Fernschreiben, Tonbandabschriften, Strukturscheme-

[9] Vgl. ebenda, S. 7 f. und S. 23 ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mata etc. Von besonderem Interesse für den Historiker sind u. a. die übergreifenden Analysen und Lageberichte der „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe" (ZAIG), dem Nervenzentrum des Sicherheitsdienstes; Materialien wie etwa die ca. 30seitige „Wochenübersicht Nr. 23/89" vom 5. Juni 1989 oder die 9seitige „Information über beachtenswerte Erscheinungen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR" vom 17. Mai 1984[10]. Die vom Sicherheitsdienst selbst „archivierten" Vorgänge sind so gut wie vollständig erschlossen. Jedoch ist bislang erst gut ein Zehntel jenes vorwiegend sachbezogenen, für den Historiker nicht minder bedeutsamen, bis zum Schluß „operativ erforderlichen" Schriftgutes erschlossen, das sich in den einzelnen Diensteinheiten befand und zu Zeiten des MfS nicht archiviert worden war. Hier waren im Frühsommer 1993 beispielsweise von den 860 laufenden Metern der ZAIG 204 m erschlossen, von 703 Metern Schriftgut der Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft)[11] derzeit etwa zehn Prozent. Für die Hauptabteilung XX, die bei der Bekämpfung der Opposition und der Ausforschung, Unterwanderung und heimlichen Steuerung etwa im kirchlichen, universitären oder kulturellen Bereich eine maßgebliche Rolle spielte, gilt Ähnliches. Dabei darf freilich weder aus dem Auge verloren werden, in welch disparatem Zustand die Materialien 1989/90 teilweise geborgen werden mußten (beispielsweise 17 200 Säcke „vorvernichteten" Materials: zum Teil nur noch Papierschnipsel), noch auch die Tatsache, daß die vom Bundesbeauftragten verwahrten Unterlagen zu sämtlichen im StUG genannten Zwecken aufbereitet werden müssen – die Zeitgeschichtsforschung ist nur einer davon.

*

Ganz in der Tradition des Volkskammergesetzes vom August 1990 sieht das mit breiter Mehrheit verabschiedete StUG die Verwendung der MfS-Unterlagen auch dafür vor, „die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes zu gewährleisten und zu fördern" (§ 1 Abs. 1). Näher bestimmt sind die daraus resultierenden Aufgaben in § 37 Abs. 1 Nr. 5, Nr. 6, Nr. 8 des Gesetzes: „Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffent-

[10] Erste Quelle: Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Zentralarchiv, ZAIG, Nr. 4595; zweite Quelle zit. nach Walter Süß, Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, Berlin 1993, S. 60 (BStU, Abteilung Bildung und Forschung, Reihe B, Analysen und Berichte, Nr. 1/93). In derselben Reihe erschien als Nr. 2/93: Helmut Müller-Enbergs, Das Zusammenspiel von Staatssicherheitsdienst und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976.

[11] Zu Struktur und Aufgabenstellung der einzelnen Diensteinheiten des MfS vgl. die Publikation des Bundesbeauftragten: Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. Vorläufiger Aufriß nach dem Erkenntnisstand von Juni 1993, Berlin 1993 (BStU, Abteilung Bildung und Forschung, Reihe A, Dokumente, Nr. 2/93). In derselben Reihe erschienen: Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Richtlinien, Befehle, Direktiven (Nr. 1/92) sowie als Nr. 1/93: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit".

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichkeit über *Struktur, Methoden* und *Wirkungsweise* des Staatssicherheitsdienstes"[12]; „Unterstützung der Forschung und der politischen Bildung bei der historischen und politischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Gewährung von Einsicht in Unterlagen und Herausgabe von Duplikaten von Unterlagen"; „Einrichtung und Unterhaltung von Ausstellungszentren". Die §§ 32, 33, 34 regeln im einzelnen, welche Unterlagen für die politische und historische Aufarbeitung bzw. den Medien zur Verfügung gestellt und welche Informationen veröffentlicht werden dürfen.

Zur Umsetzung seines Auftrages zur historischen Aufarbeitung der MfS-Tätigkeit richtete der Bundesbeauftragte die Fachabteilung „Bildung und Forschung" (BF) ein. Nach dem Organisationsplan der Behörde hat sie folgende Aufgaben: „Aufarbeitung der Stasi-Tätigkeit, Unterstützung der politischen Bildung, wissenschaftliche Forschung". Mitte 1993 arbeiteten in der Abteilung 83 Mitarbeiter (davon 15 etatisierte und 5 temporäre wissenschaftliche Mitarbeiter des höheren Dienstes). Für BF ergeben sich eine Reihe spezieller Verpflichtungen, die alle Bereiche der Tätigkeit betreffen, namentlich auch die Forschung, ohne die eine sachgerechte Behandlung der Anträge auf Akteneinsicht und eine kompetente politische Bildungsarbeit unmöglich wäre. Das Feld der Forschung ist auf die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes und die davon mittelbar oder unmittelbar berührten Institutionen, Politik- und Lebensbereiche *eingegrenzt*. Wo diese Grenze jeweils verläuft, ergibt sich aus der an den anerkannten Standards der Zeitgeschichtswissenschaft zu messenden methodischen und inhaltlichen Anlage des jeweiligen Forschungsvorhabens. Bestimmend für das Programm der Abteilung sind „MfS und ..." -Themen, nicht jedoch Gegenstände der allgemeinen DDR-Geschichte wie, zum Beispiel, die Wohnungspolitik in der Honecker-Ära. Sodann ist die *Unterstützung* der externen Forschung, der politischen Bildung und der Medien ein wesentliches, vom Bundestag im Gesetz explizit verankertes Aufgabenfeld. Daraus wie schon aus dem direkten Aktenzugang ergibt sich für die Abteilung BF die Verpflichtung, die Zeitgeschichtswissenschaft nicht nur optimal zu bedienen, sondern insbesondere auch, Konkurrenten auf demselben Themenfeld keinesfalls administrativ zu benachteiligen.

Für die an den Unterlagen des MfS Interessierten (das kann ein historisch arbeitender Privatmann, der die Veröffentlichung seiner Ergebnisse beabsichtigt, ebenso sein wie ein Institut) ist wichtig zu wissen, daß die Geheimdienstmaterialien nur zur Verfügung gestellt werden können, wenn sich das Vorhaben auf das Wirken des MfS bezieht. Unzulässig wären freilich Vorhaben, bei denen Forschung offensichtlich in „Ausforschung" umschlagen würde, d. h. wenn mit einem Antrag auf Aktenzugang die gesetzlich bestimmten „Verwendungsschranken etwa beim Kreis zulässigerweise zu überprüfenden Personen" (um ein Beispiel zu nehmen) umgangen werden würden[13]. Für den Benutzer mitunter bitter sind die „Schwärzungen" auf den ausgehändigten Duplikaten, die nach den strengen Vorschriften zur Anonymisierung von personenbezoge-

[12] Hervorhebung vom Verfasser.

[13] Vgl. Geiger/Klinghardt, Stasi-Unterlagen-Gesetz, S. 136; Zitate ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen Daten zu behandeln sind. Hier ist es unmöglich, allen konkurrierenden Interessen zugleich gerecht zu werden. Dem Historiker bleibt meist mehr verschlossen, als ihm lieb sein kann. Dem ehemaligen Mitarbeiter des Geheimdienstes, der seines Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung selbstverständlich nicht völlig entkleidet werden darf, oder gar einem Opfer, das seinerzeit zugleich Person der Zeitgeschichte gewesen ist, erscheinen die Rechte der Forschung und der Presse dagegen möglicherweise als überzogen; gänzlich aufzulösen ist das Spannungsverhältnis zwischen dem öffentlichen Informationsinteresse und dem Recht des einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung nicht.

Kritiker übersehen gelegentlich die Tatsache, daß das Faktum einer MfS-Mitarbeit grundsätzlich nicht „schutzbedürftig" ist und so trotz juristischer Barrieren wesentliche Informationen zur Verfügung stehen, daß ferner die Schwärzungspraxis keine Erfindung des deutschen Gesetzgebers ist (für amerikanische Geheimdienstakten, soweit sie überhaupt zugänglich sind, gelten ähnliche Regelungen), daß, drittens, eine Anonymisierung personenbezogener Daten nicht erfolgt, wenn die in den Akten genannte Person die Offenlegung billigt. Die Kritiker übersehen auch, daß der Historiker, viertens, die noch immer viel zu wenig genutzte Möglichkeit hat, sich an durch das MfS Ausgespähte zu wenden, die von den in „ihren" Akten gesammelten Informationen einen kaum eingeschränkten Gebrauch machen können. Vergessen wird, fünftens, überdies gerne, daß immerhin die übliche 30-Jahre-Sperrfrist bei den MfS-Akten nicht zur Anwendung gelangt ist und daß, sechstens, viele historisch wertvolle Dokumente vorliegen, die kaum personenbezogene Informationen enthalten und deshalb voll verwertbar sind. Ruft man sich die Zugangspraxis zu vergleichbar sensiblen Dokumenten in anderen Ländern und zu anderen Zeiten in Erinnerung, vergegenwärtigt man sich überdies manche Empfehlung auf Aktenvernichtung oder -sperrung vor Verabschiedung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes sowie dessen breiten Anwendungsbereich, so mag das Verständnis für die Besonderheiten beim Zugang zu den MfS-Akten wachsen. Selbst für die Regelung des § 32 StUG, nach der Informationen zu Personen der Zeitgeschichte, Inhabern politischer Funktionen oder Amtsträgern in Ausübung ihres Amtes nur zur Verfügung gestellt bzw. veröffentlicht werden dürfen, „soweit sie nicht Betroffene oder Dritte sind", hat sich inzwischen eine Anwendungspraxis herausgebildet, die weniger restriktiv ist als ursprünglich vermutet. Generell gehen den Anträgen aus der Wissenschaft und der Medien freilich die persönliche Akteneinsicht und die Überprüfung auf MfS-Mitarbeit vor.

Insgesamt gingen 1992 in der Abteilung Bildung und Forschung ungefähr 1500 Anträge ein, die Mehrzahl bezog sich auf Forschungsvorhaben. Die Antragsflut steigt, der Aktenhunger der Zeitgeschichtsforschung wächst zunehmend. Antragsteller aus der Wissenschaft müssen derzeit bereits mit Wartezeiten von bis zu einem Jahr rechnen, bevor die Bearbeitung beginnt. Die personelle Kapazität der Abteilung reicht längst nicht mehr aus, doch selbst bei optimaler Ausstattung wird die, gewissermaßen, strukturelle Unzufriedenheit beider Seiten, der Bearbeiter wie der Nutzer, niemals völlig abgebaut werden können. Weithin unbekannt ist den Antragstellern, so zeigt die Erfahrung, mit welchem Aufwand die Bearbeitung auch nur eines einzigen Antrags oftmals

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verbunden ist[14]. So sind zumeist mehrere persönliche Beratungsgespräche zu führen, um über die Besonderheiten der Archivalien und die erfolgversprechendsten Recherchewege zu informieren; über den richtigen Einstieg kann sich der Benutzer, der keinen eigenen Zugang zu den Findmitteln hat, naturgemäß kaum eine zutreffende Vorstellung machen. Dank der guten Erschließungsfortschritte in den Archiven werden nicht selten auch zu eng begrenzten Themen Dutzende von Akten ermittelt, die dann sorgfältig durchzusehen, zu kopieren und zu anonymisieren sind. Die Antragsteller wenden sich in der Regel mit wachsender Kenntnis der Materialien und Arbeitsweise des MfS mit weiteren, detaillierten Wünschen an die Abteilung.

Nach Eingang eines zulässigen Antrages wird von BF bei der Behörden-Abteilung „Archivbestände" die Sach- und Personenrecherche eingeleitet. Auf der Basis der Archivauskunft sind erneut Beratungsgespräche mit dem Antragsteller zu führen, u. a. um ihm weitere Hinweise zu geben. Im Anschluß an die Vorbereitung der Quellen beginnt dann die Akteneinsicht, nicht selten als ständig wiederkehrender Termin. Auch hierbei wird der Benutzer auf Wunsch beraten, um den günstigsten Weg für weiterführende Recherchen zu finden – ergeben sich aus der Lektüre doch fortwährend neue Erkenntnisse, die wiederum in neue Anträge auf Akteneinsicht münden. Die Aktenmenge, die für einen einzigen Antrag durchzusehen ist, wird immer größer, je besser die Bestände erschlossen sind. Die Recherche fördert immer wieder auch Sachverhalte zutage, die den Verdacht einer Straftat hervorrufen. Das ist nach § 27 StUG der zuständigen Staatsanwaltschaft zu melden, die dann – bisher in einigen wenigen Fällen – die vom Antragsteller gewünschte Akte bis zum Abschluß des Verfahrens sperrt. Trotzdem konnten beispielsweise in den Monaten März und April 1993 über 200 persönliche und mehr als 1000 telefonische Beratungsgespräche geführt, weit über 1000 Aktenbände ausgegeben und beinahe 15 000 Fotokopien ausgehändigt werden; im Antragsbereich Wissenschaft waren es allein im August 1993 nicht weniger als 19 700 Blatt.

*

Zu diesen zentralen Servicefunktionen für Wissenschaft und Medien sowie der politischen Bildungs- und Ausstellungsarbeit – ein anspruchsvolles Terrain, von dem hier nicht nebenher berichtet werden kann – tritt die Eigenforschung. Neben dem vom StUG vorgegebenen Forschungsrahmen muß die wissenschaftliche Arbeit der Abteilung den stark divergierenden Erwartungen einer drängenden Öffentlichkeit sowie dem speziellen Bedarf der beiden anderen Fachabteilungen der Behörde („Archivbestände", „Auskunft, Einsicht und Verwendung") Rechnung zu tragen versuchen. Daß die Forschungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes dennoch genauso gewährleistet bleibt wie bei der freier schweifenden universitären und außeruniversitären Forschung, bedarf nicht der Erwähnung. Gerade Forschungsarbeit, die sich auf politisch erhitztem Terrain bewegt und nach dem Willen des Gesetzgebers in einer oberen Bun-

[14] Vgl. Erster Tätigkeitsbericht, S. 72 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

desbehörde stattfindet, muß in besonderem Maße darauf bedacht sein, sich strikt an den anerkannten Standards der Zeitgeschichtswissenschaft zu orientieren, ihre Ergebnisse der Fachkritik vorzulegen und jegliche tagespolitische Zuspitzung oder gar Instrumentalisierung der MfS-Thematik zu unterlassen. Findet Forschung in einer staatlichen Einrichtung statt, so ist sie nicht deshalb schon „Staatsforschung"; ein „Rückfall in die Voraufklärung"[15], wie launig etikettiert wurde, ist es ebensowenig. Es wird in diesem Zusammenhang überdies manchmal übersehen, daß der Bundesbeauftragte in einem besonderen, der Stellung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz entsprechenden öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis steht und zwar der Dienst-, nicht aber der Fachaufsicht des Bundesministeriums des Innern unterliegt.

Die historische und politische Auseinandersetzung mit der 40jährigen staatssozialistischen Epoche ist Sache einer breiten gesellschaftlichen Debatte. Mitnichten die einzige Einrichtung, die sich dem Teilaspekt der Tätigkeit des DDR-Sicherheitsdienstes widmet, hat die wissenschaftliche Abteilung beim Bundesbeauftragten wegen ihrer erwähnten Servicefunktion für die Forschung und wegen ihres direkten Aktenzuganges gleichwohl eine besondere Funktion. Daraus ergibt sich die Verpflichtung, vorrangig solche Forschungsvorhaben in Angriff zu nehmen, die für das Verständnis von Struktur, Methoden und Wirkungsweise des MfS konstitutiv sind und die, angesichts der Überfülle des Quellenmaterials, am sinnvollsten im Projektverbund bearbeitet werden.

Diese Art Grundlagenforschung konzentriert sich bei BF deswegen auf ein *Generalthema* und auf vier *Hauptprojekte.* Sie können hier nur in Stichworten umrissen werden: Als ihr Generalthema faßt die Abteilung „Bildung und Forschung" die Frage nach dem Verhältnis von Staatssicherheit und SED auf. Es bedarf in seiner Interdependenz, seinem Wandel und vor allem seiner Wirkung auf Staat und Gesellschaft für die Gesamtperiode der SED-Herrschaft und auch für alle Ebenen der DDR-Gesellschaft präziser Analyse und Dokumentation. Unter den Hauptprojekten kommt dem Vorhaben zur Erforschung der Anatomie des MfS besonderes Gewicht zu. Ziel ist hier ein Nachschlagewerk, ein von mehreren Wissenschaftlern gemeinsam zu erarbeitendes „Stasi-Handbuch". Es ist organisationsgeschichtlich angelegt und wird die greifbaren Informationen zu Personal, Struktur, Methoden und zur Entwicklungsgeschichte des MfS enthalten; Tabellen, Verzeichnisse und Organisationsschemata sollen es zu einem Standardhilfsmittel machen. Das zweite Hauptprojekt erforscht Soziologie, Psychologie, Funktion und Aktivitäten der inoffiziellen Mitarbeiter, also des von Erich Mielke wiederholt als „Hauptwaffe" des MfS qualifizierten Spitzel- und Aktionspotentials des Staatssicherheitsdienstes. Entsprechende Analysen zu den hauptamtlichen Mitarbeitern, zu Herkunft, Selbstverständnis, zu Karrieremustern und Typologie mehrerer Generationen erfolgen parallel dazu. Das dritte Hauptprojekt untersucht Potential, Ausdifferenzierung, Aktionen und Wirkungsweise von Opposition und Widerstand in der DDR namentlich zwischen Mauerbau und Regime-Ende; besonderes Augenmerk gilt

[15] So Klaus Schönhoven in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte über die Stasi-Akten auf dem 39. Historikertag 1992, München 1993, S. 114.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dabei der Entstehung und der historischen Rolle der ostdeutschen Demokratiebewegung. Das vierte Hauptprojekt schließlich befaßt sich mit der Sichtung und Aufbereitung der Berichtsmaterialien, die von der „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe" verfaßt wurden. Sie sollen in seriellen sowie thematisch orientierten Auswahleditionen der Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zugänglich gemacht werden. Unter das Generalthema und die vier Hauptprojekte sind eine Reihe von Einzelprojekten subsumiert, die hier nicht genannt zu werden brauchen. Im methodisch wichtigen Bereich der lokal- und regionalgeschichtlichen Projekte sind ebenfalls mehrere Vorhaben geplant. So sind etwa in der Region Jena (in Kooperation mit der dortigen Universität) Fallstudien zur Entwicklung der Opposition, zum Hochtechnologie-Komplex Zeiss und zu anderen Themen ins Auge gefaßt.

*

Die Geschichte des Staatssicherheitsdienstes war nur ein Teil der DDR-Geschichte, sie ist von ihm aber „wesentlich mitgeprägt"[16] worden. Es dürfte nur wenige Forschungsprojekte zur ostdeutschen Geschichte nach 1945 geben, bei denen der MfS-Aspekt ohne weiteres außer Acht gelassen werden kann. Schon jetzt ist erkennbar, und kürzlich ist es neuerlich herausgestellt worden, daß die Analyse der MfS-Tätigkeit die Möglichkeit bietet, die Existenzbedingungen, die Funktionsmechanismen und die Wirkung von mehr als vier Jahrzehnten SED-Sozialismus „überhaupt erst zu verstehen"[17]. Der Erkenntniszuwachs der Forschung, der Verfolgten, der Medien und Gerichte macht es zunehmend schwieriger, von der DDR zu reden, aber vom MfS zu schweigen. Seine Tätigkeit bestand zu einem Teil in der „Vernichtung der Privatheit und von Rechten"[18], die – wie Reiner Kunze über den „vielberedeten ‚Stalinismus'" sagt – zur „Zersetzung aller wahrhaft menschlichen Beziehungen"[19] geführt hatte. Auf sein Konto gehen auch Mordtaten, doch kommen seine kriminelle Energie und seine Verbrechensbilanz auch nicht entfernt derjenigen der NS-„Organe" gleich. Es ist schon deswegen verfehlt, das MfS nachträglich zu einer kommunistischen Gestapo zu stilisieren. Das hieße zugleich allerdings auch, seine in Jahrzehnten erworbene Professionalität ebenso zu unterschätzen wie seine praktische Funktion im SED-Staat. Das seit den siebziger Jahren stark ausgebaute MfS war, mindestens in der Ära Honecker, tatsächlich flächendeckend und manipulativ einsetzbar. Vermutlich war es sogar in der Lage, staatliche Steuerungsfunktionen in Schlüsselbereichen partiell zu substituieren. Als für die Verwaltungskohärenz des Zentralstaatssozialismus wahrscheinlich unentbehrliche

[16] Siegfried Suckut, Die Geschichte des Staatssicherheitsdienstes als Teil der DDR-Geschichte, in: ebenda, S. 56.

[17] Reiner Eckert, Die Humboldt-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 770.

[18] So der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch in der 1. Lesung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes am 13. 6. 1991, in: Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Stenographische Berichte, S. 2375.

[19] Reiner Kunze, Am Sonnenhang. Tagebuch eines Jahres, Frankfurt/Main 1993, S. 44.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sonderinstanz gehörte zu den Aufgaben des Staatssicherheitsdienstes so neben der Repression zugleich auch die Stabilisierung des zunehmend mehr schlecht als recht funktionierenden Gemeinwesens. Ironie der „Dialektik" oder List der Geschichte – der geheime Apparat stabilisiert und zersetzt zugleich.

Die Beschäftigung mit dem Staatssicherheitsdienst führt freilich über die Geschichte der DDR und auch der deutsch-deutschen Beziehungen hinaus: Das MfS war ein in „tschekistischer" Tradition organisierter Geheimdienst. Deshalb erlaubt es die Öffnung seiner Akten, zu generalisierenden Befunden über Funktionsweise und Wesen kommunistischer Unterdrückungsapparate generell zu gelangen, selbst wenn die Archive des KGB und anderer östlicher Dienste verschlossen bleiben sollten. Darüber hinaus findet sich in den Unterlagen des MfS eine Fülle von Materialien, mit deren Hilfe das Zusammenwirken der östlichen Geheimdienste in den Jahren der bipolaren Welt partiell rekonstruiert werden kann. Sodann mag die Geschichte des Staatssicherheitsdienstes gewissermaßen als abstraktes organisationssoziologisches bzw. psychosoziales Lehrstück betrachtet werden, an dem die inneren Mechanismen, das „Klima", das offizielle und reale Selbstverständnis, die Potenzen und Defizite einer ordensähnlichen Großbürokratie analysiert werden können.

Ferner: Historisch neuartig und charakteristisch am Staatssicherheitsdienst der DDR waren nicht in erster Linie dessen Spionage-, Ausforschungs- und Repressionsmethoden, sondern dessen *umfassende verdeckte Steuerungs- und Manipulationsfunktion* nicht nur in allen wichtigen Bereichen von Staat und Gesellschaft, sondern bis in Primärgruppen und selbst persönlichste Beziehungen hinein – zweifellos ein neues, verfeinertes Element totaler Herrschaftsausübung[20]. Die Totalitarismus-Debatte könnte hier neue Impulse erfahren. Und schließlich: Die Konfrontation der kommunistischen Ideologie sowie des Selbstverständnisses der ihr verpflichteten Staaten mit der tatsächlich notwendigen Kontroll- und Manipulationsanstrengung ist derzeit und vielleicht auf lange Zeit hinaus im Detail anschaulich und überzeugend nur anhand der MfS-Unterlagen möglich.

Die allgemeinen politisch-pädagogischen Chancen und die über das Fallbeispiel DDR hinausweisenden historischen Erkenntnismöglichkeiten, die sich dank des Stasi-Unterlagen-Gesetzes von 1991 ergeben, geraten in der gegenwärtigen, manchmal sensationalistisch inszenierten Tagesdebatte allzu sehr aus dem Blick. Das letztlich von der ostdeutschen Demokratiebewegung in der deutschen Sondersituation ertrotzte Gesetz ist auch ein Medium bewußter und würdiger Auseinandersetzung mit dem Erbe der Vergangenheit. „Lange habe ich geglaubt, daß die DDR zu reformieren sei", sagte die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley 1992. „Erst die Akteneinsicht hat mich endgültig von diesen Träumen befreit"[21]. Ohne die gesellschaftszersetzende Verschwörung gegen die Menschenwürde im Dienste sog. höherer Ideale, die der Sicherheitsdienst der Soziali-

[20] Als offene Frage anregend reflektiert von Sigrid Meuschel im Kontext ihrer „Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR", in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 5ff., insbes. S. 13.

[21] Zit. nach Kunze, Am Sonnenhang, S. 138f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stischen Einheitspartei Deutschlands und die „Organe" in den anderen kommunistischen Ländern auch und vor allem waren, hätte sich die Fassade sozialistischer Normalität nicht aufrechterhalten lassen. Nach dem Sturz der östlichen Oligarchen und der Öffnung der Akten wenigstens in Ostdeutschland wird es nicht leicht sein, Legenden um den Staatssozialismus zu weben; weder um seine Früh- noch um seine Spätformen.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

KLAUS WIEGREFE

HONECKER UND BREŽNEV AUF DER KRIM

Eine Aufzeichnung über das Treffen vom 19. August 1976

„Ich danke recht herzlich für die Einladung zu diesem Treffen sowohl in meinem eigenen Namen als auch im Namen des Politbüros. Ich freue mich sehr, lieber Genosse Leonid Iljitsch, Deine Stimme zu hören." Mit diesen etwas hölzernen Worten begrüßte Erich Honecker bei seinem Besuch auf der Krim am Donnerstag, den 19. August 1976, den Generalsekretär des ZK der KPdSU Leonid Iljič Brežnev. Für westliche Beobachter kam die Reise Honeckers kaum überraschend. Brežnev hatte unmittelbar zuvor bereits die Parteiführer Polens, der ČSSR, Rumäniens, Bulgariens und der Mongolei empfangen[1]. Wie fast jedes Jahr lud der sowjetische Generalsekretär die kommunistischen Parteichefs Osteuropas und der Mongolei zu Konsultationen in sein Urlaubsdomizil ein. Insofern handelte es sich bei der Begegnung zwischen Honecker und Brežnev um ein Routinetreffen, zumal die Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Moskau relativ spannungsfrei waren[2]. Sowohl der XXV. Parteitag der KPdSU als auch der IX. Parteitag der SED im Winter und Frühjahr 1976 waren ohne Dramatik verlaufen. Allenfalls die Zuspitzung in den deutsch-deutschen Beziehungen im Frühjahr und Sommer 1976 sorgte für eine gewisse Aufmerksamkeit für die Unterredung auf der Krim, zumindest in der Bundesrepublik. Wenige Monate vor den Bundestagswahlen war die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition heftig umstritten. Eine Reihe von Zwischenfällen an der Mauer sowie auf dem Transit nach West-Berlin hatte zu einem Schlagabtausch über die Fortsetzung der bisherigen Politik sowohl in Bonn, aber auch zwischen Bonn und Ost-Berlin/Moskau geführt, und somit stellte sich die

[1] Es war das erste bilaterale Treffen auf der Krim. In den Jahren 1971, 1972 und 1973 hatte Brežnev die Parteiführer der Ostblockstaaten und der Mongolei noch gemeinsam eingeladen. 1974 und 1975 entfielen die Zusammentreffen. Ab 1976 empfing sie Brežnev nur noch einzeln. Über die sowjetischen Motive für diesen Wandel ist nichts bekannt. Zu den Krimtreffen gibt es nur Memoirenliteratur mit geringem Aussagewert: Erich Honecker, Aus meinem Leben, Oxford 1980, S. 364 ff.; Günter Schabowski, Der Absturz, Berlin 1991, S. 208. Schabowski irrt hinsichtlich der Datierung. Er schreibt, daß Brežnev erst seit Ende der siebziger Jahre die Krimtreffen abhielt; vgl. Günter Mittag, Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin 1991, S. 223. Der Autor dankt Peter Carstens, Stefan Wolle und Dirk Spilker für ihre Hilfe.

[2] Allerdings waren die ostdeutschen und sowjetischen Medien bemüht, der Zusammenkunft eine historische Bedeutung zu geben: Družeskaja Vstreča L. I. Brežneva s E. Chonekkerom, in: Pravda vom 20. 8. 1976; Freundschaftliches Treffen zwischen Erich Honecker und Leonid Breshnew, in: Neues Deutschland (ND) vom 20. 8. 1976.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frage, ob der Besuch Honeckers zu einer Beruhigung der Situation an der deutsch-deutschen Grenze führen würde[3].

Dennoch wäre das Krimtreffen kaum größerer Beachtung wert, würde man ihm nicht ein ungewöhnliches Dokument verdanken, nämlich den „Vermerk vom 20. 8. 1976 über das Treffen zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genossen Leonid Iljitsch Breshnew, auf der Krim am Donnerstag, dem 19. August 1976". Der Vermerk bezieht seine Bedeutung dabei weniger aus der Offenlegung neuer Fakten über Weichenstellungen oder Grundsatzentscheidungen während des Krimtreffens. Seine Bedeutung muß vielmehr darin gesehen werden, daß er aufgrund der umfassenden Wiedergabe des Gespräches und des streckenweise beinahe privaten Charakters der Unterredung bisher unbekannte Einblicke in die Vorstellungswelt der beiden wichtigsten Politiker im ostdeutsch-sowjetischen Verhältnis der siebziger Jahre ermöglicht. In bemerkenswerter Vollständigkeit dokumentiert der Vermerk, wie Honecker und Brežnev fernab der Öffentlichkeit die internationale Lage und ihre bilateralen Beziehungen erörterten, aber auch worüber sie sich außerhalb der Politik unterhielten.

Der Vermerk stammt aus dem ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der SED, das sich in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in Berlin befindet. Er ist auf den 20. 8. 1976 datiert und wurde am gleichen Tage von Honecker mit seinen Initialen abgezeichnet. Der Vermerk liegt im Bestand des Büros Hermann Axens, des für die internationalen Beziehungen zuständigen Sekretärs des ZK, und zwar gemeinsam mit Unterlagen der Krimtreffen 1973 und 1977 in einer Mappe mit der Aufschrift „Bestand: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Zentralkomitee, Büro Hermann Axen"[4]. Das Dokument ist mit Maschine geschrieben und in deutscher Sprache verfaßt, es wurde von Honecker selbst mit Filzstift redigiert[5]. Im Bestand Hermann Axen sind in aller Regel keine kompletten Vorgänge überliefert. So fehlen auch in diesem Falle die begleitenden Unterlagen, wie beispielsweise Hinweise auf die Vorbereitung des Treffens, den Programmablauf oder Dokumente zur Ausarbeitung der gemeinsamen Mitteilung. Den Protokollen des Politbüros läßt sich entnehmen, daß Honecker am 18. 8. 1976 auf die Krim flog und bereits am 20. 8. 1976 wieder in Ost-Berlin eintraf, also dort nicht zu einem längeren Urlaub verweilte, wie das Neue Deutschland suggerierte. Aufgrund der Kürze der Reise ist anzunehmen, daß Honecker mit Brežnev nur einmal sprach und mit anderen sowjetischen Politikern nicht zusammentraf.

Der Besuch erfolgte auf Einladung Brežnevs[6]. Honecker wurde begleitet von Paul Markowski, dem Leiter der Abteilung für Internationale Verbindungen im ZK der SED, und

---

[3] Vgl. dazu die Dokumentation im Deutschland-Archiv 9 (1976), S. 982–1003. An der innerdeutschen Grenze waren im April Michael Gartenschläger, im Juli Willi Bubbers und im August Benito Corghi an- oder erschossen worden. Vgl. zu den Fällen im einzelnen Werner Filmer/Heribert Schwan, Opfer der Mauer. Die geheimen Protokolle des Todes, München 1991, S. 243, 253; Heiner Sauer/Hans-Otto Plumeyer, Der Salzgitter-Report. Die Zentrale Erfassungsstelle über Verbrechen im DDR-Staat, Esslingen 1991, S. 92 ff., 98 ff.
Zur Einschätzung des Krimtreffens in der westdeutschen Presse vgl. Moskau deckt Ost-Berlins Vorgehen im Transit-Verkehr und Ohne Gesundbeterei, in: FAZ vom 21. 8. 1976.

[4] Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Zentrales Parteiarchiv (ZPA) IV 2/2.035/28.

[5] Solange die sowjetischen Archive für die siebziger Jahre geschlossen sind, muß die Frage nach einem sowjetischen Protokoll offenbleiben.

[6] Reinschriftprotokoll der Politbürositzung am 17. 8. 1976, in: SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2-1631.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– was der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt wurde – Werner Eberlein, der gute Russisch-Kenntnisse besaß und Honecker häufig als Dolmetscher zur Verfügung stand[7]. Insofern ist davon auszugehen, daß das Gespräch gedolmetscht wurde, zumal Honeckers Russisch-Kenntnisse begrenzt waren. Möglicherweise hat Eberlein auch das Protokoll geschrieben. Auf sowjetischer Seite nahmen der „Pravda" zufolge Konstantin Černenko, Sekretär des ZK und Mitglied des Politbüros der KPdSU, und Anatolij Blatov, Assistent und Berater Brežnevs, an dem Gespräch teil[8]. Keine Aussagen lassen sich zu der Frage treffen, weshalb Markowski und nicht der eigentlich zuständige Sekretär des ZK Hermann Axen auf die Krim mitflog.

Wie für die Geschichte der DDR insgesamt, so war auch für die deutsch-sowjetischen Beziehungen der Sturz Walter Ulbrichts und die Wahl Erich Honeckers auf der 16. Tagung des ZK der SED am 3. Mai 1971 zum Ersten Sekretär des ZK der SED eine Zäsur[9]. Ulbricht hatte in den letzten Jahren seiner Amtszeit zunehmend Unabhängigkeit von Moskau gesucht und sich persönlich gegenüber der sowjetischen Führung profiliert[10]. Das gewachsene Selbstvertrauen der SED-Führung zeigte sich in ideologischen Fragen, in denen die SED einen Führungsanspruch gegenüber anderen kommunistischen Parteien zu erheben begann, wurde aber auch in der Entspannungs- und Wirtschaftspolitik deutlich[11]. Honeckers Machtübernahme mit Hilfe der Sowjets scheint vor allem eine Antwort auf diese Entwicklung gewesen zu sein[12]. Unter seiner Führung bekam die Konsolidierung des ost-

---

[7] Werner Eberlein (*1919) war 1976 Stellvertretender Leiter der Abteilung Parteiorgane beim ZK der SED und Mitglied der Zentralen Revisionskommission der SED.
Paul Markowski (1929–1978) leitete 1966–1978 die Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED und war zugleich Mitglied des ZK.

[8] Vgl. Pravda vom 20. 8. 1976 (wie Anm. 2).

[9] Zur Periodisierung: Gert-Joachim Glaeßner, Schwierigkeiten beim Schreiben der Geschichte der DDR, in: Deutschland-Archiv 17 (1984), S. 638–650; A. James McAdams, East Germany and Detente. Building Authority after the Wall, Cambridge 1985, S. 116; Fred Oldenburg, Die Autonomie des Musterknaben. Zum politischen Verhältnis DDR-UdSSR, in: Richard Löwenthal/Boris Meissner (Hrsg.), Der Sowjetblock zwischen Vormachtkontrolle und Autonomie, Köln 1984, S. 153–197, hier S. 173; Eberhard Schneider, Die DDR. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn [4]1977, S. 41; Dietrich Staritz, Geschichte der DDR 1949–1985, Frankfurt a. M. 1985, S. 198; Johannes Kuppe, Phasen, in: Hans-Adolf Jacobsen/Gert Leptin u. a. (Hrsg.), Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, München/Wien 1979, S. 173–200, hier S. 198; Hermann Weber, Geschichte der DDR, München [3]1989, S. 404.

[10] Am 21. 8. 1970 äußerte er gegenüber Brežnev: „Wir wollen uns so in der Kooperation als echter deutscher Staat entwickeln. Wir sind nicht Bjelorußland, wir sind kein Sowjetstaat. Also echte Kooperation." Aus einem geheimen Vermerk über die gemeinsame Besprechung der Delegation des ZK der KPdSU mit der Delegation des ZK der SED am 21. August 1970 in Moskau (im folgenden Protokoll 1970/1), abgedruckt in: Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Bd. 1: Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 289–296, hier S. 296. Vgl. auch Oldenburg, Musterknaben, S. 167 ff.

[11] Vgl. Weber, Geschichte, S. 393–403.

[12] Die Rollenverteilung zwischen der KPdSU und den Gegnern Ulbrichts in der SED beim Sturz Ulbrichts ist bisher nur ansatzweise geklärt. Vgl. Przybylski, Tatort Politbüro, Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992, S. 20, und die Memoiren von Julij A. Kwizinskij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 255 f. Zur Problematik des Handlungsspielraums der SED gegenüber der KPdSU insgesamt vgl. Jörg Roesler, Der Handlungsspielraum der DDR-Führung gegenüber der UdSSR. Zu einem Schlüsselproblem der DDR-Geschichte, in: ZfG 41 (1993), S. 293–304. Zur Rolle der wirtschaftspolitischen Debatte beim Sturz Ulbrichts vgl. Gerhard

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutschen Staates durch die explizite Orientierung am sowjetischen Modell und die Unterordnung unter den sowjetischen Machtanspruch Priorität. Honecker erklärte dazu 1971: „Für uns war, ist und bleibt es die Hauptsache, einen einheitlichen Standpunkt mit der Führung ihrer Partei, der KPdSU, zu haben und auch weiterhin die völlige Übereinstimmung in allen innen- und außenpolitischen Fragen zu gewährleisten."[13] Sowohl auf dem VIII. wie auf dem IX. Parteitag der SED im Juni 1971 und im Mai 1976 wurde das enge Bündnis mit der KPdSU zum Bestandteil der Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Integration erklärt[14].

Diese enge Anlehnung an Moskau entsprach ganz dem unverhüllten Machtanspruch, den Brežnev im Sommer 1970 formuliert hatte: „Die DDR ist für uns, für die sozialistischen Bruderländer ein wichtiger Posten. Sie ist das Ergebnis des 2. Weltkrieges, unsere Errungenschaft, die mit dem Blut des Sowjetvolkes erzielt wurde. Ich habe bereits einmal gesagt, daß die DDR nicht nur eure, sondern unsere gemeinsame Sache ist. (...) Erich, ich sage dir offen, vergesse das nie: die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke – nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR."[15]

In der operativen Umsetzung bedeutete der Anpassungskurs Honeckers die Preisgabe der ideologischen Sonderentwicklung der Ära Ulbricht[16], die innenpolitische Ausrichtung am sowjetischen Modell[17], eine verstärkte Integration der DDR-Wirtschaft in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sowie die Rückkehr zu einer ganz mit Moskau abgestimmten Außenpolitik[18]. Ost-Berlin paßte sich der sowjetischen Westpolitik an und verzichtete sowohl darauf, mit statuspolitischen Maximalansprüchen die Entspannungspolitik Moskaus zu bremsen, als auch die von Ulbricht in der letzten Phase seiner Herrschaft angestrebte Annäherung an die Bundesrepublik weiterzuverfolgen[19]. Gerade in der Deutsch-

---

Naumann/Eckhard Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR, Berlin 1990.

[13] Information über das Treffen der Partei- und Regierungsdelegation der UdSSR und der DDR am 18. Mai 1971 in Moskau (im folgenden Protokoll 1971), in: SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2 A 1514. Zum Ziel der Konsolidierung vgl. Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg, Der Sturz. Honecker im Kreuzverhör, Berlin/Weimar [3]1991, S. 274.

[14] Fred Oldenburg/Christian Meier, Zum Verhältnis UdSSR/DDR nach dem XXV. Parteitag der KPdSU, Köln 1976, S. 25 f.

[15] Protokoll einer Unterredung zwischen L. I. Breschnew und Erich Honecker am 28. Juli 1970 (im folgenden: Protokoll 1970/2), abgedruckt in: Przybylski, Tatort, Bd. 1, S. 280–288, hier S. 280 f. Honekker hat diese Aussage später übernommen: „Die DDR ist unser gemeinsames Kind. Sie ist das Ergebnis des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg über den Hitlerfaschismus. Das werden wir nie vergessen." Vgl. Protokoll 1971.

[16] Staritz, Geschichte, S. 199.

[17] Im Vermerk der SED-Führung über Gespräche mit Leonid Breschnew in Moskau vom 20. August 1970 (im folgenden Protokoll 1970/3), abgedruckt in: Przybylski, Tatort, Bd. 2, S. 340–345, hier S. 341, heißt es: „Wichtig ist, daß die DDR eine Struktur haben muß wie die SU und sozialistischen Länder." Vgl. auch das Interview mit Günter Mittag, in: Der Spiegel vom 9. 9. 1991.

[18] Wilhelm Bruns, Deutsch-deutsche Beziehungen. Prämissen, Probleme, Perspektiven, Opladen 1982, S. 105; Peter Christian Ludz, Die DDR zwischen Ost und West. Politische Analysen 1961 bis 1976, München 1977, S. 169 ff.; Oldenburg, Musterknabe, S. 173 ff.; Weber, Geschichte, S. 404 ff.

[19] Ulbrichts Mitarbeiter Wolfgang Berger schreibt, daß Ulbricht 1969 darüber nachdachte, „politische Wege zu einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten zu erkunden, die zu ökonomischer und wissenschaftlich technischer Kooperation mit beiderseitigem Vorteil führen könnten". Wolfgang Berger, Als Ulbricht an Breshnew vorbei regierte, in: ND vom 23./24. 3. 1991.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

landpolitik hatte Brežnev von Anfang an gegenüber Honecker keinen Zweifel daran gelassen, daß ein deutsch-deutsches Rapprochement für ihn völlig inakzeptabel war: „Es gibt, es kann und es darf zu keinem Prozeß der Annäherung zwischen der DDR und der BRD kommen."[20] Die von Honecker auf dem VIII. Parteitag formulierte Politik der Abgrenzung von der Bundesrepublik kam dem nach, auch wenn sie nicht allein auf das sowjetische Drängen zurückzuführen war[21]. Zugleich forderte Brežnev eine engere Koordination in der Deutschlandpolitik, eine Forderung, die noch verstärkt wurde nach dem Sturz Willy Brandts 1974[22]. Moskau war nicht bereit, Ost-Berlin Einflußnahme auf die sowjetischen Beziehungen zu Bonn zuzugestehen. Entsprechend hieß es in der Ost-Berliner Konzeption für die innerdeutschen Nachfolgeverhandlungen zum Grundlagenvertrag: „Das Vorgehen ist aufs engste mit der Sowjetunion abzustimmen."[23]

Anstatt eine Sonderrolle für die DDR anzustreben, zielte Honecker zunächst auf eine stärkere Verknüpfung mit dem sowjetischen Bündnispartner. Die im Oktober 1974 revidierte Verfassung der DDR legte fest:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet."[24] Als Grundlage des bilateralen Verhältnisses wurde ausdrücklich auf das Prinzip des proletarischen Internationalismus verwiesen, das der UdSSR de facto ein Interventionsrecht in der DDR zugestand. Noch enger wurde das Verhältnis zwischen beiden Staaten mit dem Freundschaftsvertrag vom 7. 10. 1975, der eine intensive Zusammenarbeit auf allen Gebieten vorsah (Art. 1–3) und umfassende Beistands- und Konsultationsklauseln (Art. 8, 9) enthielt[25]. Die feste Zugehörigkeit der DDR zum Ostblock wurde explizit herausgestellt[26]. Und schließlich wurden auch auf parteipolitischer Ebene mit dem neuen Parteiprogramm der SED von 1976 die Bindungen an die KPdSU verstärkt[27].

Die unter Honecker betont enge Anlehnung an die UdSSR einerseits sowie die Abgrenzung von der Bundesrepublik andererseits resultierten jedoch nicht nur aus der sowjetischen Kritik an dem von Ulbricht eingeschlagenen Kurs. Vielmehr gab es eine weitgehende Interessenidentität zwischen Ost-Berlin und Moskau. Im Rahmen der Entspannungspolitik

---

[20] Protokoll 1970/3, S. 342 (Unterstreichung im Original).

[21] Zur Abgrenzungspolitik vgl. Staritz, Geschichte, S. 209 ff.

[22] Aufzeichnung über die Beratungen einer Delegation des ZK der SED unter Axen und des ZK der KPdSU unter Gromyko am 24./25. 1. 1975, in: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2 035/056. Zur sowjetischen Kritik am Sturz Brandts vgl. auch Spionagechef Markus Wolf, Im eigenen Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten, München 1991, S. 266 ff.

[23] Reinschriftprotokoll der Politbürositzung am 5. 11. 1974, in: SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2-1535.

[24] Abgedruckt in: Hermann Weber (Hrsg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985, München [3]1987, S. 345.

[25] Abgedruckt in: Oskar Fischer u. a., DDR-UdSSR. 30 Jahre Beziehungen 1949 bis 1979. Dokumente und Materialien, 2. Halbband, Berlin (Ost) 1982, S. 536–539. Vgl. Christian Meier/Fred Oldenburg, Sowjetische Deutschland-Politik Mitte der 1970er Jahre, in: Osteuropa 26 (1976), S. 779–790, hier S. 780 f.; Boris Meissner, Die DDR im sowjetischen Bündnissystem, in: Außenpolitik 35 (1984), S. 373–393, hier S. 382 f.

[26] Der Vorsitzende der LDPD Manfred Gerlach gewann aus Bemerkungen Honeckers den Eindruck, daß dieser auch ein persönliches Motiv verfolgte, nämlich sich mit diesem Vertrag in den Geschichtsbüchern zu verewigen; vgl. Manfred Gerlach, Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat, Berlin 1991, S. 136 f.

[27] Eberhard Schneider (Hrsg.), SED – Programm und Statut von 1976. Text, Kommentar, Didaktische Hilfen, Opladen 1977, S. 23 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte sich der ostdeutsche Staat zur Bundesrepublik hin geöffnet und damit die eigene Bevölkerung verstärkt westlichen Einflüssen ausgesetzt. Insofern war es im wohlerwogenen Eigeninteresse der SED-Führung, möglichen gesamtdeutschen und auf Systemwandel gerichteten Hoffnungen in der Bevölkerung frühzeitig zu begegnen, indem einerseits die Unabänderlichkeit der Ostbindung der DDR betont wurde und andererseits eine klare Abgrenzung zur Bundesrepublik erfolgte. Honecker sagte dazu: „Angesichts einer gewissen Aktivierung unserer Beziehungen mit Westdeutschland entstehen bei einem Teil der Bevölkerung der DDR unerwünschte Illusionen hinsichtlich (der) Entwicklung von Kontakten mit den Sozialdemokraten und hinsichtlich der Ideologie des Sozialdemokratismus. Darum halten wir es für eine ständige wichtige Aufgabe, solchen Illusionen entgegenzutreten, weil das für die Festigung der DDR unabdingbar notwendig ist."[28]

Zugleich erhöhte paradoxerweise der Souveränitätsverlust der DDR im deutsch-sowjetischen Verhältnis ihren Handlungsspielraum im sozialistischen Lager. Ost-Berlin wuchs in die Rolle des privilegierten Juniorpartners hinein, dem die Sowjets eine gewisse ideologische Wächterfunktion gegenüber den anderen osteuropäischen Staaten zusprachen[29] und dessen Verhältnis zur osteuropäischen Vormacht Modellcharakter für die Integration des Ostblocks bekam[30]. Die Vorbereitung und Durchführung der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Ost-Berlin im Juni 1976 demonstrierte den Prestigegewinn, der sich für die DDR aus der engen Zusammenarbeit mit Moskau ergab[31].

Schließlich ist noch ein weiteres Motiv zu nennen, das aus der Sicht der SED-Führung für Honeckers Annäherungskurs sprechen mußte, nämlich der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik. In unmittelbarer Konkurrenz mit dem anderen deutschen Staat war die DDR-Spitze darauf angewiesen, ihrer Bevölkerung einen Lebensstandard zu bieten, der sich mit den eigenen Ressourcen nicht erwirtschaften ließ. Ost-Berlin reagierte auf dieses Problem mit einer zunehmenden Westverschuldung sowie dem Bestreben, aus dem Berlin- und deutschlandpolitischen Interesse der Bundesregierung ökonomische Vorteile zu ziehen, auch wenn sich dafür die DDR weiter öffnen mußte.

Beide Strategien stießen auf sowjetischen Widerstand. Mehrfach mahnte Brežnev, die Zahl der Westbesucher in der DDR zu begrenzen: „Wenn eine kleine Stadt, die 12000 Einwohner hat, Besucher in dieser Zahl erhält, und verfolgen Sie die Dynamik, wieviel tausend PKW im vorigen Jahr in dem Städtchen waren, dann gibt es Beispiele, wo etwa 40000 PKW dorthin gekommen sind. Was bringen die mit? Wer kommt da hinein? Ich möchte nicht, daß Sie uns das übelnehmen, Sie möchten es nicht als Vorwurf auffassen, aber mit den PKW kommt die Ideologie zu Ihnen hinein. Es gibt in Westdeutschland auch gute Menschen, es gibt dort auch eine kommunistische Partei; aber wahrscheinlich überschreiten wir hier schon die Grenze, eine bestimmte Linie, die aus der Kontrolle des Politbüros gerät. Es ist auch schwierig: Woher soll der Sekretär der Parteiorganisation der SED wissen, wer da kommt, wenn es 40000 PKW sind?"[32]

Die Sowjets kritisierten auch die steigende Westverschuldung der DDR, weil dies die Un-

[28] Protokoll 1971.

[29] So impliziert im Artikel 4 des Freundschaftsvertrages von 1975.

[30] Oldenburg, Musterknaben, S. 174.

[31] Ludz, DDR, S. 267.

[32] Stenographische Niederschrift der Verhandlungen der Partei- und Staatsdelegationen der DDR und der UdSSR in Moskau, Arbeitsprotokoll der Politbürositzung am 21. 10. 1975, in: SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2 A-1919.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

abhängigkeit Ost-Berlins gefährde[33], aber auch, weil Moskau den Eindruck hatte, daß die bevorzugte ökonomische Behandlung der DDR im Rahmen des innerdeutschen Handels auf Kosten der Ostwirtschaftsbeziehungen oder gar der politischen Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen osteuropäischen Staaten ging[34]. Offenbar wurden sogar quantitative Vorgaben für die Westverschuldung der DDR gemacht[35]. Doch in beiden Fällen, sowohl hinsichtlich des Besucherverkehrs als auch der Westverschuldung, verfolgte die SED-Führung ihre Politik weiter[36]. Diese Resistenz gegenüber dem Druck Moskaus wäre kaum möglich gewesen, wenn es wie zu Zeiten Ulbrichts Zweifel an der grundsätzlichen Unterordnung der DDR unter Moskau gegeben hätte.

Vor diesem Hintergrund verfolgte Erich Honecker mit seinem Besuch auf der Krim im August 1976 offenbar zwei Ziele. Zum einen sollten die Ostbindung der DDR und die Anerkennung der Führungsrolle der KPdSU bekräftigt werden. Schon die Tatsache, daß die Parteichefs Osteuropas und der Mongolei nacheinander Brežnev in seinem Urlaubsdomizil besuchten, hatte politisch-symbolische Bedeutung. Daneben sollte der Besuch der generellen Abstimmung der gemeinsamen Außenpolitik dienen. An konkreten Anliegen hatte Honecker nur ein Thema mit auf die Schwarzmeerhalbinsel gebracht, nämlich die Bitte um Getreidelieferungen in Höhe von 1,5 Mio. Tonnen[37]. Entgegen westlicher Spekulationen war also die Koordination der Deutschlandpolitik nicht der Sinn der Reise gewesen. Diese war bereits am 11. August zwischen Abrassimov und Honecker erfolgt[38]. Ost-Berlins harter Kurs gegenüber Bonn hatte dabei die volle Unterstützung Moskaus gefunden. Allerdings mahnte Abrassimov auch, die sozial-liberale Koalition in Bonn nicht zu gefährden. Ost-Berlin solle Prinzipienfestigkeit mit taktischer Flexibilität verbinden, eine Aufforderung, der Honecker im Gespräch mit Bonns Ständigem Vertreter Günter Gaus am 12. August auch nachkam[39]. Auf der Krim unterstrich Brežnev lediglich nochmals diese Haltung.

---

[33] Ebenda.

[34] Vgl. Aufzeichnung über die Beratungen der Delegationen des ZK der SED unter H. Axen und des ZK der KPdSU unter A. A. Gromyko am 24./25. 1. 1975, in: Ebenda, ZPA IV 2/2 035/056. Günter Schabowski, Das Politbüro. Ende eines Mythos, Hamburg 1991, S. 36, sah in der sowjetischen Kritik vor allem den Versuch, den eigenen Mangel ideologisch zu kompensieren.

[35] Dies behauptet zumindest Werner Krolikowski. Handschriftliche Aufzeichnung von Werner Krolikowski vom 16. Januar 1990, abgedruckt in: Przybylski, Tatort, Bd. 2, S. 321–339, hier S. 325.

[36] Vgl. das Interview des damaligen sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin Pëtr Abrassimov in: Der Spiegel vom 17. 8. 1992. Es spiegelt die Ambivalenz von Anpassung und Resistenz im deutsch-sowjetischen Verhältnis wider. Auf der einen Seite behauptete er, „Unser Einfluß war beispiellos", auf der anderen Seite sagte er, „Wenn Honecker und seine Umgebung etwas nicht zu tun wünschten, war niemand imstande, sie dazu zu bringen. Sie hörten sich alles an, handelten aber, wie sie wollten".
Nur minimalen Handlungsspielraum für die DDR-Außenpolitik konstatiert hingegen Eberhard Schulz; Stellungnahme zum Thema Stellung der DDR im östlichen System und ihr Handlungsspielraum gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Deutschlandpolitik. Öffentliche Anhörungen des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen 1977, Bonn 1977 (Zur Sache 4/77), S. 77–82, hier S. 79 und 82. Jens Hacker bezeichnete die DDR gar als Protektorat; vgl. seine Stellungnahme, in: Ebenda, S. 83–89, hier S. 87.

[37] Reinschriftprotokoll der Sitzung des Politbüros am 17. 8. 1976, in: SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2-1631.

[38] Sowjetisches Non-Paper ohne Datum, von Honecker am 11. 8. 1976 abgezeichnet, Arbeitsprotokoll der Politbürositzung am 17. 8. 1976, in: Ebenda, ZPA J IV 2/2 A 2000.

[39] Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Unterredung begann mit einer von mehreren, fast schon devoten Gesten Honeckers gegenüber Brežnev, in denen sich der Personenkult um den alternden sowjetischen Generalsekretär in der UdSSR wie in der DDR widerspiegelte. Brežnev war bereits auf dem XXV. Parteitag der KPdSU im Februar/März 1976 ausgiebig gehuldigt worden. Kurze Zeit später verlieh ihm das Präsidium des Obersten Sowjet den Rang eines Marschalls der Sowjetunion, ein Rang, der seit 1945 nur an aktive Militärs verliehen worden war und dadurch noch aufgewertet wurde, daß Brežnev seit Stalin der erste Vorsitzende des Verteidigungsrates der UdSSR war, der diese Auszeichnung erhielt. Im Dezember 1976 zog die DDR-Führung nach. Brežnev wurde anläßlich seines siebzigsten Geburtstages als „Held der Deutschen Demokratischen Republik" und mit dem „Großen Stern der Völkerfreundschaft" ausgezeichnet[40]. Entsprechend ausgiebig schmeichelte Honecker dem sowjetischen Generalsekretär, der dafür im Laufe der Jahre immer anfälliger geworden war[41].

Allerdings war diese Schmeichelei nicht Bestandteil einer rationalen Gesprächsstrategie[42]. Honecker hatte seine politisch prägenden Erfahrungen in der stalinistischen KPD der Weimarer Republik gemacht. Aus dieser Tradition heraus war die Sowjetunion für ihn nicht nur der Garant seiner innenpolitischen Macht und Brežnev der Mann, dem er seinen Aufstieg zu verdanken hatte, sondern die UdSSR war auch der erste sozialistische Staat der Erde, dem man deshalb mit Bewunderung und Respekt, ja Verehrung zu begegnen hatte[43]: „Diese Freundschaft [zur UdSSR] ist nicht nur unsere entscheidende Lebensgrundlage, sondern auch in gleichem Maße unser Lebensbedürfnis. Unser Weg, seine Ergebnisse und Erfahrungen bekräftigen die grundlegende historische Lehre, daß das Verhältnis zur Sowjetunion und zur KPdSU der Prüfstein für die Treue zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen Internationalismus war, ist und bleibt."[44] Zudem scheint Honecker auch gute persönliche Beziehungen zu Brežnev gehabt zu haben. Der Vorsitzende der liberalen Blockpartei LDPD Manfred Gerlach, der Honecker und Brežnev 1975 erlebt hatte, beschrieb die Situation treffend: „Breshnew bildete immer und überall den Mittelpunkt, Honecker schien wie sein Schüler, der strahlend zu seinem Idol aufschaute."[45]

---

[40] Vgl. die Reden Honeckers und Brežnevs aus diesem Anlaß in: Fischer, 30 Jahre, S. 611–615.

[41] Zur Anfälligkeit Brežnevs für Schmeichelei vgl. Georgi Arbatow, Das System. Ein Leben im Zentrum der Sowjetpolitik, Frankfurt a. M. 1993, S. 274 f. Zur Schmeichelei gegenüber den Sowjets vgl. auch das Interview mit Vjačeslav J. Kočemassov, Nachfolger Abrassimovs, in: Der Spiegel vom 16. 11. 1992.

[42] Den instrumentalen Charakter der Unterwürfigkeit mit dem Ziel, sich bewußt dadurch Freiraum zu schaffen, betonen sehr stark Fred Oldenburg/Gerhard Wettig, Der Sonderstatus der DDR in den europäischen Ost-West-Beziehungen, Köln 1979, S. 23 f.

[43] Daß dies mehr als politische Rhetorik war, beobachteten auch Schabowski, Absturz, S. 198, und der ständige Vertreter Bonns in Ost-Berlin Günter Gaus, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983, S. 269.

[44] Interview mit Honecker am 25. 8. 1971, zitiert in: Weber, DDR, S. 322 f.

[45] Gerlach, Mitverantwortlich, S. 137. Honecker selbst hat seine Zusammenarbeit mit Brežnev als „gut" bezeichnet; vgl. Andert/Herzberg, Sturz, S. 81. Interessant mag auch der Hinweis Wolfs sein, der sich erinnert, daß Honecker 1989 Brežnev vehement gegenüber Gorbačev verteidigte, obwohl dies vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen Honecker und Gorbačev gesehen werden muß; Wolf, Auftrag, S. 35. Anders beurteilte das langjährige Politbüromitglied Werner Krolikowski das Verhältnis Honeckers zur UdSSR: „Nach meiner Erfahrung war Honecker nie ein aufrichtiger Freund der UdSSR – auch wenn er einen Freundschaftsspruch nach dem anderen klopfte." Krolikowski, Handschriftliche Aufzeichnung, in: Przybylski, Tatort, Bd. 2, S. 336.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So nimmt es nicht Wunder, daß Brežnev das Gespräch auf der Krim zunächst dominierte. In einer tour d'horizon die sich auf die internationalen Beziehungen der sozialistischen Länder beschränkte, verdeutlichte er, welchen Stellenwert die Sowjets der Homogenität des sozialistischen Lagers einräumten. Das Unabhängigkeitsstreben Rumäniens und die Instabilität Polens sowie die bilateralen Beziehungen zur DDR waren seine zentralen Themen. Dabei bestätigte Brežnev die Absprachen der Außenminister Fischer und Gromyko vom Juni 1976 hinsichtlich des Status von Ost-Berlin. In ihrem Streben nach internationaler Aufwertung hatte die SED-Führung sich bereits vor längerem entschlossen, in Moskau auf einen Abbau des Vier-Mächte-Status für Ost-Berlin zu drängen; damit hatte sie nun Erfolg[46].

Erst in der zweiten Hälfte der Unterredung ergriff Honecker ausführlicher das Wort. Ganz im Sinne der Anlehnungsstrategie an Moskau betonte er die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, unterstrich er die Loyalität Ost-Berlins und präsentierte er sich sowohl in seiner Haltung gegenüber dem von Ceausescu gesteuerten unabhängigen Kurs Rumäniens als auch in seiner Kritik an der Wirtschaftspolitik Giereks in Polen als zuverlässiger und ideologisch gefestigter Bündnispartner. Zugleich zeigte sich in seinen Ausführungen die Resistenz der SED in deutschlandpolitischen Fragen. Die Mahnungen Brežnevs hinsichtlich der Verschuldungspolitik der DDR sowie der deutsch-deutschen Reiseerleichterungen wies er indirekt zurück.

Die von westlichen Politikern oft beschriebene Langatmigkeit in Unterredungen mit östlichen Spitzenpolitikern, die vor allem durch das Verlesen vorgefertigter Papiere entstand, ist hier nur begrenzt anzutreffen[47]. Vielmehr werden längere Passagen immer wieder unterbrochen durch Rede und Gegenrede, auch durch ironische Einwürfe bis hin zum Abgleiten in die Banalität. Sowohl Honecker wie Brežnev waren dafür bekannt, daß sie es bei aller Trockenheit liebten, als witzig zu gelten[48]. Dabei zeigte Brežnev eine Lebhaftigkeit, die im Gegensatz stand zu dem gesundheitlichen Eindruck, den er auf westliche Gesprächspartner in den Jahren zuvor und danach gemacht hatte[49].

Obwohl die geistige Enge Brežnevs und Honeckers von Zeitzeugen bereits beschrieben worden ist[50], erstaunt doch immer wieder die grobe, holzschnittartige Argumentation, die

---

[46] Vgl. den Beschluß des Politbüros über die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren, Arbeitsprotokoll der Politbürositzung am 9.11.1976, in: SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2 A-2017, und die Vorlage des Außenministeriums für die Einführung der Visapflicht, Arbeitsprotokoll der Politbürositzung am 21.9.1976, in: Ebenda, ZPA J IV 2/2 A-2009.

[47] Z.B. Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a.M./Zürich 1989, S.196; Gaus, Deutschland, S.154.

[48] Brandt, Erinnerungen, S.196; Gaus, Deutschland, S.145; Gerlach, Mitverantwortlich, S.137; Helmut Schmidt, Menschen und Mächte, Berlin 1987, S.96ff.

[49] Zbigniev Brzezinski, Power and Principle. Memoirs of the National Security Advisor 1977–1981, New York 1983, S.342f.; Valery Giscard d'Estaing, Macht und Leben. Erinnerungen, Frankfurt a.M./Berlin 1988, S.31f., 37f. Arbatow schreibt, daß Brežnev seit Dezember 1974 ständig krank war und die Regierungsgeschäfte nur zeitweise wahrnehmen konnte; vgl. Arbatow, System, S.213f. Nach Angaben des sowjetischen Botschafters in Bonn Valentin Falin war Brežnev seit 1976 kaum noch regierungsfähig; Lebender Leichnam, in: Der Spiegel vom 16.11.1992. Einen anderen Eindruck hatte Gerlach, Mitverantwortlich, S.137. Danach war Brežnev zumindest 1975 „noch gut beieinander und Herr der Lage".

[50] Zu Brežnev vgl. Arbatow, System, S.143, 271; Brandt, Erinnerungen, S.197f.; Interview mit Vjaceslav Dašičev, in: Der Spiegel vom 21.1.1991; Giscard d'Estaing, Macht, S.32. Zu Honecker vgl. den Ständigen Vertreter Bonns in Ost-Berlin von 1980 bis 1982 Klaus Bölling, Die fernen Nachbarn.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch starke ideologische Verzerrungen und offensichtlichen Realitätsverlust gekennzeichnet ist. Das gilt beispielsweise für die Beurteilung des politischen Systems der USA oder auch für die Aussagen Honeckers zu den Zwischenfällen an der deutsch-deutschen Grenze. Honecker wie Brežnev interpretieren die internationale Lage ganz in den erstarrten Kategorien ihrer eigenen Herrschaftsideologie.

Besonders bemerkenswert ist die Abneigung, die Honecker und Brežnev gegenüber dem Bonner Außenminister Hans-Dietrich Genscher hegten und die darin gipfelte, daß sie ihn als „SA- und SS-Typ" bezeichneten. Genscher war zwar schon vorher öfter vom Neuen Deutschland angegriffen worden[51]. Seine Verunglimpfung durch die beiden führenden Repräsentanten der UdSSR und der DDR ist dennoch überraschend und kann nur im Zusammenhang mit seinem ostpolitischen Kurs gesehen werden. Genscher hatte bereits als Innenminister im Kabinett Brandt zu denjenigen gehört, die nach der Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens 1971 dieses offensiv ausgelegt und damit erheblich zur Belastung der deutsch-deutschen wie deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1973/74 beigetragen hatten[52]. Insbesondere hatte er die Errichtung des Umweltbundesamtes in West-Berlin, die auf heftigsten sowjetischen Protest stieß, forciert[53]. Nach dem Wechsel in das Auswärtige Amt 1974 machte Genscher seine Linie zur offiziellen Außenpolitik der Bundesrepublik. Gegen den Widerstand von Bundeskanzler Schmidt setzte er durch, daß der Ausbau der Vertragspartnerschaft mit den Staaten des Warschauer Paktes auf Eis gelegt wurde, weil keine Einigung über die Einbeziehung West-Berlins erreicht werden konnte, die der engen Interpretation des Viermächte-Abkommen durch das Auswärtige Amt entsprochen hätte.

Diese Entwicklung war in Ost-Berlin und Moskau nicht unbemerkt geblieben[54]. Es war registriert worden, daß primär der liberale Außenminister und nicht der sozialdemokratische Kanzler hinter der Bonner Berlin-Politik stand[55]. Dazu kam, daß Genscher nach den Vorfällen an der deutsch-deutschen Grenze im Sommer 1976 die Einrichtung eines Gerichtshofs für Menschenrechte im Rahmen der UN vorschlug und dies in der Bundesregierung auch durchsetzte[56]. Insofern drohte die im September 1976 anstehende Vollversammlung der UNO zum

---

Erfahrungen in der DDR, Hamburg 1983, S. 67, 89, der Betulichkeit und Autosuggestionen an Honecker beobachtete. Auch Schabowski, Politbüro, S. 24, konstatierte die Neigung Honeckers zu simplen Formeln.

[51] Z. B. Zu den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, in: ND vom 9. 8. 1976.

[52] Vgl. dazu Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, München 1984, S. 615. Zur Aktions-Reaktions-Spirale in der Berlinfrage 1973 vgl. Gerhard Wettig, Das Vier-Mächte-Abkommen in der Bewährungsprobe. Berlin im Spannungsfeld von Ost und West, Berlin 1981, S. 188.

[53] Baring, Machtwechsel, S. 615. Bahr hatte die Errichtung des Umweltbundesamtes initiiert, war aber davon ausgegangen, Moskau auf dem Wege der Geheimdiplomatie dafür gewinnen zu können. Nach der Kabinettssitzung, so Bahr, auf der die Entscheidung für das Umweltbundesamt gefällt worden war, ging Genscher jedoch sofort an die Öffentlichkeit, so daß der Eindruck entstand, dieses Projekt sollte bewußt gegen die sowjetische Haltung durchgebracht werden. Gespräch Bahrs mit dem Verfasser am 22. 9. 1988, vgl. auch Gaus, Deutschland, S. 125 f.

[54] Aufzeichnung über die Beratungen einer Delegation des ZK der SED unter Axen und des ZK der KPdSU unter Gromyko am 24./25. 1. 1975, in: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2.035/056.

[55] Information über den Besuch des Bundeskanzlers der BRD, Helmut Schmidt in der Sowjetunion, o. Datum, Arbeitsprotokoll der Politbürositzung am 19. 11. 1974, in: Ebenda, ZPA J IV 2/2 A – 1832.

[56] Erklärung des Bundeskanzlers vom 28. 7. 1976, in: Deutschland-Archiv 9 (1976), S. 982.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tribunal für die DDR zu werden[57]. Dies erklärt wohl die scharfe Kritik der Generalsekretäre an Genscher[58]. Allerdings hatte sie für Honecker auch eine taktische Funktion. Sie bot angesichts der von Brežnev geäußerten Mahnungen wegen der Deutschlandpolitik der SED die Gelegenheit, Standfestigkeit zu demonstrieren und Gemeinsamkeiten herauszustreichen.

Nicht weniger bemerkenswert als das, was die beiden Generalsekretäre sich am 19. August zu sagen hatten, waren die Themen, die keine oder kaum Erwähnung fanden. Das betraf die volle Breite der Ost-West-Beziehungen. Weder wurden die SALT-II- noch die MBFR-Verhandlungen oder der KSZE-Prozeß erörtert. Auch unmittelbar bevorstehende Ereignisse wie die amerikanischen Präsidentschaftswahlen und die anstehende Nachfolge Maos wurden nicht analysiert. In dieser Begrenzung zeigt sich deutlich die Asymmetrie im deutsch-sowjetischen Verhältnis. Die DDR war für Themen, die über die deutsch-deutschen Beziehungen sowie die Binnenbeziehungen der sozialistischen Staaten hinausgingen, für Moskau kein Gesprächspartner. Die Unterredung blieb in dieser Hinsicht in den Bahnen traditioneller sowjetischer Bündnispolitik.

Allerdings fällt auch auf, daß die beiden Generalsekretäre wichtige Maßnahmen, die die SED im Herbst 1976 ergriff, nicht – zumindest nicht auf der Krim – vorab erörterten. Weder die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann noch die Umbesetzungen in der SED-Spitze im Herbst 1976, d.h. die Entmachtung Horst Sindermanns, die Berufung Günter Mittags zum ZK-Sekretär für Wirtschaftsfragen sowie die Wahl Honeckers zum Staatsratsvorsitzenden, waren Gesprächsthemen. Ebenfalls ohne Bedeutung blieben während des Treffens die 1976 bereits erkennbaren, äußerst problematischen großen innen- und außenpolitischen Entwicklungen, die nur wenige Jahre später für die politischen Systeme der Ostblockstaaten zur existentiellen Bedrohung werden sollten: der Niedergang der östlichen Volkswirtschaften, das Entstehen einer Menschenrechts- und Bürgerbewegung und das Ende der amerikanischen Entspannungspolitik. Das Gesprächsprotokoll gibt insofern noch ganz die heile Welt des realexistierenden Sozialismus wieder und läßt erahnen, wieso Modernisierungs- und Reformbestrebungen in beiden Staaten auf der Ebene der Generalsekretäre keine Unterstützung erfuhren.

So unverbindlich das Gespräch verlief, so gering blieben die Folgen. Die Koordinaten im ostdeutsch-sowjetischen Verhältnis waren gesetzt. Nur langsam emanzipierte sich Ost-Berlin von Moskau. Erst in der Gorbačev-Ära wurde das Verhältnis zwischen der DDR und der UdSSR auf eine neue Grundlage gestellt. Den dabei gewonnenen Handlungsspielraum nutzte Ost-Berlin jedoch nur dazu, sich den Reformbestrebungen des Kreml zu widersetzen. Die Folgen sind bekannt.

Der Vermerk ist vollständig abgedruckt mit Ausnahme der handschriftlichen Abzeichnungen „EH" am Ende sowie „EH 20.8.76" und „Zurück an Gen. H. Axen 13.7.78" auf dem Kopf des Vermerks[59]. Honecker hatte sich den Vermerk offensichtlich vor seiner erneuten Reise auf die Krim am 25.7.78 von Axen noch einmal kommen lassen. Honecker hat im Original zahlreiche Passagen unterstrichen; sie sind im folgenden kursiv gedruckt. Die von ihm vorgenom-

[57] Vgl. Argumentation und taktisches Vorgehen zur Absicht der BRD, der XXXI. UN-Vollversammlung die Errichtung eines Menschenrechtsgerichtshofes vorzuschlagen, Arbeitsprotokoll der Politbürositzung am 21.9.1976, in: SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2 A 2009.

[58] Diese Einschätzung hat sich offenbar später gewandelt. Bölling erinnert sich, daß Honecker Genscher positiv beurteilte; Bölling, Nachbarn, S. 194.

[59] Die Abzeichnung „EH" erfolgte mit einem schwarzen, die Datumsangabe „20.8.76" mit einem blauen Filzstift.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

menen senkrechten Anstreichungen am Textrand werden durch rechteckige Klammern angezeigt. Dabei geben die Klammern die Zeilenanfänge und -enden des Originals wieder.

Dokument Berlin, den 20. 8. 1976

Vermerk über das Treffen zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genossen Leonid Iljitsch Breshnew, auf der Krim am Donnerstag, dem 19. August 1976

E. Honecker:
Ich danke recht herzlich für die Einladung zu diesem Treffen sowohl in meinem eigenen Namen als auch im Namen des Politbüros. Ich freue mich sehr, lieber Genosse Leonid Iljitsch, Deine Stimme zu hören. Ich soll die herzlichen Grüße aller Genossen des Politbüros übermitteln. *Ich freue mich sehr, daß Du bei guter Gesundheit bist und gratuliere Dir dazu, obwohl Du sehr viel arbeitest. Jeden Tag haben wir eine Meldung gelesen über Deine Begegnungen und Gespräche.*

L. Breshnew:
Erich, hier siehst Du mein Tagebuch. Jeden Tag habe ich einige Besprechungen. (Genosse Breshnew zeigt Genossen Honecker die täglichen Eintragungen in sein Tagebuch).

Wir haben gerade die Mitteilung bekommen, daß Ford[60] *auf dem Konvent der Republikanischen Partei zum Präsidentschaftskandidaten nominiert wurde*[61]. Er erhielt nur 6 Stimmen mehr als Reagan[62]. Jetzt kann er den Kampf gegen Carter führen[63]. [Je mehr sie sich gegenseitig bekriegen, umso besser ist es für uns. Das ist ein eigenartiges Land, die USA. Ein Jahr lang kämpfen sie, um als Präsident gewählt zu werden, ein Jahr wird gekämpft, um den regierenden Präsidenten abzusetzen und die restlichen zwei Jahre einer Wahlperiode bekämpfen sie einander.]

E. Honecker:
Das ist die berühmte bürgerliche Demokratie.

L. Breshnew:
Auf dem Weg nach Colombo hat Ghadaffi in Taschkent Zwischenstation gemacht[64]. *Er wollte mich sprechen. Ich habe ihm mitteilen lassen, daß Genosse Honecker bei uns weilt und ich ihn deshalb nicht treffen kann. Ghadaffi hat das akzeptiert, d. h. er respektiert Dich und mich.*

---

[60] Gerald Ford (* 1913), 1974 bis 1977 Präsident der USA.

[61] Der 31. Nationalkonvent der Republikanischen Partei fand vom 16. bis 19. 8. 1976 in Kansas City statt.

[62] Ronald Reagan (* 1911), 1976 innerparteilicher Herausforderer Fords und von 1981 bis 1989 Präsident der USA. Hinsichtlich der Stimmenmehrheit Fords irrte Brežnev. Ford erhielt 117 Stimmen mehr als Reagan.

[63] Jimmy Carter (* 1924), Kandidat der Demokraten im Präsidentschaftswahlkampf 1976 und amerikanischer Präsident von 1977 bis 1981.

[64] Vom 16. bis 19. 8. 1976 fand in Colombo die 5. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Länder statt. Moamar al Gaddhaffi, (* 1942), 1969–1977 Vorsitzender des Revolutionsrates in Libyen, 1977–1979 Staatspräsident.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

E. Honecker:
[Nachdem Du so viele Gespräche mit anderen geführt hast, möchte ich nun auch mal an der Reihe sein[65]. Zu Ghadaffi haben wir gute Beziehungen. Er sitzt jedoch viel in der Wüste und betet.]

L. Breshnew:
Ghadaffi muß noch manches lernen und Erfahrungen sammeln. Er soll auch zu einem offiziellen Besuch in die UdSSR kommen. Genosse Kossygin ist mit Ghadaffi in Libyen zusammengetroffen[66]. Ghadaffi fragte Genossen Kossygin, ob er an Allah glaube. Darauf wußte Genosse Kossygin keine Antwort. Auf diese Frage kann selbst die DDR keine Antwort geben, was sollen wir da erst sagen.

Jetzt schreibe ich in mein Tagebuch ein: 19. August, Donnerstag, Treffen mit Erich Honekker, Wolodja und Brigade[67].

[Du siehst, Erich, ich habe in meinem Buch alle Ziffern über die Getreideernte in unserem Land eingetragen. Die darfst Du aber nicht sehen! Es gibt große Unterschiede, gute Gebiete] wie das Kubangebiet. Dort wurde ein großer Wettbewerb entfaltet, und eine gute Ernte wird eingebracht. Auf der Krim wird jedoch nur die Hälfte des Erwarteten geerntet. Im Gebiet Orenburg hingegen erwarten wir eine bedeutend höhere Ernte als 1975. Solche großen Unterschiede gibt es. In einigen Gebieten regnet es seit langem. Dort ist es furchtbar naß. Zuweilen werden die Erntekombines von zwei Traktoren geschleppt, und an den Kombines werden zusätzlich Räder angebracht, damit sie nicht im Schlamm versinken.

[Genosse Semjanin hat in Moskau unsere Teilnehmer an den Olympischen Spielen empfangen[68]. Er hat jedoch kein Wort über Auszeichnungen gesagt. Ich habe ihn angerufen und gebeten, diese Dinge vorzubereiten.]

E. Honecker:
Eure Sportler haben diese Auszeichnungen verdient. Sie haben in Montreal hervorragende Ergebnisse erzielt. Dazu möchte ich Dir recht herzlich gratulieren.

L. Breshnew:
[Ihr, die DDR, seid prima. Wir haben auch viele Medaillen. Wir sind aber ein großes Land. Die DDR ist ein kleines Land. Das ist eine große Leistung[69].]

---

[65] Brežnev hatte sich am 28. 7. 1976 mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP Gierek, am 30. 7. 1976 mit dem Generalsekretär des ZK der KPČ Husak, am 3. 8. 1976 mit dem Generalsekretär der RKP Ceauşescu, am 11. 8. 1976 mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPB Živkov und am 16. 8. 1976 mit dem Ersten Sekretär des ZK der MRVP Zedenbal getroffen.

[66] Aleksej N. Kosygin (1904–1980), 1964–1980 Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR; Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU.

[67] Wolodja war der Spitzname der Sowjets für Werner Eberlein.

[68] Es handelt sich um einen Transkriptionsfehler. Die Rede ist von Michail Simjanin (* 1914), 1965–1976 Chefredakteur der Pravda und seit dem XXV. Parteitag 1976 einer der Sekretäre des ZK der KPdSU. Brežnev bezog sich auf die 21. Olympischen Sommerspiele in Montreal vom 17. 7. bis 1. 8. 1976.

[69] Die Sowjetunion belegte in Montreal den ersten, die DDR erstmals den zweiten Platz in der Medaillenwertung. Vgl. Willi Knecht, DDR-Leistungssport wird zum sowjetischen Trauma, in: Deutschland-Archiv 9 (1976), S. 945–950.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

E. Honecker:
Unsere Sportler sprechen mit großer Hochachtung von den Leistungen der Sportler der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder. Zum ersten Mal haben die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder die meisten Medaillen erkämpft. *Die sowjetischen Sportler haben daran den größten Anteil, danach unsere Sportler.*

L. Breshnew:
Unsere Boxer waren schlecht, und *über den Fußball möchte ich mit Dir nicht reden.*

E. Honecker:
Die Kampfrichter haben die sozialistischen Länder überall dort benachteiligt, wo – wie beim Boxen – die Leistungen nicht exakt zu messen sind. Beim Boxen muß man auf k.o. gehen.

L. Breshnew:
Während der Olympiade wurde sehr viel um unsere Mannschaft herum unternommen, um uns Schwierigkeiten zu bereiten.

E. Honecker:
Nur dort, wo die Fotolinse das Ergebnis zeigt, gibt es objektive Wertungen. Sonst benachteiligen uns die Punktrichter. Es ist gut, daß Eure Sportler so hervorragende Leistungen vollbracht haben.

L. Breshnew:
[Der Sport ist in der DDR sehr hoch entwickelt. Ihr leistet eine große Arbeit. Das schätzen wir hoch ein.]

E. Honecker:
Mit Ausnahme des Fußballs.

L. Breshnew:
Ich habe mir gestern das Fußballspiel Dnjepropetrowsk gegen Kiew angesehen. Kiew hat 3 : 1 verloren. Die Genossen Tscherbitzki und Podgorny saßen mit gesenktem Haupt da. Sie sind große Anhänger von Kiew[70].

[*Ich freue mich sehr über unser Zusammentreffen. In Berlin hatten wir nicht genügend Zeit*[71]. *Wir können jetzt über die Fragen sprechen, zu denen wir in Berlin nicht mehr gekommen* sind.]

Gleich nach unserer Rückkehr aus Berlin habe ich im Politbüro über die Berliner Konferenz und unsere Unterredung informiert. Das Politbüro hat die Tätigkeit der Delegation ge-

[70] Vladimir V Ščerbyc'kij (1918–1990), 1971–1989 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, seit 1972 Erster Sekretär des ZK der Ukrainischen KP.
Nikolaj V. Podgornyi (1903–1983), 1965–1977 Vorsitzender des Präsidium des Obersten Sowjet und damit Staatsoberhaupt.

[71] Brežnev und Honecker waren am 28. 6. 1976 am Vorabend der „Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas" in Ost-Berlin zusammengetroffen. Vgl. die entsprechende Mitteilung, abgedruckt in: Fischer, 30 Jahre, S. 607.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

billigt. Es schätzt die Arbeit, die Euer Zentralkomitee zur Vorbereitung der Konferenz geleistet hat, sehr hoch ein. *Es kommt nicht so sehr darauf an, [welche Reden dort gehalten wurden, z. B. von den Vertretern der Italienischen KP und der Französischen KP. Das wichtigste ist, daß unsere grundlegende Linie gesiegt hat.* Unsere Linie der Weiterführung unserer Politik der Sicherheit in Europa ist in den Hauptfragen von allen Parteien unterstützt worden, ebenso unsere Politik der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern.]

(Hier fügte Genosse Breshnew hinzu: Eigentlich könnten wir jetzt die Pressemeldung fertigmachen und unsere Besprechung beenden, denn in unseren Beziehungen ist alles zum besten bestellt.

Einwurf von E. Honecker: Wir brauchen aber ein schönes Bild für das „Neue Deutschland".

[L. Breshnew: Die Bilder sind bereits gemacht. Über das Kommuniqué werden wir uns verständigen, über den Fußball haben wir auch gesprochen.)]

L. Breshnew:
Je weiter wir uns von der Berliner Konferenz entfernen, um so deutlicher tritt ihre historische Bedeutung hervor.

Die Ergebnisse der Konferenz leben und wirken, sie üben ihren Einfluß aus, all dies ist das Plus für unser Lager.

[Unsere gegenseitigen Beziehungen sind, wie immer, gut, brüderlich und sind gekennzeichnet vom gegenseitigen Verständnis. Wenn wir noch das „Pomoshem" weglassen, wäre es noch besser[72]*.]*

E. Honecker:
Das wäre schlecht.

L. Breshnew:
Auch die DDR hilft uns auf vielen Gebieten, insbesondere mit der Lieferung von Maschinen. *Das will ich nicht verhehlen.* Den Austausch von Maschinen müssen wir weiter erhöhen. Manchmal wird allerdings von der einen oder anderen Seite nicht immer pünktlich geliefert. Ich habe hier alle Ziffern über den Stand der gegenseitigen Lieferungen. Wir haben schon vieles im Voraus geliefert. *An Erdöl bezieht Ihr jetzt 16 Millionen Tonnen. Aber das reicht Euch immer noch nicht. Ich weiß gar nicht, wo das alles bleibt.*

E. Honecker:
Bei uns wird das Erdöl sehr gründlich verarbeitet. In der DDR wird die tiefste Spaltung des Erdöls durchgeführt.

L. Breshnew:
Das stimmt. Ihr verarbeitet das Erdöl sehr sorgfältig. Unser Warenaustausch ist gut gewachsen. Ich habe in diesen Tagen auch mit den Genossen der anderen Bruderparteien gesprochen. Wir alle haben unsere Parteitage durchgeführt [und das Programm für die Zukunft festgelegt. *Unsere Aufgabe ist es jetzt, das zu realisieren, was beschlossen wurde. Das gilt für*

[72] „Pomožem" (russ.): „Wir werden helfen".

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

alle in gleicher Weise][73]. Aber diesmal muß ich mit jedem einzeln sprechen. Es war viel günstiger, als wir vor 3 Jahren die Krim-Konferenz durchführten[74]. Da brauchte ich nur einmal den Berg hochzusteigen zur Zarenvilla. Ihr seid richtige Ausbeuter.

E. Honecker:
Wer kann das ändern, wenn nicht Ihr, wenn das führende Zentrum nicht alle zugleich einlädt? Ich habe mit Genugtuung die Information über Dein Gespräch mit Ceausescu zur Kenntnis genommen und unser Politbüro informiert[75].

Wir sind sehr befriedigt über Dein Auftreten. Ceausescu ist zwar ein großer Fuchs, aber er mußte zurückweichen, *mit Ausnahme seiner Haltung in der Frage von Stephan dem Großen*[76].

L. Breshnew:
Er hat mächtig darauf gedrückt, daß ich Rumänien besuche. Ich habe auf die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses verwiesen und gesagt: Weshalb soll ich zweimal fahren[77]. Vielleicht bleibe ich noch zwei Tage nach der Tagung in Rumänien, und wir gehen zusammen auf die Jagd[78]. Er bat mich jedoch noch einmal eindringlich, nach Rumänien zu kommen. *Insgesamt verhielt er sich jedoch bedeutend besser als sonst. Er war mit der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses einverstanden. Das ist gut. Wir binden ihn wieder an den Warschauer Pakt und können auch die noch ungelösten Fragen behandeln, wie die Bildung des Rates der Außenminister und des Vereinigten Sekretariats*[79]. *Dann sind auch neue politische Initiativen möglich.* Ich habe Ceausescu einiges gesagt, z. B. über China. Als ich damit anfing, schlug er seine Mappe mit den Aufzeichnungen zu[80]. Ich sagte ihm jedoch: Ihr schickt dorthin Grußtelegramme. Euer neuer Verteidigungsminister fährt als erstes nach England. Ceausescu sagte, das sei eine alte Einladung.

Als sich Ceausescu bei seiner Herreise einen Tag lang in der Moldauischen SSR aufhielt, gab es etwas Interessantes. *Ich schaute früh auf meinen Kalender und sah, daß dies der Tag der Gründung der Moldauischen SSR war. Daraufhin schickte ich ein Glückwunschtele-*

[73] Der in Klammern stehende Text wurde von Honecker am Seitenrand doppelt angestrichen.
[74] Brežnev bezieht sich auf die multilaterale Krimkonferenz am 30./31. 7. 1973.
[75] Honecker informierte das Politbüro des ZK der SED in der Sitzung am 10. 8. 1976 mündlich über das Gespräch Brežnev-Ceauşescu vom 3. 8. 1976, Arbeitsprotokoll der Politbürositzung am 10. 8. 1976, in: SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2/ A 1999.
[76] Stephan der Große (1457–1504), Herrscher des Fürstentums Moldau. Es gab um die Heroisierung Stephans in der rumänischen Geschichtswissenschaft eine Kontroverse zwischen sowjetischen und rumänischen Historikern.
[77] Am 25./26. 11. 1976 fand in Bukarest die 15. Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses (PBA) der Warschauer-Pakt-Organisation statt.
[78] Brežnev besuchte Rumänien offiziell vom 22.–24. 11. 1976.
[79] Auf der 15. Tagung des PBA am 25./26. 11. 1976 wurde beschlossen, ein Vereinigtes Sekretariat und ein Komitee der Minister für Auswärtige Angelegenheiten im Rahmen des Warschauer Vertrages einzurichten. Vgl. den Bericht über die Tagung an das Politbüro des ZK der SED, Arbeitsprotokoll der Politbürositzung am 30. 11. 1976, in: SAPMO-BArch, ZPA 2/2 A-2023, sowie die Deklaration der Tagung, in: Institut für internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR (Hrsg.), Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1976, Bd. XXIV, 1. Halbband, Berlin 1980, S. 193–207.
[80] Honecker hat das Wort „seine" über ein unlesbares Wort geschrieben.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gramm an die Moldauische SSR. Genosse Bodjul erhielt das Telegramm und zeigte es Ceausescu[81]*. Nach einer Stunde fand ein Meeting mit Ceausescu in einem Betrieb statt. Zunächst wurde Ceausescu begrüßt, dann wurde das Telegramm verlesen. Das rief eine gewaltige Begeisterung hervor.* In seiner Rede sagte dann Ceausescu: Wir müssen Freunde sein, insbesondere muß das Grenzgebiet zu dieser Freundschaft beitragen. Unsere Spezialisten müssen sich gegenseitig besuchen und voneinander lernen.

Genosse Suslow, der gerade von Pizunda aus dem Urlaub zurückgekommen ist, wo sich auch Ceausescu aufhielt, *sagte mir, daß Ceausescu 28 Mann Begleitmannschaft mitgebracht hatte*[82]*. Diese Leute waren im Garten hinter den Büschen versteckt. Sie haben sich an den Stacheln der Büsche ganz anständig zerkratzt.]*

E. Honecker:
Wir haben die Information mit großem Interesse aufgenommen, und die Genossen des Politbüros *haben Dein Auftreten voll und ganz unterstützt. Du hast die Fragen offen gestellt, und wir haben gefühlt, wie er sich gewunden hat, um Entschuldigungen dort zu finden, wo es keine gibt. Das betrifft z. B. die Frage des Balkan-Paktes. Genosse Lamberz,* der in Rumänien zum Urlaub weilte, war auf Hinweis von Ceausescu über Eure Begegnung informiert worden[83]. Er unterrichtet(e) mich darüber. Insgesamt gesehen stimmten die Informationen überein. In bezug auf die Balkanfragen sagten die Rumänen jedoch: Breshnew war darüber nicht richtig informiert worden. *Über [die China-Frage haben die rumänischen Genossen nichts gesagt.* Sie sprachen aber über die Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses und Deine Einladung zum Besuch Rumäniens.]

L. Breshnew:
In letzter Zeit ist in der Tätigkeit der rumänischen Genossen einiges besser geworden, z. B. in bezug auf die sozialistischen Länder und auch im Zusammenhang mit der Berliner Konferenz.

1977 findet die Konferenz in Belgrad statt[84]*. Daran müssen wir denken, und wir müssen die Arbeit mit den Rumänen fortsetzen.* An der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses werde ich teilnehmen. Aber so einfach „mir nichts – dir nichts" fahre ich nicht zum Besuch nach Rumänien. *Ceausescu ist ein richtiger Gauner (Shulik).* Als ich mit ihm sprach, wußte ich nicht, daß bei ihnen kein Wort von meinem Prawda-Interview veröffentlicht wurde[85].

E. Honecker:
Das „Neue Deutschland" hat Dein Interview auf der ersten Seite groß mit einem schönen Bild gebracht[86].

---

[81] Ivan I. Bodjul (* 1918), 1961–1980 Erster Sekretär des ZK der Moldavischen KP.

[82] Michail A. Suslov (1902–1982), seit 1955 Politbüromitglied und seit 1947 Sekretär des ZK der KPdSU. Er galt als Chefideologe im Kreml. Pizunda ist ein Kurort an der sowjetischen Schwarzmeerküste.

[83] Werner Lamberz (1929–1978), 1971–1978 Mitglied des Politbüros, 1967–1978 Sekretär des ZK der SED. Lamberz galt als „Kronprinz" Honeckers.

[84] In Belgrad fand vom 4. 10. 1977 bis zum 9. 3. 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt.

[85] Pravda vom 30. 7. 1976.

[86] Leonid Breshnew zur Bedeutung der Konferenz von Helsinki, in: ND vom 31. 7./1. 8. 1976.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

L. Breshnew:
Darüber habe ich mich sehr gefreut. Alle Zeitungen haben das Interview gebracht, die Rumänen keine einzige Zeile.]

E. Honecker:
Sie nähern sich uns etwas an, wollen aber ihre eigene Linie fortsetzen.

L. Breshnew:
Ich habe Ceausescu in Berlin deutlich gesagt, daß ich kategorisch gegen die Teilnahme Rumäniens als Beobachter an der Colombo-Konferenz bin[87]. Ceausescu hatte gesagt, daß nur ein stellvertretender Außenminister nach Colombo führe und Rumänien nur als Gast anwesend sein würde.
Was für ein Gauner ist er doch! Jetzt ist der Außenminister selbst in Colombo.

E. Honecker:
Das ist sehr unanständig und unehrlich.

L. Breshnew:
In der Politik kann es sicher vorkommen, daß man manchmal hinterher etwas ändern muß. Aber man muß in der Politik ehrlich sein, und man muß sich auch manchmal etwas anhören] können.

E. Honecker:
[Ceausescu will nächstes Jahr zu einem offiziellen Besuch in die DDR kommen. Wir haben dazu noch keine endgültige Meinung[88].]

L. Breshnew:
[Er liebt Dich ja so sehr, alle lieben sie Dich! Was soll ich da bloß machen?]

E. Honecker:
[*Erinnere Dich, in Warschau auf der Tagung des Politischen* Beratenden Ausschusses habe ich Ceausescu gesagt, daß er objektiv der NATO in die Hand arbeitet[89]. Dagegen hat er sich gewandt, und ich durfte ihm noch nicht einmal antworten.]

L. Breshnew:
Ich habe auch mit Gierek, Zedenbal, Husak und anderen Genossen gesprochen[90]. *Bei Genossen Gierek halten die Schwierigkeiten nach wie vor an, trotz der Ratschläge, die wir ihm*

[87] Rumänien nahm als einziger Staat des Warschauer Paktes an der Konferenz der Blockfreien in Colombo teil. Es strebte dort den Beobachterstatus an, der mit Rederecht verbunden war, wurde jedoch von einigen Vollmitgliedern, insbesondere Kuba, Afghanistan und Indien blockiert. Vgl. Bruno Engel, Von Belgrad (1961) bis Havanna (1979). Zur Entwicklung der Bewegung blockfreier Staaten, Köln 1980, S. 42.

[88] Ceauşescu besuchte vom 8.–10. 6. 1977 die DDR. Honecker reiste seinerseits Anfang Februar 1977 nach Rumänien.

[89] Honecker bezog sich offenbar auf die Tagung des PBA am 17./18. 4. 1974 in Warschau.

[90] Honecker hat den fehlenden Buchstaben „a" beim Wort „auch" ergänzt.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Berlin gegeben haben. Du hast mit ihm gesprochen und ich auch. In Polen ist die Lage kompliziert. Dort hat die Kirche Einfluß. Es gibt die private Landwirtschaft. Jetzt haben sie Zuckerkarten eingeführt. Fleischkarten sollen folgen. Genosse Gierek hat gebeten, ihm mit Getreide zu helfen. *Ich konnte ihm nichts versprechen. Wir haben aber einiges getan. Wir haben die landwirtschaftlichen Maschinen für das ganze Jahr 1976 bereits im ersten Halbjahr ausgeliefert. Wir haben 2000 Traktoren zusätzlich geliefert, davon 50 vom Ty* (sic) *K 700 (Kirowjez). Unsere Genossen arbeiten jetzt an Maschinen zur Futterherstellung. Dazu habe ich Spezialisten aus Polen eingeladen.*

E. Honecker:
Das ist sehr gut. Ich wollte Dich nämlich fragen, wie die Dinge dort stehen. Ich war mit Genossen Gierek zusammen[91]. *Er* hat selbst die Fragen der Fleischversorgung und der Preispolitik aufgeworfen. Für mich stellt sich die Frage, ob er Lehren annimmt. Genosse Gierek ist ein feiner Mensch. Aber durch die Fehler, die jetzt passieren, verliert die [Partei an Vertrauen. *Wir sind* durch die Existenz der offenen Grenze ziemlich gut im Bilde über das, was in Polen passiert[92]. Bisher haben sich 55 Millionen Menschen aus beiden Ländern gegenseitig besucht.]

In einer Woche reisen 200 000 Menschen über die Grenze. Es gibt also praktisch keine Geheimnisse. *Gierek sagte mir, daß man die neuen Bedingungen begreifen müsse. Im Interesse der materiellen Stimulierung sei es notwendig, die Löhne zu erhöhen und auch die Preise.* Er vertrat also die Auffassung von der Lohn-Preis-Spirale. Ich sagte ihm, daß die Erfahrungen der Sowjetunion, der DDR und anderer sozialistischer Länder beweisen, daß das Wertgesetz im Sozialismus nur begrenzt anwendbar ist. Wir haben doch die Planwirtschaft und andere Instrumente, um die Entwicklung zu leiten. Es gibt keine Ursachen, um sich gegenüber den Arbeitern so zu verhalten. Genosse Gierek sprach von den Beratungen mit den Werktätigen und davon, daß die Arbeiter mit den Preiserhöhungen einverstanden seien. Ich habe noch keinen Arbeiter gefunden, der Preiserhöhungen begrüßt. *Jetzt hat er eine sehr schwere Lage. Die Lage wird aber nicht besser, auch nicht für uns, wenn er diese Dinge fortsetzt und die Lohn-Preis-Spirale in Gang kommt. Drei Stunden haben wir miteinander gesprochen, wobei er mit diesem Thema angefangen hat*[93]. Ich hatte gedacht, daß er nach dem Gespräch mit Dir eine bessere Position einnimmt[94].

L. Breshnew:
Ich habe alles getan, um in dieser Frage bis zum Ende Klarheit zu schaffen. Ob das gelingt? Ich weiß es nicht. Jede Abweichung kann zu Explosionen führen. Das wäre nicht nur für ihn unangenehm, sondern auch für uns. Wir dürfen nicht vergessen, daß dort unsere Truppen sind.

Wie Du siehst, Erich, mache ich aktiven Urlaub. Die Beziehungen zwischen unseren Ländern, zwischen unseren Parteien erfüllen mich mit großer Genugtuung. Sie entwickeln sich erfolgreich und nutzbringend in allen Sphären, ob in der Politik, in der Ökonomie, im gesellschaftlichen Bereich oder zwischen den Parteien. *Zwischen uns gibt es keine Probleme. Alles geht gut. Der gemeinsame Kurs unserer Parteitage wird erfolgreich verwirklicht.* Die Kontakte zwischen unseren Ländern erweitern sich ständig. Das bringt nicht geringen Nutzen.

---

[91] Honecker war am 17.7.1976 mit Gierek in Polen zusammengetroffen.
[92] Die DDR und Polen hatten am 1.1.1972 die gemeinsame Grenze geöffnet.
[93] Das Wort „er" ist im Original doppelt unterstrichen.
[94] Honecker hat das Wort „hat" mit dem Wort „einnimmt" überschrieben.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Generell gesprochen kann man also sagen: Die abgestimmte außenpolitische Tätigkeit und die Koordinierung unserer Politik sind gegenwärtig der entscheidende Faktor. Deshalb werden wir auch künftig unsere Arbeit in dieser Richtung entwickeln. Auf diesem Gebiet gibt es zwischen uns nichts zu klagen, gibt es keine negativen Dinge.

Unsere Außenminister haben sich kürzlich über eine Reihe wichtiger Fragen verständigt[95]. Bald tagt die Vollversammlung der UNO[96]. Genosse Gromyko, der hier zum Urlaub weilt, hat mit mir gesprochen. Er bereitet sich gründlich auf die UNO-Tagung vor. Er wird eine Woche in Moskau zu Hause daran arbeiten. *Solche Zusammenkünfte wie die zwischen unseren Außenministern haben große Bedeutung. Es wurde die weitere Entwicklung der vertraglichen Beziehungen diskutiert und alles diesbezügliche vorbereitet.* Das betrifft die wissenschaftliche Zusammenarbeit, die kulturellen Beziehungen, den visafreien Verkehr, die gegenseitige Rechtshilfe u. a. Fragen[97].

E. Honecker:
Das schließt auch die Fragen der Kosmos-Forschung ein.

L. Breshnew:
Übrigens: Ich wußte nicht, daß die polnischen Jungs nicht in der Vorbereitungsgruppe sind. Man muß aber beachten, daß Polen ein großes Land und unser Nachbar ist. Die Vorbereitung der Kosmonauten auf einen Raumflug dauert 4 bis 5 Jahre. Ich habe Gierek gesagt, er soll ein paar gute Leute aussuchen.

[Die können im Sternenstädtchen wohnen und werden dann einmal auf den Mond oder den Mars fliegen.]

Genosse Gromyko und Euer Außenminister haben eine Reihe von Fragen abgestimmt. Ich bin mit den Ergebnissen der Abstimmung voll einverstanden und habe sie bestätigt.

1. Es gab eine Verständigung über die Frage der Direktwahl in die Volkskammer.
2. Mit den Veränderungen der administrativen Grenzen von Berlin bin ich einverstanden.
3. Vorläufig wird es keine Änderung in bezug auf die Lufttrassen geben.
4. Die Probleme der S-Bahn sollten mit anderen Fragen verbunden werden, an denen auch die westliche Seite interessiert ist.
5. Nach der Bundestagswahl kann man Straßenbenutzungsgebühren für Westberliner Fahrzeuge erheben, die in die Hauptstadt der DDR einreisen.
6. Wir haben keine Einwände gegen die Änderung des Einreiseverfahrens für Bürger nichtsozialistischer Staaten aus Westberlin in die Hauptstadt der DDR[98].

---

[95] Der sowjetische Außenminister Andrej A. Gromyko [(1909–1989), 1957–87 Außenminister der UdSSR, seit 1973 Mitglied des Politbüros] und sein deutscher Kollege Oskar Fischer [(* 1923), 1975–1990 Außenminister der DDR] waren am 25. 6. 1976 in Moskau zusammengetroffen.

[96] Die 31. Vollversammlung der UNO tagte vom 21. 9.–4. 10. 1976.

[97] Vgl. die Mitteilung über den Besuch Fischers in Moskau, abgedruckt in: Ders., 30 Jahre, S. 605 ff. Im Politbüro wurde der Besuch nur mündlich behandelt. Reinschriftprotokoll der Politbürositzung am 6. 7. 1976, in: SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2/1625.

[98] Am 1. 1. 1977 wurden die Kontrollpunkte zwischen Ost-Berlin und der DDR aufgehoben und der Visumzwang für ausländische und staatenlose Besucher Ost-Berlins eingeführt, ab dem 1. 3. 1977 eine Straßenbenutzungsgebühr für Fahrten in Ost-Berlin erhoben. Hinsichtlich der Volkskammerwahlen strebte die DDR-Führung die Direktwahl der Ost-Berliner Abgeordneten in die Volkskammer an. Aufgrund des Viermächte-Status Berlins fanden in Ost-Berlin keine Wahlen von Abgeordneten in die

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese und andere Fragen werden zwischen den Ministern abgestimmt. Erich, ich habe Dir einmal gesagt: Die DDR hat 17 Millionen Bürger. Es kommen eine Menge Leute in die DDR. Die treiben Agitation für den Kapitalismus. Der Kreissekretär der Partei kann nicht alles wissen, was da gesagt wird, auch Genosse Mielke nicht[99].

E. Honecker:
[Ich habe die Statistik mitgebracht. Durchschnittlich kommen jährlich 8 Millionen Besucher in die DDR[100].]

L. Breshnew:
Wir unterstützen auch die Überlegungen der DDR, den Status ihrer Auslandsvertretung in Bonn mit dem der Botschaften anderer Staaten gleichzusetzen.
[Was die ökonomische Zusammenarbeit zwischen uns betrifft, so ist gewiß unsere Hilfe für Euch wichtig. Wir müssen aber sagen, daß die DDR in unserem Außenhandel den ersten Platz einnimmt und für uns ein großer und wichtiger Partner ist[101].]

E. Honecker:
40% unseres Handels mit den sozialistischen Ländern entfallen auf die Sowjetunion.

L. Breshnew:
Die DDR nimmt den ersten Platz im Außenhandel der UdSSR ein. Der Warenaustausch wird 1976 5 840 000 000 Rubel betragen. Das ist keine geringe Zahl. In diesem Fünfjahrplan wird der Handel um 40% gegenüber dem letzten Fünfjahrplan steigen. *Das hat für uns eine große Bedeutung.*

Nebenbei gesagt, Ceausescu hat sich darüber beschwert, daß wir ihm nicht alles liefern, was er von uns haben will.
[In bezug auf unsere Wirtschaftsbeziehungen möchte ich jetzt nicht einzelne Positionen wiederholen. Wichtig ist, daß der (Umfang der gegenseitigen Maschinenlieferungen, der Kooperation und Spezialisierung wächst. Hier müssen wir ein steigendes Wachstumstempo sichern. Wir können beide mit der Entwicklung der Beziehungen in diesem Bereich zufrieden sein. Vor einiger) Zeit hatten wir bekanntlich Sorgen über den Umfang der gegenseitigen Lieferungen. Dieses Jahr werden die gegenseitigen ökonomischen Verpflichtungen besser realisiert als im vergangenen Jahr. Bei einigen Exportpositionen haben wir vorausgeliefert[102].]

E. Honecker:
Die Vorauslieferungen waren sehr gut. *Auch wir haben vieles vorab an Euch ausgeliefert.*

Volkskammer statt, sondern nur in die Stadtverordnetenversammlung, und von dieser wurden dann die Ost-Berliner Abgeordneten zur Volkskammer benannt. Vgl. Gerhard Wettig, Statusprobleme Ost-Berlins 1949–1980, Köln 1980, S. 33 sowie ders., Vier-Mächte-Abkommen, S. 149 f.

[99] Erich Mielke (* 1907), 1957–1989 Minister für Staatssicherheit. Seit Mai 1976 Vollmitglied des Politbüros.

[100] Der in Klammern stehende Text wurde von Honecker am Seitenrand doppelt angestrichen.

[101] Der in Klammern stehende Text wurde von Honecker eingerahmt und mit einem Ausrufezeichen am Seitenrand versehen.

[102] Der in den runden Klammern stehende Text wurde von Honecker an beiden Seitenrändern angestrichen.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

L. Breshnew:
Wenn wir unseren Programmen treu bleiben, dann hat unsere ökonomische Zusammenarbeit eine gute Perspektive auf der Grundlage der Koordinierung unserer Pläne. Das ist das Unterpfand einer erfolgreichen Entwicklung in der Zukunft. Ich möchte die Getreidefrage schon hier aufgreifen. Dort gibt es eine komplizierte Lage.

E. Honecker:
Unsere Lage ist sehr schwer. Wir haben große Ertragsausfälle[103].

L. Breshnew:
Wir haben Euch alle Jahre Getreide in unterschiedlichen Mengen geliefert. Das hing auch von der Lage bei uns ab. Wir selbst haben 32 Millionen Tonnen Getreide gekauft, aus den USA, aus Australien, Kanada und anderen Ländern. Das Getreide kommt, aber wir haben unsere Reserven fast völlig verbraucht. *Mit Genossen Scherbitzki kann man gegenwärtig überhaupt nicht reden. Er hat eine ganz schlechte Getreideernte und bangt um die Viehzucht.* Der Mais in der Ukraine ist zu klein. Er sagt, daß er die Bevölkerung nicht ernähren kann. Er brauche einen anderen Plan, einen optimalen Plan. Ich forderte ihn auf, mir seine optimalen Ziffern zu sagen. Darauf blieb er mir die Antwort schuldig. Stattdessen lud er mich zur Jagd ein.

Wir hatten drei Mißernten hintereinander. Die schlechteste war 1975. Deshalb sind unsere Reserven weitgehend aufgebraucht *und mußten wir Getreide kaufen* (sic)[104]. *Ich bitte Dich deshalb zu verstehen, daß ich Dir noch keine feste Antwort geben kann, wieviel wir Euch liefern können*[105]. *Das kann zwischen nichts und 1,5 Millionen Tonnen liegen*[106]. Die USA haben ziemlich qualifiziert unsere Bruttoernte berechnet. Sie haben ausgerechnet, daß in der Welt dieses Jahr ca. 1,75 Milliarden Tonnen Getreide geerntet werden. Die Bruttoschätzung für die Sowjetunion beträgt 195 Millionen Tonnen. *Verstehe also meine vorläufige Antwort nicht als Ablehnung*[107]. *Ich kann Dir aber nichts versprechen.* Wir haben Schwierigkeiten mit der Fleischversorgung in den Industriestädten und Industriezentren. Es gibt bei uns aber keinen all zu großen Lärm. Das Volk hat Verständnis für die Lage.

Genosse A. N. Tichonow behandelt jetzt die ökonomischen Fragen[108]. *Genosse Kossygin ist nicht ganz gesund. Jetzt wird auch ein Teil der Armee-Reserve freigegeben.*

[Noch eins: Ich habe Genossen Shiwkow und Gierek gesagt – ich möchte das auch Dir sagen, wenn auch nicht offiziell –, daß die Verschuldung der sozialistischen Länder gegenüber dem Westen wächst. *Man muß selbstverständlich die Beziehungen] nicht abbrechen, auch nichtmit* (sic) *der BRD. Aber man muß maßhalten und an diese Frage prinzipiell herangehen.* Unsere Sünden haben sich angehäuft. Man muß dies sorgfältig berücksichtigen.

---

[103] Hermann Axen bezifferte die Ernteausfälle 1976 mit 30,5 % der pflanzlichen Bruttoproduktion; vgl. Referat Axens am 2. 9. 1976, Stenographische Niederschrift der 2. Tagung des ZK der SED am 2. und 3. 9. 1976, in: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/1/521.

[104] Das Wort „weitegehend" wurde von Honecker zu „weitgehend" korrigiert.

[105] Das Wort „wieviel" hat Honecker doppelt unterstrichen.

[106] Im Oktober 1976 erklärte sich die UdSSR bereit, eine Million Tonnen Getreide zu liefern. Honecker hatte um 1,5 Mio t Getreide gebeten.

[107] Honecker hat den fehlenden Buchstaben „t" beim Wort „nicht" ergänzt.

[108] Nikolaj A. Tichonov (* 1905), 1965–1976 Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR. Er wurde am 2. 9. 1976 zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Der Protokollant hat die Initialen verwechselt.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch wir haben in unserer Zahlungsbilanz eine schwierige Lage. *Ich habe mit unserem Stabschef* (Genosse Ustinow, unser Verteidigungsminister, ist zur Zeit in Kislowodsk zur Kur[109]. Er fährt schon seit Jahren dort hin) *gesprochen und ihn beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, für Valuta aus den Beständen der Armee-Technik Verkäufe zu tätigen.* Das soll uns bis 1980 jährlich ca. 120–180 Millionen Rubel in Valuta einbringen[110]. Wir arbeiten daran und tun alles, damit wir nicht weiter verschulden. *Die Arbeit der gemeinsamen Büro Tichonow/Mittag verläuft gut*[111]. *Genosse Tichonow ist ein sehr gebildeter und erfahrener Mensch. Er ist Ingenieur. Ich habe ihn aber in Verdacht, daß er in die DDR verliebt ist und für die DDR arbeitet.*

E. Honecker:
Leonid Iljitsch, sei doch ehrlich, Du bist doch auch in die DDR verliebt. Für uns bist Du ein Teil unserer (sic) selbst.

L. Breshnew:
[Ich muß da aufpassen, denn wenn ich den einen zu sehr liebe, werden die anderen eifersüchtig[112]*.]*
[Was die Frage der Abgrenzung anbetrifft, so wollen wir uns nicht wiederholen. Die BRD hat jetzt ständig provoziert, die DDR hat ausgezeichnet reagiert und der BRD eine scharfe Antwort erteilt. Ich habe Genossen Blatow gesagt: Die DDR ist ein souveräner Staat[113]. Schmidt will möglichst viele Punkte sammeln und Bedingungen stellen. Aber das geht nicht. Allerdings habe ich manchmal Angst, daß Schmidt anfängt, Honecker zu loben.]

E. Honecker:
In den Fragen bezüglich der BRD stimmen wir ebenfalls voll überein. Die nationalistische Welle in der BRD ist so groß geworden, daß es zu ständigen Grenzprovokationen gekommen ist[114]. Deshalb haben wir den Kommentar über die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD veröffentlicht[115]. Das hat gut eingeschlagen. Der Kommentar war gut argumentiert. Wir haben die Schuld der BRD nachgewiesen. Die gesamte Presse der BRD mußte

---

[109] Dmitrij F. Ustinov (1908–1984), 1976–1984 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Verteidigungsminister der UdSSR.
Kislovodsk ist ein Kurort im nördlichen Kaukasus.

[110] Honecker hat die Worte „jährlich ca." eingefügt.

[111] Honecker hat das Wort „Kommission" durch das Wort „Büro" ersetzt.
Günter Mittag (* 1926), 1966–1973 Sekretär des ZK für Wirtschaft, 1973–Oktober 1976 Erster Stellvertretender Ministerpräsident, ab Oktober 1976–1989 wieder Sekretär des ZK für Wirtschaft, 1966–1989 Mitglied des Politbüros.

[112] Der in Klammern stehende Text wurde von Honecker am Seitenrand doppelt angestrichen.

[113] Anatolij I. Blatov (* 1914) war seit 1972 Assistent Brežnevs.

[114] In einer Dokumentation für die UNO-Vollversammlung im September 1976 behauptete die DDR-Regierung, daß zwischen dem 1. 8. 1975 und dem 9. 8. 1976 die innerdeutsche Grenze über 600 Mal verletzt worden sei; vgl. Arbeitsprotokoll der Politbürositzung am 21. 9. 1976, in: SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2 A–2009. Für eine Übersicht, basierend auf Zahlen der Bundesregierung vgl. Margit Roth, Zwei Staaten in Deutschland. Die sozialliberale Deutschlandpolitik und ihre Auswirkungen 1969–1978, Opladen 1981, S. 81.

[115] Vgl. Zu den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, in: ND vom 9. 8. 1976.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

darauf eingehen und sich mit unseren Argumenten beschäftigen. *In der BRD merkt man jetzt, daß die Abgrenzung Früchte trägt. Deshalb wollen sie den Druck auf die DDR verstärken.* Sie mußten aber zur Kenntnis nehmen, daß das bei so guten Verbündeten nicht möglich ist. *Wir haben alle Eure Kommentare abgedruckt*[116]. Sie haben gemerkt, daß wir voll und ganz übereinstimmen. Das hat gewirkt.

L. Breshnew:
Genscher spielt dabei eine schlechte Rolle.

E. Honecker:
Dem haben wir eine Abreibung verpaßt. Wir haben in dem Kommentar an den Wortbruch erinnert, den er bei dem Vorfall in Fürstenfeldbruck bei München begangen hat, als 11 israelische Sportler erschossen wurden[117]. *Und so ein Mann will sich in unsere Angelegenheiten einmischen!*

L. Breshnew:
Dieser Genscher hat die Idee aufgebracht, daß ein internationaler Gerichtshof für Menschenrechte geschaffen werden soll.

E. Honecker:
Dafür wird er keine Stimmen gewinnen. *Wir werden in der UNO alle unsere Verbündeten mobilisieren.* Er wird eine Bauchlandung machen.

L. Breshnew:
Wenn ich Genscher sehe, wird mir übel. Dieser Mann ist mir widerlich.

[*E. Honecker:*
Genscher ist ein richtiger SA- und SS-Typ.

L. Breshnew:
Als ich ihn in Helsinki sah, dachte ich, das ist ein richtiger SS-Typ[118]. Der würde uns glatt aufhängen.]

E. Honecker:
Genscher ist ein mieser Kerl. Er steht der CDU näher als der SPD.

---

[116] Z. B. Weltöffentlichkeit verurteilt Grenzprovokationen, in: ND vom 10. 8. 1976; Grenzprovokationen der BRD nachdrücklich verurteilt. „Nowoje Wremja" prangert antikommunistische Hysterie an, in: ND vom 11. 8. 1976.

[117] Am 5. 9. 1972 hatten arabische Terroristen neun Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft bei den Olympischen Spielen in München 1972 als Geiseln genommen und zwei erschossen. In den Verhandlungen, die Genscher als Innenminister mit den Terroristen führte, wurde diesen zugesagt, daß sie die Bundesrepublik vom Militärflughafen Fürstenfeldbruck aus verlassen könnten. Auf dem Flughafen wurde dann von Scharfschützen das Feuer auf die Terroristen eröffnet. Bei der Schießerei kamen alle Geiseln, fünf Terroristen und ein Polizist ums Leben.

[118] Brežnev wie Genscher hatten an der KSZE-Gipfelkonferenz in Helsinki (30. 7.–1. 8. 1975) teilgenommen.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

L. Breshnew:
Bis zu den Bundestagswahlen wird man auf die DDR weiter Druck ausüben. Daß (sic) *muß man einkalkulieren. Hier muß man prinzipiell sein, gleichzeitig jedoch die Verhandlungen mit der BRD fortsetzen. Das dient den Interessen der DDR. Solche Kontakte sind wichtig und notwendig. Sie kommen auch der Regierungskoalition in Bonn zugute.* Über die Frage der Provokationen will ich nicht weiter reden. [Wir sind auch künftig bereit, uns über alle Fragen der Beziehungen zur BRD abzustimmen, sowohl auf der Linie des Außenministeriums als auch des ZK. *Das ist notwenig.*]

Fortsetzung des Gesprächs auf der Veranda:

E. Honecker:
Es freut mich sehr, Leonid Iljitsch, daß es Dir gut geht, daß Du gesund bist. Das ist für mich das schönste Erlebnis[119].

L. Breshnew:
Ich möchte mich noch für die Uhr vom IX. Parteitag bedanken[120]. Sie ist sehr gut.

E. Honecker:
Ich habe Genossen Suslow gebeten, Dir alles zu übergeben, die Parteitagsuhr und alle Materialien unseres Parteitages. Wir haben Dich so behandelt, als ob Du Delegierter unseres Parteitages warst.

Lieber Leonid Iljitsch, *ich bin sehr angenehm berührt von dem heutigen Gespräch, besonders vom Inhalt Deiner Darlegungen.* Es ist eine Tatsache, daß sich unsere Beziehungen sehr gut entwickeln. Das ist so in allen Fragen, besonders in den Parteibeziehungen. Aber auch in bezug auf die staatlichen Beziehungen gibt es keinen Grund zur Unzufriedenheit. *Es gibt keine Fragen, in denen wir uns streiten.* Ich möchte Deine Darlegungen nicht wiederholen. Wir schätzen die internationale Aktivität der KPdSU und Deine internationale Tätigkeit hoch ein. Unser Volk und die Partei haben sehr gut aufgenommen, daß Du Marschall der Sowjetunion wurdest[121]. Wir schätzen das sehr hoch. Deshalb haben wir Dir auch ein Glückwunschtelegramm geschickt. *Was die Entwicklung der DDR angeht, so hast Du richtig festgestellt, daß wir uns darüber während der Berliner Konferenz unterhalten haben.* Diese Entwicklung vollzieht sich auf der Grundlage des XXV. Parteitages der KPdSU und des IX. Parteitages der SED. Diese Formulierung entspricht den Tatsachen. *In unserer Partei hat das Wort der KPdSU, das Wort von Leonid Iljitsch Breshnew ein erhebliches Gewicht, so wie es seit Thälmanns Zeiten in unserer Partei üblich ist*[122]. *Wir arbeiten an der Durchführung der Beschlüsse unseres Parteitages. Hier gibt es keine besonderen Probleme. Die größte Aufgabe ist die Entwicklung der Volkswirtschaft, besonders die Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit und der Qualität der Erzeugnisse.*

[Überall ist eine große Initiative zu spüren, sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft. *Aber leider haben wir dieses Jahr eine richtige Naturkatastrophe.*]

---

[119] Honecker hat das Wort „micht" zu „mich" korrigiert.

[120] Gastgeschenke anläßlich von Parteitagen an die Parteiführungen waren üblich.

[121] Das Präsidium des Obersten Sowjet hatte Brežnev am 8.5.1976 den Rang eines Marschalls der Sowjetunion verliehen.

[122] Ernst Thälmann (1886–1944) leitete von 1925 bis zu seiner Verhaftung 1933 die KPD als Vorsitzender.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

L. Breshnew:
Bei uns gibt es ein buntes Bild in bezug auf die Getreideernte. Wir erwarten aber eine gute Zuckerrübenernte und werden mehr Zucker erzeugen als voriges Jahr.

E. Honecker:
Wir hofften, daß uns der August Regen bringt. Damit wäre die Lage etwas verbessert, insbesondere bei Kartoffeln und Rüben. Aber ab Mai hatten wir keinen Regen mehr. Wir werden 50 % weniger Kartoffeln ernten, nicht wie vorgesehen 210 Dezitonnen, auch nicht den Durchschnitt des Vorjahres 186, sondern weniger als 100 Dezitonnen. *Das ist sehr schlecht. Das gleiche gilt für die Zuckerrüben.* Insgesamt gesehen entwickelt sich unsere Volkswirtschaft dank der großen Initiativen der Arbeiter wie im Plan vorgesehen. *Wir legen großes Gewicht auf die sozialistische Intensivierung, auf die Einführung neuer Technologien. Der Plan für das erste Halbjahr wurde in allen Kennziffern, in Quantität und Qualität erfüllt oder übererfüllt*[123]. (Nationaleinkommen = + 5 %, industrielle Warenproduktion = + 6,6 %, Arbeitsproduktivität = + 6 % im Vergleich zum ersten Halbjahr 1975).

Laut Plan war eine 4 %ige Steigerung der Nettogeldeinnahmen vorgesehen. *Sie haben sich aber nur um 3 % erhöht, d. h. blieben unter dem Plan.* Der Umsatz bei Nahrungsmitteln stieg um 2,9 %, bei Industriewaren aber um 3,9 %. Insgesamt ist das [volkswirtschaftliche Bild also günstig. *In unseren gegenseitigen ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen vollzogen sich große Veränderungen zum Positiven. Der Anteil der sozialistischen Länder am Export der DDR, d. h. die RGW-Länder, Vietnam und Kuba zusammengenommen, beträgt 73 %. 27 % des Exports geht in nichtsozialistische Länder.* Das bewegt sich im Rahmen der Beschlüsse des Partei]tages. *Schwer trifft uns, so wie im Vorjahr, die schlechte Getreideernte. Wir hängen sehr vom Getreide ab. Der diesjährige Verlust wird auf 7,4 Millionen Tonnen Getreideeinheiten geschätzt. Wir wollen unter allen Umständen den Viehbestand erhalten.* Es ist sehr schwer, ihn wieder zu erhöhen, wenn er einmal reduziert wurde. *Es ist leicht,* den Viehbestand abzubauen, aber dann hat man das nächste Jahr kein Fleisch. Wir wollen die Viehbestände also erhalten. *Obwohl die Zahlungsbilanz gegenüber dem Westen angespannt ist, sind wir gezwungen, für 1,3 Milliarden Dollar Getreide für Futterzwecke zu kaufen.*

L. Breshnew:
Wo?

E. Honecker:
[Wir kaufen in Kanada, den USA und anderen Ländern. Das sind zum Teil aber sehr schwierige Operationen. Sie sind notwendig, um zu verhindern, daß der Getreidepreis noch höher geschraubt wird.]

Insgesamt verläuft die volkswirtschaftliche Entwicklung so, wie auf dem IX. Parteitag beschlossen. Es gibt eine große Initiative. Einen Rückschlag erleiden wir jedoch wie gesagt in der Landwirtschaft[124]. Die Bauern, die mit so viel Mühe die Felder bestellt haben, haben Tränen in den Augen, wenn sie sehen, was die Dürre angerichtet hat. Für uns ist es schwie-

[123] Honecker hat die Reihenfolge der Worte „Quantität" und „Qualität" vertauscht.
[124] Honecker hat die Worte „wie gesagt" eingefügt.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rig, mit diesem Problem fertig zu werden. *[Ich möchte also darum bitten, daß die Getreidelieferungen entsprechend meinem an Dich gerichteten Brief erfolgen*[125]*.]*
Die Beziehungen zwischen uns auf dem Gebiet des Maschinenbaus, der Kooperation und Spezialisierung verlaufen sehr gut. Wir haben einen speziellen Plan, der alle Integrationsvorhaben umfaßt. Unser Export verläuft gut. Unsere Wissenschaftler und Techniker arbeiten gut zusammen. Überhaupt gibt es in den ökonomischen Fragen eine gute Zusammenarbeit. *Die gemeinsame Kommission Tichonow/Schürer arbeitet sehr gut*[126]. Sehr ordentlich ist die Zusammenarbeit der Großbetriebe. Wenn wir die Arbeit so fortsetzen, werden wir eine weitere Steigerung im Warenverkehr erzielen und auf einigen Gebieten, wie z. B. im Maschinenbau und in der Chemie, die Weltspitze bestimmen. *Die Genossen Schürer und Baibakow, Mittag [und Tichonow haben alle Fragen der Störfreimachung der DDR besprochen*[127]*.*
Wir haben einen speziellen Plan, um uns vom] Westen unabhängig zu machen[128]. Dieser Plan ist für einzelne Industriezweige speziell ausgearbeitet. *Im Export und Import mit der BRD haben wir in diesem Jahr zum ersten Mal den Ausgleich erzielt.* Unsere Verpflichtungen *gegenüber anderen westlichen Ländern wachsen jedoch, da wir Ölsaaten, Getreide u. a. Produkte kaufen müssen.* Wenn das Programm, das zwischen Genossen Tichonow und Mittag vereinbart wurde, *richtig verwirklicht wird, werden wir unsere Verpflichtungen Schritt für Schritt abbauen.* Es wird aber auch in Zukunft einen bestimmten Handel mit den westlichen Ländern geben.

[Zur Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas][129]. Wir haben die gleiche Einschätzung wie Ihr. Es gibt einen Beschluß des Politbüros zur umfassenden Auswertung der Berliner Konferenz. Ich stimme Dir zu: je mehr man sich von der Berliner Konferenz entfernt, um so mehr tritt ihre Bedeutung zutage. Das ist eine sehr wichtige Frage. Wir haben einen speziellen Plan, um in der Partei und im internationalen Rahmen unsere Aktivität nach der Berliner Konferenz zu entfalten. Wir arbeiten sehr gut mit den Genossen Katuschew und Ponomarjow zusammen[130]. *[Zwischen den Genossen Fischer und Gromyko werden alle Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik behandelt. Wir werden unsere außenpolitische Aktivität entsprechend der abgestimmten Linie verstärken.]*

[Zur IKP und FKP entwickeln wir unsere Beziehungen weiter. Wir tun so, als ob nichts Besonderes geschehen wäre[131]. Wir unterstützen die Parteien bei ihren Pressefesten. Wir

---

[125] Der in Klammern stehende Text wurde von Honecker am Seitenrand doppelt angestrichen.

[126] Es handelt sich um die Paritätische Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.
Gerhard Schürer (* 1921), 1965–1989 Leiter der staatlichen Plankommission, 1967–1989 Stellvertretender Ministerpräsident, 1973–1989 Politbüromitglied.

[127] Nikolaj K. Baibakov (* 1911), 1965–1989 Vorsitzender von GOSPLAN und Stellvertretender Ministerpräsident.

[128] Der in Klammern stehende Text wurde von Honecker am Seitenrand doppelt angestrichen.

[129] Der in Klammern stehende Text wurde von Honecker am Seitenrand doppelt angestrichen.

[130] Boris N. Ponomarev (* 1905), 1955–85 Vorsitzender der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Mitglied des ZK, Mitglied des Politbüro.
Konstatin F. Katušev (* 1927), 1968–77 Sekretär des ZK der KPdSU, Leiter der Abteilung für sozialistische Länder im ZK.

[131] Honecker bezieht sich auf den Konflikt mit den Eurokommunisten in der Vorbereitung und während der Ost-Berliner Konferenz hinsichtlich des Führungsanspruches der KPdSU, des Modellcharakters

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haben kürzlich eine Delegation der Sekretäre der Pariser Konföderation der FKP bei uns empfangen.]

L. Breshnew:
Genosse Berlinguer hat mich nach Italien eingeladen[132]. Er selbst will in die Sowjetunion kommen. Im Grunde genommen hat sich Genosse Berlinguer bei uns noch nicht richtig umgesehen. Er ist bereit, sich mit unserem Leben vertraut zu machen.

E. Honecker:
Unsere Bezirksleitungen haben Beziehungen zu den entsprechenden Leitungen der IKP und der FKP. Vor kurzem waren 55 italienische Kommunalpolitiker in der DDR und haben sich mit der sozialistischen Demokratie vertraut gemacht. Wir schicken Abordnungen unserer Partei in alle Bezirke der FKP und der IKP. *Was die Fragen der sozialdemokratischen Parteien betrifft, so wird mich Schmidt in nächster Zeit gewiß nicht loben. Wenn das geschähe, dann müßte man mich wirklich kritisieren.*

[Immerhin hat die Vorsitzender (sic) der Niederländischen Arbeiterpartei nach einem Besuch in der DDR den Standpunkt geäußert, daß der Bau der Mauer eine historische Notwen]digkeit war[133]. *Die Labour-Partei hatte uns zum letzten Parteitag als Beobachter eingeladen und dieses Jahr ebenfalls. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Norwegens, Steen, kommt am 31. August nach Berlin und möchte mit mir sprechen*[134]. *Ähnliche Beziehungen haben wir zu vielen anderen sozialistischen Parteien, d. h. mit den meisten Parteien der Sozialistischen Internationale. Das entspricht dem Dokument der Berliner Konferenz*[135].
[Belastet sind die Beziehungen nur zur SPD. Wie die Lage] sich bis zu den Wahlen in der BRD entwickelt, wissen wir nicht[136]. *Wir werden alle Angriffe gegen die prinzipiellen Positionen der DDR scharf zurückweisen.* Wir führen aber Verhandlungen in solchen Fragen, die von Nutzen sind. *Die Lage ist so: die BRD beschimpft uns zwar, aber sogar im Präsidium der CDU gibt es zwei Gruppen. Man mußte in der BRD erkennen, daß sich die Möglichkeiten zum Eindringen in die DDR einengen, wenn die DDR-feindlichen Kampagnen weitergeführt werden.* Im Kommentar des ND haben wir gesagt, daß wir uns überlegen müssen, *ob angesichts der Hetze eine solche Freizügigkeit für Besucher künftig überhaupt noch möglich sein wird.* In der BRD weiß man, daß wir etwas in der Hand haben, um die erhitzten Gemüter zu zügeln. *In der DDR hat unsere feste Haltung eine gute Resonanz gefunden.*

[Gegenwärtig bereiten wir das 2. Plenum des ZK vor[137]. *Es ist das erste Plenum nach dem IX. Parteitag. Im Mittelpunkt des Plenums steht die Verwirklichung der Parteitagsbeschlüs-*

---

der UdSSR und der Einschätzung der Grundrechte und politischen Freiheiten der westlichen Demokratien.

[132] Enrico Berlinguer (1922–1984), Generalsekretär des PCI.

[133] Der in Klammern stehende Text wurde von Honecker am Seitenrand angestrichen. Dieser Strich bildet gemeinsam mit einem zweiten, der sich über dem Wort „Immerhin" befindet, einen Haken.

[134] Reiulf, Steen (* 1933), 1976–1982 Vorsitzender der norwegischen Arbeiterpartei.

[135] Das Dokument mit dem Titel Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa ist abgedruckt im ND vom 1.7.1976.

[136] Der in Klammern stehende Text wurde von Honecker am Seitenrand doppelt angestrichen.

[137] Das Plenum fand am 2./3.9.1976 statt.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

se. Außerdem behandeln wir die Frage der Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen. Wir gehen davon aus, daß alle Bezirkssekretäre auf dem Plenum sprechen und die Erfahrungen bei der Durchführung der Parteitagsbeschlüsse darlegen, sowohl das Positive als auch das Negative. Ich werde das Schlußwort halten.]

[Ich möchte folgendes sagen: Die kontinuierliche Fort-]setzung unserer Politik sichert uns eine gute Entwicklung[138]. *Es herrscht eine gute Stimmung in der Arbeiterklasse, [bei den Bauern, der Intelligenz, sogar bei den Künstlern.* Das FDJ-Parlament spiegelte die Zustimmung der Jugend zu unserer Politik wider. Die Gewerkschaften entwickeln eine große Initiative. Die Zusammenarbeit mit den befreundeten Parteien wurde vertieft.]

Auf unserem Plenum werden wir auch offen sagen, wo unsere Schwächen liegen, um an der politisch-ideologischen Front und an der ökonomischen Front noch größere Fortschritte zu erzielen. Im Zusammenhang mit den Wahlen zur Volkskammer liegen angespannte Wochen vor uns. *Das Wahlergebnis am [17. Oktober wird gut ausfallen. Davon bin ich überzeugt*[139]. *Nach der Neuwahl der Volkskammer wird erneut ein Plenum des ZK stattfinden, um die Vorschläge unserer Partei zur Konstituierung der staatlichen Organe zu behandeln*[140].*]*

[Noch eine Frage, Leonid Iljitsch. In meiner Abwesenheit fand eine Tagung der Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in Moskau statt über die Frage der Kosmosforschung[141]*].* Der Präsident unserer Akademie, Prof. Klare, war aber über unsere Vereinbarungen in der Frage der Ausbildung von Kosmonauten der DDR nicht im Bilde[142]. Entsprechend meinem Brief an Dich und der erhaltenen Antwort von Dir wurden bei uns im Politbüro die erforderlichen Beschlüsse gefaßt. Der Verteidigungsminister wurde beauftragt, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen[143]. Dementsprechend wurde auch eine Auswahl unserer Kader vorgenommen.

[Für uns war es etwas eigenartik (sic), *daß, nachdem die Verständigung zwischen uns beiden erfolgt war, die Initiative von der Akademie der Wissenschaften ausging.* Ich kenne selbst einige der Kader, die wir ausgewählt haben. Es sind hervorragende Genossen, die die Gagarin-Akademie absolviert haben. *Wir halten es politisch für sehr wichtig, daß der erste deutsche Kosmonaut aus der DDR kommt. Die BRD bereitet bekanntlich gegenwärtig mit den Amerikanern einen Raumflug vor, an dem westdeutschen* (sic) *Raumfahrer teilnehmen sollen. Politisch halte ich es für wichtig, daß die DDR vor den Westdeutschen im Kosmos ist. Ich bitte, diese Frage nochmals aufmerksam zu prüfen.*

---

[138] Der in Klammern stehende Text wurde von Honecker am Seitenrand angestrichen. Dieser Strich bildet gemeinsam mit einem zweiten, der sich über dem Wort „Ich" befindet, einen Haken.

[139] Bei der Wahl der Volkskammer und der Bezirkstage am 17.10.1976 gewann die Einheitsliste nach offiziellen Angaben 99,86 % der Stimmen.

[140] Am 28.10.1976 fand die 3. Tagung des ZK der SED statt.

[141] Der in Klammern stehende Text wurde von Honecker am Seitenrand angestrichen und mit einem Ausrufezeichen versehen.

[142] Prof. Hermann Klare (* 1909), Chemiker, 1968–1979 Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften bzw. der Akademie der Wissenschaften der DDR.

[143] Beide Schreiben konnten bisher nicht gefunden werden. Das Protokoll der Politbürositzung vom 15.6.1976 verzeichnet als Tagesordnungspunkt einen Brief Brežnevs vom 12.6. und führt aus, daß das Politbüro die darin vorgeschlagene verstärkte Beteiligung der DDR an der Raumfahrt begrüsse und Verteidigungsminister Hoffmann beauftrage, entsprechende Maßnahmen zu treffen; in: SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2 A–1987.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

L. Breshnew:
Mir war die Frage nicht gegenwärtig. Über Eure Kadervorschläge habe ich keinerlei Klagen gehört. Wir werden die Dinge noch einmal behandeln. *Es ist gewiß von Bedeutung, daß der erste Deutsche im Kosmos ein Bürger der DDR ist.*

[*Noch eine Information wollte ich Dir mitteilen. Ich habe eine Gruppe Japaner empfangen, den Präsidenten der japanischen Wirtschaftsunion mit all seinen Vizepräsidenten.* Diese] Leute verkörpern die Wirtschaftsmacht in Japan, jene Faust, die die gesamte Wirtschaft in der Hand hält. Mit ihnen haben die Genossen Baibakow und Patolitschew sowie andere Genossen gesprochen[144]. Ich hatte zunächst Zweifel, ob ich sie empfangen soll. Aber wir brauchen Japan. Der Präsident dieser Vereinigung steht positiv zu den ökonomischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan. Er mischt sich nicht in die politische Seite der Angelegenheit ein. *Vor seiner Abreise in die* Sowjetunion *hatte der japanische Ministerpräsident ihn gebeten, für mich einen Brief mitzunehmen, der wahrscheinlich territoriale Fragen enthielt. Er hat diesen Brief nicht mitgenommen und in seinem Gespräch keine territorialen Fragen aufgeworfen. Er sagte allerdings, wenn Breshnew nach Japan käme, würde damit ein neues Blatt in der Geschichte der Beziehungen beider Länder aufgeschlagen.* Die Delegation war tief beeindruckt von der Wirtschaft der Sowjetunion, ihrem Reichtum und ihren Rohstoffressourcen. *Dies ist eine Grundlage für eine erfolgreiche und umfassende Zusammenarbeit zwischen Japan und der Sowjetunion.* Er brachte auch seine große Zufriedenheit mit unserer Gastfreundschaft zum Ausdruck. Seine Reise in die Sowjetunion fand in Japan ein gutes Echo. In Japan gab der Präsident der Wirtschaftsvereinigung unseren Korrespondenten ein positives Interview. In Anwesenheit der Delegation wurde in Baku ein Betrieb für Klimaanlagen eröffnet, den wir aus Japan bezogen haben. Die allgemeine Stimmung in japanischen Geschäftskreisen lautet, mit der Sowjetunion kann man etwas machen.

[Helmut Schmidt schickt mir immer wieder Briefe, damit ich in die BRD reise[145]. Darüber gibt es bei uns noch keine Entscheidung. Wir werden die Fragen nach den Wahlen erneut aufgreifen und uns mit Dir konsultieren.]

E. Honecker:
Der Besuch der japanischen Industriellen-Delegation ist eine gute Sache. *Auch uns bittet Helmut Schmidt intern um gut Wetter, während er öffentlich starke Reden gegen uns hält*[146].

L. Breshnew:
Zum Abschluß möchte ich Dir, lieber Erich, recht herzlich für Dein Interesse an diesem Zusammentreffen und für das offene Gespräch danken. Wir haben voreinander nichts zu verheimlichen.

---

[144] Nikolaj S. Patoličev (1908–1989), 1958–1985 Außenhandelsminister der UdSSR.

[145] Es handelt sich um die deutsche Gegeneinladung für den Besuch Schmidts in Moskau im Oktober 1974. Im September 1976 wurde sie offiziell angenommen und im Mai 1978 kam Brežnev nach Bonn.

[146] Gemeint ist wohl der Brief Schmidts an Honecker vom 28. 7. 1976, in dem der Kanzler sein Interesse daran bekundete, den Prozeß der Normalisierung unter Ausklammerung der Grundsatzfragen zwischen beiden deutschen Staaten fortzusetzen; vgl. Arbeitsprotokoll der Politbürositzung am 10. 8. 1976, in: SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2 A-1999.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

E. Honecker:
Ich freue mich außerordentlich über dieses Treffen, besonders aber, lieber Leonid Iljitsch, über Deine gute Gesundheit, Deine Kraft, über die alte Form zu der Du wieder gefunden hast. Die Genossen des Politbüros waren sehr erfreut über die Einladung zu diesem Gespräch. Ich möchte Dir nochmals ihre herzlichsten Grüße übermitteln.

[*L. Breshnew:*
Übermittle allen meine herzlichsten Grüße. Ich kenne ja alle Genossen des Politbüros. Sie sind meine Freunde.]

E. Honecker:
Alle sind sie Deine besten Freunde. Das Kommuniqué über unser Treffen hat eine große nationale und internationale Bedeutung[147]. Es wird seine Wirkung nicht verfehlen.

[147] Abgedruckt in: Fischer, 30 Jahre, S. 608.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GÖTZ ALY

ERWIDERUNG AUF DAN DINER

1. Forschungslagen

Der von Susanne Heim und mir verfaßten Studie „Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung" wurde an dieser Stelle von Dan Diner widersprochen[1]. Seine harsche Kritik kann die Auseinandersetzung vor allem dann fördern, wenn sie den gelegentlich eher scholastischen Streit um Interpretationen in den Hintergrund treten läßt und der empirischen Forschung neue Anstöße gibt. Denn obwohl das Wissen über den Holocaust fragmentarisch ist – und bleiben wird –, erscheint eine weitere Annäherung an die historische Wahrheit möglich: So wurde man erst in den letzten 15 Jahren wirklich gewahr, daß die systematische Ermordung der europäischen Zigeuner zum Holocaust gehörte; die früheren Schätzungen, wieviele Menschen in Auschwitz ermordet wurden, erwiesen sich als deutlich zu hoch; die Sterilisierungs- und „Euthanasie"-Verbrechen sind heute sehr viel genauer erforscht als vor zehn Jahren, die Verbindungslinien zum Holocaust sichtbar geworden; wichtige Quelleneditionen – etwa die Goebbels-Tagebücher – ergeben neue Aufschlüsse.

Auch der Umstand, daß die praktische Politik im Nationalsozialismus mindestens gleichgewichtig von Naziführern einerseits und den verschiedenen deutschen Eliten andererseits beeinflußt wurde, ist kaum noch strittig: Die exekutive Dynamik des nationalsozialistischen Deutschland erklärt sich aus dem Zusammenwirken von moralischer Entfesselung, nationalistisch-expansiver sozialer Utopie und moderner Technokratie. Dabei war es nicht etwa so, daß die einen alle moralischen Bindungen zerstört und die anderen sich „idealistisch" mit Weltverbesserung und Effizienz beschäftigt hätten. Vielmehr charakterisieren die drei genannten Komponenten Gemeinsamkeiten zwischen den Naziführern und der beratenden wie der exekutiven Intelligenz. Über diese und viele andere Forschungsergebnisse herrscht im wesentlichen Konsens. Sie haben den verbrecherischen Charakter der damaligen deutschen Politik nicht verharmlost, den Mord an den europäischen Juden nicht relativiert. Sie tragen zur Historisierung des Nationalsozialismus bei – nicht als Hilfestellung zur Verdrängung, eher als Anstoß zu umfassender Vergegenwärtigung.

---

[1] Zur Kritik vgl. Dan Diner, Rationalisierung und Methode. Zu einem neuen Erklärungsversuch der „Endlösung", in: VfZ 40 (1992), S. 359–382. Unsere Forschungsergebnisse sind u. a. an folgenden Orten erschienen: Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt a. M. ²1993; Götz Aly/Susanne Heim, Deutsche Herrschaft „im Osten". Bevölkerungspolitik und Völkermord, in: Peter Jahn/Reinhard Rürup (Hrsg.), Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945, Berlin 1991, S. 84–105; Götz Aly/Susanne Heim, The Economics of the Final Solution: A Case Study from the General Governement, in: Simon Wiesenthal Center Annual 5 (1988), S. 3–48

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bislang kaum erforscht wurden dagegen die bevölkerungsökonomischen Zielsetzungen der NS-Politik. Dazu gehört die Gesamtgeschichte der nazistisch inspirierten Zwangsumsiedlungen und ethnischen Homogenisierungsversuche ebenso wie die wachsende Verbreitung und Bedeutung des Paradigmas „Überbevölkerung". Im Zentrum unseres Buches über die „Vordenker" steht der Versuch, den offenkundigen Zusammenhang zwischen „ethnischer Bereinigung", damit verbundener Umsiedlung und „Neuordnung" einerseits und der Vernichtung von Minderheiten andererseits freizulegen. Wir werden dieser Fragestellung weiter nachgehen und in absehbarer Zeit neue Ergebnisse vorlegen[2].

Die Zusammenhänge zwischen Krieg, Umsiedeln, „ethnischer Flurbereinigung" und „Endlösung" müssen jedem, der die Voraussetzungen des Holocaust studiert, ohne weiteres evident werden. Schließlich vereinigte Heinrich Himmler in seiner Person seit 1939 die bevölkerungspolitischen Funktionen des „Um- und Aussiedelns" (als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums) und die „Judenzuständigkeit". Reinhard Heydrich oblag es, etwa 700000 damals so genannte Volksdeutsche mit Hilfe der ihm unterstehenden Einwandererzentrale „heim ins Reich zu holen" und die dafür notwendigen „Räumungsmaßnahmen" zu organisieren. Eben deshalb wurde im Dezember 1939 Eichmanns Referat IVD4 (1941: IVB4) geschaffen. Es war für die Umsiedlung von Polen und Franzosen und Luxemburgern, später von Serben, Kroaten und Slowenen genauso zuständig wie für die Deportation der Juden in Abschiebeterritorien, Ghettos und – schließlich – in die Vernichtungslager: Das Referat trug 1940 die Bezeichnung „Auswanderungs- und Räumungsangelegenheiten". Oswald Pohl wiederum unterstanden nicht nur die gesamte KZ-Verwaltung und ein immer weiter ausuferndes SS-Wirtschaftsimperium; gleichzeitig war er in seiner Eigenschaft als aktiver Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft ständig mit den wachsenden Schwierigkeiten der „Platzschaffung" für die in Hunderten von Umsiedlerlagern festsitzenden Volksdeutschen konfrontiert.

Die beiden in der Person Himmler institutionell zusammengefaßten zentralen Ziele des nationalsozialistischen Staates – „Siedlungspolitik/Lebensraum" und „Lösung der Judenfrage" – können allgemein als demographische Ziele beschrieben werden[3]. Die Untersuchung der Geschehensabläufe zeigt, wie die beiden Funktionen Himmlers dauernd ineinander griffen. Das gilt für die vorgezogene Aussiedlung der badischen und saarpfälzischen Juden, die ebenso wie die Aussiedlung der Stettiner Juden mit Massenvertreibungen und -aussiedlungen in den neu annektierten Gebieten verbunden waren. Es gilt auch für die kollektive Ermordung der geisteskranken Juden im Sommer 1940, die, wie unsere Forschungen

---

[2] Warum diese Zusammenhänge nicht früher erforscht wurden, können wir nur vermuten. Jedenfalls fand Rothfels 1946 nichts dabei, den Zusammenhang zwischen deutscher Umsiedlungspolitik und Judenvernichtung einfach zu konstatieren; Hans Rothfels, Frontiers and Mass Migrations in Eastern Central Europe, in: The Review of Politics 8 (1946), S. 66 f. Mit diesem Aufsatz kritisierte der Autor die zwangsweise ethnische Homogenisierung großer Teile Ostmitteleuropas infolge der Alliierten Friedensordnung. Der letzte Satz lautet übrigens: „Why should not the same method spread in the Balkans with fantastic results? In the long run it may have repercussions in many parts of the world, once the ‚elimination of minorities' on the basis of power is an accepted doctrine."

[3] Vgl. z. B. Hedwig Wachenheim, Hilter's Transfers of Population in Eastern Europe, in: Foreign Affairs 20 (1942), S. 705–718; Eugen M. Kulischer, The Displacement of Population in Europe, New York 1943; Gotthold Rhode, Völker auf dem Wege. Verschiebungen der Bevölkerung in Ostdeutschland und in Osteuropa seit 1917, Kiel 1952.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nahelegen, ein realisierter Teil des Madagaskarplans war[4]. Die Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung im Osten ist als gewissermaßen innere, vorläufige Abschiebung zu verstehen, die bis zum 15. März 1941 als Vorgriff auf die „territoriale Lösung" (Lublin/Madagaskar/Ostraum) verstanden und entsprechend improvisiert wurde.

Carl Claubergs und Horst Schuhmanns Experimente zur Massensterilisierung in Auschwitz können nicht allein als „Medizin ohne Menschlichkeit" beschrieben werden, denn sie zielten vom ersten Tag an auf die Entwicklung eines zusätzlichen Instrumentariums negativer Bevölkerungspolitik. Die mit Himmler abgestimmte Fragestellung der beiden Ärzte lautete: Wie können 1000 Zwangssterilisationen pro Sterilisationsteam und Tag möglichst unaufwendig bewerkstelligt werden? Die Techniken wurden nicht zu Ende entwickelt, doch sollten sie zweifelsfrei als bevölkerungspolitische Waffen gegen die „slawischen Massen" eingesetzt werden, gegen „Mischlinge" und „Minderwertige", im Juni 1942 sogar – wenn auch als (noch) unrealisierbares Gedankenspiel höchst einflußreicher Funktionäre – zu dem Zweck, „2–3 Millionen sehr gut arbeitsfähige (jüdische) Männer (...) heranzuziehen und zu erhalten"[5].

Selbst so gegensätzlich erscheinende Untaten wie die Zwangsaussiedlung der Polen und die Ansiedlung volksdeutscher Siedler in Zamość[6] einerseits und die Ermordung der Berliner Rüstungsjuden andererseits wurden als einheitliche, bis in den Zugfahrplan hinein abgestimmte Umsiedlungs- und Vernichtungsaktion organisiert. Sie sind insgesamt integrale Elemente des Generalplans Ost[7]: Am 25. Januar 1943 fuhr vom ostpolnischen Zamość ein Güterzug mit 1000 jungen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen „ohne unproduktiven Anhang", wie es hieß, nach Berlin. Sie mußten dort die Arbeitsplätze von „Rüstungsjuden" einnehmen, die nun – einschließlich ihrer „unproduktiven" Familienmitglieder – mit demselben Zug nach Auschwitz deportiert wurden. Dort wurde der Zug mit dem Gepäck deutschstämmiger Umsiedler aus Südosteuropa, darunter vieler Bosniendeutscher, beladen, dann fuhr er zurück nach Zamość. Hier wurden die Deutschen vom SS-Ansiedlungsstab empfangen und in dem von Polen und zuvor schon von Juden „geräumten" Gebiet angesiedelt; die Deutschen erhielten 20-Hektar-Höfe, die aus jeweils fünf polnischen („unproduktiven") Bauernwirtschaften zusammengelegt worden waren. Von Zamość fuhr der Zug noch einmal nach Auschwitz – beladen mit 1000 Polen, die von der Sicherheitspolizei und den Rasseprüfern der SS als besonders „unerwünscht" eingestuft worden waren[8].

Dieser eine „Zugumlaufplan" war längst nicht der einzige seiner Art. Er dokumentiert das Ineinandergreifen von Umsiedeln, Aussiedeln und Völkermord, die aberwitzige Logik des systematischen Bevölkerungsaustausches, die planerische wie organisatorische Einheit sogenannter positiver und negativer Bevölkerungspolitik. Auch wenn im Rahmen dieses „Zugumlaufplanes" sowohl 1000 Juden als auch 1000 Polen nach Auschwitz „abgeschoben" wurden, so war ihr Schicksal selbst dort keineswegs gleich[9].

---

[4] Vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 261 f.

[5] Schreiben Bracks an Himmler vom 23. 6. 1942; zit. nach: Alexander Mitscherlich/Fred Mielke, Medizin ohne Menschlichkeit, Frankfurt a. M. 1983, S. 242.

[6] Der im übrigen die gleichzeitige forcierte Vertreibungs- und Ansiedlungspolitik im besetzten Luxemburg entspricht.

[7] Aly/Heim, Vordenker, S. 435.

[8] Ebenda, S. 437. Vgl. dazu auch Krausnick und Hans G. Adler, die bereits früh auf diesen konkreten Zusammenhang aufmerksam machten, allerdings auf eine weitergehende Untersuchung verzichteten.

[9] Dies müßte nicht eigens belegt werden, aber es ist doch eindrucksvoll, wie einer der Führer eines

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenn in der deutschen Verwaltung damals von „Judenaussiedlung", „-umsiedlung" und „-evakuierung" gesprochen wurde und Mord gemeint war, so ist dies nicht nur als Tarnung zu verstehen, sondern auch als Hinweis auf die Genesis des Programms. Ein Zusammenhang, der längst analysiert sein könnte, hätte die Tätigkeit des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) intensivere Beachtung gefunden[10]. Der RKF gehörte neben der Vierjahresplanbehörde zu den wichtigsten neugeschaffenen Institutionen des damaligen deutschen Staates. Beide stehen für die ebenso dynamische wie gewaltsame Politik der „Neuordnung". Die Beschäftigung mit diesen Institutionen führt in die Welt der Planer und der Technokraten des „Menscheneinsatzes" (so die Bezeichnung der Abteilung I des RKF, die eben auch sowohl die Ansiedlung wie die Abschiebung plante und „Menschenbilanzen" erstellte, die regelmäßig ergaben, daß, gemessen an der Zahl der heim-ins-Reich geholten Menschen, zuwenige abgeschoben worden waren). Mit der Behörde des RKF waren verschiedene Ämter der Partei verbunden sowie einschlägige staatliche und wissenschaftliche Institutionen: die agrarpolitischen Abteilungen des Landwirtschaftsministeriums ebenso wie die Stabsstellen für Großraumplanung im Wirtschaftsministerium und in der Vierjahresplanbehörde. Im Jahr 1941/42, auf dem Höhepunkt seiner Macht, verfügte der gesamte Umsiedlungsapparat über etwa zehntausend Mitarbeiter: in den Ämtern des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF), der Einwandererzentralstelle (EWZ), der Umwandererzentralstelle (UWZ), der Haupttreuhandstelle Ost (HTO), der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft mbH (DUT), der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft (DAG), der Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft (UTAG), der Volksdeutschen Mittelstelle (Vomi).

Die unbefriedigende Erforschung dieser Institutionen, ihres Zusammenwirkens untereinander und mit anderen Behörden, ist umso verwunderlicher, als die Quellenlage ungewöhnlich dicht und außerdem klar ist, daß es sich bei den Leitern der Umsiedlungsbehörden und -planungsstäbe um Leute handelte, die Hitler, Göring und Himmler besonders nahe standen[11];

ähnlichen Transports über das entsprechende Gespräch mit seinem SS-Kollegen in Auschwitz berichtete: „Arbeitseinsatzfähigkeit bezügl. erklärte SS-Hauptsturmführer Haumeier, daß nur arbeitsfähige Polen angeliefert werden sollen, um somit möglichst jede unnütze Belastung des Lagers sowie des Zubringerverkehrs zu vermeiden. Beschränkte, Idioten, Krüppel und kranke Menschen müssen in kürzester Zeit durch Liquidation zur Entlastung des Lagers aus demselben entfernt werden. Diese Maßnahme findet aber insofern eine Erschwerung, da nach Anweisung des RSHA entgegen der bei den Juden angewendeten Maßnahme, Polen eines natürlichen Todes sterben müssen." Bericht des SS-Untersturmführers Heinrich Kinna „zu dem Transport von 644 Polen (aus Zamość) nach dem Arbeitslager Auschwitz am 10. 12. 42", abgedruckt in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce XIII (1960), S. 18ff.

[10] Hervorzuheben ist die 1957 in Cambridge veröffentlichte, in Deutschland aber wenig beachtete Arbeit von Robert L. Koehl, RKFDV: German Resettlement and Population Policy 1939–1945. Von den Regionalstudien sind die Publikationen von Karol Marian Pospieszalski, Tone Ferenc und Karl Stuhlpfarrer die bedeutendsten. Für die mangelhafte Kenntnis des RKF bezeichnend ist, daß über die Tätigkeit der Reichsstelle für Raumordnung und der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung und deren Leiter, Konrad Meyer, erst neuerdings eine durch und durch affirmative Würdigung erscheinen konnte: Rolf Messerschmidt, Nationalsozialistische Raumforschung und Raumordnung aus der Perspektive der „Stunde Null", in: Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 117–138.

[11] Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1980, S. 451f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht zuletzt wurde den führend Beteiligten schon in den Nürnberger Prozessen auch das Verbrechen „Verfolgung der Juden" vorgeworfen[12].

Während die Bedeutung der anthropologisch-rassehygienischen und – nach einigem Zögern[13] – auch der eugenisch-erbbiologischen Voraussetzungen des Holocaust allgemein anerkannt sind, stößt unsere, den bevölkerungsökonomischen Hintergründen gewidmete Forschung auf Skepsis und Kritik. Doch kann es nach den Ergebnissen unserer Untersuchungen keinen Zweifel mehr daran geben, daß die Ermordung der europäischen Juden und Zigeuner auch Teil einer bevölkerungspolitischen Strategie war. Deren Protagonisten schlugen ganz unterschiedliche, aber als Einheit gedachte Mittel vor: Umsiedlung zur nationalen und kulturellen Homogenisierung und sozialen Mobilisierung; außerdem Maßnahmen der selektiven Bevölkerungsreduktion und -wachstumsbegrenzung. Diese Vorschläge standen im Zusammenhang mit der an deutschen Herrschaftsinteressen orientierten Utopie eines europäischen Großraums. Dieser mußte nach den Vorstellungen der deutschen Eliten nicht nur militärisch erobert und polizeilich befriedet, sondern dauerhaft gesichert werden. Es galt, die sozio-ökonomische Struktur Ostmitteleuropas in ihrer widersprüchlichen, oft vormodernen Vielfalt zu zerschlagen und „neu zu ordnen". Die entsprechenden Vorschläge und die – vielfach von den Vordenkern selbst entwickelte – Praxis gehörten zu den Grundlagen der Entscheidungsprozesse, die zum Völkermord führten.

Da der Gesamtzusammenhang des Umsiedelns und Eindeutschens, der sozialen „Umschichtung" und „Ausscheidung" und der damit institutionell und tatsächlich verbundenen Massenvernichtung von vielen Millionen Menschen nur unzureichend untersucht worden ist, blieben bei der Analyse des Nationalsozialismus wichtige Elemente ausgespart. Die Diskussion löste sich von der weiteren Erforschung der Ereignisse. Sie geriet in die Sackgasse, insbesondere nach dem Historikerstreit, der nichts als falsche Fronten hinterließ. Dessen ungeachtet liegen durchaus neue Forschungsergebnisse vor, etwa von Hans Safrian, Michael Burleigh, Sabine Schleiermacher, Dieter Pohl oder Rolf-Dieter Müller; außerdem gibt es theoretische Forschungen, etwa von Zygmunt Bauman, dessen Arbeiten[14] eindrucksvoll zeigen, daß die von Dan Diner offenbar bevorzugte sozialphilosophische Perspektive dann zu ganz anderen Ergebnissen führt, wenn sie von einer radikalen Kritik der eigenen wissenschaftlichen Verfahrensweisen ausgeht und darauf verzichtet, Begriffe wie „modern", „rational" oder „wissenschaftlich" von vorneherein normativ positiv zu besetzen.

---

[12] Vgl. das Nürnberger Urteil des Militärgerichtshofs Nr. I, Fall VIII vom 10. 3. 1948, in: Staatsarchiv Nürnberg, KV-Prozesse/Fall 8/S. 1.

[13] Eben wegen dieses Zögerns hatten wir uns 1984 zur Gründung der inzwischen elf Bände umfassenden „Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik" entschlossen. Unsere Arbeiten zum Thema „Euthanasie" finden sich zusammenfassend in: Götz Aly (Hrsg.), Aktion T4 1939–1945. Die „Euthanasie"-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, Berlin ²1989; Götz Aly/Peter Chroust/Christian Pross, Progress by Death: Medical Practice at the Service of Social Policy in the Third Reich, Baltimore 1993; The Value of the Human Being. Medicine in Germany 1918–1945, Berlin 1991 (jap. Ausg., Tokyo 1993).

[14] Zygmunt Bauman, Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Subkutane Hemmungen rückwärts gewandter Propheten

Wie die deutschen Eroberer die „Überbevölkerungsfrage" in Ostmitteleuropa mit der Judenpolitik verbanden, ist, soweit wir sehen, in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte nur einmal und eher unfreiwillig angedeutet worden – 1953, von Werner Conze. Der hatte zunächst, im August 1939, geschrieben: „Die ländliche Überbevölkerung ist in weiten Teilen Ostmitteleuropas eine der ernstesten gesellschaftlichen und politischen Fragen überhaupt. (...) In Rußland hat sie entscheidend den bolschewistischen Umsturz ermöglicht." Zu den Maßnahmen, die „äußerst wirksam und lindernd" gegen die Not der Überbevölkerung eingesetzt werden könnten, zählten nach Conze „die Entjudung der Städte und Marktflecken zur Aufnahme bäuerlichen Nachwuchses in Handel und Handwerk"[15]. Als die Vierteljahrshefte 1953 vor allem zu dem Zweck gegründet wurden, eingedenk der „unabweisbaren Verpflichtung gerade der deutschen Wissenschaft, die nationalsozialistische Phase mit aller Energie anzugehen" (Rothfels), wiederholte Conze seine Thesen in oberflächlich veränderter Form: Anders als in Westeuropa habe für die agrarische Überbevölkerung Osteuropas keine ausreichende „Abflußmöglichkeit" bestanden. „Denn die Industrie bot nur in geringem Maße Lebensunterhalt; Handel und Gewerbe in den kleinen Städten waren (!) in jüdischer Hand und kaum noch zusätzlich tragfähig, im Gegenteil vielfach gewerblich übersetzt." Seine eigenen, gegen die jüdische Bevölkerung Osteuropas gerichteten „Linderungs"-Vorschläge aus dem Jahr 1939 legte Conze nun den verarmten osteuropäischen Bauern in den Mund, denen sich seit Mitte der dreißiger Jahre, jenseits der Perspektiven „Bauerndemokratie" oder „soziale Revolution", „eine dritte Orientierung" eröffnet habe: „Die Hoffnung auf Deutschland und eine gewisse Aufnahmebereitschaft für nationalsozialistische Thesen, besonders des Antisemitismus, so wie sie für die eigene Lage zu passen schienen." Auch 1953 bot sich für den Autor in der Rückschau auf die zwanziger und frühen dreißiger Jahre „ein meist recht trübes Bild politischer Gestaltungskraft der kleinen Völker Ostmitteleuropas". Eine Änderung dieses trostlosen Zustands begann nach Conzes Darstellung erst drei Jahre vor dem Krieg – „im Zusammenhang mit der deutschen Wirtschaftspolitik"[16].

Im ersten Band der Vierteljahrshefte wiederholte auch der NS-Direktor des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, Andreas Predöhl, die ökonomischen Gesichtspunkte, die ihm eben noch als Politikberater und wissenschaftlicher Akteur des nationalsozialistischen Deutschlands wichtig gewesen waren. Unter der Überschrift „Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931" führte er als Grund für die Krise unter anderem die „Übersetzung" der Wirtschaftszweige an, „in denen sich handwerkliche Existenzen im Kleinbetrieb haben halten können". Nachdem die USA die Einwanderung nach dem Ersten Weltkrieg abgedrosselt hatten, seien „die weltwirtschaftliche Bedeutung dieses Ventils erschöpft" und die alten „Spielregeln der liberalen Expansion" obsolet. Eine Depression führe seither, wenn nicht steuernd eingegriffen werde, „zur Dauerkrise und Massenarbeitslosigkeit"[17].

[15] Werner Conze, Die ländliche Überbevölkerung in Polen, in: Dimitri Gusti (Hrsg.), Arbeiten des XIV. Internationalen Soziologen-Kongresses Bucaresti, Mitteilungen, Abteilung B: Das Dorf, Bd. 1, Bukarest 1940, S. 40–48. Der Kongress sollte am 29. 8. 1939 beginnen, fand aber wegen des Kriegsausbruches nicht statt.

[16] Werner Conze, Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach 1919, in: VfZ 1 (1953), S. 323, 333, 337 f.

[17] In: VfZ 1 (1953), S. 106 f.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Während Predöhl 1953 als Ausweg auf das eher konventionelle Instrumentarium staatlicher Intervention verwies, hatte er schon 1932 auf ganz andere Mittel gesetzt: „Trotz drakonischer Gewaltmaßnahmen" hatte er die Zwangskollektivierung in der Sowjetunion begrüßt, weil sie die „Erlösung aus der Urarmut" bedeute und weil man es in Rußland mit einer „Masse technisch überaus rückständiger Kleinbauern zu tun" gehabt habe, „aus denen Überschüsse selbst bei stärkster Unterdrückung nicht herauszupressen waren"[18]. Während des Krieges hieß es dann in den unter Predöhls Leitung verfaßten Gutachten für den Wehrwirtschaftsführungsstab beispielsweise: „Jede Agrarintensivierung, die mit steigender Verwendung von Kapital verbunden ist, wird in allen südosteuropäischen Staaten durch die ländliche Überbevölkerung erschwert", denn „das Überangebot an Menschen erschwert die Einführung von Maschinen"[19]. Vor Ort, im Generalgouvernement, folgerte der Predöhl-Schüler Helmut Meinhold aus der gleichen Zustandsbeschreibung: „Die Bevölkerungsdichte wird herabgesetzt."[20]

Diese Analysen Conzes und Predöhls, mit denen sich die Autoren einerseits ihrer Verantwortung und Schuld zu entledigen versuchten und andererseits an den einmal entwickelten theoretischen Modellen festhielten – sie nur weicher formulierten –, stehen für den Ausgangspunkt der deutschen Zeitgeschichtsforschung. Aber nicht nur: Im selben Band veröffentlichte der aus Chicago zurückgekehrte Herausgeber der Zeitschrift, Hans Rothfels, die Einsichten, die er in der Emigration gewonnen hatte. Nach allem gelte es, so Rothfels 1953, „das Bild vom Menschen als im Ebenbild Gottes geschaffen wiederherzustellen", „eine Front des Menschlichen gegen das Unmenschliche" zu errichten und in Grenzsituationen „Entscheidungen des Gewissens" zu treffen, „die keine souveräne Gewalt, kein nationales Kollektiv dem Einzelnen abzunehmen vermag"[21].

Daß Conze, Meinhold und Predöhl in dem von Rothfels angedeuteten Sinn individuell versagt hatten, ist evident. Predöhl hat mit Sicherheit persönlich an der Formulierung der wehrwirtschaftlichen Ziele „im Osten" mitgearbeitet und wie Meinhold die politischen Entscheidungsträger unmittelbar beraten[22]. Ob Conze solche direkten Empfehlungen gab, wissen wir nicht. Wir rechnen ihn, wie auch beispielsweise Predöhl und Meinhold, deshalb

---

[18] In der Tat führte uns unsere Arbeit, wie Diner monierte, zu der Frage, ob die bevölkerungspolitischen Vorgehensweisen der beiden Großdiktaturen dieses Jahrhunderts vergleichbar sein könnten. Und schon fast inflationär nahm Diner einige der Arbeiten von Hannah Arendt zum Beleg seiner Thesen in Anspruch, nicht aber eines ihrer bedeutendsten Werke: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München ^{2}1991. Dort ist nicht nur das „Bündnis zwischen Mob und Elite" eindrucksvoll beschrieben, sondern es heißt dort beispielsweise auch: „Der Satz ‚Du sollst nicht töten' versagt gegenüber einer Bevölkerungspolitik, die systematisch oder fabrikmäßig darangeht, die ‚lebensuntauglichen und minderwertigen Rassen und Individuen' oder die ‚sterbenden Klassen' zu vernichten, und dies nicht als einmalige Aktion, sondern offenbar in einem auf Permanenz berechneten Verfahren. Die Todesstrafe [für die in Nürnberg angeklagten Täter, d. Verf.] wird absurd, wenn man es nicht mit Mördern zu tun hat, die wissen was Mord ist, sondern mit Bevölkerungspolitikern, die den Millionenmord so organisieren, daß alle Beteiligten subjektiv unschuldig sind." (S. 704).

[19] Zit. nach: Christoph Dieckmann, Wirtschaftsforschung für den Großraum, in: Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum, Berlin 1992, S. 160 f., 179; vgl. auch Aly/Heim, Vordenker, S. 333, 339, 349.

[20] Aly/Heim, ebenda, S. 247.

[21] Hans Rothfels, Zur Krise des Nationalstaates, in: VfZ 1 (1953), S. 138–152.

[22] Entsprechende Belege finden sich bei Müller, Volkmann, Herbst, Peukert, Roth u. a., neuerdings insbesondere bei Dieckmann, Wirtschaftsforschung.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu den „Vordenkern", weil sie in einer spezifischen Situation halfen, politische Handlungskonzepte durchzusetzen, die es bis dahin nicht gegeben hatte[23]. Während sich die Erbhygiene in den zwanziger Jahren langsam akademisch gefestigt und 1933 im Sinne staatlicher Zwangsmaßnahmen durchgesetzt hatte, etablierten sich allgemeine, bevölkerungsökonomisch angelegte, staatliches Handeln empfehlende Konzepte erst nach 1935, dann aber innerhalb weniger Monate[24]: Der Osten erschien nun nicht mehr wahlweise als „slawische Flut", die zurückgedrängt und eingedämmt werden müsse, oder als riesiges „menschenleeres Land", das geradezu auf deutsche Siedler warte, sondern als Krisenzone, die weder direkt noch indirekt kolonial „durchdrungen" werden konnte. Jede Form der Beherrschung setzte, darüber bestand nun theoretische Einigkeit, die Lösung „der ernstesten gesellschaftlichen und sozialen Frage" voraus. Die sogenannte agrarische Überbevölkerung mußte demnach reduziert werden, um diese Länder überhaupt kolonisierbar zu machen. Erst 1938/39 entstand jener, von Conze mitentwickelte und in dem erwähnten Aufsatz früh formulierte[25] theoretische Ansatz, der den wissenschaftlichen Diskurs über „demographische Probleme" mit der antijüdischen Politik verband: Nämlich die handlungsorientierte Verschränkung der „Überbevölkerungsfrage" mit der „Judenfrage" in der Weise, daß die „Lösung" der einen „Frage" die andere erheblich „lindert". Dieses Konzept, das es zuvor nur in marginalen Andeutungen gegeben hatte[26], wurde unter deutschen Ökonomen, Soziologen, Osteuropakundlern und Agrarfachleuten, unter Bevölkerungswissenschaftlern und Theoretikern der Raumordnung binnen kürzester Frist zur herrschenden Meinung und im Som-

[23] Im Verlauf unserer Arbeit untersuchten wir, mehr oder weniger intensiv, die Karrieren von etwa 500 solcher wissenschaftlich-praktischer Zuarbeiter und Vordenker. Ausgehend vom Generalgouvernement beschränkten wir uns auf einige uns wichtig erscheinende Institutionen. Wiewohl die Forschung noch nicht abgeschlossen ist, so ist doch dies sicher: In den Jahren 1940/42 bestand in Deutschland eine regelrechte scientific community solcher Vordenker, der mehrere tausend sozialwissenschaftlich-praktisch orientierte Intellektuelle angehörten. Trotz aller persönlichen Reibereien entwickelten sie doch in wesentlichen Grundfragen genau den Konsens, in dessen Rahmen sich auch die hier ausdrücklich genannten Wissenschaftler bewegten. Sie waren in aller Regel außerordentlich jung, schnell aufgestiegen, begeistert von der praktischen Wirksamkeit ihrer Lösungsvorschläge, von der Herausforderung fast täglich wachsender Aufgaben.

[24] Dafür markant: Die Aufsatzserie der „Europäischen Revue" von Anton Reithinger zum „europäischen Agrar- und Bevölkerungsproblem" (10/1934), S. 551–554, 607–611, Theodor Oberländer, Die agrarische Überbevölkerung Polens, Berlin 1935, und die Gründung der Reichsstelle für Raumordnung im gleichen Jahr.

[25] Die Veröffentlichung von 1940 basiert auf einem Vortragsmanuskript vom Sommer 1939.

[26] In dem 700-seitigen Werk von Peter-Heinz Seraphim, Das Judentum im osteuropäischen Raum, Essen 1938, ist dieser Gedanke noch nicht formuliert. Soweit wir sehen, wurde er erstmals am 30. 4. 1939 von Seraphim in der „Frankfurter Zeitung" einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Auch Conze hatte diese Verbindung 1938 noch nicht formuliert. In seinem Aufsatz Wilna und der Nordosten Polens, in: Osteuropa 13 (1937/1938), S. 657–664, heißt es über die Juden der Stadt auf der ersten Seite: „Wenn auch die beherrschende Stellung in Handel und Handwerk langsam zurückgeht, so ist die Macht dieses Fremdkörpers immer noch unerträglich genug." Damit noch unverbunden schreibt der Autor drei Seiten weiter: „Hier treibt seit der Bauernfreisetzung der Bauernbefreiung, die seit dem einsetzende Realteilung und der hemmungslose Bevölkerungszuwachs das Land immer stärker in einen Zustand der Auflösung des gesunden Bauerntums hinein, der zur brennendsten Frage auch (!) des polnischen Nordostens wird. Eine durchgreifende und erfolgreiche Agrarpolitik ist der Schlüssel zur wirklichen Ordnung im Wilnagebiet."

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mer 1940 – vor dem Hintergrund der praktischen Mißerfolge bei der „friedlichen Durchdringung" Südosteuropas und nach den ersten Besatzungserfahrungen in Polen – auch Allgemeingut aller damit beschäftigten Verwalter[27].

Das Konzept wurde in einer politischen Situation entwickelt, in der nach solchen Ideen verlangt wurde und die schnelle Umsetzung der praktikabelsten Entwürfe in Aussicht stand. Getragen von jenem berühmten, auch den Nachgeborenen nicht fremden Selbstverständnis des „rückwärts gewandten Propheten" arbeiteten natürlich auch Historiker an der Formulierung der politischen Zielsetzungen mit: als Fachleute für vergangene Strukturen, die entweder „wiederhergestellt" oder zerstört werden sollten. Wie das aussehen konnte, wird mit Hilfe des folgenden, erst neuerdings publizierten, in mehrfacher Hinsicht bezeichnenden Beispiels greifbar[28]: Am 18. September 1939 schrieb der Breslauer Mediävist und Sozialgeschichtler Hermann Aubin an den Ostforscher Albert Brackmann in Berlin: „Die Volkstumsfragen im Osten sind in ein entscheidendes Stadium gekommen. Nachdem wir in der vergangenen Woche schon die Zusage einer Regelung in dem von uns vorgeschlagenen Sinne von höchster Stelle erhalten hatten, scheint wieder eine Ladehemmung eingetreten zu sein." Es empfehle sich daher, noch einmal im Innenministerium vorzusprechen, damit „die Volkstumsfragen bei der Neueinrichtung der deutschen Verwaltung in Polen in das richtige Geleise gebracht werden". „Die Wissenschaft", schloß Aubin, „kann nicht einfach warten bis sie gefragt wird, sie muß sich selber zu Worte melden"[29]. Bereits drei Tage später konferierte Brackmann mit dem Referenten für Volkstumsfragen im Innenministerium, Dr. Werner Essen, der später in Riga am Generalplan Ost arbeitete[30]. In ihrem Vorhaben offenbar ermuntert, trafen sich die wissenschaftlichen Aktivisten am 28. September in Breslau und entwarfen einen Arbeitsplan „für die Denkschrift über die ostdeutsche Reichs- und Volkstumsgrenze". Sie erörterten „die historischen Voraussetzungen und Gegebenheiten für den Erfolg einer großzügigen Siedlungspolitik in den Ostgebieten". Mit dem Entwurf der Denkschrift wurde ein ebenfalls anwesender einunddreißigjähriger Assistent beauftragt – Dr. Theodor Schieder. Schon am 7. Oktober 1939, also an dem Tag, als Heinrich Himmler von Hitler zum Siedlungskommissar des Reiches ernannt wurde, legte Schieder den Entwurf der Denkschrift vor. Er hatte darin mögliche Alternativen für den Verlauf der neuen deutschen Ostgrenze formuliert und bemerkte zur zweiten, weitergehenden Entscheidungsalternative: „Die Herstellung eines geschlossenen deutschen Volksbodens in diesen Gebieten macht Bevölkerungsverschiebungen allergrößten Ausmaßes notwendig. Eine solche Entwicklung erfordert nicht ein Programm für wenige Jahre, sondern Pläne auf lange Sicht." Zu den „Sofortmaßnahmen" rechnete Schieder die Enteignung des Bodens, die Umsiedlung eines Teils der polnischen Bevölkerung, die Vergabe von Aufbaukrediten für die Volksdeutschen und „die Ansetzung deutscher Menschen", die aber „unter keinen Umständen einer ungeregelten Entwicklung überlassen werden" dürfe. Blieb das Problem, „wie

---

[27] In Aly/Heim, Vordenker, finden sich Dutzende von Fundstellen quer durch alle wesentlichen Institutionen und auf allen Ebenen.

[28] Angelika Ebbinghaus/Karl Heinz Roth, Vorläufer des ‚Generalplans Ost'. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7 (1992), S. 62–94.

[29] Ebenda, S. 78 f. In dem Brief wird auch über die künftige Verwendung des polnischen Instituts für schlesische Volkskunde nachgedacht. Aubin: „Es ist z. B. zu fragen, ob wir das ‚Schlesische Institut' umdrehen und damit auf Polen schießen sollen."

[30] Vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 427 ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und wohin der zu erwartende polnische Auswandererstrom (...) zu lenken" sei. Schieder meinte dazu: „Eine stärkere Einwanderung nach Restpolen erscheint unter zwei Voraussetzungen möglich: 1) Die Herauslösung des Judentums aus den polnischen Städten, 2) der landwirtschaftlichen Intensivierung, die den Nahrungsspielraum in Polen erhöht und durch eine weitgehende Melioration und Separation die agrarische Überbevölkerung wenigstens herabdrückt."[31]

Hier ist die Einheitlichkeit der Politik des Annektierens und Umsiedelns mit all ihren Implikationen klassisch formuliert: Die Vertreibung der Polen, ihre Aufnahme in „Restpolen" auf Kosten der dort lebenden Juden sowie die Schaffung von zusätzlichem „Nahrungsspielraum" mit Hilfe der Trockenlegung von Sümpfen. All diese Vorschläge sind 1940/41 in Ansätzen verwirklicht worden – und gescheitert[32]. Und eben dieses Scheitern führte in einem zweiten Schritt zur „Aktion Reinhard", zu Auschwitz.

Das Stadium einer „Denkschrift für Adolf Hitler" erreichte der Entwurf Schieders nicht. Er wurde nach dem 7. Oktober 1939 mehrfach wegen des „raschen Fortgangs der Ereignisse" geändert und dabei, wie man annehmen darf, nicht inhaltlich reduziert. Da sich die „Ereignisse" geradezu überschlugen, sandten Schieders Auftraggeber – die zu eben jenem Personenkreis gehörten, den Max Weinreich schon 1946 als „Hitler's Professors" kennzeichnete – die Ergebnisse ihres Nachdenkens neun Tage später, am 16. Oktober, in unfertiger Form „an einige wenige uns persönlich bekannte Sachbearbeiter im Auswärtigen Amt, und den Ministerien des Inneren, für Wissenschaft und für Landwirtschaft zum persönlichen Gebrauch"[33].

An einer Stelle seiner Rezension schrieb Dan Diner, unsere Arbeit biete „wichtige Einblicke in den Sickerprozeß nationalsozialistischer Weltanschauung". Es geht uns aber nicht um das „Sickern", sondern um die osmotische Ausbreitung und den kapillaren Aufstieg der mörderischen Ideen; es geht auch nicht um „Weltanschauung", sondern um die von uns so bezeichnete gnadenlos instrumentalisierte Ratio. Hermann Graml warf uns in seiner Kritik vor, wir würden Leute zu Wissenschaftlern stilisieren, die „höchstens als halb und ganz verrückte Pläneschmiede" gelten könnten[34]. Mag er diesen Vorwurf an Theodor Schieder, dem wie Conze große Verdienste zuzusprechen sind, noch einmal durchdenken und auch überlegen, ob es nicht in der eigenen Zunft subkutan wirksame, starke Hemmnisse gab, die den so augenfälligen Zusammenhang unerforscht ließen, der zwischen Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik bestand[35].

Wir rekonstruierten diese Interdependenz mit Hilfe unseres ursprünglich täterbiographisch angelegten Ansatzes. Aus Einzelbiographien ergaben sich kollektive Karrieren – vor

[31] Ebbinghaus/Roth, Vorläufer, S. 84–91.

[32] Was sich im Frank-Tagebuch, Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. von Werner Präg/Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, wie im Tagebuch Czerniakóws, Im Warschauer Getto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków, 1939–1942, München 1986, nachlesen läßt.

[33] Ebbinghaus/Roth, Vorläufer, S. 93.

[34] Hermann Graml, Irregeleitet und in die Irre führend. Widerspruch gegen eine „rationale" Erklärung von Auschwitz, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1 (1992), S. 286–295, hier: S. 289.

[35] Eine Frage, die uns bewegt und die wir nicht zu beantworten wissen, ist die: Warum konnten ausgerechnet Rothfels-Schüler solche Texte schreiben? Die von Ebbinghaus und Roth suggestiv gegebene Antwort, der Lehrer sei gewissermaßen zufällig, dank seiner jüdischen Abstammung, nicht selbst zum Täter geworden, befriedigt uns nicht.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allem aber die Karrieren von Ideen und Konzepten. Rückblickend kommt diesem Ansatz eher die Funktion einer Hilfsmethode zu. Sie ist, jenseits der engeren biographischen Forschung, für die deutsche Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 in besonderem Maße sinnvoll, weil sie der Tatsache Rechnung trägt, daß die meisten Dokumente über die hier zur Diskussion stehenden zentralen Entscheidungsprozesse kurz vor Kriegsende verbrannt wurden. Darüber hinaus erweist sich auch an den hier dargelegten Beispielen, wie produktiv es sein kann, die prinzipiell vernebelten und – das sei hervorgehoben – insbesondere auch ideologisch vernebelten Entscheidungsprozesse einer Diktatur in dieser Weise aufzuhellen[36].

3. Divergenz, Maximalismus und Endlösung

Nun wirft man uns auch vor, wir könnten nicht beweisen, daß die Untersuchungen zur Überbevölkerung oder andere von uns dargestellte wissenschaftlich-technokratische Vorschläge, wie sie gemeinhin von Experten vertreten werden, die Entscheidung zur „Endlösung" wesentlich beeinflußten. Die Diskussion setzt eine Verständigung darüber voraus, wie dieser Entscheidungsprozeß ausgesehen hat. Wir gehen von folgender Vorstellung aus: Die Nazüideologie war prinzipiell offen und forderte die Strukturierung ihrer amorphen Inhalte geradezu heraus. Zugleich war der NS-Staat vom ersten Tag an auf Expansion gerichtet. Aber nicht nur nach außen, vor allem auch nach innen, indem immer größere Sphären des bürgerlichen und privaten Lebens staatlicher Intervention unterworfen wurden. Aus beiden Gründen bot sich für die sozial-praktisch orientierten Wissenschaftler wie für die auf rasche Innovation setzenden Verwaltungseliten die Möglichkeit, das Theorie-Praxis-Verhältnis derart zu maximieren, wie es vorher und nachher wohl nirgends gelang[37]. Es ent-

---

[36] Im übrigen ist es uns mit derselben wissenschaftlichen Vorgehensweise auch gelungen, die zweite Phase der „Euthanasie"-Morde aufzuklären. Bis dahin waren Forschung und Justiz einhellig den Schutzbehauptungen der Mörder gefolgt und hatten als „wilde Euthanasie" bezeichnet, was in Wirklichkeit die „Aktion Brandt", also die „Freimachung von Krankenbetten" für die körperlich verletzten, „wiederherstellbaren" Opfer des Bombenkrieges war. Die „Aktion" war hochgradig zweckrational ausgerichtet und keinesfalls eine Art erbbiologischer „Selbstlauf", wie Dirk Blasius damals wähnte, wenn er schrieb: „Mancher an das Töten gewöhnte Anstaltsleiter war nachgerade souverän genug, um ohne viel Aufsehen Patienten nach eigenem Gutdünken beseitigen zu können." Götz Aly, Medizin gegen Unbrauchbare, in: Ders./Angelika Ebbinghaus/Matthias Hamann u. a., Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren, Berlin 1985, S. 9–74, hier: S. 56–70, zu Blasius: S. 57 f. Desgleichen läßt sich auch die Tatsache, daß die Deutsche Forschungsgemeinschaft die Arbeiten der Planungsexperten Himmlers mit weit mehr als einer halben Million Reichsmark förderte, nicht mittels strukturalistisch orientierter Methoden ergründen, sondern ausschließlich an Hand der Drittmittelanträge beteiligter Professoren; vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 438 f.

[37] Von ganz anderen Forschungsschwerpunkten ausgehend kommt Bracher – in der Auseinandersetzung mit der „Speer-Legende" – zu einem ähnlichen Ergebnis: „In Wahrheit war der Aufstieg Speers in eine der größten Ämterakkumulationen des Dritten Reiches eben weder Zufall noch Mißverständnis, sondern Ausdruck der Doppelgleisigkeit, mit der das Unternehmen Nationalsozialismus und Drittes Reich gefahren wurde: Radikale Politisierung und entpolitisierte Spezialisierung, reaktionäre Romantik und Verherrlichung des modernen technologischen Fortschritts zugleich. Dieser Grundwiderspruch bildet in der Tat die eigentliche Essenz faschistischer Ideologie und Politik; die Inkonsistenz von Theorie und Politik stellt nicht einfach eine Schwäche, sondern oft eher

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stand die Situation der einmaligen Gelegenheit – erst recht im Krieg. Die intellektuellen Vordenker füllten so vage Begriffe wie „Ostraumlösung" nicht nur mit konkreten Inhalten aus und zerlegten sie in operationalisierbare Einzelteile, sondern trafen sich mit den Exponenten der Diktatur an einem wichtigen Punkt: Ihnen war gemeinsam, daß sie den Faktor Zeit, den Kompromiß, den halbherzigen, zögerlichen Reformismus gering achteten. Wie Adolf Hitler verstanden sie sich als „große Gärtner" (Zygmunt Bauman), sie setzten auf eine Zukunft, die sie nach ihren Entwürfen zu gestalten trachteten. Moralische Konflikte buchten sie im Jargon dieser Jahre ab – als „Spesen großer Zeiten". Was übrig blieb, war ein spezifisch deutscher, antirepublikanisch geprägter Rationalismus.

Trotz fortschreitender Verstaatlichung im Inneren waren den Protagonisten der Neuordnung in Deutschland deutlich die Grenzen des Faktischen gesetzt. Sie wurden mit der Eroberung „weiter Räume" überwunden: Erst im Osten konnte „tabula rasa" (Meinhold) gemacht, „äußerst wirksam" (Conze) „gestaltet", konnten „Pläne auf lange Sicht" (Schieder) entworfen werden. Wenn Wissenschaftler ihre Ideen in diesem Sinn in handlungsorientierte Expertisen verwandelten und sich dabei der generellen Diskriminierung der Juden erinnerten, so griffen sie lediglich auf das gesellschaftlich und staatlich anerkannte Wertesystem zurück – als Mittel und Bezugsrahmen zur Umsetzung der von ihnen durchaus wertfrei formulierten Ziele. Unstrittig ist, daß Hitler, Göring oder Himmler immer wieder Pläne genehmigten oder auch verwarfen, die andere entwickelt und begründet hatten. Die vielen Ausschüsse und Expertengremien der von Frank geleiteten Akademie für Deutsches Recht sind dafür ein ebenso markantes Beispiel wie die frühen Gesetzesvorhaben zum Thema „Euthanasie", die Hitler zunächst zurückstellte. Göring veranstaltete mit Vorliebe ganztägige Seminare, regelrechte Anhörungen – und war von den Vorgaben seiner beiden Staatssekretäre und deren Zuarbeiter weitgehend abhängig. Für das Gesetz zur Zwangssterilisierung ist längst nachgewiesen, daß Formulierung, Durchführung und dauernde tatsächliche und tendenzielle Ausweitung praktisch vollständig in den Händen der Experten lagen. Wenn Partei- und Staatsstellen eingriffen, dann taten sie es im Sinne des politischen Pragmatismus, um das schematisch-wissenschaftliche Wüten einzuschränken, weil es irgendwo Ärger gegeben hatte.

Die Beispiele sind Legion. Besonders bezeichnend ist der Streit zwischen Partei und Innenministerium um die Definition des „Judenbegriffs" in den Nürnberger Gesetzen. Hitler entschied diese Auseinandersetzung schließlich zugunsten der Verwaltungsjuristen und ihres einfachen „automatischen" Verfahrens (entsprechend der Religionszugehörigkeit der vier Großeltern) – gegen die mit Mendelschen Erbregeln hantierenden Rassenfanatiker der Partei[38].

Auch sogenannte Führerbefehle und -ermächtigungen kamen prinzipiell nicht anders zustande. Von den Führerermächtigungen wurde Gebrauch gemacht, wenn Gesetze entweder noch nicht vorhanden, nicht opportun waren oder experimentell erprobt werden sollten. Sie

---

eine Stärke nationalsozialistischer Herrschaftstechnik dar, insofern sie konservativen und radikalen, emotionalen und rationalen Bedürfnissen gleichermaßen Raum und Bezugspunkte vermittelte." Bracher, Diktatur, S. 546.

[38] Vgl. die entsprechenden Notizen Goebbels' vom 26. 10., 7. 11. und 15. 11. 1938, in: Elke Fröhlich (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, München 1987, Bd. 2, S. 532, 537, 540. Der „Judenbegriff" der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 war im übrigen genau der, der bereits am 25. 7. 1935 in der „Verordnung über die Zulassung von Nichtariern zum aktiven Wehrdienst" (RGBl. 1935, S. 1047 f.) formuliert und nun gegen unklarere Regelungen verteidigt worden war.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erlaubten geregeltes und gleichzeitig extrem elastisches Verwaltungshandeln. Das klassische Beispiel ist die „Aktion T4": Nachdem verschiedene, überwiegend aus Ärzten und Medizinprofessoren zusammengesetzte Gremien im Frühjahr und Sommer 1939 getagt hatten, gewann dieses Vorhaben im Herbst konkrete Gestalt. „Rechtsgrundlage" war ein nachträglich, wohl auf Drängen des Justizministers verfaßtes, vierzeiliges, formloses Geheimschreiben Hitlers, das weder Befehl noch Erlaß war – es „ermächtigte" zum Töten. Der Text, gelegentlich auch „Vollmacht" genannt, war vage formuliert und zog dem, was die verschiedenen Gremien vorbereitet hatten, keine Grenzen. Vielmehr setzte diese Ermächtigung planerische Energien, Ehrgeiz und praktische Phantasie frei. Der Umfang der „Aktion", die Kriterien der Selektion und die langfristigen Zielsetzungen wurden von denen festgelegt, die sie vorbereitet hatten. Soweit bekannt, intervenierte Hitler in den Jahren 1940/42 dreimal: Er verhinderte die Veröffentlichung des fertigen Sterbehilfegesetzes aus sehr interessanten, hier aber unwichtigen Motiven, ließ die „Aktion" am 24. August 1941 aus Gründen abbrechen, über die bislang nur, wenn auch mit unterschiedlicher Plausibilität, spekuliert werden kann, um wenig später die Wiederaufnahme des Mordens zu gestatten – allerdings in diskreteren, aber dann umso verbreiteteren Formen[39].

Die Gründe, die Hitler 1939 zur „Ermächtigung" bewogen, brauchten mit den Gründen derjenigen, die die Aktion anregten und planten, nicht das Geringste zu tun haben. Selbst dann, wenn es sich um völlig unterschiedliche Begründungen gehandelt hätte, hätten sie dennoch – in wechselseitiger Verstärkung – zu den jeweiligen Entscheidungen führen können. Tatsächlich überschnitten sich die Motive partiell. Jedenfalls ist der konzeptionelle und für die „Führer-Ermächtigung" maßgebliche Anteil derjenigen ohne weiteres lokalisierbar, die die „Aktion T4" (unter der Supervision von Max de Crinis) bis ins Detail vordachten, ausformulierten und begründeten. Niemand käme auf die Idee, in diesem Zusammenhang davon zu sprechen, daß „die bürokratische Maschinerie gleichsam automatisch funktionierte", wie es Hans Mommsen angesichts des Mordes an den europäischen Juden tut[40]. Auch würde sich Mommsen schwertun, für dieses Beispiel zu behaupten, es habe sich irgendeine „Kompetenz zunehmend verflüssigt" oder das „Zukunftsprojekt" einer Psychiatrie, die ihre Kräfte ganz auf die Heilbaren konzentriert und die Unheilbaren umbringt, sei „ins Nebelhafte zerronnen"[41].

---

[39] Ein äußerst gut dokumentiertes Beispiel für den hüllenhaften Charakter solcher Ermächtigungen ist die „besondere Ermächtigung" Hitlers zum außergesetzlichen Schwangerschaftsabbruch vom 19. 9. 1940. Vgl. Aly, Medizin gegen Unbrauchbare, S. 36.

[40] Das von Eberhard Jäckel (soweit wir sehen) lediglich mündlich vorgetragene Argument, Holocaust und die Tötung der Geisteskranken dürften überhaupt nicht in einer Linie diskutiert werden, weil die „Aktion T4" nicht das Siegel weltgeschichtlicher Einzigartigkeit trage, halten wir für ungerechtfertigt. Da Jäckel dieses Argument mit dem Hinweis auf Sparta begründet, empfehlen wir die Lektüre eines, an etwas entlegenem Ort veröffentlichten Aufsatzes von Martin Schmidt, Hephaistos lebt – Untersuchungen zur Frage der Behandlung behinderter Kinder in der Antike, in: Hephaistos 5/6 (1983/4), S. 133–158. Im übrigen unterscheiden sich die Planer der „Aktion T4" auch nicht dadurch grundsätzlich von den Vordenkern der Vernichtung, daß diese, abgesehen von Otto Ohlendorf, in aller Regel nicht selbst Hand anlegten, während viele derjenigen, die an der Begründung und Vorbereitung der „Euthanasie" beteiligt waren, in ganz unmittelbarer Weise zu Mördern wurden: Ärzte gehen eben einem vorindustriellen, gewissermaßen handwerklichen Beruf nach, während die Analytiker und Planer, deren Berufe Ausdruck hochgradiger Arbeitsteilung sind, eben der Ingenieure und Praktiker bedürfen, um ihre Ideen Wirklichkeit werden zu lassen.

[41] Hans Mommsen, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung, in: Walter Pehle (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1990, S. 31–46, hier: S. 35.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

War die Führer-Ermächtigung in ihrer Entstehung alles andere als der Ausdruck des diktatorischen „Führerwillens", so hatte sie im Krieg zunehmend die Funktion, reale Zielkonflikte zu „lösen". Diese entstanden in der Spannung zwischen hypertrophen Eroberungszielen, daraus abgeleiteten Kriegsnotwendigkeiten, gesellschaftssanitären Utopien und notorischer Knappheit der dafür notwendigen materiellen Ressourcen. Auch wenn die Vorstellungen der Planer, Modernisierer und Technokraten partiell durchaus von denen der Naziführer abwichen, so waren erstere und letztere doch gemeinsam dazu bereit, die Zielkonflikte, die ihre Konzeptionen – und insbesondere das Tempo der Umsetzung – produzieren mußten, mit Hilfe von Raub und Vernichtung zu überwinden. Daraus ergab sich die von allen Beteiligten gewollte und oft genug gedanklich vorweggenommene Logik der „besonderen Ermächtigung des Führers": Nicht die abwägende Entscheidung für die eine oder andere Variante, nicht der vorsichtige Kompromiß zeichneten sie aus, sondern der Versuch, widerstreitende Interessenlagen, Pläne und „Notwendigkeiten" gleichermaßen zu berücksichtigen und die Zielkonflikte im Sinne „endgültiger Lösungen" maximalistisch zu überwinden. Mit anderen Worten: Je radikaler und weitreichender die großen Pläne, Umsiedlungsvorhaben und Kriegsziele wurden, desto größer mußte – mathematisch ausgedrückt – das gemeinsame Vielfache werden, in dem all diese Vorhaben aufgingen[42]. Das bedeutet aber, daß sich die einzelnen Komponenten zumindest im theoretischen Modell genau bestimmen lassen. Mit der These vom „System kumulativer Radikalisierung" kommt Mommsen dieser Argumentation in der Begriffsbildung nahe[43], aber während er die kumulative Radikalisierung zum Holocaust allein als Ergebnis immer exzessiverer antijüdischer und antijüdisch-bürokratischer Maßnahmen beschreibt, beharren wir auf der kumulativ radikalisierenden Wirkung unterschiedlicher, auch auf ganz anderen Gebieten als der „Judenfrage" liegender konzeptioneller Zielvorgaben.

Wenn die Experten nahelegten, daß in dem vom Weizenimport abgeschnittenen Europa ohnehin 30 Millionen Menschen nicht ernährt werden könnten, daß die agrarische Überbevölkerung Ostmitteleuropas das drückendste und im Grunde mit normalen Mitteln nicht lösbare Hindernis sei, um diese Region zu einem produktiven Bestandteil des europäischen Großraums zu machen, und daß die gesamte Politik der Zwangsumsiedlung, die immer auch Strukturpolitik war, an der Beengtheit der neuen Räume scheiterte, dann waren das starke interessengeleitete, von instrumenteller Vernunft geprägte Argumente für zwei unterschiedliche Genozide: für die „Endlösung der Judenfrage" und das Projekt, in der Sowjetunion „zig Millionen Menschen verhungern" zu lassen.

Zwischen den einzelnen Expertengruppen sowie zwischen diesen und den Praktikern vor Ort herrschten selbstverständlich dieselben Gegensätze, wie sie sich gewöhnlich unter Praktikern und Planern unterschiedlicher Kompetenz und Aufgabe ergeben. Während die einen das Generalgouvernement zum musterhaften „Nebenland des Reiches" umgestalten wollten, versuchten die anderen, aus den eingegliederten Ostgebieten möglichst viele Menschen nach „Restpolen" abzuschieben, um ihre Ziele zu erreichen. Während die Wirtschafts- und Bevölkerungsplaner zur „Zusammenpressung des jüdischen Sektors" rieten, zückten die Revisoren ihre Rechenschieber und fanden schnell heraus, daß die Ghettos be-

[42] Die These von der polykratischen Struktur des Partei- und Staatsapparats ist zweifelsohne richtig, falsch aber die (später gezogene) Schlußfolgerung vom angeblich „lähmenden Chaos".

[43] Hans Mommsen, Der Nationalsozialismus. Kumulative Radikalisierung und Selbstzerstörung des Regimes, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 16, Stuttgart 1976, S. 785–790.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

triebswirtschaftlich unhaltbar seien[44]. Nicht die einheitliche Strategie führte zum Völkermord, sondern die Unvereinbarkeit der unterschiedlichen Projekte: ihre Divergenz und die Unmöglichkeit, sie gleichzeitig zu realisieren[45].

Dan Diner und andere wenden ein: Es handelte sich um Pläne, die mit der Realität nichts zu tun hatten, nicht funktionierten ... Mag sein. Aber es kann dahingestellt bleiben, wie und ob diese auf knapp 25 Jahre angelegten, für eine durchaus nahe Zukunft gedachten Projekte ohne die Standfestigkeit Churchills, ohne Anti-Hitler-Koalition und Rote Armee weiter verwirklicht worden wären. Darauf kommt es nicht an. Wie bereits der Turmbau zu Babel zeigte, entfesseln himmelstürmende und darum menschenverachtende Großprojekte nicht deshalb zerstörerische Gewalt, weil sie irgend einer realen Möglichkeit entsprechen, sondern weil sie für realisierbar gehalten werden.

Indem unterschiedliche Expertengruppen vom Winter 1940/41 an, ihre bevölkerungsökonomischen, ernährungswirtschaftlichen und fiskalpolitischen Forderungen vehement geltend machten, schufen sie eine Situation extremer Zielkonflikte. Weil diese Experten vorschlugen, die sich immer neu abzeichnende Unvereinbarkeit der einzelnen Projekte wie den Mangel an Ressourcen mit Gewalt und zu aller erst auf Kosten der jüdischen Minderheit zu überwinden, entwickelten sie ständig positive Argumente für die Politik des Völkermords. Am 15. März, an dem Tag, als zum letzten Mal Juden unter der bis dahin geltenden Vorstellung einer „territorialen Lösung" ins Generalgouvernement deportiert wurden, hatten die Vordenker eines bewirkt: Die Festlegung darauf nämlich, daß die Zielkonflikte, die sie in kleinerem Maßstab längst und ständig zunehmend zu Lasten der Juden „gelöst" hatten, auch angesichts der ungleich größeren Zielkonflikte, wie sie durch die Projekte zur wirtschaftlichen und ethnischen „Neuordnung Europas" und die „Ostraumlösung" entstanden waren, nun im Großen überwunden wurden: mit Hilfe zweier unterschiedlicher, aber von nun an stufenweise konzipierter und beschlossener Völkermordprogramme – zur „Reduzierung der slawischen Massen" und zur „Gesamtlösung der europäischen Judenfragen"[46]. Das geschah in der Logik jenes Prinzips vollständig entmoralisierter maximalistischer Konfliktregelung, das Adolf Hitler und die Vordenker der Vernichtung in abgründiger Weise verband.

---

[44] Aly/Heim, Vordenker, S. 300–330 (*Die Ökonomisierung der Ghettos*).

[45] Roth geht demgegenüber zu sehr von „Strategie", „zentraler Steuerung" etc. aus. Vgl. Karl Heinz Roth, Europäische Neuordnung durch Völkermord. Bemerkungen zu Götz Alys und Susanne Heims Studie über die „Vordenker der Vernichtung", in: Wolfgang Schneider (Hrsg.), „Vernichtungspolitik". Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, Hamburg 1991, S. 179–195.

[46] Vgl. dazu den mittlerweile klassischen Aufsatz von Andreas Hillgruber: Die ‚Endlösung' und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: VfZ 20 (1972), S. 133–153. Obwohl der Ansatz dieser Analyse dem der unseren so gegensätzlich ist – Hitler, die Militärs und die Außenpolitik in den Mittelpunkt rückt –, so sind die Ergebnisse mit denen, die wir aus der Untersuchung über die Planer, Berater und Macher gewannen, in vieler Beziehung kongruent. Das gilt für die Terminierung der wesentlichen Grundsatzentscheidungen wie für die von Hillgruber genannten vier Motive, die für den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und für die Vernichtung der europäischen Juden ausschlaggebend waren.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Walter Bußmann, Kursk-Orel-Dnjepr. The Experiences of Staff Officers of the XXXXVI. Armored Corps during the „Unternehmen Zitadelle".

Based on the official military journal the author kept as a young officer, the battles of the XXXXVI. Armored Corps on the Eastern Front from July to September 1943 are reconstructed. The extent of involvement of the Corps and the brief leadership of Lieutenant General Friedrich Hoßbach in this strategically very critical situation are focussed upon. The historiographically rare situation of being in the position of both author and interpreter of the same source, exemplifies both the value and limitations of personal experience, which is equally true of "official" contemporary documents.

Mark Walker, Reflections of German Nuclear Physicists. The 1945 Farm Hall Recordings and the emergence of new myths on the "German atom bomb".

The examination of the recently released "Farm Hall" transcripts demonstrates that there were several fundamental questions facing the ten German scientists detained at the English country house, among them Werner Heisenberg, Otto Hahn and Carl Friedrich von Weizsäcker. While agreeing that none of them were Nazis, the consensus was that they were competent scientists. At the same time, a new consensus emerged gradually, built up by Carl F. von Weizsäcker in particular, that the moral ambivalence they had all felt when faced with providing nuclear weapons to the National Socialists was the very reason why they had not succeeded in making an atom bomb. The transcripts show that, what these scientists felt they needed most were myths, which allowed them to retain their professional honor in order to ensure a bright professional future. It is now clear, that fundamental portions of the postwar apologia were all forged in the psychological crucible of Farm Hall, including the myth that it was from Heisenberg's experience during the Third Reich that he had learned that scientists had to play an active role in politics, and that in 1941 Heisenberg and von Weizsäcker had been striving to create an international cooperation of physicists to control nuclear power.

Andreas Rödder, The Myth of Early Commitment to the West: Konrad Adenauer and Gustav Stresemann's Foreign Policy.

Konrad Adenauer's political position during the Rhein-Ruhr crisis of 1923/24 did not form his policy of commitment to the West and to France after the Second World War. Instead, his position after 1945 arose out of the acute crisis the city of Cologne and the Rhienland faced. In order to resolve the crisis, Adenauer dealt directly with French authorities. Gustav Stresemann's policy however focussed on the immediate needs of the Reich seeking a solution to the crisis through international relations especially through British diplomatic pressure. Due to colliding national and communal interests and Adenauer's unawareness of the gradual success of Stresemann's policy, a conflict ensued between Stresemann and Adenauer, which was later marked by real personal dislike.

Jahrgang 41 (1993), Heft,4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Klaus Wiegrefe, Honecker and Breshnev in the Crimea. A Protocol of the Meeting of 19th August 1976.

One of the most interesting documents to emerge from the archives of the former Socialist Unity Party of Germany (SED) in East Berlin is a protocol of the talks between Soviet leader Leonid Breshnev and his East German counterpart, Erich Honecker, at the bipartite summit meeting in the Crimean during August 1976. This rare record of the two Communist leaders' private views offers a fresh glimpse of both their assessment of the international situation and the contemporary political climate within the Communist bloc. The document sheds new light on the nature of Soviet East-German relations in the 1970's which was alternately marked by both change and perpetuation. While East Germany's modest moves towards greater independence from Moscow and, in particular, greater autonomy in the pursuit of "Deutschlandpolitik", signalled a new departure, both Honecker and Breshnev were oblivious to the need to embrace political change on a wider front. The protocol of the Crimean summit highlights the parochialism and political myopia which was to become the hallmark of the two Communist leaders' reign.

Götz Aly, Counterresponse to Dan Diners's Article.

The search for the historic origins of the Holocaust requires a precise analyse of the decision-making processes during the years of 1940/41. Specifically, the relationship between the general policy of resettlement, ethnic cleansing and the "evacuation" of Jews must be investigated. Remarkably, both Heinrich Himmler and Reinhard Heydrich were responsible for both of the following issues: the "repatriation" of so called *Volksdeutsche* (ethnic Germans) from eastern Europe, as well as the expulsion of minorities from German jurisdiction. While there were different approaches according to the racial priorities in Nazi-Germany, the policy of exterminating European Jews remained an integral part of the far reaching conceptions of population policy. This paper is a response to Dan Diner's article, *Rationalisierung und Methode* (VfZ 40/1992), which discusses the theses presented by Susanne Heim and Götz Aly in their book *Vordenker der Vernichtung*.

Jahrgang 41 (1993), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte